REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 418 · 24.9.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 49 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Nichts als Arbeit!
2. Türkei: 15 Jahre Haft für Eva Juhnke - prison watch international
3. Trommelschläge in Rostock. Neonazis sammelten sich zum Wahlkampfaufmarsch - Anna Bartels
4. Strafvollzugsamt streicht Ausgang. Kritik am Knast unerwünscht - ga.
5. "Vollstrecker des Volkszorns". Jugendliche in "national befreiten Zonen" - Anna Bartels u.a.
6. Nazis, Bündnispolitik und Jugendarbeit. Interview mit einem Rostocker Antifa
7. Die Mütter sind schuld! Elsässers Psychoanalyse und der Ruf nach dem starken Staat - Anna Bartels
8. Repression à la Rot-Grün. Kriminalisierung nach den Massenfestnahmen in Lübeck - Arthur Hein
9. Der Superstar und seine Gang. taz- und konkret-Leser wissen mehr über Joschka Fischer - Js.
10. "Der Bayer liebt sein Einparteiensystem". Bayerische Landtagswahlen - M. Bayer u. mb.
11. Dokumentation: Öffentlicher Brief von einem Exilgrünen an Jürgen Trittin - Jürgen Reents
12. Antikapitalismus führt zum Faschismus - Js.
13. Ein Hang zu Gandhi. PDS wehrt sich gegen Wahlkampfbenachteiligung - mb., Berlin
14. Wende, Aufschwung, Sensationen - Kt.
15. Saarbrücken: Atomausstieg ist kein Automatismus von Rot/Grün - Dse
16. Der Beginn einer neuen Etappe? ETA erklärt unbefristeten Waffenstillstand - mb., Berlin
17. CSU auf Anti-Atom-Kurs? Stoibers angeblicher Rückzug beim Bau neuer AKWs - Bernhard Dietz
18. Thatcherismus mit menschlichen Antlitz. Blair"s Cool Britannia - Interview mit Bob Jessop
19. The show will go on! Blair und New Labour vor dem Parteitag - ch.
20. Anfang vom Ende der Ära Jelzin. Die aktuelle russische Krise und ihre Vorgeschichte - AKE
21. Feiern, regieren, opponieren. Die verschiedenen Gesichter des Parti communiste francais - Bernhard Schmid
22. Gift des Rassismus. Südafrikas geheimes B- und C-Waffen-Programm - Kristian Zitzlaff
23. Endlich frei! 60 libanesische Gefangene ausgetauscht - Brigitte Pagendamm
24. Ist die "Real IRA" am Ende ? - Dietrich Schulze-Marmeling
25. Drei Jahre nach Dayton: Nationalismus und Kalter Friede in Bosnien - Peter Nowak
26. Das neoliberale Erbe Pinochets. Chile - 25 Jahre nach dem Militärputsch - Wigbert Flock und Olaf Kaltmeier
27. Investitionsabkommen: EU und USA auf Kuschelkurs - Gerhard Klas
28. "Terror der Paramilitärs mit staatlicher Unterstützung" (Interview mit Jürgen Jürgen Neitzert, Franziskaner)
29. Peruanische Wechselfälle. Der Präsident, die Korruption und die Dialektik der Botschaftsbesetzung - Al., Nürnberg
30. Kinderprostitution und Tourismus - Gisela Wuttke
31. Von der Grenzlinie zum Grenzregime. Neue Einsatzkonzepte des Bundesgrenzschutzes - FFM, Berlin
32. "Täglich eine Demo." Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen beendet - ch.
33. Italien läßt afrikanischen Flüchtlingen kaum eine Chance - Js.
34. Vorschläge der EU zum Asylrecht - Mark Holzberger, Petra Hanf
35. Raus aus der Schmollecke? taz gegen "Denkverbote" in der Flüchtlingspolitik - Mark Holzberger, Petra Hanf
36. "Man hat einfach zu wenig Zeit." Arbeit in Zeiten der Pflegeversicherung. Ein Interview
37. Ein Jahrhundertwerk floppt. Erfahrungen mit der Pflegeversicherung - Angelika Topp
38. Die Revolution ist großartig! Edition Nautilus dokumentiert 1968 - Dk
39. Weder jammern noch picheln! Für ein linkes Reformprojekt nach der Bundestagswahl - Gruppe ZAS
40. Esoterik und die Linke - Maria Wölflingseder
41. Alternativen zum Warten auf "blühende Landschaften". Möglichkeiten und Grenzen alternativen Wirtschaftens - Gerd Bedszent
42. Gegen die Hierarchisierung des Elends (I). Prekarisierung - Gruppe Blauer Montag

43. Allumfassendes Schulterklopfen. "Postfordistische Guerilla" - eine Rezension - efa
44. Quelldatei 26.htm
45. Quelldatei 30.htm
46. Quelldatei 43.htm
47. Kanthers Europa
48. Prostitution an Kindern
49. Jelzin vor dem Aus

1. Nichts als Arbeit!

Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/aufmach.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:aufmach

Von Kohl bis Schröder, von Fischer bis Gysi wollen alle nur das eine: Arbeitsplätze für Millionen. Bei den einen heißt es "Arbeit, Arbeit, Arbeit", bei den anderen "Vollbeschäftigung", bei wiederum anderen "öffentlich geförderte Beschäftigung" oder auch "zukunftsfähige Arbeitsplätze". Einerseits soll sich "Arbeit wieder lohnen", andererseits "muß Arbeit billiger werden" (so die Grünen). Bei soviel Geschrei um "die Arbeit" werden wichtige Fragen in der öffentlichen Debatte systematisch ausgespart: Um welche Arbeit geht es? Zu welchen Bedingungen und zu welchem Preis soll gearbeitet werden? Welche Ansprüche dürfen an "die Arbeit" überhaupt noch gestellt werden? Was passiert mit denjenigen, die partout keine "Arbeit" finden?

Daß diese Fragen nicht gestellt, geschweige denn beantwortet werden, hat natürlich Gründe. Die Fetischisierung der Arbeit beinhaltet das, was Viviane Forrester "Terror der Ökonomie" nennt: Wer nicht arbeitet, ist kein "nützliches Mitglied der Gesellschaft"; Ansprüche müssen erst einmal "verdient" werden. Erwerbslose werden von den Arbeitsämtern in die Spargel- und Apfelernte abkommandiert; in Hamburg wird SozialhilfeempfängerInnen die Stütze komplett gestrichen mit der lapidaren Begründung, "jede/r könne in kürzester Zeit Arbeit finden." Die bloße Tatsache der Erwerbslosigkeit wird so zum Indiz für Arbeitsverweigerung. Der Übergang vom "welfare state" zum "workfare state" betrifft aber nicht nur die immer repressivere Koppelung der sozialen Sicherungssysteme an Arbeit und Arbeitsbereitschaft. Auch in den Fabriken, Klitschen und Büros wird härter, länger und für weniger Geld gearbeitet, Zweit- und Dritt-Jobs sind längst nicht mehr nur eine amerikanische Spezialität. Trotz Tarifen und Betriebsvereinbarungen gleichen sich Arbeitsbedingungen und Entlohnung von Festbeschäftigten und "Prekären" immer mehr an.

Angesichts dieser neuen "Zentralität der Arbeit" gibt es kaum noch politische Ansätze, geschweige denn soziale Bewegungen, die sich der bedingungslosen Unterwerfung unter "die Arbeit" verweigern. Selbst ein ordinäres gewerkschaftliches Bewußtsein davon, daß "ordentliche Arbeit" auch einen "ordentlichen Preis" hat oder daß Arbeitsbedingungen zum Schutz der Ware Arbeitskraft reguliert werden sollten, bricht auf breiter Front zusammen.

Höchste Zeit also, mal wieder über (Lohn-)Arbeit zu diskutieren und über Emanzipationsperspektiven in der Arbeit und/oder gegen sie. Höchste Zeit auch, einen Kontrapunkt zu setzen gegen einen antinationalen Diskurs, in dem Unterwerfung unter die Arbeit nur als Ausdruck völkischer Gesinnung vorkommt und Antikapitalismus mit National-Sozialismus gleichgesetzt wird. Einen ersten Schritt in diese Richtung machen die Berliner Gruppe F.e.l.S ("Für eine linke Strömung") und andere mit einem im Frühjahr 1999 geplanten Kongreß zur "Krise der Arbeitsgesellschaft".

"Nichts als Arbeit" ist der Titel einer Reihe, mit der wir in dieser Zeitung diese Diskussionsprozesse begleiten wollen. Dabei geht es auch um den Versuch, Querverbindungen herzustellen zwischen den isolierten Debatten um Deregulierung, Arbeitszeitverkürzung, Existenzgeld etc. In dieser Ausgabe setzen wir die Auseinandersetzung um sog. prekäre oder atypische Arbeitsverhältnisse fort. Wir veröffentlichen den ersten Teil eines Diskussionspapiers der Gruppe Blauer Montag. Darin wird an der bisherigen Diskussion vor allem die Trennung von "prekären" und "normalen" Arbeitsverhältnissen kritisiert. "Gegen die Hierarchisierung des Elends"

Seite 33

2. Türkei: 15 Jahre Haft für Eva Juhnke

Autor: prison watch international · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:38

Die Hamburgerin Eva Juhnke ist am 17.9. nach elfmonatiger Untersuchungshaft um 11.30 Uhr türkischer Zeit vom Staatssicherheitsgericht in Van wegen Mitgliedschaft in der PKK nach § 168,2 Türk. Strafgesetzbuch zu einer Haftstrafe von 15 Jahren verurteilt worden. Eva Juhnke selbst und ihre Verteidiger waren nicht vor Ort. Sie hatten mit Verweis auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, wonach türkische Staatssicherheitsgerichte kein "Recht" sprechen, die Teilnahme an dem Gerichtsprozeß verweigert.

Obwohl eine Vertreterin der Deutschen Botschaft um 9.00 Uhr mit dem Staatsanwalt gesprochen, und ihm die Nichtteilnahme Eva Juhnkes und ihrer Anwälte mitgeteilt hatte, entschloß sich das Gericht zweieinhalb Stunden später zur Urteilsverkündung.

Da eine in der Türkei befindliche deutsche Delegation beschlossen hatte, den Prozeß ebenfalls zu boykottieren, waren bei der Gerichtsverhandlung lediglich ein deutscher Journalist, mehrer türkische Medienvertreter, die Deutsche Botschaft und prison watch international (pwi) vor Ort.

Die Vorsitzende von pwi, Heidi Lippmann-Kasten, bezeichnet das Urteil als Farce: "Ebenso wie der ganze Prozeß unter Mißachtung rechtsstaatlicher Prinzipien verlief, ist die Urteilsverkündung in Abwesenheit der Angeklagten und ihrer Verteidiger Beweis für das Unrechtssystem in der türkischen Gerichtsbarkeit. Wir fordern die Bundesregierung auf, hiergegen auf das Schärfste zu protestieren!"

pwi geht davon aus, daß Eva Juhnke Revision gegen das Urteil einlegen wird. Sie hatte bereits Beschwerde bei der Europäischen Menschenrechtskommission eingelegt, weil kurz nach ihrer Verhaftung Anfang Oktober 1997 auf irakischen Gebiet und nach ihrer Verschleppung in die Türkei eine sogenannte Jungfräulichkeitsuntersuchung an ihr vorgenommen worden war.

Für pwi ist das Schicksal von Eva Juhnke bezeichnend für die ständigen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Obwohl der PKK-Vorsitzende Öcalan am 1. September erneut einen Waffenstillstand verkündet hatte, hat das türkische Militär seine Angriffe fortgesetzt. "Die Bundesrepublik muß sich endlich ihrer Verantwortung in diesem Krieg bewußt werden", fordert Lippmann-Kasten, "und darf nicht länger den Völkermord am kurdischen Volk durch Waffenlieferungen, Wirtschafts- und Entwicklungshilfe unterstützen!".

pwi wird im Rahmen seiner Patenschaft auch weiter über das Schicksal Eva Juhnkes und anderer in der Türkei inhaftierter politischer Gefangener berichten.

prison watch international e.v.

3. Trommelschläge in Rostock. Neonazis sammelten sich zum Wahlkampfaufmarsch

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:46

Eine Woche vor den Bundestagswahlen und den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern gelang es der NPD, weitgehend ungestört im Rostocker Stadtteil Dierkow aufzumarschieren. Die GegendemonstrantInnen wurden von der Polizei daran gehindert, die Innenstadt zu verlassen, und die Veranstaltungen des Bündnisses "Bunt statt Braun" fanden weit entfernt in Rostock-Lichtenhagen statt. Am späten Vormittag wurde ein Gegendemonstrant von Nazis mit dem Auto umgefahren und lebensgefährlich verletzt.

3.500 Neonazis aus ganz Deutschland waren in den Osten Rostocks gekommen, um ihre nationalen Parolen zu brüllen. Unter Marschklängen und Trommelschlägen zogen sie durch die Plattenbausiedlung Dierkow. Diesmal durften nicht nur Vertreter der NPD ihre Propaganda verbreiten, auch dem Hamburger "freien Nationalisten" Christian Worch wurde das Rederecht eingeräumt, seine Kameraden sorgten für den Lautsprecherschutz.

Ursprünglich sollte der Aufmarsch im nordwestlichen Stadtteil Lichtenhagen stattfinden, wo 1992 unter dem Beifall der Bevölkerung eine Flüchtlingsunterkunft in Brand gesteckt wurde. Die Stadt verbot die rechtsextreme Veranstaltung, und nach einem kurzen gerichtlichen Hickhack entschied schließlich das Oberverwaltungsgericht Greifswald, daß die Neonazis nur in Dierkow marschieren dürften. Dabei haben wohl auch polizeistrategische Überlegungen eine Rolle gespielt, denn Dierkow liegt jenseits der Warnow und ist von der Innenstadt nur über wenige leicht abzusperrende Straßen zu erreichen.

Der Antifa wurde es schon im vorhinein schwer gemacht, überhaupt nach Rostock zu fahren. Auf Anraten der Polizei zogen beispielsweise die Busunternehmen in Hamburg einen Tag vor der Abfahrt ihre bereits zugesagten Busse zurück. Erst nachdem mit anwaltlichen Schritten gedroht wurde, sagten sie die Busse wenige Stunden vor der Abfahrt doch noch zu.

Rund um Rostock hatte die Polizei umfangreiche Vorkontrollen aufgebaut. Dort wurden Transparente fotografiert und Fahnen und Feuerlöscher beschlagnahmt. Die Rechten hatten mit den Vorkontrollen weniger Probleme. In Rostock selbst stürmte die Polizei am Tag vor dem Aufmarsch ein von Linken bewohntes Haus und nahm alle Anwesenden in Gewahrsam.

Am 19. September standen dann 6.000 PolizistInnen aus 15 Bundesländern bereit, um "Zusammenstöße zwischen rechts und links" zu verhindern. Einzig das Saarland hatte keine BeamtInnen nach Mecklenburg-Vorpommern entsandt. Die Strategie der Polizei ging auf - es war unmöglich, von der Innenstadt zu den Nazis vorzudringen. Die etwa 3.000 autonomen AntifaschistInnen, die am Samstag morgen versuchten, vom Zentrum nach Dierkow zu gelangen, wurden von den Polizeieinheiten schnell daran gehindert. Nach einer kurzen Auseinandersetzung wurde die Demonstration als wandernder Kessel in die entgegengesetzte Richtung geleitet. Immer wieder griff sich die Polizei Personen aus dem gekesselten Zug und nahm sie mit brutalen Mitteln in Gewahrsam. Insgesamt wurden 127 Personen vorläufig festgenommen (wobei die Polizei nicht zwischen links und rechts unterschieden hat), sieben von ihnen wurden dem Haftrichter vorgeführt. Die anderen Festgenommenen wurden am späten Abend wieder freigelassen, einige von ihnen wurden von der Polizei in Zweiergrüppchen in von Nazis dominierte Außenbezirke Rostocks gefahren, obwohl die FreundInnen vor der Wache standen, um die Entlassenen in Empfang zu nehmen. Ein Grüppchen konnte sich dort gerade noch vor acht nahenden Nazis in ein Taxi retten, um zurück in die Innenstadt zu gelangen.

Angriff der Neonazis

Am Stadthafen - nur wenige hundert Meter vom Zentrum Rostocks entfernt - war in einem Zirkuszelt ein Anlaufpunkt für GegendemonstrantInnen errichtet worden. Dort stoppte am späten Vormittag ein Bus mit Neonazis, die heraussprangen und das Zelt überfielen. Einige der dort Anwesenden wurden von den Steinwürfen verletzt. Mit vereinten Kräften gelang es schließlich, die Rechtsextremen zurückzuschlagen. Wenige Minuten später wurde dort ein Linker aus dem Wendland von einem Auto, das mit Nazis besetzt war, umgefahren und lebensgefährlich verletzt. Er erlitt einen Schädelbasisbruch und schwere innere Verletzungen.

Von der Polizei wurde der Angriff auf das Zirkuszelt verschwiegen und der darauffolgende vorsätzliche Unfall als normaler Verkehrsunfall deklariert.

Neben der eher von Autonomen dominierten Demonstration in der Innenstadt gab es ein großes Friedensfest vor dem Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen. Dort feierte ein Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien und Vereinen unter dem Motto "Bunt statt Braun". 10.000 Menschen waren nach Lichtenhagen gekommen, um gemeinsam gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Ein Konzert der Norddeutschen Philharmonie bildete den Auftakt für das Fest. Der Rostocker SPD-Oberbürgermeister Arno Pöker begrüßte in seiner Rede, daß "unterschiedliche Gruppen zusammengerückt sind, um ein anderes Signal als 1992 und ein anderes, als es die NPD mit ihrem Aufmarsch in Lichtenhagen wollte, zu setzen." Ob das Gesicht Rostocks von 1998 nichts mehr mit dem von 1992 zu tun habe, wie es die Vorsitzende des Ausländerbeirates formulierte, bleibt allerdings zu bezweifeln. Schließlich gibt es nach wie vor eine starke rechte Szene.

Natürlich war es ein kleiner Erfolg, daß viele Menschen den Weg zum Fest nach Lichtenhagen gefunden hatten. Aber die Veranstaltungen waren zu weit weg von dem Aufmarsch der Neonazis, als daß sie ein deutliches Zeichen hätten setzen können. Von Ver- oder Behinderung konnte keine Rede sein. Auch das Konzept, die Nazis durch Staus im Zentrum Rostocks zu stoppen, war mit der Verlegung des Aufmarsches in den Stadtteil Dierkow hinfällig geworden. Ohne das Bündnis im Rücken hatte die autonome Demonstration gegenüber der Polizei keinen Spielraum. Der Versuch, die Straßensperren zu durchbrechen, wirkte wie eine verzweifelte Geste derjenigen, die zu dem Zeitpunkt schon ganz genau wußten, daß an dem Tag gegen 6.000 PolizistInnen nicht viel möglich sein würde.

Der Umgang der BeamtInnen mit der autonomen Demonstration, den Festgenommenen und dem Überfall auf das Zirkuszelt zeigte dann, wie die Polizei das Tagesgeschehen bestimmte. Eine der wenigen Aktionen der Linken gegen die Nazis ging auch noch daneben. Als Steine die Scheiben der Straßenbahnen zerschlugen, in der nicht nur Rechte, sondern auch Unbeteiligte saßen, wurde eine alte Frau verletzt.

Die Rechtsextremen hingegen demonstrierten sehr deutlich, daß sie aus einem großen Mobilisierungspotential schöpfen können. Nach den Veranstaltungen in Dresden (Januar), Passau (Februar) und Leipzig (Mai) organisierten sie in diesem Jahr schon das vierte "nationale Großereignis" und karrten Kameraden aus der ganzen BRD zum Aufmarsch herbei.

Bleibt die Frage, wie die NPD-Veranstaltung in Rostock hätte verhindert werden können. Eigentlich waren die Voraussetzungen nicht so ungünstig: Ein breites Bündnis von Antifa bis hin zu den Gewerkschaften und der SPD organisierte gemeinsam die Vorbereitungen für die Gegenaktionen. Erst durch die Verlegung des Aufmarschortes wurden die verschiedenen Interessen offensichtlich, und jeder agierte für sich, denn für den "Fall Dierkow" gab es keinen Plan.

Anna Bartels

4. Strafvollzugsamt streicht Ausgang. Kritik am Knast unerwünscht

Autor: ga. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:45

Der Radiosender "Freies Senderkombinat" (FSK) in Hamburg strahlt regelmäßig jede Woche einmal die Sendung "Info Knast und Justiz" aus. Bisher wurde die Sendung von dem Gefangenen Jens Stuhlmann betreut. Jens Stuhlmann, der nach seiner Haftentlassung als Journalist arbeiten will, hatte über diese Arbeit die Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu sammeln und damit seine berufliche Wiedereingliederung vorzubereiten. Mit dieser Begründung war auch der Abend- und Nachtausgang bewilligt worden, weil die Sendung abends gebracht wurde. Damit ist es jetzt vorbei.

In den Sendungen über die Hamburger Justiz war auch der Anstaltsleiter Jobst Poenninghausen als Gesprächspartner in die Räume des Senders FSK eingeladen. Die Sendungen brachten Innenansichten auf das Problem Knast und Justiz. Sei es über die schlechte medizinische Versorgung der Häftlinge, die Benachteiligung ausländischer Gefangenen oder das rambomäßige Auftreten der S-Gruppe (Spezialsicherheitsgruppe für Einsätzer im Knast), wenn Zellendurchsuchungen durchgeführt wurden.

Nach einer Diskussionssendung, an der mehrere Fachleute aus dem Bereich Justiz teilgenommen hatten, strich das Strafvollzugsamt den Abend- und Nachtausgang für Jens Stuhlmann. Nein, nicht die kritischen Sendungen seien der Grund dafür, ließ die Justizbehördensprecherin verlautbaren, sondern im Knast könne nicht jeder ein- und ausgehen wie es ihm gerade paßt. Niemand wolle die berufliche Wiedereingliederung von Herrn Stuhlmann behindern. Seine Tätigkeit bei FSK könne er selbstverständlich weiterführen, nichts spräche dagegen, wenn er seine 21 Urlaubstage dafür verwenden wolle.

Jens Stuhlmann ist sicher, daß es keineswegs darum geht, ob möglicherweise andere Gefangene benachteiligt würden, sondern darum, daß mit dem Ausgangsverbot verhindert werden soll, daß er die Sendungen weiter mit Informationen über die Realität im Knast versorgen kann.

ga.

5. "Vollstrecker des Volkszorns". Jugendliche in "national befreiten Zonen"

Autor: Anna Bartels u.a. · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:35

Spätestens seitdem Der Spiegel im März dieses Jahres den Artikel über die rechtsextreme Subkultur im Osten mit "National befreite Zonen" getitelt hatte, geistert der Strategiebegriff der Nazis auch durch die bürgerliche Medienlandschaft. Der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt, die steigende Zahl rechtsextremistischer Straftaten in den neuen Ländern und vor allem die Feststellung, daß es Gegenden in der Ex-DDR gibt, in denen sich MigrantInnen und andere "undeutsche" Menschen nicht mehr gefahrlos bewegen können, schreckte die Öffentlichkeit auf. Die Versuche des Staates, dem Problem mit Jugendprojekten und der Einrichtung von Polizeisondereinheiten zu begegnen, wirken angesichts der bereits verankerten rechtsextremistischen Struktur oft hilflos und können wohl vor allem als Antwort auf einen möglichen Ansehensverlust im Ausland angesehen werden. Die antifaschistische Bewegung scheint fast ebenso ratlos. Allein die Bildung von breiten Bündnissen mit und die vorbehaltlose Kontaktaufnahme zwischen Ost- und Westantifas könnten helfen, die Ausbreitung der Nazisubkultur einzudämmen.

Der Strategiebegriff der "national befreiten Zone" entstammt dem nationalrevolutionären Spektrum. Eine "befreite Zone" aufzubauen, heißt für Neonazis die "Etablierung einer Gegenmacht": "Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde ... Befreite Zonen in unserem Sinn sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird. ... Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands. ... Aus militanter Sicht befinden wir uns dann in einer befreiten Zone, wenn wir nicht nur ungestört demonstrieren und Info-Stände abhalten können, sondern die Konterrevolutionäre dies genau nicht tun können."

Diese Gebiete gibt es schon. In zahlreichen Dörfern und Kleinstädten Ostdeutschlands dominieren die Rechtsextremen den Alltag. Die wenigen MigrantInnen wurden von dort vertrieben, und linke Jugendliche wanderten nach Berlin oder Leipzig ab, so daß die Normalität auf der Straße von Nazis geprägt ist.

Der Ex-Polizist Bernd Wagner erläutert die Entstehung einer "national befreiten Zone" am Beispiel der sächsischen Kleinstadt Wurzen: "Im August 1991 wurde das Flüchtlingsheim in Wurzen Ziel eines Übergriffs. Eine größere Gruppe Rechtsradikaler drang mit Gasdruckpistolen, Baseballschlägern und Schlagringen bewaffnet ins Haus, schlug die Bewohner zusammen und zerstörte die Inneneinrichtung. Nur vier Tage später sprach ein 54jähriger Wurzener telefonisch eine Bombendrohung gegen das Flüchtlingsheim aus. Die Mehrzahl der Bewohner siedelte daraufhin nach Hessen über. Ein Flüchtlingsheim gibt es in Wurzen inzwischen nicht mehr." In den folgenden Jahren gab es immer wieder Angriffe gegen MigrantInnen, Flüchtlinge und AussiedlerInnen. Linke Jugendliche in Wurzen und Umgebung wurden regelmäßig von den Nazis angegriffen und zusammengeschlagen. Nachdem die Stadt der alternativen Szene die Unterstützung entzog und den Vertrag mit dem linken Jugendzentrum nicht verlängerte, gab es keine Möglichkeit mehr, eine Gegenkultur zur rechten Dominanz aufzubauen. Den rechten Jugendlichen wurden von der Stadt Räume geboten, in denen sich die "Kameraden" entfalten konnten. Dennoch behauptete der Bügermeister gegenüber der Presse: "Mir ist nicht bekannt, daß es bei uns Rechtsradikale gibt."

"Befreite Zone" Wurzen

Bernd Wagner resümiert: "Ganz ähnlich wie in Schwedt herrscht in Wurzen und im Muldentalkreis eine Hegemonie rechter Jugendkultur. Sonnenwendfeiern und die obligatorischen Geburtstagsfeiern für einen ‚guten Kumpel` alljährlich am 20. April scheinen neben Zeltlagern, Übergriffen gegen alle, die sich diesem rechten mainstream widersetzen, Musikkonzerten mit Bands wie ‚Oithanasie`, ‚Kroizfoier`, ‚Oiphorie` und ‚Störenfried` die kulturellen Höhepunkte im Leben vieler ‚normaler` Jugendlicher zu sein. Der ‚normale` Wurzener Jugendliche hat etwas gegen Ausländer und sich ‚undeutsch` gebärdende Deutsche, aber ‚rechtsextremistisch` ist er in der Regel nicht: ‚Ich bin doch kein Faschist. Ich bin stolz auf meine Heimat und ich will, daß ich hier als Deutscher unter Deutschen leben kann.` (Äußerung eines Wurzener Jugendlichen)."

Die Neonazis im Osten verstehen sich als militanter Arm des Volkswillens. Mit ihren Angriffen gegen MigrantInnen und Flüchtlinge würden sie letztlich die Interessen der Bevölkerung vertreten. Das drücken die Rechtsextremen auch in ihrem Strategiepapier aus: "Während wir mit dem Volk uns solidarisieren, mit ihm kämpfen und siegen werden, versuchen sich die Genossen vom anderen Ufer von genau diesem Volk abzukoppeln, sie kämpfen gegen das Volk, weshalb sie verlieren werden." Bei den Pogromen in Hoyerswerda und Rostock fühlten sich die (Jung)faschos bestätigt.

"Negativ-dekadente Jugendliche"

Die Erklärungen für mögliche Ursachen der rechten Dominanzkultur in Teilen der fünf neuen Bundesländer sind vielfältig. Ein Faktor ist sicher der fehlende Umgang der DDR mit der rechten Skinkultur. Faschistische Bewegungen im Sozialismus durfte es nicht geben. Es gab nur die "negativ-dekadenten Jugendlichen", zu denen die DDR-Skins genauso gezählt wurden wie Punks oder Grufties. Nach der Wende konnten sich die geduldeten Nazis frei entfalten, vor allem in den Regionen, in denen es auch schon vor 1989 eine rechte Szene gegeben hatte, wie zum Beispiel im Muldetalkreis (Wurzen), in Magdeburg und der Nordharzregion oder im Südosten und Norden von Brandenburg. Dort setzte schon Mitte der 80er Jahre eine Politisierung der Skinszene ein, die sich in Angriffen gegen VertragsarbeiterInnen, Homosexuelle, Punks und Grufties äußerte. Auch in einigen Jugendzentren domierten die Naziskins bereits damals.

Die DDR bevorzugte unter den "negativ-dekadenten Jugendlichen" die Skinheads, da sie "ordentlich arbeiten und vernünftig aussehen". Die militärische Ausbildung in der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) und der Schule wurde von den Neonazis zu legalen Wehrsportübungen genutzt. Punks mußten Zwangshaarschnitte über sich ergehen lassen, da sie durch ihr "Äußeres und die Art des Auftretens eine Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verursachen und somit das sozialistische Zusammenleben der Bürger in der Öffentlichkeit stören." Mit der wachsenden Dominanz der Naziskins wechselten Teile der Punks zur rechten Szene, andere gründeten die ersten Antifagruppen und nutzten die Strukturen der "Kirche von unten" für ihre Arbeit.

Akzeptierende Jugendarbeit

Ein weiterer Faktor für das Erstarken der Rechtsextremen im Osten ist die Jugendarbeit. Nachdem nach der Wende zunächst die DDR-Jugendklubs geschlossen und die FDJ aufgelöst wurde, erfand Angela Merkel, damalige Bundesministerin für Frauen und Jugend, den ersten Gewaltexzessen der Neonazis das "Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt" (AgAG). Die "vernachlässigten Jugendlichen" sollten so "von der Straße geholt werden". Mit diesen inhaltsleeren Zielvorgaben wurden Gelder in die Jugendarbeit im Osten gepumpt.

An den Brennpunkten der rechten Szene wurden Treffs eingerichtet, Freizeitangebote entworfen und für Verständnis in der Öffentlichkeit geworben. Die Akzeptanz faschistischer Ideologie durch die Streetworker führte dann zu einer Festigung der dortigen Naziszene. Die von den Nazis besetzten Jugendklubs wurden geschickt in die örtlichen rechten Strukturen eingebunden und dien(t)en der Rekrutierung des Nachwuchses. Das geht mittlerweile soweit, daß SozialarbeiterInnen "ihre" Neonazis auf den Aufmärschen betreuen, wie etwa in Saalfeld (Thüringen) im März dieses Jahres.

Auf der anderen Seite erkennen die Verantwortlichen nicht, daß die subkulturelle rechte Szene politisch ist. Ein Beispiel aus einem Urlaubsdorf in Mecklenburg-Vorpommern verdeutlicht das: Nach den wiederholten Angriffen rechtsextremer Jugendlicher auf TouristInnen an Stränden und auf Camping-Plätzen, glaubt die dortige Kurdirektorin noch 1998: "Es wird ja immer wieder dieser rechtsradikale Hintergrund mit reingebracht. Ich denke, daß der hier auch nicht mehr als anderswo ist. Und daß die Jungs hier vor allem kurzgeschoren herumlaufen, liegt größtenteils wohl am Strand und an der Sonne."

Derartige Verharmlosungen durch BürgermeisterInnen, Polizei, JugendamtsmitarbeiterInnen oder Streetworker lassen sich allerorts beobachten. Sie führen dazu, daß die Ausbreitung einer rechtsextremen Dominanzkultur nicht ernstgenommen wird und gleichzeitig andere verdrängt und vertrieben werden - schließlich sind die Nazis "normal". An solchen Orten werden AntifaschistInnen auch schnell als "linksradikale Chaoten" abgestempelt und ihre Veranstaltungen verboten. Der Umgang mit den von einem breiten Bündnis organisierten antifaschistischen Demonstrationen im Oktober 1997 und im März 1998 in Saalfeld zeigt sehr deutlich, wo die Verantwortlichen den Hauptfeind sehen. Die Bemühungen, Polizeisondereinheiten gegen

Rechtsextreme einzurichten (z.B. die "Soko Rex" in Sachsen oder die "MEGA" in Brandenburg), erscheinen deshalb manchmal als Farce - zumal die Behörden oft nur da Nazis sehen, wo sie in Parteien oder anderen Gruppen organisiert sind. Die rechtsextreme Subkultur wird von Polizei und Verfassungsschutz nicht als solche erfaßt.

In Westdeutschland gibt es zwar auch Nazis und rechtsextreme Gewalt, aber eine rechte Hegemonie hat sich auch in den Orten mit starker rechter Szene nicht herausbilden können. Denn fast überall im Westen gibt es zumindest junge MigrantInnen, die sich gegen die Jungfaschos zur Wehr setzen, wenn die ihnen den Raum auf der Straße streitig machen.

Die NPD betreut die Nazi-Kids

In der NPD haben die militanten Neonazis eine Organisierungsplattform gefunden, die es ihnen ermöglicht, relativ ungestört von staatlicher Repression ihre Aktivitäten auszuweiten. Eine über die Jahre stärker gewordene rechte Jugendsubkultur ermöglicht den Kaderstrukturen heute zum einen den organisatorischen Ausbau ihrer Führungsriege und zum anderen den Rückgriff auf ein nicht unerhebliches Mobilisierungspotential. Der Zusammenschluß verschiedener Nazi-Gruppierungen hat diese in eine Aufbruchstimmung versetzt, die alle momentan zu spüren bekommen: Zu verstärkten Aktivitäten unter der Führung der NPD kommt es derzeit nahezu jedes Wochenende irgendwo. Neben der NPD etablieren sich in der Neonaziszene auch zunehmend die "freien Nationalisten", die sich nach den Verboten ihrer Gruppierungen jetzt außerhalb der faschistischen Parteien organisieren. Natürlich gibt es viele Überschneidungen mit der NPD - den meisten "freien Nationalisten" ist die Partei aber zu autoritär und legalistisch. Wo "freie Nationalisten" marschieren, wehen meist schwarze Fahnen, die für die Nazis ein "Symbol der Not in unserem Reich" darstellen. Es gilt ihnen als Zeichen ihrer "erbarmungslosen Kampfbereitschaft".

Diese rechte Offensive geht Hand in Hand mit einem allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsruck. Da sind fast wöchentlich die Parolen der NPD zu hören, über fremdenfeindliche Übergriffe ist regelmäßig in den Zeitungen zu lesen (wenn auch nur als kleine Randnotizen), und auch linke Jugendliche, Punks und Obdachlose sind vermehrt Ziel rechter Angriffe. Deshalb darf sich antifaschistische Arbeit nicht nur darauf beschränken, die federführenden Nazi-Kader aus ihrer Anonymität zu reißen und sie auf verschiedenste Weisen anzugreifen (denn die rechten und rassistischen Ideen verbreiten sich längst auch ohne Kader und Parteien wie die NPD), sondern es ist notwendig, eine engere Zusammenarbeit der Antifa mit anderen Linken wie zum Beispiel antirassistischen Gruppen, Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaften etc. aufzubauen. Ziel hierbei ist es keineswegs, BündnispartnerInnen zu funktionalisieren, sondern sich gegenseitig den Rücken zu stärken.

Unterstützung

der Ost-Antifas

Darüber hinaus müssen Wege gefunden werden, gerade die wenigen verbleibenden linken und antifaschistischen Menschen im Osten zu unterstützen, ohne ihnen fertige Konzepte zu präsentieren und sie zu bevormunden. Leider ist es nicht damit getan, dann und wann rechte Jugendcliquen zu verprügeln. Das schüchtert vielleicht ein, aber ist nicht genug, um die rechte Hegemonie auf den Straßen bestimmter Stadtteile oder in verschiedenen Kleinstädten auf Dauer zu durchbrechen. Die Ortsansässigen stehen kurze Zeit später dem rechten Straßenterror wieder alleine gegenüber. Heute geht es dringender denn je darum zu überlegen, wie die Anziehungskraft und Akzeptanz der rechten Jugendsubkultur gebrochen werden kann. Antifa-Konzerte und das Verteilen von Flugblättern sind Aktionsformen, mittels derer eine antifaschistische Präsenz aufgebaut werden kann. Erfolgversprechend ist dies jedoch nur, wenn hierbei konkret und auf Dauer mit den vorhandenen Gruppen vor Ort zusammengearbeitet wird.

"Lost areas"?

Leider müssen wir gestehen, daß uns für jene Regionen, in den es absolut keine antifaschistischen Zusammenhänge oder kleinste linke Strukturen mehr gibt, keine Aktionsformen mit dauerhafter antifaschistischer Perspektive einfallen. Solche Gegenden sind wohl für die nächste Zeit als "lost areas" zu deklarieren und können so den "national befreiten Zonen" zugeschrieben werden. In solchen Regionen können sehr wohl sogenannte "Export-Aktionen" organisiert werden (wie etwa in Grevesmühlen), doch die sind ohne regionale Einbindung nur von kurzer Dauer und provozieren somit auch nur eine kurzlebige Diskussion. Die

meisten dieser Geschichten haben eher den Charakter, den Menschen vor Ort zu verdeutlichen: "Ihr seid scheiße", anstatt eine funktionierende antifaschistische Gegenwehr zu mobilisieren.

Städte- und Gruppenpartnerschaften sind eine Möglichkeit, eine gemeinsame Handlungsperspektive langfristig aufzubauen. Ziele einer solchen Partnerschaft könnten sein, das Antifa-Potential in der Region zu vernetzen und den öffentlichen Raum mit linken Inhalten zu besetzen. Gemeinsam können breite Bündnisse aufgebaut werden, um die regionale Integration der Nazis (z.B. in der Gemeinde oder im Jugendzentrum) öffentlich zu machen. So sollten den Nazis ihre Treffpunkte und Jugendzentren streitig gemacht werden. Schließlich ist es unabdingbar, eigene alternative linke Projekte aufzubauen oder bereits vorhandene für kulturellen und politischen Widerstand zu nutzen.

Anna Bartels und andere

Literatur:

Bernd Wagner: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Zentrum demokratische Kultur, Berlin 1998.

Burkhard Schröder: Im Griff der rechten Szene, Reinbek 1997.

Andreas Buderus: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten, Bonn 1998.

Antifaschistisches Infoblatt

6. Nazis, Bündnispolitik und Jugendarbeit. Interview mit einem Rostocker Antifa

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:25

ak: In den vergangenen Monaten war immer wieder die Rede von "national befreiten Zonen" in den fünf neuen Bundesländern. Gibt es solche Gegenden wirklich? Wie sieht das bei Euch in Mecklenburg-Vorpommern aus?

Olaf: Es gibt tatsächlich Gegenden, die völlig von der Nazisubkultur dominiert werden, in denen es kaum noch andere Einflüsse gibt und wo diejenigen eingeschüchtert werden, die nichts mit der Nazikultur zu tun haben. Das gilt nicht für das ganze Land Mecklenburg-Vorpommern, aber auf jeden Fall für bestimmte Gebiete.

Wie ist es dazu gekommen?

Da spielen viele Faktoren ineinander: Nach der Wende und auch schon in der Wendezeit gab es Nazistrukturen, die im Laufe der Zeit gewachsen sind, weil es kaum linke Gegenkultur gab. Vorwiegend sind das eher ländliche Gebiete oder kleinere Städte. Das äußert sich ganz stark im Stadtbild: Es laufen Dir viele Skins über den Weg und kaum "normale" Jugendliche oder Leute, die anders aussehen. Wenn Du von diesem Bild abweichst und in so eine Stadt kommst, dann mußt Du damit rechnen, daß Du angemacht wirst und eventuell auch aufs Maul kriegst.

Wie sind die Nazis organisiert?

Der Großteil läuft über eine kulturelle Schiene - die Leute gehen zu Konzerten, hören die entsprechende Musik und haben da ihre Freunde. Viele von denen haben noch keine ideologische Prägung erfahren. Genau dieses Potential versuchen dann die Parteien - wie im Moment die NPD - an sich zu binden und als Mitglieder zu werben. Dort wird die Ideologie weiter verfestigt und auch ausgebaut. So hast Du dann eher junge Skins im Alter von 14 bis 16, die kulturell an die ganze Geschichte gebunden sind und ältere, die ideologisch gefestigter sind und versuchen, das junge Potential zu nutzen und zu organisieren.

"Wenn Du von dem

Bild abweichst ..."

Fahren die jüngeren Skins auch zu den Aufmärschen?

Die Aufmärsche sind gerade auch für junge Skins attraktiv - da ist was los. Die NPD organisiert quasi ein "Rundum-Sorglospaket": Gerade in diesem Wahlkampf hat sich das sehr deutlich gezeigt: Erst gab es einen Aufmarsch, dann eine Saalveranstaltung und abschließend ein Konzert, wo Frank Rennicke oder Daniel Eggers gespielt haben.

Warum gibt es die "national befreiten Zonen" nur im Osten?

Ein entscheidender Faktor ist das Fehlen einer linksliberalen Öffentlichkeit, die hier nicht so stark ausgeprägt ist wie im Westen. Außerdem wurde das Problem oft ignoriert. Die Leute haben geleugnet, daß ihre Kinder Nazis sind; die Verantwortlichen in den Städten oder im Jugendzentrum haben nicht darauf geachtet, sondern das Problem heruntergespielt und verharmlost. Im Westen wird sich in den Jugendklubs mehr mit dem Thema auseinandergesetzt und "Rechts-sein" ist stärker stigmatisiert als im Osten. Hätten die entsprechenden Stellen früher gegengesteuert und sich mit dem Thema in der Jugendarbeit auseinandergesetzt, anstatt es beseite zu schieben, hätte es vielleicht noch eine Möglichkeit gegeben, so etwas zu verhindern.

Setzen sich die Verantwortlichen jetzt mit dem Thema auseinander?

Das ist unterschiedlich. Es gibt Leute, die weiterhin behaupten, "bei uns gibt's keine Nazis, das sind doch alles nur normale Jugendliche". Aber auch positive Beispiele wie in Wolgast (Usedom), wo der SPD-Bürgermeister auch zu einer Antifademo in die Nachbarstadt Anklam gefahren ist, um dort auf das Thema aufmerksam zu machen. Es gibt also engagierte Leute und weniger engagierte Leute.

"... kriegst Du vielleicht was aufs Maul "

Du sagtest, es gibt keine starke linksliberale Öffentlichkeit. Andererseits erzielt die PDS in den neuen Ländern bei Wahlen 20%. Ist das nicht ein Widerspruch?

Da müßte man sich mit der PDS auseinandersetzen. Ganz ostdeutschlandweit betrachtet gibt es Landesverbände, die sich mehr mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandergesetzt haben als andere wie etwa in Sachsen-Anhalt. Dort beschäftigt sich die Partei nicht erst seit der dortigen Landtagswahl mit dem Problem. Ein fitter PDS-Abgeordneter hat dafür gesorgt, daß sich nicht nur die Partei, sondern auch das Umfeld um das Thema kümmert.

In der Mecklenburger PDS ist das bisher kaum angesprochen worden, daher ist auch das Umfeld noch nicht für das Thema sensibilisiert, d.h., die Öffentlichkeit, die sich kritisch mit Rechtsextremismus auseinandersetzt, muß erst einmal geschaffen werden.

"Anstatt eigene Eckpunkte zu setzen, ..."

Wie ist denn die Situation bei Euch in Rostock?

Wir wohnen in einer Stadt, wo es den Nazis bisher nicht gelungen ist, das Stadtbild zu dominieren - weder die Jugendklubs, noch das Leben in der Stadt, obwohl es natürlich in einzelnen Stadtteilen viele Nazis gibt. Wir haben vor allem mit Naziaufmärschen in Mecklenburg zu tun.

Liegt das an Euch, an einer erfolgreichen antifaschistischen Arbeit oder an der Stadt?

Zum einen ist die antifaschistische Arbeit vor allem in den Jahren 1992/93 ganz entscheidend gewesen. Außerdem gibt es in Rostock eine relativ starke linke (Sub)kulturschiene, von der auch viele Leute beeinflußt werden. Für ein Gegengewicht ist also gesorgt. Auf der anderen Seite gab es ein monatliches Vernetzungstreffen zwischen den Rostocker Jugendklubs. So konnte sich dem Thema Nazis und Rechtsextremismus auch auf der Ebene der Jugend- und Sozialarbeit genähert werden. Dort wurde sich auch darüber ausgetauscht, in welchem Klub die Nazis gerade Fuß fassen wollen

Die Diskussion mit den SozialarbeiterInnen über den Umgang mit den Neonazis hat ebenfalls dazu beigetragen, daß es den Nazis schwer gemacht wurde, die Klubs für sich zu beanspruchen. Trotzdem hatten die Projekte natürlich einen Spielraum, wie sie ihre Sozialarbeit gestalten. Dabei ist deutlich geworden, daß in den Stadtteilen, wo den Nazis am meisten Freiräume gelassen worden sind, auch mehr faschistische Aktivitäten zu verzeichnen waren, bzw. jetzt eine größere Skinclique zu Hause ist.

Wie sieht das in der Umgebung von Rostock aus?

Nicht so gut. In Kleinstädten wie zum Beispiel in Ribnitz-Damgarten ist eine größere Skinclique am Werken, die recht NPD-nah agiert. Es gibt zwar noch eine linke Subkultur, die sich in Bands oder Technomusik ausdrückt, aber die ist nicht so stark.

"... haben sich die Streetworker angepaßt ..."

Habt ihr eine Vorstellung, wie man das in solchen Gegenden verändern kann?

Das ist schwierig. Du kannst versuchen, eine Gegenkultur zu schaffen, was aber insgesamt ein ziemlich mühseliger und langwieriger Prozeß sein dürfte. Es müßten von außen kulturelle Gedanken reingetragen werden. Ob wir so eine kontinuierliche Arbeit überhaupt leisten können, wissen wir nicht. Es gibt so viele Gebiete, wo man das eigentlich machen könnte bzw. machen müßte. Und ein Erfolg ist nicht garantiert.

Darüber hinaus ist es wichtig, Bündnisse einzugehen. In der Bündnispolitik muß man Zugeständnisse machen und sich auf einen Nenner einigen. Der heißt in diesem Fall: "Gegen Nazis". An dieser Stelle gilt es, die Kräfte vor Ort ausfindig zu machen, die diesen Grundkonsens tragen können. In einer längerfristigen Politik versucht man dann mit dem Bündnis, es den Nazis in der Gegend ziemlich schwer zu machen.

Wer sind dann potentielle BündnispartnerInnen?

Wir haben zum Beispiel gute Erfahrungen mit den Jusos gemacht, teilweise mit SPD-Kreisen, teilweise auch mit PDS-Kreisen oder Bündnis '90. Es ist eigentlich unabhängig von der Heimatpartei, letztendlich hängt es von den Personen ab und das ist von Ort zu Ort unterschiedlich.

Die Lage ist zur Zeit aber so, daß man mit allen Leuten zusammenarbeiten muß, die gegen Nazis sind. An diesem Punkt müssen die Differenzen zurückgesteckt werden und man muß gemeinsam agieren und sich in seinen Vorgehensweisen tolerieren.

"... und Nazis akzeptiert"

Welche Rolle spielt die Jugendarbeit?

Die Jugendzentren sind für die jungen Leute, die in der Gegend aufwachsen, ein bestimmender Faktor fürs Leben. An ihnen wird sich orientiert und dort entscheidet sich auch, in was für eine Richtung die Leute gehen werden. Wenn der Jugendklub in Deiner Nähe von Nazis dominiert wird, dann ist es nicht verwunderlich, wenn du als 14- oder sogar 12jähriger anfängst, Dir die Haare kurz zu schneiden und eine Bomberjacke anzuziehen. Deshalb ist es ziemlich entscheidend, wie die Arbeit in so einem Jugendklub aussieht. Genau an diesem Punkt ist in der letzten Zeit ganz viel schief gelaufen.

Einige Leute glauben, daß es viele rechte SozialarbeiterInnen gibt, die den Jugendklub gezielt für sich nutzen - das sind wohl eher Einzelfälle. Das größere Problem ist, daß die SozialarbeiterInnen schlecht oder gar nicht geschult sind und keine Ahnung von dem Problem "Rechtsextremismus" hatten. Die wurden völlig überrannt von Skincliquen, die versucht haben, den Klub zu dominieren. Teilweise sind die Nazis dort kameradschaftlich organisiert und rekrutieren in den Jugendzentren Nachwuchs für ihre Kameradschaften.

An dem AgAG-Programm (Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt) kann man das gut demonstrieren: Um dem Problem der Gewalt im Osten Herr zu werden, wurden ganz viele Jugendklubs geschaffen. Plötzlich war Geld da und es mußten schnell Leute eingestellt werden. Größtenteils lief das auf ABM-Basis, die SozialarbeiterInnen wußten gar nicht, was sie tun sollten und haben es zum Teil auch nicht durchschaut, wenn eine rechte Jugendclique aufgetaucht ist, die den Klub dominieren wollte. Die Jugendlichen, mit denen sie ursprünglich gearbeitet haben, sind weggeblieben und nach kurzer Zeit besuchte ein ganz anderes Klientel das Zentrum. Anstatt diesem Trend entgegenzusteuern und eigene Eckpunkte ihrer Arbeit zu setzen, haben sich die meisten Streetworker angepaßt und die Nazis akzeptiert.

"Die NPD war

überall präsent"

Die NPD hat ihren Schwerpunktwahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt. Wie hat sich das bemerkbar gemacht?

Im letzten halben Jahr war immer etwas los in Mecklenburg. Es fing im Februar/März damit an, daß ganz verstärkt Aufmärsche durchgeführt wurden. Anfangs wurden auch noch Gegenveranstaltungen angemeldet und Mobilisierungen angekurbelt, denn es gab noch ein Potential, das da hinfahren konnte.

Die NPD-Aktivitäten verstärkten sich dann immer mehr, bis es richtig massive Ausmaße angenommen hat: In der Woche gab es in den unterschiedlichen Städten und Regionen täglich Infotische, wurden Flugblätter verteilt oder Plakate geklebt, und am Wochenende war irgendwo ein kleinerer Aufmarsch mit 200 oder 300 Leuten, und häufig wurden auch Saalveranstaltungen mit Wahlkampfreden der Spitzenkandidaten organisiert. Die NPD war überall im Land präsent.

Konnte die Linke da noch gegenankommen?

Je nachdem, wo die NPD auftauchte, gab es dementsprechende Reaktionen. Bei Infotischen der Nazis wurden Gegenveranstaltungen angemeldet, oder es haben sich spontan ein paar Leute hingestellt. Zumindest bei den Aufmärschen wurde über Bündnisse versucht, zumindest kleinere Gegendemonstrationen hinzukriegen. Das war anfänglich noch leichter, weil da die Leute auch noch nicht so geschlaucht waren. Mit der Zeit wurde es schwerer, Leute zu finden, die sich darum gekümmert haben und auch hingefahren sind. Irgendwann ist es zu viel geworden.

Am 19. September hat die NPD ihre Wahlkampfabschlußdemo in Rostock gemacht? Wie ist die Gegenmobilisierung gelaufen?

Schon Anfang des Jahres hat sich in Rostock ein "Bündnis gegen Rechts" gebildet. Anlaß waren die Naziaufmärsche in Mecklenburg und dann auch das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt. Das Bündnis war vor

allem von den Jugendorganisationen der Gewerkschaften, den Jusos und jungen Leuten aus der PDS gegründet worden, um sich dem Thema Rechtsextremismus zu nähern und längerfristig dazu zu arbeiten.

Irgendwann kam dann die Information, daß die NPD ihren Wahlkampf mit einem großen Aufmarsch in Rostock beenden will. Damit hat das Bündnis schnell einen anderen Rahmen bekommen: Die Großdemo der Nazis wurde Hauptarbeitsfeld und zu den 30 Gründerorganisationen und Gruppen kamen noch die normalen Gewerkschaften, Parteien, Vereine und Verbände hinzu. Für die inhaltliche Ausrichtung des Bündnisses war das nicht ganz unproblematisch, denn in der konkreten Vorbereitung zum 19.9. und durch das schnelle Anwachsen des Bündnisses konnte keine inhaltliche Diskussion geführt werden. Dafür hatten wir ein ziemlich breites Bündnis, was sich gegen den NPD-Aufmarsch quergestellt hat.

An dieser Stelle seid Ihr von antifaschistischer Seite heftig kritisiert worden. Ihr hättet durch die Breite des Bündnisses Eure Inhalte nicht mehr einbringen können. Wie steht Ihr dazu?

Wir wollen vor allem den "Gegen Nazis" - Konsens in der Bevölkerung stärken. Deshalb finden wir es grundsätzlich wichtig, mit allen Kräften zusammenzuarbeiten, die sich dem anschließen können. Natürlich ist es durch die Breite des Bündnisses schwierig geworden, diesen Konsens inhaltlich weiter zu diskutieren, aber wir gehen davon aus, daß das Bündnis nach den Wahlen viel kleiner werden wird und sich auf die Ursprungsgruppen beschränkt. Unser Ziel ist, daß sich in Rostock ein "Anti-Nazi-Konsens" durchsetzt und nach Möglichkeit auch noch aufs Land ausstrahlt. Deshalb finden wir die Kritik an uns nicht ganz gerechtfertigt, da wir vor allem eine längerfristige Perspektive in unserer Arbeit sehen. Es ist eher richtig, die Leute zu akzeptieren, wo sie im Augenblick stehen, sich mit ihnen auszutauschen und sie auch mit ihren Bedenken und Ängsten ernstzunehmen, als sie zu verprellen und eine Spaltung herbeizuführen. Nur so kann längerfristig ein besseres Agieren gegen Nazis möglich sein.

Das Interview führte Anna Bartels.

7. Die Mütter sind schuld! Elsässers Psychoanalyse und der Ruf nach dem starken Staat

Autor: Anna Bartels · Rubrik: DVU (Deutsche Volks-Union); Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:24

Im "Braunbuch DVU" versucht Jürgen Elsässer, die Ursachen für "national befreite Zonen" und den Wahlerfolg der Rechten zu ergründen. Über die antinationalen Ausfälle von Elsässer wundert sich heute wohl niemand mehr, aber die diesmal vorgelegte (Psycho)Analyse ist schlichtweg eine Katastrophe: Besonders das Kapitel "German Psycho" wirkt wie eine Satire. Schon nach wenigen Seiten wird klar, daß Elsässer es mit seinen psychoanalytischen Erklärungsversuchen des Rechtsextremismus durchaus ernst meint. Die Begründung für sein Vorgehen: "Der typische DVU-Wähler ist jung, männlich und kommt aus dem Osten. Ohne Psychoanalyse wird sich das nicht erklären lassen." Eine rein an der wirtschaftlichen Situation der neuen Nazis orientierte Begründung greife zu kurz, schließlich seien Alte und Frauen ökonomisch ebenfalls benachteiligt aber keine rechtsextremen WählerInnen

Für diese Einsicht lobt ihn Jürgen Trittin im Vorwort des Buches: "Doch anders als viele Linke weigert Elsässer sich, auf die Leimrute des Ökonomismus zu gehen. Arbeitslosigkeit ist für sich kein Grund, zum Schwein zu werden. Hierzu gehört eine bestimmte psychische Disposition." So weit so gut. Aber was der Autor dem Leser bzw. der Leserin dann im dilettantischen Rückgriff auf Freud, Fromm und Reich präsentiert, ist sicher nicht die Alternative zur "Leimrute des Ökonomismus".

Nazis sind Muttersöhnchen

Ein Kapitel mit "Die blutigen Ejakulationen des Kay Diesner" zu überschreiben, ist einfach nur eklig. Was danach kommt, liest sich wie ein Pamphlet gegen alleinerziehende Mütter: Zunächst bemüht Elsässer die Autorin einer Diesner-Biographie: Weil Kay das Lieblingskind der Mutter ist, übernimmt er bereitwillig die Haßgefühle, die die Mama ihrem geschiedenen Mann gegenüber entwickelt. Die Abneigung des Jungen gegen den Vater wird noch durch dessen fehlende Männlichkeit verstärkt. Diesner muß deshalb seine eigene Männlichkeit durch Bomberjacke und Doc-Martens-Stiefel beweisen. Mit Frauen hat er kein Glück, seine beiden Beziehungen bricht er nach wenigen Monaten ab. 1997 griff Diesner einen PDS-Buchhändler in Berlin an und ermordete einen Polizisten.

Elsässers simple Erklärung: "Der durch ungelöste Mutterbindung und Angst blockierte Sexualtrieb hat sich bei Diesner in einer blutigen Rettungsaktion für die Ehre Deutschlands entladen." Elsässer verallgemeinert sodann diese Behauptung: "Wie schon an diesem Fall ersichtlich wird, besteht ein Konnex zwischen ungelöster Mutterbindung und Nationalfixierung," und zitiert dann den Psychoanalytiker Bielicki: Der rechtsextreme Gewalttäter sei "Ergebnis emotionaler symbiotischer Abhängigkeit von einer unemphatischen (gefühlsarmen) Mutter und fehlender Identifikation mit einer integren Vaterfigur." Aha.

Freud - jedenfalls wie ihn Elsässer versteht - muß für die Fortführung der These herhalten: "Im Kern der Familienbindung wirkt die Mutterbindung. Die Vorstellung von Heimat und Nation sind in ihrem subjektiv-gefühlsmäßigen Kern Vorstellungen von Mutter und Familie." Das Heimatland ist demnach also kein Vater-, sondern ein Mutterland. So kann Elsässer auch den deutschen Antisemitismus erklären: "Wer die emotionale Verschmelzung mit dem Mutterland stört, wird von den Muttersöhnchen gehaßt: Ein Jude beispielsweise erinnert in seiner bloßen Existenz daran, daß die deutsche Nation keine normale Nation ist, ihre jungfräuliche Unschuld viel schlechter vortäuschen kann als andere. Deswegen ist die Verbindung zwischen Nationalismus und Antisemitismus hierzulande so intensiv, mag sie auch lange in der Latenz, im Unbewußten bleiben."

Warum es im Osten mehr nationalistische Muttersöhnchen gibt, erklärt Elsässer auch. Dort hat sich der autoritäre Charakter besser konserviert als in der Bundesrepublik. Zu DDR-Zeiten fand die autoritäre Sozialisation ihren Ausgleich durch die ungehemmtere Entladung des Sexualtriebs, das läßt sich sogar statistisch nachweisen: In der DDR war die Orgasmusrate höher als im Westen. Seit der Wende sinkt die Orgasmusrate, und durch die Mischung von Mutterfixiertheit und autoritärem Charakter entstehen so viele Nazis.

Im Westen ist das anders dort drückt sich der Nazismus im Narzißmus aus: "Der technologische Wandel bringt eine Schwächung der männlichen Suprematie in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft mit sich, mit dem Verschwinden der schweren manuellen Arbeit verschwindet auch das letzte materielle Substrat, das eine Zurücksetzung der Frau im Berufsleben rechtfertigen konnte. Gleichzeitig erzwingt die Forderung nach erhöhter Mobilität eine immer weitergehende Abwesenheit des früheren Ernähers; ein durchschnittlicher amerikanischer Vater ist mit seinem einjährigen Kind im Schnitt nur noch eine knappe Minute pro Tag zusammen. Damit fehlt in der Familie die dritte Person, mit der sich das Kind identifizieren kann, um die Mutterbindung aufzulösen. Es entsteht anstelle des autoritätshörigen Duckmäusers ein ‚neuer narzißtischer Sozialisationstyp`." Die Lösung für all diese psychologischen Probleme verrät uns Elsässer nicht, vielleicht auch, weil es ihm zu peinlich wäre, das Verbot der Ehescheidung zu fordern oder eine Festlegung und Kontrolle der Orgasmusrate zu verlangen.

Anti-Volk-Front

In einem anderen Kapitel überlegt Elsässer, wie man den rechtsextremen Höhenflug bekämpfen kann. Auch dort formuliert er Merkwürdiges:

"Was also tun? ... Bisher wird die DVU-Klientel für ihr Wahlverhalten belohnt: Alle Welt ruft nach Arbeitsplätzen, Lehrstellen und Förderungsmaßnahmen zur Besänftigung der Wildgewordenen. Wäre es nicht höchste Zeit, diesen Mechanismus umzukehren? Warum soll ein Stadtteil ein Jugendzentrum bekommen, der eine Hochburg der DVU ist? Warum haben ... Kommunen mit DVU-Spitzenwerten weiter Anspruch auf Fördermittel von Bund und Land?... Warum will man die Tariflöhne der deutschen Bauarbeiter durch ein ‚Entsendegesetz` schützen, solange Umfragen zeigen, daß sie zu den fanatischsten Anhängern der Faschisten gehören?"

Elsässer wünscht also die kollektive Bestrafung von bestimmten Regionen und Berufsständen. Schließlich sind die Ossis selbst für die Situation verantwortlich: "Die einzigen, die schuld an der Wirtschaftsmisere im Osten sind, seid Ihr selbst. Ihr, die Ihr so blöd wart, Helmut Kohl das Versprechen von den ‚blühenden Landschaften` abzunehmen ... Nach Kohl werden sie dem nächsten Heilsbringer folgen, und der wird nicht besser sein." Die Ossis sind also nicht nur Nazis und Muttersöhnchen (was ja das gleiche ist, wie wir mittlerweile wissen), sie sind auch einfach dumm.

Elsässer schlägt nun vor, daß "der Staat den rechtsextremen Gewalttäter rasch und hart bestraft und ihm im Wiederholungsfall weitere, höhere Strafen in Aussicht stellt." Ohne den Staat ließen sich die Nazis sowieso nicht mehr stoppen: "Was soll die selbstmörderische Prinzipientreue von Bündnisgrünen und PDS, den Verfassungsschutz, der in einigen Bundesländern ausgezeichnete Observierungserfolge gegen die Faschisten hat, ausgerechnet jetzt zurückstutzen zu wollen?" Stimmt, der Verfassungsschutz arbeitet ja auch antifaschistisch, das wissen wir schon von den Anwerbeversuchen der Schnüfflerbehörde nach dem Motto: "Arbeiten Sie doch mit uns zusammen, letztendlich wollen wir doch das gleiche."

"Wie meinte Karl Liebknecht so schön: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Die DVU hat sie. Dagegen hilft keine Große Koalition und auch keine Volksfront, sondern höchstens eine Anti-Volk-Front." Die Devise Elsässers heißt also: Lieber mit dem Staat, der Polizei und dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten, als mit dem dummen, rechtsradikalen Volk.

Wer in dem 139 Seiten zählenden Braunbuch DVU eine differenzierte Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Partei erwartet, liegt also vollkommen falsch. Letztlich beschäftigen sich nur zwei Kapitel mit der DVU. Dort gibt es eine kurze Zusammenfassung der Geschichte der Partei und ihrer Verbindungen zu den etablierten Kräften der Gesellschaft - Dinge, die man durchaus bereits in anderen Büchern und Broschüren nachlesen kann. Verantwortlich für diese Artikel zeichnet Andreas Spannbauer, obwohl der Titel und auch die erste Seite nur Elsässer als Autor des Buches nennen.

Auf der letzten Seite angekommen, fragt man sich, wieso Elsässer eigentlich noch in "Jungle World", "konkret" oder in der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" schreiben kann. Offenbar haben die keine Probleme mit den antinationalen, autoritären und patriarchalen Positionen von Jürgen Elsässer. Man (und frau noch viel mehr) kann getrost auf dieses Buch verzichten und die 19,80 DM sinnvoll investieren.

Anna Bartels

Jürgen Elsässer: Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde, Konkret Texte 17, Hamburg 1998, 139 Seiten, 19,80 DM.

8. Repression à la Rot-Grün. Kriminalisierung nach den Massenfestnahmen in Lübeck

Autor: Arthur Hein · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:15

Viele der über 500 AntifaschistInnen, die sich im Januar und März dieses Jahres in Lübeck den Aufmärschen des neonazistischen "Bündnis Rechts für Lübeck" entgegenstellten und dabei in Gewahrsam genommen wurden (s. ak 412 und 413), sind jetzt mit Bußgeldbescheiden, Strafbefehlen und Prozessen konfrontiert. Daß derartige Massenfestnahmen und die anschließende Kriminalisierung wie schon beim Castor-Transport nach Ahaus auch unter einer rot-grünen Landesregierung gebilligt werden, zeigt, daß die ehemals linken Parteien längst die Maßgaben einer repressiven sogenannten "Inneren Sicherheit" akzeptiert haben.

Nach dem Zusammenschluß der verschiedenen rechtsextremen Organisationen zum "Bündnis Rechts für Lübeck" rief man von Antifa bis zu SPD-Ortsvereinen zur Verhinderung des ersten Nazi-Aufmarsches am 31. Januar in Lübeck-Moisling auf. Bei dem Versuch, die Anfahrt der Faschisten mit einer Straßenblockade zu behindern, wurden etwa 80 AntifaschistInnen festgenommen. Die Demonstration der Nazis stoppte dann letztendlich eine Verbotsverfügung des SPD-Bürgermeisters Bouteiller, der dafür keine politischen Gründe mehr nannte, sondern brennende Barrikaden zum Anlaß nahm. Der zweite Aufmarsch des Nazibündnisses am 14. März konnte dann dank der Polizei durchgesetzt werden: Mehr als 450 AntifaschistInnen, denen es gelungen war, in den Stadtteil St. Lorenz-Nord zu gelangen, wurden in Gewahrsam genommen und bis zum Abend im Behördenhochhaus eingesperrt.

Den Festnahmen vom Januar folgten diverse Bußgeldbescheide, Strafbefehle, polizeiliche Anhörungsbögen oder staatsanwaltliche Schreiben. Nachdem einige der Betroffenen Widerspruch gegen die Zahlungsaufforderungen eingelegt hatten, wurden die Verfahren an das Amtsgericht Lübeck weitergeleitet. Ende August begannen die ersten Prozesse.

Auch die Massenfestnahme vom 14. März schlägt juristische Wellen. Allerdings sind nicht alle der 455 Festgenommenen von der Kriminalisierung betroffen: Gegen die einen wurden fast willkürlich Strafverfahren eingeleitet, den anderen flatterte ein Bußgeldbescheid ins Haus, wieder andere sind aus irgendwelchen Gründen von den Maßnahmen ausgenommen. Als Reaktion auf diese Repressionswelle schlossen sich die betroffenen AntifaschistInnen zu einem "Solibündnis zu den Antifa-Verfahren" zusammen, um öffentlichen Druck gegen die Kriminalisierung zu entwickeln. Aufgabe dieses Bündnisses ist es, die betroffenen Personen zu ermitteln und das Vorgehen gegen die staatliche Repression zu koordinieren.

Law & Order in Schleswig-Holstein

Daß sich ein repressives Klima gegen AntifaschistInnen zunehmend auch in rot-grün regierten Bundesländern durchsetzt, zeigt, daß sich der Antifaschismus dieser Parteien nur noch in den Manuskripten der Sonntagsreden finden läßt und sich ansonsten im Law & Order-Diskurs um die sogenannte "Innere Sicherheit" aufgelöst hat. Nach den Ereignissen in Lübeck kann man feststellen, daß den öffentlichkeitswirksamen Forderungen nach einem Verbot solcher Naziaufmärsche kein wirklicher politischer Druck hinterhergesetzt wird. Statt dessen befürwortet die rot-grüne Landesregierung in Kiel einen Polizeieinsatz wie am 14. März, wo der Versuch, sich den Neonazis entgegenzustellen mit einer Massenfestnahme und dem Einsatz von Wasserwerfern, Räumpanzern, Hunden und Knüppeln beantwortet wurde. Die Art und Weise, wie hier eine faschistische Demonstration durchgeprügelt wurde, ist in Wahlkampfzeiten ein deutliches politisches Zeichen, das allerdings nicht nur in Lübeck gesetzt wurde, denkt man nur an die Massenfestnahmen im Zusammenhang mit Anti-Atom-Aktionen. Diese Verfolgung von DemonstrantInnen kann durchaus als Bestandteil des Konzepts der "Inneren Sicherheit" verstanden werden, dem sich alle Parteien und damit auch die regierenden Grünen in irgendeiner Weise verpflichtet fühlen.

Daher richtet sich der Protest der AntifaschistInnen vom "Solibündnis zu den Antifa-Verfahren" generell gegen die Etablierung einer staatlichen Politik, die zunehmend darauf aus ist, ungeliebten Widerstand durch massenhaftes Festnehmen mundtot zu machen und im nachhinein durch Repression zusätzlich abzuschrecken und einzuschüchtern. Einen etwas anderen Weg schlägt das "Lübecker Bündnis gegen Rassismus" ein. Ihr Versuch, die Verantwortlichen in Lübeck und Kiel an deren Aufruf zur "Zivilcourage" zu

erinnern, um so eine Einstellung der Verfahren zu bewirken, birgt allerdings Gefahren. Denn damit wird die Definition und Legitimation antifaschistischer Aktionen an die parlamentarische Ebene weitergegeben, die dann entscheidet, welche Aktionsformen unter "Zivilcourage" fallen und welche nicht. Und daher dürfen auch die ersten Erfolge des Protestes gegen diese Kriminalisierung - die Einstellung aller knapp 120 Bußgeldverfahren vom 14. März und einiger Strafverfahren - nicht dazu führen, daß die anderen anstehenden Verfahren und Prozesse nun in aller Ruhe durchgezogen werden können. Antifaschismus läßt sich nicht aufspalten, weder durch Moralvorstellungen politisch Verantwortlicher noch durch juristische Definitionen. Gemeinsames Ziel bleibt weiterhin die Einstellung aller Verfahren!

Arthur Hein,

exlex-Antirepressionsgruppe

Um einen Überblick über alle bestehenden und anstehenden Bußgeld- und Strafverfahren beider Tage zu bekommen und ein koordiniertes Handeln aller Betroffenen und Solidarisierenden zu ermöglichen, bittet die Rote Hilfe OG Kiel alle Betroffenen, sich bei ihr zu melden:

Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel

Postfach 6444; 24125 Kiel;

Fax: 0431-75141

Gleichzeitig werden für die Kosten der anstehenden Verfahren Spenden auf dem Solikonto gesammelt:

Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel

Stichwort: Lübeck; Kto.-Nr. 91 012 880; BLZ 210 501 70; Sparkasse Kiel

9. Der Superstar und seine Gang. taz- und konkret-Leser wissen mehr über Joschka Fischer

Autor: Js. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:05

Es sei "nicht ganz ohne Pikanterie", findet die Redaktion der taz, kurz vor der Wahl in einem Sonderheft über die Grünen die Frage aufzuwerfen: "Brauchen wir die Grünen noch?" Zwar sei die taz nicht, "wie von manchen Kollegen gelegentlich angenommen", die Zeitung der Grünen, "aber sie hat doch mit großen Teilen der Grünen gemeinsame Wurzeln." Was sich im Editorial des taz-Journals "Die grüne Gefahr. Eine Partei auf dem Weg zur Macht" wie ein journalistisches Wagnis liest, ist tatsächlich nichts anderes als eine Werbebroschüre für die Partei, mit der die Redaktion vor allem eine Hoffnung verbindet: Sie werde in der Regierung dafür sorgen, daß "neue Leute gehört, neue Projekte vorgestellt" (Thekla Dannenberg) werden - für manche nicht mehr ganz jungen, aber immer noch total kreativen Berliner JournalistInnen vielleicht die letzte Chance, doch noch zu etwas Ruhm und Geld zu kommen.

Natürlich läßt die Redaktion in ihrem Journal auch KritikerInnen, linke wie rechte, zu Wort kommen: Jutta Ditfurth und Thomas Ebermann, Baldur Springmann, Peter Glotz und Heiner Geißler. In etlichen redaktionellen Beiträgen werden grüne Persönlichkeiten vorgestellt: Heide Rühle ("die Chefin aus der zweiten Reihe"), Krista Sager ("der Star von der Alster"), Rezzo Schlauch ("der populäre Urschwabe"), Daniel Cohn-Bendit ("der Mann, der nicht Minister werden möchte"), Gunda Röstel ("die neue aus dem Osten"), Hans-Christian Ströbele ("der ideelle Gesamtgrüne"), Kerstin Müller, Werner Schulz, Cem Özdemir, Andrea Fischer und andere. Jürgen Trittin ("der grüne Buhmann") darf immerhin im Interview erklären, warum er mittlerweile der einzige ist, den "alle auf dem Kieker haben".

Letztlich sind die Porträts, Interviews und Gastbeiträge aber nur Beiwerk. Der Hauptdarsteller ist ER, Joseph ("Joschka") Fischer, und das mit Recht: "Wer über die Grünen redet, muß über Joschka Fischer reden. Der einsame Star der Partei taucht naturgemäß in diesem Heft immer wieder auf..." Die Geschichte seiner Wandlungen und Wendungen beginnt in dem Heft "naturgemäß" 1982, mit seinem Eintritt in die grüne Partei, für die er 1983 in den Bundestag einzieht und deren erster Landesminister er 1985 wird. Trotz dieser Blitzkarriere hat die Partei ihm mehr zu verdanken als umgekehrt: "Die Rettung nach der verheerenden Wahl von 1990 kommt aus Hessen und gerät bald zur One-man-show: Joschka Fischer nimmt das Heft in die Hand"; "der Wiederaufstieg nach 1990" ist "die Erfolgsgeschichte des Joseph Fischer", derselbe der "Phönix aus der Asche der achtziger Jahre" - im Unterschied zu anderen Unterhaltungskünstlern, deren Programm ebenfalls im Verstoß gegen den guten Geschmack besteht, scheinen die taz-MacherInnen mit tiefem Ernst bei der Sache.

Ambivalent, und dadurch lesenswert ist immerhin ein Beitrag, der sich ebenfalls mit Joschka Fischer beschäftigt, genauer mit der legendären Frankfurter "Fischer-Gang". Klaus-Peter Klingelschmitt, seit ewigen Zeiten Hofberichterstatter der hessischen Realos, rechnet ab. Mit einer Mischung aus Abscheu und Bewunderung beschreibt er die Funktionsweise "einer durchsetzungsfreudigen Männerfreundschaft", des "Frankfurter Kreises" ehemaliger Spontis und revolutionärer Kämpfer um IHN (bei Klingelschmitt durchgängig klein und kursiv). Fischer war der unumstrittene Boß, der es aber ohne seine "Gangster" (Cohn-Bendit, Dick, Kleinert, Koenigs, von Plottnitz u.a.) nie geschafft hätte. "Die Gangster waren und sind für ihn unantastbar", schreibt Klingelschmitt, herumkommandiert und schikaniert wurden die unteren Chargen in der Fraktion, dem Ministerium, der Partei: "Montags habe er alle antreten lassen. ... ‚hingefläzt in seinem riesigen Ministersessel`... habe er dann die ‚verbale Peitsche` auf den Rücken derer knallen lassen, die temporär in Ungnade gefallen waren. Vasallen waren sie, die Männer und Frauen aus dem Umfeld der Gang: kleine Monde, die ihn und die Gangster umkreisten. Und er war ihr Herr. Treue und Masochismus wurden belohnt: mit Lehen im Ministerium, in der Landtagsfraktion und in der Partei."

Klingelschmitts Sittengemälde endet mit einem Ausblick auf die Zeit nach der Bundestagswahl: "Die Gang ist tot - es lebe die Gang. Denn sollte Fischer im Herbst tatsächlich Bundesminister werden, werden die Gangster wohl wieder auf der Matte stehen: ein Kreis selbst ministeriabler Männer (!) mit politischer Erfahrung, bereit, auf höchster Ebene für Deutschland politische Verantwortung zu übernehmen." Wer immer sich bei den Grünen Hoffnungen auf gut dotierte Posten in den Bundesministerien macht, wird mit den kampferprobten Frankfurtern konkurrieren müssen. Daß die CDU, im Kampf gegen "Banden" aller Art nicht zimperlich, den Frankfurter Klüngel nicht zum Wahlkampfthema macht, hat einen einfachen Grund: So wie Fischer machen's

alle, insbesondere Kohl, der ausgewiesene Experte für autoritäre Personalpolitik und die Abrichtung treuer Vasallen.

Die mittelgroße Verschwörung

Einer, der noch mehr über die Fischer-Gang weiß, ist Christian Schmidt, der darüber ein ganzes Buch geschrieben hat ("Wir sind die Wahnsinnigen. Joschka Fischer und seine Frankfurter Gang"; Econ-Verlag, München, 320 Seiten, 39,80 DM). Nachdem sein monumentales Werk von Spiegel-Redakteur Reinhard Mohr verrissen wurde, schlägt Schmidt nun in konkret zurück und enthüllt noch einmal, was schon in seinem Buch steht: Auch Mohr gehör(t)e der Gang an, ebenso wie Elisabeth Kiderlen (Badische Zeitung) und Thomas Schmid (Die Welt). Und nicht nur das - sie alle sind dem mächtigen Boß offenbar weiter zu Diensten. Während Frau Kiderlen Schmidts Buch ebenfalls verriß, arrangierte Thomas Schmid ein Gespräch zwischen Fischer und Nena, dem Schlagerstar der achtziger Jahre. Nachzulesen in der Hamburger Illustrierten Max, diente es, schreibt Schmidt, dazu, den "angehenden großen Staatsmann" auch mal ganz menschlich zu zeigen, als "Privat- und Gagamann".

So wird es wohl gewesen sein. Warum diese allgemein übliche Art der Parteienwerbung im vorliegenden Fall besonders übel ist, erklärt Schmidt auch. Fischer und seine Gangster sind nicht menschlich, sondern Schweine, "die Politik lediglich um des eigenen Vorteils willen betreiben" und die "sich 1982 aus purer lebensperspektivischer Verzweiflung auf die Grünen stürzten, um dann diese Partei binnen kürzester Zeit zu usurpieren". Ausführlich stehe das alles "in meinem Buch", das die konkret-Redaktion offenbar für ein bahnbrechendes Werk hält. Direkt neben Schmidts Artikel hat sie eine Rezension gestellt, in der Konrad Brehm und Gerhard Fischer Schmidts Enthüllungen noch einmal nacherzählen, immerhin in eigenen Worten: "Seit die Fischers ganz oben mitmischen, ist aus den ehemaligen Spontizusammenhängen eine gut funktionierende Burschenschaft geworden."

Läßt sich trotzdem etwas aus der konkret-Lektüre lernen? Schwerpunktthema der September-Ausgabe sei die Bundestagswahl, suggeriert die Werbung, die zugleich eine Provokation verspricht: "Ihn (Kohl) wählen, heißt, den bekannten Übeln den Vorzug vor den unbekannten zu geben." Christian Schmidt wird als einer der Autoren genannt, die aufgeschrieben hätten, "was dafür spricht". Wenn das im Sinne des Autors ist, dann steht es schlimmer um ihn, als bei der Lektüre nur seines Artikels anzunehmen: Eigenwerbung, garniert mit ein bißchen Verschwörungsgeraune - das ist schon o.k. (man weiß ja, wie schwer politische Bücher zu verkaufen sind). Aber daß Kohl, Schäuble, Rühe etc., verglichen mit der Fischer-Gang, das kleinere Übel sein könnten - das ist denn wohl doch ein wenig übertrieben. Die konkret-Redaktion scheint die "grüne Gefahr" auch nicht so recht ernst zu nehmen: Hinten auf dem Heft prangt eine ganzseitige farbige Anzeige für die Partei, vor deren heimlichem Führungszirkel Schmidt so eindringlich warnt.

Js.

10. "Der Bayer liebt sein Einparteiensystem". Bayerische Landtagswahlen

Bayerische Landtagswahlen: statt "Linksschwenk" stramm rechts

Autor: M. Bayer u. mb. · Rubrik: Wahlen; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:20

Es gibt kaum etwas langweiligeres als Landtagswahlen in Bayern. Zu stark ist die Position der CSU, zu schwach die Opposition, als daß irgendwelche Überraschungen zu erwarten wären. So war es auch bei den Landtagswahlen am 13. September - jedenfalls hinsichtlich ihrer landespolitischen Konsequenzen. Kurzum: Die SPD sackte unter 30%, während die CSU ihre absolute Mehrheit verteidigen konnte. Die Grünen blieben im Landtag, die FDP unterbot mit 1,7% das Ergebnis der öko-konservativen ÖDP und stabilisierte sich somit erfolgreich als Splitterpartei. Die "Freien Wähler" sowie die "REP" blieben ebenfalls draußen. Rechnet mensch die Ergebnisse der konservativen bzw. rechten Parteien - CSU, "Freie Wähler", ÖDP und "REP", NPD etc. - zusammen, so wählten weit über 60% der BürgerInnen Bayerns stramm rechts.

Plus 0,1% für die CSU und damit 52,9 %: Dieses Abschneiden war - vor allem wegen der erstmaligen Kandidatur der sonst nur kommunalpolitisch tätigen "Freien Wähler" (3,7%) - nicht erwartet worden. Das Ergebnis ist also tatsächlich ein "überragender" Sieg der CSU, die ihren seit 1978 anhaltenden Abwärtstrend leicht umkehren konnte.

Das eher gemäßigtere Bürgertum wurde von der CSU mit einem auf Ministerpräsident Stoiber abgestellten Wahlkampf bedient. Repräsentiert der Regierungschef doch eine selbst bei vielen SPD-WählerInnen beliebte Mischung aus nettem Landesvater und kühlem Manager. Hinzu kam der ewige Verweis auf die bayrische "Leistungsbilanz": Nur 6,3% Arbeitslose (Juni 1998), geringe Staatsverschuldung, relativ wenig Straftaten und hohe Aufklärungsquote etc. In Bezug gesetzt wurden die Bayerischen "Erfolge" mit der "Mißwirtschaft" in Niedersachsen. Plakatierte die SPD "CSU = Kohl", so konterte die CSU mit dem Wahlslogan "Schröder-Land ist abgebrannt".

NPD (0,2%), "Bund freier Bürger" (0,4%) und "Freier Bürger Union" (0,2%) - die neben den "REP" am extrem rechten Rand kandidierten - gelang es angesichts der rassistischen Parolen und Law-and-Order-Sprüchen der CSU nicht, nennenswerte Ergebnisse zu erzielen. Mit 3,6% allerdings blieben die "REP" die eindeutig führende Kraft in der rechtsextremen Szene Bayerns. "Wer im Wahlkampf die CSU-Tiraden gegen Ausländer im allgemeinen und ‚Mehmet` im besonderen gehört hat, glaubt sofort, daß rechts neben dieser Partei kein Platz bleibt." (FR, 14.09.98)

Die SPD mit Renate Schmidt konnte ihr selbstgestecktes Ziel "30% plus XXL" nicht erreichen. Statt einen Zugewinn zu erzielen, verlor sie bei 28,7% sogar 1,3%. Was sagt uns das? Daß eine Frau an der Spitze in Bayern nicht zieht? Daß die kulturelle Hegemonie der CSU einen Aufschwung der Sozialdemokratie unmöglich macht? Daß die CSU-Mehrheit noch den Freistaat Bayern überleben wird, wie der Kabarettist Gerhard Polt befürchtete? Tatsache ist, daß mit diesem schlechten Abschneiden auch die nicht gerechnet hatten, die nun mit einem "ist doch klar gewesen" ihren politischen Weitblick demonstrieren wollen. Wenn aber die Jusos einen "weitgehend inhaltsleeren Wahlkampf" (taz, 15.09.98) kritisieren, so ist dies so richtig wie für den Wahlausgang irrelevant. Denn diesen Wahlkampf auf Waschmittel-Werbeniveau führte schließlich auch die CSU - und zwar erfolgreich.

Warum die Grünen mit 5,7% wieder im Landtag sind? Nun, sie waren schon im letzten drin. Das kann in Bayern durchaus ein Faktor sein. Viel getan haben die Grünen jedenfalls nicht, um den Wiedereinzug zu rechtfertigen. Lediglich einige noch verbliebene Initiativen werden sich freuen, wieder AnsprechpartnerInnen im Maximilianeum zu haben. Die Öko-Konkurrenz von der ÖDP (1,8%) konnte den Grünen nicht gefährlich werden. Die ÖDP dürfte auch eher ein wertkonservatives ländliches Publikum anziehen (die Parteizentrale befindet sich in Würzburg!), die Grünen ein bildungsbürgerliches, das sich nicht als konservativ definiert. Letztendlich aber wird bei der Wahlentscheidung für die Grünen die Überlegung eine Rolle gespielt haben, doch eher das Original als die Kopie zu wählen.

Die Linke ist in Bayern gar nicht angetreten - abgesehen von der völlig chancenlosen DKP. Sie kandidierte aber auch nur im Wahlkreis Mittelfranken. Zwar gab sie unumwunden zu, daß ein Einzug in den Landtag "nicht

wahrscheinlich" sei, dennoch erklärte sie vollmundig: "Stimmen für die DKP sind deswegen nicht verschenkt. Mit der Wahl der DKP besteht die Möglichkeit, Protest ... und vor allem die Richtung auszudrücken, in die man Veränderungen wünscht: nach links." (UZ, 21.8.98) Immerhin 1.670 WählerInnen fanden diese Argumentation überzeugend. Die PDS wollte sich die Stimmung bezüglich der Bundestagswahl erst gar nicht durch ein Nullkommaetwas- Ergebnis versauen lassen. Und andere bündnisfähige Gruppen mit wahlkämpferischer Ambition waren nicht sichtbar. Dies dürfte aber auch nur Ausdruck des Realitätssinnes der verbliebenen bayerischen Linken sein. Denn wie formulierte es der Kabarettist Ottfried Fischer lakonisch: "Der Bayer liebt sein Einparteiensystem."

Martin Bayer und mb.

Ergebnisse der bayerischen Landtagswahl , +, +, +, +, +, +, +

, 1998, +, +, +, , 1994,

, , in %, , in absoluten Zahlen, , in %,

CSU, , 52,9, , (6.445.716), , 52,8,

SPD, , 26,7, , (3.501.418), , 30,0,

Die Grünen, , 5,7, , (692.071), , 6,1,

Freie Wähler, , 3,7, , (444.861), , -,

REP, , 3,6, , (437.967), , 3,9,

ÖDP, , 1,8, , (217.645), , 2,1,

FDP, , 1,7, , (201.635), , 2,8,

BP, , 0,7, , (88.700), , 1,0,

BFB, , 0,4, , (50.336), , 0,4,

NPD, , 0,2, , (23.884), , 0,1,

FBU, , 0,2, , (23.871), , 0,4,

PBC, , 0,1, , (17.293), , -,

ASP, , 0,1, , (11.363), , -,

6. Partei, , 0,1, , (10.289), , -,

Naturgesetz, , 0,1, , (8.386), , 0,1,

STATT Partei, , 0,0, , (2.492), , 0,0,

Freie Franken, , 0,0, , (1.975), , -,

DKP, , 0,0, , (1.670), , -,

HP, , 0,0, , (774), , -,

BP: Bayernpartei,, FBU: Freie Bürger Union,, ASP: Automobile Steuerzahler Partei,, 6. Partei: Jugend- und Frauenliste,, PBC: Partei bilbeltreue Christen,, HP: Humanistische Partei, +, +, +, +, +, +, +

11. Dokumentation: Öffentlicher Brief von einem Exilgrünen an Jürgen Trittin

Autor: Jürgen Reents · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:23

Lieber Jürgen,

erinnerst Du Dich noch, Anfang der achtziger Jahre, als die SPD in den Wahlkämpfen mit der Parole hausieren ging: "Wer grün wählt, wird sich schwarz ärgern"? Wie wir das als demagogisch zurückgewiesen, als dumpfen Appell an die Angst kritisiert haben, an die Angst vor Veränderungen? Sie haben es ja mehrfach versucht, 1987 noch einmal in Hamburg. Die letzten Tage vor der Wahl klebte die Stadt voller Plakate: "Liebe 68er, wenn ihr wieder grün wählt, kriegt ihr schwarz." Manche hat das beeinflußt, sie sind mit ihrer Stimme zur SPD zurückgekehrt, obwohl sie die besseren Argumente längst bei den Grünen wähnten. Uns hat es geschmerzt, dieses Spiel mit der Irreführung, dem erhofften Nichtnachdenken. Stimmen für die Grünen sind Stimmen für die Grünen, haben wir geantwortet - nicht für die Schwarzen, Punkt. So funktioniert der Verstand, so funktioniert die Aufklärung, so ist die Wahrheit. Ja, es hat auch angewidert, dieses staubtiefe Niveau, weil wir ja gleichzeitig damit kalkulierten, daß die SPD Bündnispartner der Grünen werden könne, sogar werden müsse, wenn Verkrustungen aufgebrochen und ökologische und soziale Reformen auf den Weg gebracht werden sollten. Und wir meinten, so wollten wir nie Wahlkampf führen.

Inzwischen sind etliche Jahre vergangen, in der sich viele Dinge verändert und einige Wege getrennt haben. Wenn man sich kennt, lohnt darüber kein Streit. Jeder kämpft für seine Auffassungen, die doch immer noch - den Eindruck erlaube ich mir - ihre guten Schnittmengen haben, jedenfalls Vernunftgründe für sich in Anspruch nehmen. So würde ich gerne unterstellen. Aber leider scheint dies verloren zu gehen.

Seit einiger Zeit, verstärkt nun in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl, haben Du und andere Grüne sich die Floskel angeeignet: "Wer PDS wählt, wählt CDU", oder wie Du jetzt nach der Bayern-Wahl formuliert hast: "Wer Gysi wählt, bekommt Schäuble". Seht Ihr das Plagiat nicht mehr? Habt ihr es nötig, dieselbe Keule in die Hand zu nehmen. die die SPD einst als Torwächter des Dreiparteiensystems (letztlich vergeblich) gegen die Grünen geschwungen hat? Mit derselben Dumpfheit, derselben Spekulation auf die Angst vor Veränderungen?

Und das nach der Bayern-Wahl, in der sowohl SPD als auch Grüne verloren haben, obwohl weit und breit keine PDS als Konkurrentin zu sehen war. Das Problem von SPD und Grünen ist doch offenkundig nicht, daß ihnen die PDS-Wählerinnen und Wähler fehlen, sondern daß sie aus eigener Kraft zu wenig überzeugende Alternativen bieten. Sonst wäre es in Bayern ja wohl anders ausgegangen. Ich hätte bei allem, was wir der Sache nach unterschiedlich sehen - ob es um eure Zustimmung zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr, euer Einschwenken auf den sogenannten "Asylkompromiß", euer Plazet zur geplanten Rentenkürzung oder unsere unterschiedliche Definition sozialer Gerechtigkeit geht - doch gehofft, daß der Verstand seine Schamgrenze zu wahren weiß. Perdu!

Wenn die SPD den Deal mit der CDU/ CSU androht, auch wenn es andere Chancen gibt, und die Grünen der SPD dabei beipflichten und die Schuld dafür den PDS-Wählerinnen und Wählern zuschieben - dann könnt Ihr auch die Sozialhilfeempfänger für die angeblich leeren Staatskassen verantwortlich machen. Oder habe ich etwas überlesen, und mein Vorschlag kommt bereits zu spät?

Meine Güte, was für ein Wahlkampf!

Trotzdem herzliche Grüße,

Jürgen Reents

Bonn, 15.9.1998

12. Antikapitalismus führt zum Faschismus

Autor: Js. · Rubrik: Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:06

Provokatorische Beiträge auf der "Meinung"-Seite der taz haben schon öfter die Gemüter erhitzt. Jürgen Elsässers Kommentar "Manisches Verlangen nach Arbeit" (taz, 7.9.) ist nur scheinbar eine solche Provokation - er liegt ganz auf taz-Linie: Der PDS, wo immer es geht, zu schaden, mögen die Argumente noch so wirr sein. Elsässer, der vermutlich anderes im Sinn hat als die Förderung von Rot-Grün, macht sich einmal mehr zum (nützlichen) Deppen. Der flache Sinn seines Kommentars wird von der taz-Redaktion völlig korrekt zusammengefaßt: "Eine antiquierte linke Kapitalismuskritik sowie eine krude Faschismusanalyse befördern den Aufstieg der nationalen Sozialisten."

Im einzelnen belehrt uns der Kommentator: "Für die proletarischen ‚Protestwähler` (von DVU und NPD; Anm. Js.) ist das manische Verlangen nach Arbeit nur eine Chiffrierung von Antisemitismus und Rassismus." Denn der "arischen (christlichen) Arbeit" stehe in der "deutschen Geistesgeschichte" das "jüdische Kapital" gegenüber - und das seit Martin Luther. Das hätten schon Marx und Engels wissen müssen, zumindest aber die erwerbslosen AnhängerInnen der PDS, die immer noch den Kapitalismus für ihre Lage verantwortlich machen. In ihrer Unbelehrbarkeit stärken sie mit ihrer Anklage die Rechten! Wer gar von "Globalisierung" redet, fördert damit nur den Mythos der "jüdischen Weltverschwörung": "in der Wallstreet herrscht der Jude - übersetzt der Stammtisch".

Hatte Geißler (für Willy Brandt "der schlimmste Hetzer seit Goebbels") also recht, als er Braun gleich Rot setzte und behauptete, auch der Nationalsozialismus sei ein Sozialismus gewesen? Zumindest sein Parteifreund, der Schweriner Innenminister Jäger, "liegt mit dem Verweis auf das Sozialistische an den neuen Nazis richtig", findet Elsässer. Der Mann hat sich entwickelt: nachdem sich Mao, Gorbatschow und der israelische Staat als Idole verbraucht haben, schöpft Elsässer nunmehr Kraft aus dem Kampf gegen die Linke.

Hieß es bei Mao "Die Revolution ist kein Deckchensticken", dann gilt das gleiche für Elsässers Loslösung von den eigenen Jugendverirrungen. Da wird munter drauflos geholzt, der historischen Wahrheit und dem Augenschein zum Trotz die Hetze der alten und neuen Nazis als gemäßigt bezeichnet: Wegen der "mythischen Überhöhung der Arbeit in Deutschland ... kann es sich die DVU wie weiland die NSDAP in ihrer Wahlwerbung leisten, vor allem auf den Aspekt ‚Arbeit her!` abzuheben und rassistische bzw. antisemitische Parolen nur anzudeuten."

Js.

13. Ein Hang zu Gandhi. PDS wehrt sich gegen Wahlkampfbenachteiligung

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:16

Wer erinnert sich noch an den Hungerstreik der PDS-Führung vor vier Jahren? Die "Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR" weigerte sich damals, die vermeintliche Steuerschuld der Partei von 1990 aus dem SED-Altvermögen zu begleichen. Daraufhin sollte auf die Wahlkampfkostenrückerstattung aus dem Bundestagswahlkampf 1994 zurückgegriffen werden.

Um den drohenden Konkurs der Partei abzuwenden, übten sich Gysi, Bisky und Co. im gewaltfreien Widerstand. In den Räumen der Unabhängigen Kommission und der Treuhand begannen sie einen Hungerstreik. Wahrscheinlich in Erinnerung an die eigenen Wurzeln, denn wie heißt es so schön im Programm der Partei des demokratischen Sozialismus: "Wir sind Mitglieder einer Partei, die aus unterschiedlichen Traditionen hervorging. Die Ursprünge unserer Partei liegen im Aufbruch des Herbstes 1989 in der DDR ..."

Im Wahljahr 1998 greift die PDS wieder auf ein ähnliches Mittel zurück. Diesmal wählte sie den Boykott. Um 20 Prozent wollen Lothar Bisky, Gregor Gysi, Christa Luft, Manfred Müller und Petra Pau ihre Rundfunkgebühren senken. Anlaß ist ihre Ausgrenzung durch den SPD-dominierten WDR und den CSU-nahen BR. In der Sendung "ARD Ihre Wahl" waren am 3. September CDU und CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zu sehen, nicht aber Vertreter der PDS.

Es ist eben Wahlkampf, und jeder nutzt ihn auf seine Weise. Also nutze Gysi die Gelegenheit und sprach diesen Akt der Ungleichbehandlung in der Haushaltsdebatte des Bundestags an, die am Vormittag desselben Tages in Bonn über die Bühne ging. Also bei einer Debatte, die selbst die reine Wahlkampfveranstaltung war. Muß doch der Haushaltsentwurf - egal wer bei der Bundestagswahl gewinnt - nach dem 27. September erneut in den Bundestag eingebracht werden.

"Heute abend findet in der ARD eine Sendung mit dem Titel ‚Ihre Wahl` statt, in der es unter anderem um Steuergerechtigkeit geht. Daran nimmt Herr Schäuble für die CDU teil, Herr Gerhardt für die FDP, Herr Lafontaine für die SPD und Herr Fischer für Bündnis 90/Die Grünen - und mit einer Selbstverständlichkeit wird die PDS ausgeschlossen, die seit dem 3. Oktober 1990 im Bundestag ist. Dieses Spiel macht die ARD mit. Früher hätten wenigstens die Grünen gegen diese Art von Ausgrenzung protestiert. Heute nehmen das alle wie selbstverständlich hin."

Der Wahrheit halber muß erwähnt werden, daß es sich bei der Sendung um die letzte von drei Diskussionen in dieser Reihe handelte. Zu den beiden vorhergegangenen war die PDS eingeladen - allerdings erst nach heftigem Protest. Zum Thema "Reformstau, Steuern und Renten" sollte sie aber nicht zu Wort kommen. (Ein Umstand, den Gysi zum Anlaß nahm, dem Hohen Haus eine Lektion in Dialektik zu erteilen: "Das spricht letztlich auch für unsere Qualität. Wer unsere Argumente so fürchtet, der muß davon ausgehen, daß an ihnen etwas dran ist.")

Der WDR bemühte eine etwas befremdliche Argumentation, um den Ausschluß der PDS zu begründen. Man hätte eben nur Parteien hören wollen, die eine Chance auf Regierungsbeteiligung hätten! Gysi hielt in einer persönlichen Erklärung dagegen: "Die PDS sitzt seit acht Jahren ununterbrochen im Bundestag. Seit acht Jahren gibt es im Parlament kein Vierparteiensystem mehr, sondern ein Fünfparteiensystem. Aber in der ARD herrscht immer noch die alte Zeit. Es ist bezeichnend, daß es gerade die großen, unter stark sozialdemokratischem Einfluß stehenden Sender wie WDR und NDR sind, die am massivsten die PDS aus der Diskussion und der Berichterstattung heraushalten (Tagesschau und Tagesthemen sind das dauerhafte Beispiel für diese Ausgrenzung)."

Daß eine Rundfunkanstalt so argumentiert, mag man für ihr gutes Recht halten. Man nennt das dann "redaktionellen Spielraum". Erstaunlich aber, daß sich dieser Sichtweise auch die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts Köln anschloß. Sie lehnte einen Erlaß einer einstweiligen Verfügung zur Teilnahme der PDS an der Fernsehsendung mit genau dieser Begründung ab. Damit ist einstweilen die Freiheit der redaktionellen Entscheidung über die Gleichbehandlung der Kandidaten gestellt. Indirekt bestätigte so das Gericht aber auch die Ungleichgewichtigkeit von Parteien - allen Verlautbarungen bürgerlicher Demokratie

zum Trotz. Eigentlich steht ja die Wahl des Bundestages an, also die Wahl von Parteien, und nicht die Wahl der Regierung. Diese wird vom Bundestag gewählt, und da zählt die Stimme eines PDS-Abgeordneten genauso viel wie die eines Abgeordneten einer anderen Partei - jedenfalls formal.

mb., Berlin

14. Wende, Aufschwung, Sensationen

Autor: Kt. · Rubrik: Wahlen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:19

Der Wahlkampf 1998 wird unter dem Stichwort "Aufschwung-Lüge" abzulegen sein. Die "Wende auf dem Arbeitsmarkt" war das einzige große, dafür unendlich breitgetretene Thema der CDU/CSU. "Job-Maschine! Der Motor läuft auf Touren", hieß es in CDU-Anzeigen Ende Juni, "Das macht Spaß - wir geben Gas!" textete man Anfang Juli, und selbst die "Blühenden Landschaften" wurden etwas später noch einmal aus dem Mülleimer der Geschichte hervorgeholt. "Unsere Arbeit trägt jetzt Früchte. Diesen Aufschwung dürfen wir uns nicht von Rot-Grün kaputt machen lassen" folgte Anfang September.

Auffallend ist, daß die SPD dieser massiven Spekulation auf die Dummheit des Wählers kaum entgegentrat, also der sich inhaltlich aufdrängenden Konfrontation auf dem von der CDU/CSU vorgegebenen wichtigsten Themenfeld auswich. Hauptbotschaft der SPD war, daß sie "bereit für den Wechsel" sei und "vieles besser machen" werde. Dahinter stand offenbar die Überlegung, daß erstens ein konfrontativer Wahlkampf nur den ganz sicher scheinenden Vorsprung von Schröder gefährden könnte und daß sich zweitens gegen eine auf wahnhaften Optimismus aufgebaute Kampagne schlecht anargumentieren läßt, wenn man nicht selbst als ewiger Nörgler und Miesmacher dastehen will.

Laut offizieller Statistik lag die Zahl der Arbeitslosen im Mai 1998 zum ersten Mal seit drei Jahren wieder bundesweit unter dem Vorjahresstand, und diese Tendenz ist seither stabil. Der Abstand zum Vorjahr lag im Mai bei 58.000 Menschen, im Juni bei 134.000, und im August sogar bei 276.000. Das entsprach für den August einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 11,4 auf 10,6%, wobei der Unterschied zwischen altem Westen (9%) und neuem Osten (17,1%) anhaltend groß ist. Möglicherweise könnte in diesem Dezember die Zahl der Arbeitslosen leicht unter die Vier-Millionen-Grenze sinken, und im Durchschnitt des gesamten nächsten Jahres könnte sie um 200.000 bis 300.000 niedriger liegen als 1998. Das schätzt jedenfalls der Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda. Damit läge sie aber im Jahresdurchschnitt 1999 wohl immer noch etwas über 4 Millionen.

Die Halbierungslüge

Immerhin, bis zum Jahr 2003 hält Jagoda jetzt eine Halbierung der Arbeitslosenzahl für möglich - durch Überstundenabbau um 40%, Senkung der Lohnnebenkosten um 2% und Einfrieren des Lohnniveaus. Halbierung der Arbeitslosenzahl? Da war doch mal irgend etwas? Richtig, im Januar 1996 kamen Bundesregierung und Gewerkschaften aus dem Konferenzraum mit dem Versprechen, schon bis zum Jahr 2000 diese Halbierung zu erreichen. Damals, mitten im saisonschwachen Winter, lag die Arbeitslosenzahl allerdings sogar noch etwas unter vier Millionen. Seither war sie bis zum Frühjahr 1998 kontinuierlich angestiegen, und einer nach dem anderen hatten sich die Politiker von der Halbierungsillusion verabschiedet. Am stursten gebärdete sich wieder einmal Kanzler Kohl: Erst Ende 1997 bekannte er, daß es damit wohl nichts werden würde.

Es hätte für eine politische Opposition nahe gelegen, das phantastische Halbierungsversprechen von 1996 mit dem heutigen Abfeiern eines minimalen Rückgangs der offiziellen Arbeitslosenzahlen als "Jumbo-Aufschwung" zu vergleichen. Nur schade, daß der DGB bei der Halbierungslüge voll mitgezogen hatte und auch die SPD damals die Bombenstimmung nicht durch allzu herben Realismus verderben wollte.

Andererseits ergaben Meinungsumfragen schon 1996, daß eine große Mehrheit der Menschen von vornherein nicht an die Verwirklichung des proklamierten Ziels glaubte. Wir haben die seltsame Situation, daß die Leute keineswegs bedingungslos den Lügen der Regierung Vertrauen schenken - und daher auch kaum enttäuscht sind, wenn daraus nichts wird. Außerdem scheint man das Gelüge auch nicht wirklich krumm zu nehmen, sondern hält es für die natürliche Tätigkeit eines cleveren Politikers und vielleicht geradezu für einen Fähigkeitsbeweis. Dagegen hätte es selbstverständlich jede humorlose Opposition, die einfach nur auf Fakten verweist, äußerst schwer.

Es hat sich herumgesprochen, daß das deutsche Mikro-"Jobwunder" im Vorfeld der Bundestagswahl in erster Linie einer kurzfristigen Ausweitung der Beschäftigungsmaßnahmen zuzuschreiben ist. Die Bundesregierung hatte in den letzten Jahren diese Maßnahmen immer mehr heruntergefahren und sie 1997 noch einmal stark

gedrosselt, um sie seit Frühjahr 1998, genau getimed auf den Wahlkampf, plötzlich wieder in die Höhe zu treiben. Noch durchsichtiger ist seit des Kaisers neuen Kleidern wohl kaum jemals ein Schwindel inszeniert worden.

Nach der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit gab es im August dieses Jahres 276.000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr. Zugleich waren 171.500 mehr Menschen als im August 1997 in verschiedenen Beschäftigungsmaßnahmen. Von diesem Plus entfielen nur 10.500 auf den Westen und 161.000 auf den Osten. Die amtliche Arbeitslosenzahl im Osten sank aber im Vergleich zum August 1997 nur um 86.000. Das heißt, daß in den "neuen Ländern" durch kurzfristig gesteigerte ABM und ähnliche Maßnahmen ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit verdeckt und scheinbar ins Gegenteil umgewandelt wird. Allein in der ostdeutschen Baubranche gingen nach Angaben Jagodas seit 1997 fast 90.000 Arbeitsplätze verloren.

Die Aufschlüsselung nach Ost und West zeigt andererseits, daß für das alte BRD-Gebiet die sinkenden Arbeitslosenzahlen wohl doch nicht einfach mit mehr Beschäftigungsmaßnahmen zu erklären sind. Selbstverständlich sind auch für die westlichen Bundesländer Begriffe wie "Wende auf dem Arbeitsmarkt" völlig unangemessen, aber eine ganz kleine, wenn auch vielleicht nur zeitweise Verbesserung scheint es immerhin zu geben?

Leichte Besserung?

Nicht einmal das ist angesichts der Tücken amtlicher Statistiken wirklich sicher. Rückgang der Arbeitslosenzahlen heißt keineswegs automatisch, daß wirklich mehr Menschen "Arbeit haben". Im Juni 1998 - das ist die aktuellste vorliegende Schätzung - soll es in Deutschland 34,02 Millionen Erwerbstätige gegeben haben. Das sind 800.000 weniger als im Jahresdurchschnitt 1995 und immer noch 13.000 weniger als im Juni 1997. Aufgeschlüsselt ergab sich für den Osten ein Minus von 54.000 und im Westen ein Plus von 41.000. Zur Erinnerung: Die Zahl der Arbeitslosen soll bundesweit im Juni 1998 um 134.000 unter dem Vorjahresstand gelegen haben. Das ergibt, plus den 13.000, fast 150.000 Personen, die zwar aus der Arbeitslosenzahl verschwanden, aber in der Erwerbstätigenzahl nicht wieder auftauchten. Was ist da passiert?

Eine der Ursachen für diese scheinbare Diskrepanz ist, daß das Arbeitskräftepotential in Deutschland seit mehreren Jahren rückläufig ist. Allein für Westdeutschland hat die Zahl potentieller "Erwerbspersonen" von 1997 auf 1998 um rund 100.000 abgenommen. Die Gründe dafür liegen in erster Linie im Bereich der Ausländer- bzw. Einwanderungspolitik: sinkende Aufnahmezahlen (nicht nur für "Asylbewerber", sondern auch für "deutschstämmige Rücksiedler" aus Osteuropa), erschwerter Zugang zum Arbeitsmarkt. Anders gesagt: Der demographische Abwärtstrend (Geburtenrückgang) wird heute weniger als früher durch Einwanderung aufgefangen.

Weitere Ursachen sind der systematischen "Bereinigung der Statistik" zuzuschreiben. Ein Beispiel dafür ist, daß seit Jahresanfang automatisch aus der Arbeitslosenzahl entfernt wird, wer die obligatorische Drei-Monats-Meldung versäumt. Die meisten dieser Menschen tauchen zwar nach kurzer Zeit als Arbeitslose wieder auf, nachdem sie die versäumte Meldung nachgeholt haben, aber es ergibt sich vermutlich ein ständiger Posten von 10-20.000 Menschen, die tatsächlich arbeitslos sind, jedoch momentan nicht mitgezählt werden.

Zu den Tricks gehört auch die in Angriff genommene "Säuberung" der Statistik von Menschen, denen aufgrund ihres Gesundheitszustands oder auch wegen Alkohol- und Drogenproblematik die Arbeitsfähigkeit abgesprochen wird. Dadurch werden zunehmend zehntausende, wahrscheinlich bald mehr als hunderttausend Arbeitslose für die Statistik und Propaganda unsichtbar gemacht.

Außerdem wächst, vor allem durch die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit, die Zahl der Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Zahlungen mehr haben (z.B. weil der Ehepartner "zuviel" verdient) oder deren Arbeitslosenhilfe unerträglich weit unter dem Existenzminimum liegt. Es findet daher eine ständige massenhafte Abwanderung aus der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit in die Schwarzarbeit oder in schlecht bezahlte Jobs (meist ohne Absicherung und unterhalb einer vollen Arbeitszeit) statt. In dieselbe Richtung wirkt der forcierte Einsatz von Zwangsarbeitsmodellen, sei es nun als kommunale Müllräumer oder als abkommandierte Erntehelfer. Wenn sich Tausende der Zwangsarbeit verweigern und daraufhin keine Zahlungen vom Arbeitsamt und Sozialamt mehr erhalten, kann man sich leicht vorstellen, welche Erwerbsmöglichkeiten ihnen noch offenstehen. Der Anteil der Schwarzarbeit am bundesdeutschen

Bruttosozialprodukt wird heute auf 15 Prozent geschätzt, wobei einschränkend zu sagen ist, daß ein großer Teil davon durch legal Beschäftigte - wie beispielsweise ohne Rechnung arbeitende Handwerker - erbracht wird.

Stabilisierung

durch Schwarzarbeit

Die nackte Zahl der "Erwerbstätigen" ist ohnehin nicht besonders aussagekräftig, weil sie keine Auskunft über das Anwachsen der Jobs ohne soziale Absicherung und unterhalb einer vollen Arbeitszeit gibt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt die aktuelle Zahl der sogenannten geringfügig Beschäftigten auf 5,4 Millionen. Allein zwischen 1991 und 1995 habe deren Zahl um 1,5 Millionen zugenommen. Nach einer Schätzung des "Spiegel", die insgesamt sogar noch etwas höher liegt, hat von 1992 bis 1997 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um fast 7% abgenommen, während die geringfügig Beschäftigten um 26,5% zugenommen haben.

Stark angewachsen ist auch die Zahl der Schein-Selbständigen, die der DGB jetzt auf etwa eine Million schätzt. Die breiten Reihen dieser neuen "Kleinunternehmer" umfassen beispielsweise Zeitungszusteller ebenso wie Menschen, die im Supermarkt die Waren in die Regale stellen. Hinzugerechnet werden müssen außerdem hunderttausende von Teilzeitjobs, die zwar oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze liegen, aber trotzdem nur knapp oder gar nicht zum Lebensunterhalt ausreichen und die durch zusätzliche Jobs ergänzt werden müssen - wofür sich wiederum besonders Formen am Rande oder außerhalb der Legalität anbieten.

Es erweist sich, daß der stark expandierende Sektor der Schwarzarbeit - überhaupt der einzige, auf dem es arbeitsmarktpolitisch wirklich "blühende Landschaften" gibt! - heute eine ganz entscheidende soziale Funktion hat. Schwarzarbeit erlaubt es hundertausenden von Menschen, ihre Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe aufzubessern, die weit unterhalb des Existenzminimums liegt, oder die gar keinen Anspruch auf Zahlungen haben, aber trotzdem keine "normale" Arbeit finden können. Das Lohnniveau auf dem schwarzen Arbeitsmarkt bildet darüber hinaus eine Grenze, unter die auch die Entlohnung von Zwangsarbeitern nicht leicht gedrückt werden kann.

Das heißt, nach Lage der Dinge ist die Schwarzarbeit heute nicht nur ein wesentlicher, sondern der entscheidende soziale Stabilisator, der ein Umkippen der Situation von Hunderttausenden in öffentlich sichtbare Armut - und zwar nicht nur im soziologischen, sondern wirklich im "klassischen" Sinn - verhindert. Für viele Menschen ist Schwarzarbeit außerdem zweifellos das bei weitem kleinere Übel, verglichen mit Abstumpfung, Resignation oder auch der Abkommandierung zu ungeliebten, diskriminierenden Zwangsarbeiten, deren Zweckbestimmung als Bestrafung, Abschreckung und repressive Pädagogik unübersehbar ist.

Ein Versuch, gegen die Schwarzarbeit systematisch und massiv vorzugehen - der von jeder der möglichen nächsten Regierungskonstellationen in Bonn zu erwarten ist - müßte auf irgendeine Weise diese Stabilisatorfunktion durch andere Faktoren ersetzen. Außer dem sogenannten Kombilohn, der nicht nur sehr schädliche "Nebenwirkungen" hätte, sondern ohnehin nur einen kleinen Teil des Gesamtproblems abdecken könnte, gibt es dafür keine Vorschläge oder Ideen. Jede Kampagne gegen die Schwarzarbeit setzt überdies den verheerenden deutschen Urinstinkt zur kriminalistischen Beobachtung und Denunzierung des Nachbarn nicht nur frei, sondern auch voraus. Wirkungsvoll betrieben müßte eine solche Kampagne zwangsläufig dazu führen, daß die ökologischen Nischen der versteckten Arbeitslosigkeit teilweise zusammenbrechen und der Druck auf den legalen Arbeitsmarkt enorm zunimmt.

Wie frisiert man

eine Statistik?

Die Regierungs-Propaganda vom "Jumbo-Aufschwung" plus "Wende auf dem Arbeitsmarkt" verdreht die aktuelle Entwicklung ins Gegenteil. Tatsächlich ist kennzeichnend, daß trotz eines im Vergleich der letzten Jahre außerordentlichen hohen Wirtschaftswachstums und überdurchschnittlich guter Konjunkturbedingungen insgesamt keine positive Wirkung auf die Arbeitslosenzahlen eingetreten ist. Zieht man die kurzfristig aufgeblähten Beschäftigungsmaßnahmen und die diversen Verfälschungen der Statistik durch billige Tricks einmal ab, ist das Ausmaß der Arbeitslosigkeit heute insgesamt sicher noch größer als vor einem Jahr. Die

Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt, allen Beschönigungsmanipulationen zum Trotz, sogar in der offiziellen Statistik immer weiter an, beispielsweise von Juni 1997 bis Juni 1998 um 114.000. Und wenn Jagoda darauf verweist, daß in den ersten sieben Monaten des Jahres 1998 rund 4,6 Millionen Menschen ihre Arbeitslosigkeit beendet hätten, so drückt das keine "Wende" aus, sondern nur eine irrsinnig hohe Fluktuation. Da die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen nur um weniger als 300.000 sank, müssen folglich mehr als 4,3 Millionen Menschen zwischen Januar und Juli 1998 arbeitslos geworden sein. Außerdem meldet die Statistik, daß derzeit im Westen 61,5% der Neueinstellungen nur befristet vorgenommen werden; im Osten sind es sogar 63,2%.

Dies ist die Situation unter den aktuellen denkbar günstigsten Konjunkturbedingungen. Mit Sicherheit wird aber jeder durch künftige Entwicklungen der Weltwirtschaft verursachte Rückgang zu einem erneuten starken Ansteigen der Arbeitslosenzahlen führen. Arbeitslosigkeit steht unter den Sorgen der Menschen seit vielen Jahren an erster Stelle, überwiegend gar nicht einmal so sehr aus unmittelbarer persönlicher Betroffenheit, sondern als Kriterium für die Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Hohe Arbeitslosigkeit signalisiert, daß die Verhältnisse nicht "in Ordnung" sind und daß die Regierung die Dinge nicht mehr im Griff hat. Sie macht darüber hinaus auf ein grundsätzliches Defizit des Kapitalismus aufmerksam.

Daß die Herrschenden die Arbeitslosigkeit wegzulügen bzw. kleiner zu lügen versuchen, ist eine ganz normale Reaktion. Das ist zudem für sie die einzig mögliche Reaktion, denn an den Fakten selbst läßt sich offenbar selbst in einer Phase starken Wirtschaftswachstums und eines beispiellosen Exportbooms nicht viel ändern. Unabhängig davon, welche Koalition nach den Wahlen gebildet wird, wird die Manipulation der Arbeitslosenstatistik eine zunehmend wichtigere propagandistische Rolle spielen. Dazu gehören alle Zwangsarbeitsmodelle ebenso wie die Züchtung einer unübersehbar großen Zahl von Unternehmen, mit denen clevere Leute - darunter anscheinend auch etliche Ex-Linke - Kopfprämien für die Vermittlung von Arbeitslosen in meist niedrig qualifizierte, schlecht bezahlte Jobs kassieren. Daß solche Firmen Kontroll- und Denunziationsfunktionen übernehmen, ist ein willkommener Nebeneffekt.

Chancen haben auch alle Überlegungen, wie man "klotzen statt kleckern" könnte, indem man die Arbeitslosigkeit gleich im ganz großen Stil wegdefiniert. Ein sicherer Erfolg wäre beispielsweise, wenn man alle Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf "Leistungsbezug" haben, automatisch aus der Statistik werfen würde. Auch auf dem Gebiet der systematischen Aussortierung von "nicht Arbeitsfähigen" nach gesundheitlichen, altersmäßigen oder qualitativen Gesichtspunkten läßt sich sicher noch eine ganze Menge machen. Ein Viertel der Arbeitslosen sind sowieso schon über 55 Jahre alt, gelten überwiegend als "unvermittelbar" und sind auch zum Spargelstechen nicht mehr tauglich, belasten also nur die Statistik. Außerdem: Würde man ausländische Arbeitslose nicht mehr mitzählen bzw. irgendwo ganz unauffällig als eigene Kategorie verbuchen, könnte man die offizielle Arbeitslosenzahl schlagartig um fast 20% senken. Man wird noch sehen, daß der Phantasie der Politiker auf dem Feld der Verfälschung der Statistik wirklich keine Grenzen gesetzt sind

Kt.

15. Saarbrücken: Atomausstieg ist kein Automatismus von Rot/Grün

Autor: Dse · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:21

Aktionstage gegen Atom

Am Wochenende vom 12. und 13. September führte die Anti-AKW-Bewegung ihre bundesweiten und dezentralen Aktionstage durch. Beschlossen wurden diese auf einer Sonderkonferenz der Initiativen, die im Juni in Marburg abgehalten wurde, nachdem Grenzwertüberschreitungen bei Castortransporten bekannt geworden waren. Um sich auf den ersten Atomtransport nach der zu erwartenden Aufhebung des Castor-Stopps vorzubereiten, sollten Demos und Aktionen an vier Standorten stattfinden: in Greifswald wegen des dortigen Zwischenlagers, in Gronau als Standort einer Urananreicherungsanlage, am Schrottreaktor Stade, der aufgrund seines vollen Lagers akute Entsorgungsprobleme hat und schließlich in Saarbrücken, weil dort fast alle Atomtransporte auf dem Weg zu den Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und Endland durchkommen.

Dieses Programm war Ergebnis einer längeren Auseinandersetzung auf der Marburger Konferenz um die Ausrichtung des Aktionstages. Ein Spektrum verschiedener norddeutscher, eher autonomer Gruppen hatte dafür plädiert, eine zentrale Veranstaltung an der Urananreicherungsanlage in Gronau, nahe der holländischen Grenze, durchzuführen. Hauptargument für diese im Zusammenhang mit dem Castor-Skandal nicht ohne weiteres nachvollziehbare Orientierung war, daß so ein weiterer Teil der nuklearen Transport- und Brennstoffspirale thematisiert werden sollte (vgl. den Artikel "Es muß nicht immer Castor sein"). Die Anti-AKW-Bewegung sei keine Anti-Castor-Bewegung, sondern richte sich gegen das ganze Atomprogramm, - dies solle in Gronau herausgestrichen werden.

Die Gegner dieser Position wandten ein, daß angesichts des Castor-Skandals nun eine verstärkte Mobilisierung entlang der Atomtransportestrek- ken zu den Wiederaufarbeitungsanlagen sinnvoll sei. Viele durch den Skandal aufgewachte Menschen könnten so in die Aktionen eingebunden und der Widerstand verbreitert werden.

Nach anstrengender Debatte war eine inhaltliche Verständigung auf einen oder zwei Aktionspunkte nicht zustande gekommen. So "einigte" man sich auf ein Sammelsurium von Standorten, die zwar alle was mit Atomwirtschaft zu tun haben, aber eine Bündelung der Kräfte konnte damit nicht erreicht werden. Zudem wurden Standorte ausgewählt, an denen es bis heute kaum entwickelte Ansätze einer Widerstandskultur und -praxis gibt. Hinzu kam, daß mit der Terminierung für das Wochenende 12./13. September nicht eben viel Zeit zur Mobilisierung an den für die Bewegung schwierigen Standorten blieb. Überall standen Sommerferien bevor, so daß sich nur wenige Leute an den Vorbereitungen beteiligen konnten.

Politisch stellen die Aktionstage die erste koordinierte Reaktion der Anti-AKW-Bewegung auf den Castor-Skandal dar. Wenige Wochen vor der Bundestagswahl hätte man damit gleichzeitig eine deutliche und starke Positionsbestimmung für den sofortigen Ausstieg formulieren können. Auf dieses Ziel hätte die Mobilisierungsarbeit ausgerichtet werden müssen. Doch davon war in der Praxis kaum die Rede. So blieben die AktivistInnen der Bewegung weitestgehend unter sich und führten vor, über wie wenig Mobilisierungskraft und Durchschlagskraft sie ohne Gorleben und Ahaus verfügen.

Allerdings ist davon auszugehen, daß der nächste Castortransport erheblich mehr Menschen mobilisieren wird. Will die Anti-AKW-Bewegung aber auch jenseits von Atomtransporten nach Gorleben oder Ahaus Aktionen mit Massencharakter durchführen, dann muß sie sich verstärkt bündnispolitisch betätigen.

DSe

Aktionstag in Stade

Etwa 300 AKW-GegnerInnen versammelten sich am 12. September in der Innenstadt von Stade, um gegen die weitere Nutzung der Atomenergie zu demonstrieren. Angekündigt waren auch Aktionen entlang der Schienen

zum AKW Stade, auf denen die Castortransporte abgewickelt werden. Doch bei Dauerregen und starker Polizeipräsenz kam es dazu nicht.

Auf der Kundgebung in der Stader Innenstadt gab es ein buntes, vielleicht auch beliebiges Nebeneinander politischer Inhalte. So stellte der "Revolutionäre Block" den Anti-AKW-Kampf als einen Schritt auf dem Weg zur herrschafts- und profitfreien Gesellschaft da. Zuvor hatte Karsten Hinrichsen, Sprecher der Grünen Landesarbeitsgemeinschaft Energie, kritisiert, daß Parteien - also auch die Grünen - nach Macht streben. Er plädierte vor einer Schar grüner Funktions- und Mandatsträger aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg für ein "Zweckbündnis" zwischen Grünen und Anti-AKW-Bewegung. Kaum war er mit seiner Rede zu Ende, zogen die meisten Bündnisgrünen auch schon wieder ab: Ihr Schiff, mit dem sie zu der Kundgebung gekommen waren, mußte zurück. Den Rest der Demo erledigten die Initiativen dann allein.

Stade war als Aktionsort ausgewählt worden, weil das interne Lagerbecken für abgebrannte Brennelemente derart voll ist, daß die Betreiber (PreussenElektra/HEW) während der im Januar/Februar anstehenden Revision keinen kompletten Brennelementewechsel durchführen können. Ohne Castortransporte muß das AKW entweder abgeschaltet oder die Leistung deutlich heruntergefahren werden. Stade ist also besonders dringend auf den Abtransport angewiesen. Aus diesem Grund wollen sich die Initiativen auf eine weitere Aktion an diesem AKW vorbereiten. Unabhängig von der Frage, wann der erste Castor nach der Aufhebung des derzeitigen Atomtransporte-Stopps rollen wird, sollen die Probleme der Stade-Betreiber in jedem Fall weiter vertieft werden.

DSe

Saarbrücken:

Atomausstieg ist kein

Automatismus von Rot/Grün

500 Menschen demonstrierten am Samstag, dem 12.9. in Saarbrücken für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen. Dazu aufgerufen hatten verschiedene süddeutsche Anti-AKW-Gruppen. Das Saarland mit den beiden Grenzübergängen Perl/Apach und Saarbrücken ist das Nadelöhr für alle Atommülltransporte in die Wiederaufarbeitungsanlagen nach La Hague und Sellafield. Ebenfalls gefordert wurde die Stillegung der vier Atommeiler im nahegelegenen Cattenom im Dreiländereck Lothringen/Luxemburg/Saarland.

Mit diesen Aktionstagen sollte breiten- und medienwirksam an der Akzeptanzschraube gedreht werden. Wenige Tage vor der Bundestagswahl ging es darum zu zeigen, daß für die Anti-Atom-Bewegung der Ausstieg kein Automatismus von Rot/Grün ist. Konsequenterweise wurde darauf verzichtet, Rednerinnen von Parteien einzuladen.

Die im Vorfeld laufende Debatte um einen Redner der Gewerkschaft der Polizei wurde letztendlich von den Gruppen mit einem Nein entschieden. Schon vor zwanzig Jahren hatte der verstorbene, östereichische Zukunftsforscher Robert Jungk auf zwei Zusammenhänge aufmerksam gemacht, die heute noch Gültigkeit haben: die Unmöglichkeit der Trennung von ziviler und militärischer Nutzung und, daß der Betrieb von Atomanlagen den atomaren Überwachungsstaat zur Folge hat.

Einen Vorgeschmack erhielten die AKW-GegnerInnen am Sonntag, dem zweiten Aktionstag, als ca. 100 von ihnen sich - zur Vorbereitung auf den Tag X, der Tag, an dem die Castoren wieder fahren - zu einem öffentlich angekündigtem Schienenspaziergang trafen: hypernervöse PolizistInnen, Hundestaffeln, Personalienfeststellungen, beschlagnahmte Filme. Zur Zeit sind in der BRD die Castor-Transporte aufgrund des Skandals um die jahrelange Vertuschung hoher Strahlenwerte ausgesetzt. Der nächste Transport wird jedoch noch in diesem Jahr erwartet.

Ingrid Röder,

AKTION 3.WELT Saar

Weitere Informationen:

AKTION 3.WELT Saar: 068 72 / 99 30 56

INFOLADEN Trier: 0651 / 75 2 57

Koordinationskreis gegen Castor: 0681 / 63 53 59

Es muß nicht immer Castor sein

Seit einigen Jahren ist die Anti-AKW-Bewegung total Castor-fixiert. Was also tun, wenn das Aktionsfeld "Castor-Widerstand" plötzlich wegbricht, aus dem einfachen Grund, daß der Widerstand erfolgreich war?

Sicherlich, der nächste Castor rollt bestimmt, und sich diesem entgegenzustellen ist - wenn es soweit ist - eine Selbstverständlichkeit. Aber bis dahin den Ernstfall proben? Weshalb nutzen wir nicht unsere gute Position, um die Betreiber auf einem anderen Feld zu nerven, das für sie ebenso wichtig ist, das ebenso angreifbar ist, und das in der Brennstoffspirale vom Uranabbau bis zum "Endlager" sehr viel früher ansetzt, nämlich bei der Produktion von neuen Brennelementen zum Betrieb in den Atomkraftwerken. Es gibt einige gute Gründe, daß die Aktionen gegen Uranhexafluorid (UF6)-Transporte sinnvoll sind. Einige Gruppen aus dem eher autonomen Spektrum machen sich zur Zeit Gedanken, ob und wie das möglich ist.

Uran-Versorgung unterbrechen

Uranhexafluorid ist ein gasförmiges Zwischenprodukt bei der Herstellung von Brennelementen, das eine eminent wichtige Funktion hat. Alle in Deutschland laufenden AKW sind Leichtwasserreaktoren, sie benötigen Brennelemente in denen der Anteil an spaltbarem Uran 235 auf mindestens 3% angereichert ist. Bei Natururan beträgt der spaltbare Anteil lediglich ca. 0,7 Prozent. Die einzige bundesdeutsche Anlage ist die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau / Westfalen. Hier werden jährlich 1.800 Tonnen Uran angereichert, genügend um 14 AKW ein Jahr lang mit Brennelementen zu versorgen. In der Gronauer Anlage kann das spaltbare Uran bis auf 50 Prozent, also bis zur Bombentauglichkeit, angereichert werden. Damit könnte diese Anlage ohne weiteres auch für militärische Interessen funktionalisiert werden.

Ökologisch betrachtet ist das UF6 vor allem aufgrund seiner Giftigkeit gefährlich. In Verbindung mit Wasser bildet das Fluor sehr schnell die extrem aggressive Flußsäure.

In die Bundesrepublik gelangt das Uranhexafluorid vor allem per Schiff über die Häfen in Bremerhaven oder Hamburg. Von hier aus geht es meist auf der Straße per LKW bis zur UAA nach Gronau weiter. Auf diesen Strecken sind die Transporte somit sehr leicht und sehr überraschend angreifbar. Dadurch bietet sich auch ein weites Feld für dezentrale Aktionen in allen Orten, die an diesen Transportstrecken liegen.

Nach der Anreicherung in Gronau wird das UF6 per LKW beispielsweise ins benachbarte Lingen zur Brennelementeproduktion bei der Siemens-Tochter ANF (Advanced Nuklear Fuels) gebracht.

Anhand der Transporte mit UF6 läßt sich deutlich machen, daß Castortransporte nicht die einzigen Atomtransporte sind, die die Atomindustrie braucht, um ihre profitbringenden AKWs am Laufen zu halten. Die gesamte Brennstoffspirale läßt sich so deutlich machen, mitsamt den internationalen Verflechtungen der AKW-Betreiber und dem militärischen Aspekt der Atomenergienutzung. Denn die Kritik an Atomkraftwerken beschränkt sich nicht auf deren Gefährlichkeit, sondern richtet sich ebenso gegen ein Wirtschaftssystem, das solche Art der Energieerzeugung braucht und fördert.

Einen Anfang haben die Aktionen ab 13.9. in Gronau gemacht. Im Rahmen eines bundesweiten Aktionswochenendes fand ein einwöchiges Widerstandscamp in der Nähe der UAA statt. Die Beteiligung war bei herbstlichen Regenwetter mit 50 TeilnehmerInnen allerdings ebenso wie an den anderen Standorten des Aktionstages eher gering. Ein massives Polizeiaufgebot verhinderte zusätzlich, daß es zu effektiven Blockaden kommen konnte. Aber heute ist nicht alle Tage ...

VoMa, Anti-Atom-Büro Hamburg

Gegen den Wind in Greifswald

Pitschnaß, hundemüde und trotzdem guter Laune - so läßt sich die Stimmung im Greifswalder Aktionscamp am Sonntag beschreiben. Das Camp hat gut funktioniert, die Aktion vor dem Zwischenlager ist trotz einiger Improvisationen ziemlich pfiffig verlaufen, und wir haben zeigen können, daß auch der dünn besiedelte Nordosten zur Widerstandszone gehört. Das Camp war auf einer privaten Wiese bei Wusterhusen (ca. 3 km vom Zwischenlager Nord entfernt) aufgebaut.

Ein wackeres Häuflein von etwa 50 verwegenen StrickpulloverträgerInnen versammelte sich ab Freitag abend vor dem Gelände in der Nähe des atomaren Lagerhallen. Unser Camp hatte schon im Vorfeld reges Interesse in der Gegend hervorgerufen. Dem Werkschutz in Lubmin war sämtlicher Urlaub gestrichen worden, die Polizeidienststellen in der Umgebung hatten erhöhte Bereitschaft.

Die Aktion am Zwischenlager bestand darin, in kürzester Zeit trotz Polizeipräsenz eine symbolische Mauer aus steingrauen Pappkartons über die Straße vor dem Gleistor des ZLN zu bauen und damit die Zufahrt zu blockieren. Motto: Die abgebrochene Mauer zwischen Ost und West wird jetzt gemeinsam um die Atomanlagen, und zwar ohne Durchlaß, wieder aufgebaut. Ganz nebenbei bekam die richtige Mauer am Zwischenlager auch noch etwas Farbe ins Gesicht.

Wir fanden die Aktion gelungen. Es war möglich, mit relativ wenigen und einfachen Mitteln zu zeigen, daß die Zeiten, in denen am ZLN eine ruhige (Wach)kugel geschoben wurde, sich nun langsam aber sicher dem Ende zuneigen... Bis auf wenige Rangeleien am Anfang, blieb die Polizei über das Wochenende friedlich.

Der Samstagabend gehörte dann den Arbeitsgruppen, die sich inhaltlich hauptsächlich mit dem Standort Greifswald und seinen Perspektiven sowie mit den Widerstandsmöglichkeiten vor Ort befaßten.

Am Sonntag gab es dann mal zur Abwechslung eine legale, da angemeldete Demo zum Zwischenlager. Einzige Unplanmäßigkeit war ein kurzer Schwenk der TeilnehmerInnen über einen Teilabschnitt der Schienenanbindung des Lagers.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Wir hatten Gelegenheit, die Organisation eines Camps in kleinem Maßstab zu testen und dazu die erforderliche Infrastruktur zu entwickeln. Durch unsere Aktion am Zwischenlager haben wir die Diskussion um den Standort wieder aus dem Koma erweckt.

Wir haben Greifswald durch die bundesweiten Aktionstage wieder stärker mit den anderen Standorten verknüpft und dadurch hoffentlich erreicht, daß das Thema ZLN auch bundesweit wieder mehr zum Diskussionspunkt wird.

Arne Rehyer

Kontakt: Arne Reyher,Tel./Fax 038 378 / 22 9 20

Bürgerinitiative Wolgast/Usedom ohne Atommüll, biwolgast@topmail.de

Bürgerinitiative Kernenergie e.V. zur Förderung alternativer Energiekonzepte Greifswald,

bi.kernenergie@gryps.comlink.apc.org

16. Der Beginn einer neuen Etappe? ETA erklärt unbefristeten Waffenstillstand

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:44

Schon seit einigen Wochen war mit politischen Überraschungen im Baskenland zu rechnen. Da gab es auf der einen Seite zwar die zunehmende Repression des spanischen Zentralstaats gegen die baskische Linke. Auf der anderen Seite aber kam es - nicht zuletzt unter dem Eindruck des Friedenabkommens in Nordirland - zu verstärkten Bemühungen um eine politische Lösung für das Baskenland.

Seit Anfang des Monats verdichteten sich die Gerüchte um einen Waffenstillstand der ETA. Am 18. September erklärte die baskische Separatistenorganisation dann die unbefristete "Einstellung aller bewaffneten Aktionen". Das gab sie in einer einen Tag zuvor in den beiden baskischen Tageszeitungen Euskadi Información und Deija veröffentlichten Erklärung bekannt. "Wir glauben, daß wir ähnliche Chancen haben wie vor 20 Jahren in der Zeit des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie. Diesmal müssen wir erreichen, daß diese Phase die der Souveränität wird."

Seit eineinhalb Jahren war eine Zuspitzung des Konflikts im Baskenland zu verzeichnen. Mit den Attentaten gegen Gemeinde- und Stadträte der in Madrid regierenden Partido Popular (PP) war ETA zunehmend in die politische Isolation geraten. Der spanische Zentralstaat nutzte die Situation und verstärkte seine Angriffe auf die gesamte baskische Linke. Im Dezember 1997 wurde die Leitung von Herri Batasuna (HB) für sieben Jahre ins Gefängnis gesteckt. Ende März 1998 deckte HB auf, daß der spanische Geheimdienst CESID verschiedene ihrer Parteibüros abgehört hatte. Im Juli erfolgte die Verhaftung von Geldgebern und die Schließung der HB-nahen Tageszeitung Egin. Daneben kam es immer wieder zu Polizeiaktionen gegen angebliche ETA-Kommandos.

Jedoch waren seit einigen Monaten Entwicklungen zu verzeichnen, die auf die Aufweichung der starren politischen Fronten zwischen den politischen Kräften des Baskenlandes hindeuteten. Jedenfalls gab es in den Sommermonaten diskrete Gespräche zwischen der bürgerlich-nationalistischen Partido Nacionalista Vasco (PNV), der gemäßigt linken Eusko Alkartasuna (EA) und HB. Die baskischen Sozialisten der PSOE hatten dies zum Anlaß genommen, vor den Wahlen ihre Unterstützung für die Minderheitsregierung der PNV aufzukündigen.

HB ihrerseits versuchte ihre Isolation, in die sie nach den Attentaten der ETA geraten war, aufzubrechen und angesichts eines möglichen Verbots wieder Zugang zu größeren Sektoren der baskischen Bevölkerung zu finden. Anfang September gab sie bekannt, daß sie zu den Regionalwahlen im Bündnis mit unabhängigen Persönlichkeiten aus dem baskischen politischen und kulturellen Leben als Euskal Herritarrok (Baskische Bürger) antreten werde.

Mitte des Monats haben sich schließlich nach wochenlangen Verhandlungen 24 Parteien, Gewerkschaften und Organisationen des nationalistischen Spektrums in einem Forum für den irischen Weg zusammengeschlossen. In der Erklärung von Lizarra sprachen sie sich für Verhandlungen mit ETA aus, ohne daß der Gewaltverzicht der Organisation zur Bedingung gemacht würde. Die Friedensinitiative, die von HB angestoßen wurde, unterstützt neben der PNV und EA als einzige nicht-baskische Partei auch Izquierda Unida (IU).

Der Friedensplan sieht in einer ersten Phase vor, daß alle Beteiligten "ohne jegliche Vorbedingungen" Gespräche aufnehmen, um direkte Verhandlungen vorzubereiten. In einer zweiten Phase sollen dann Lösungen erarbeitet werden, um den Konflikt zu beseitigen. Diese Ergebnisse müßten von der spanischen und der französischen Regierung akzeptiert werden, ohne daß sie selbst aktiv an den Verhandlungen teilnehmen dürfen.

Daß ETA mit einem Waffenstillstand in diesen Prozeß eingreift, war spätestens zu diesem Zeitpunkt erwartet worden. Auf die Erklärung des Waffenstillstandes reagierten die spanische Regierung, PP und PSOE "zurückhaltend". Zuvor hatte die spanische Regierung eine einseitige Waffenruhe der ETA als Falle und Fata Morgana abgetan. Auch den Vorstoß des Forums für den irischen Weg stießen PP und PSOE schroff zurück.

ETA hat mit ihrer Waffenruhe zwar Raum für eine politische Lösung geschaffen. Auch ist es HB und den baskischen Nationalisten gelungen, aus der Defensive der letzten Monate in die Offensive zu gelangen. Ob der

Impuls des nordirischen Friedensprozesses aber alleine ausreicht, den Konflikt zu lösen, ist nicht nur wegen der Reaktionen der spanischen Regierung und der gesamtspanischen Parteien PP und PSOE fraglich. Entscheidend ist, daß es heute einen Konsens zwischen allen politischen Kräften des Baskenlandes darüber gibt, daß sie nur gemeinsam die Zukunft des Landes bestimmen können. Das heißt aber noch lange nicht, daß am Ende dieses Prozesses ein unabhängiges Baskenland steht.

mb., Berlin

18.9.1998

17. CSU auf Anti-Atom-Kurs? Stoibers angeblicher Rückzug beim Bau neuer AKWs

Autor: Bernhard Dietz · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:22

Reichlich Verwirrung stiftete der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber Anfang Juli: Er verkündete die Streichung von Standorten im sogenannten Standortsicherungsplan, der in Bayern an fünf Standorten die Flächen für neue Atomkraftwerke freihält. Die taz titelte "AKW Nee! Bayern stoppt Atompläne ... Stoiber lehnt überraschend den Bau weiterer Atommeiler in Bayern ab." Die Wirklichkeit sieht leider anders aus: Substantiell ist wenig gewonnen, aber Stoiber hat einen geschickten Schachzug im Wahlkampf gemacht.

Was hat sich nun wirklich geändert an der Position der CSU in Sachen Atomkraft? Objektiv wurde nur angekündigt, daß der Standortsicherungsplan für Wärmekraftwerke überarbeitet werden soll. Von den fünf Standorten, die auch für Atomkraftwerke eingestuft sind, sollen vier gestrichen werden. Dieser Standortsicherungsplan ist ein landesplanerisches Instrument, das 1978 festlegte, daß bestimmte Orte für den Bau von (Atom-)Kraftwerken freigehalten werden sollten. Dort durften also keine neuen Wohnungen gebaut oder Betriebe angesiedelt werden. Hintergrund war, die gigantischen Atomausbaupläne der siebziger Jahre gegen kommunalen Widerstand abzusichern.

In den letzten 20 Jahren haben die großen Energieversorger jedoch nach und nach die Grundstücke in diesen Bereichen aufgekauft, z.T. schon Umspannwerke gebaut, Straßen und Brücken wurden für Schwertransporte ausgelegt - kleine unauffällige Vorbereitungsmaßnahmen.

Eine Streichung aus dem Standortsicherungsplan ändert daher substantiell nichts an der zukünftigen Möglichkeit, hier neue Atomreaktoren zu bauen. Diese Flächen müssen de facto nicht mehr freigehalten werden, weil sie inzwischen im Besitz der Energieversorgungsunternehmen (EVU) sind. Eine Streichung der Vorhaltung dieser Flächen heißt ja keineswegs, daß dort kein AKW gebaut werden darf. Im Gegenteil, es wurde ja schon die grundsätzliche Eignung des Standorts von seiten der bayerischen Staatsregierung festgestellt. Im gleichen Atemzug in der gleichen Kabinettssitzung bekräftigt Stoiber: "Die Arbeiten zur Weiterentwicklung der Kernenergie ... müßten weiter fortgesetzt werden. Insbesondere unterstütze die Staatsregierung mit Nachdruck die Anstrengungen der Energiewirtschaft zur Entwicklung des neuen Reaktortyps EPR."

Kein Wunder also, daß es aus der Vorstandsetage der Bayernwerk AG keinerlei Unmutsäußerungen zu hören gab. Ihre Pläne werden durch diese Maßnahme in keiner Weise gestört. Die Bayernwerk AG produziert 70% ihres Stroms in Atomkraftwerken. Angesichts der Liberalisierung des Strommarkts ist sie an einer weiteren Erhöhung des Atomstromanteils derzeit nicht interessiert.

CSU: Wahlkampf gegen (konservative) Ökologen

Daß Stoiber - ausgerechnet in Zeiten, in denen der Atomausstieg wieder in aller Munde ist - diesen scheinbaren Rückzieher macht, hat viel mit dem bayerischen Wahlkampf zu tun. Emotional mag es vielleicht auch damit zu tun haben, daß Stoiber ziemlich verärgert ist, wie die AKW-Betreiber mit dem Castorskandal öffentlich umgegangen sind. Hintergrund dieses Manövers ist jedoch eine Initiative für ein Volksbegehen, die die bundesweit bedeutungslose ÖDP am diesjährigen Tschernobyljahrestag (April 98) gestartet hat. Unter dem Titel "Keine neuen Atomkraftwerke" begann sie mit einer Unterschriftensammlung und erreichte binnen zwei Monaten die erforderlichen Anzahl von 25.000 Unterschriften.

Die ÖDP hatte der CSU bereits zu Beginn dieses Jahres eine schmerzliche Niederlage bereitet. Im Februar wurde ebenfalls durch einen Volksentscheid der bayerische Senat - eine Ständekammer, in der die CSU grundsätzlich durch ihr nahestehende VerbandsvertreterInnen eine gepflegte Zweidrittelmehrheit hatte - ersatzlos abgeschafft. Initiator dieses Volksentscheid war ebenfalls die ÖDP.

Am potentiellen Standort Marienberg bei Rosenheim wurden binnen weniger Monate 18.000 Unterschriften gegen ein mögliches neues Atomkraftwerk gesammelt. An einem anderen potentiellen Standort, im oberfränkischen Viereth bei Bamberg, finden seit 1993 jährlich Demonstrationen mit vier- bis sechstausend TeilnehmerInnen statt.

Die CSU vermutete wohl nicht ganz zu unrecht, daß sich an diesen Protesten auch so mancher CSU-Wähler beteiligte. Und dies hat den Strategen Stoiber dazu bewogen, hier einer aus der Sicht der Atomwirtschaft - unnötigen Diskussion geschickt aus dem Weg zu gehen: Mit dieser Ankündigung baute er einer möglichen weiteren Niederlage bei einem Volksbegehren vor und gleichzeitig sicherte er sich so seinen Wahlerfolg bei der Landtagswahl.

Bernhard Dietz

18. Thatcherismus mit menschlichen Antlitz. Blair"s Cool Britannia - Interview mit Bob Jessop

Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:37

Bob Jessop, Professor für Soziologie an der Universität Lancaster, arbeitet zu marxistischer Staats- und Regulationstheorie und zur Transformation des Wohlfahrtsstaates in Skandinavien, Großbritannien und Deutschland.

Mit Bob Jessop sprachen Frieder Dittmar, Wolfgang Hörbe und Katharina Pühl.

ak: Für die kommende Bundestagswahl rechnet sich die SPD mit Gerhard Schröder als Kanzlerkandidat beste Chancen aus. In der Linken dominieren derzeit zwei Einschätzungen einer zukünftigen Regierung Schröder: Die einen erhoffen die Abkehr von neoliberaler bzw. neokonservativer Politik, den anderen gilt Schröder bloß als neuer Kohl. Als Vorbild der mit Schröder modernisierten Sozialdemokratie gilt Tony Blairs New Labour. Was läßt sich nach einem Jahr Blair als Premierminister von Großbritannien über die Politik New Labours sagen?

Bob Jessop: Um Blair und damit Schröder zu verstehen, muß man sich auch Clinton anschauen. Blair und Clinton hatten aber nicht nur ähnliche Wahlstrategien. In der Sozialpolitik verfolgt Blair die Strategie welfare into work, und das ist eindeutig Clintons Politik.

Das Motto welfare into work zielt auf die jungen Arbeitslosen und bedeutet, daß sozialstaatliche Hilfen dazu dienen sollen, wieder einen Job zu finden. Wohlfahrt, soziale Sicherheit, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, das hat alles nur einen temporären Charakter.

In der Wirtschaftspolitik dagegen hat es Blair viel schwerer, mit einer Labour-Regierung die harte neoliberale Politik von Clinton zu betreiben. Hier sollte man sich eher mit Major beschäftigen, denn New Labour muß das Erbe von 18 Jahren konservativer Regierung verwalten. Und das besteht in erster Linie in der Politik einer strikten Haushaltsdisziplin, womit jede Politik, die etwas kostet, ausgeschlossen ist, sofern der Betrag nicht von einem anderen Posten gekürzt wird. New Labour hatte sie aus wahltaktischen Gründen übernommen, weil man meinte, nur mit dem Versprechen gewinnen zu können, keine höheren Steuern zu erheben. Gegen Ende seiner Amtszeit war Major allerdings so unpopulär, daß New Labour mit beinahe jedem Programm die Wahlen hätte gewinnen können, auch mit Steuererhöhungen. Ihren Kurs hat sie dennoch nicht mehr geändert.

Blair scheint darüber jedoch nicht allzu unglücklich zu sein. Er nutzt die Fortsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik der Konservativen vielmehr zu einer kontinuierlichen Transformation in ein workfare-regime. New Labour steht also weniger für einen radikalen Bruch als für die Konsolidierung des Thatcherismus.

Das spricht für die Kontinuitätsthese.

Dennoch macht es einen Unterschied, ob die Sozialdemokraten jetzt regieren oder nicht. John Major wäre zum Beispiel nicht in der Lage gewesen, das Abkommen in Nordirland auszuhandeln oder Schottland und Wales mehr Autonomie einzuräumen. Eine humanere Haltung gibt es in der Migrationspolitik, etwa in der Frage der Familienzusammenführung. Zwar wollten auch die Konservativen die Familien zusammenführen, aber dazu sollten die Leute zurück nach Pakistan, Indien oder Bangladesch gehen. Labour dagegen sagt: Wir akzeptieren das Bedürfnis nach Zusammenführung, ihr könnt eure Familien hierhin bringen.

In den achtziger Jahren hast du den Thatcherismus einmal als Two-Nations-Projekt bezeichnet, das mit einer Spaltung der Gesellschaft in "Produktive" und "Parasiten" arbeitet: Produktiv seien die, deren Arbeit ohne staatliche Subventionen verwertet werden kann, während als parasitär nicht nur die Armen gälten, sondern auch diejenigen, deren Beschäftigung "unrentabel" sei. Die soziale Basis, an die sich Thatcher wandte, waren allein die Produktiven. Was ist mit dieser Spaltung passiert, gibt es die beiden Nationen noch im freundlichen Thatcherismus von New Labour?

Zwischen Blair und Thatcher gibt es schon auf der persönlichen Ebene erhebliche Unterschiede. Mrs. Thatcher hat einen hartgesottenen kleinbürgerlichen Hintergrund mit allen Werten des englischen Krämers. Ihre traditionelle kleinbürgerliche Mentalität hat sie immer beibehalten, auch wenn sie sie durch die Lektüre von

Leuten wie Adam Smith theoretisch aufbereitet hat. Thatcher sah alles in moralischen Kategorien: Individuen seien für sich selbst verantwortlich. Tony Blair dagegen ist in erster Linie christlich-sozial aber nicht puritanisch und instinktiv viel stärker an der One-Nation orientiert. Blairs Politik hat zwar auch eine moralische Orientierung, aber das Individuum bleibt gegenüber der Gemeinschaft verantwortlich.

Unter Gemeinschaft darf hier aber nicht die traditionell sozialdemokratische verstanden werden. New Labour steht vielmehr für die Stärkung der Familie und deren Verantwortung und löst damit auch die Vorstellung vom traditionellen Wohlfahrtsstaat ab. Die Idee ist, daß man sich zwar nicht darauf verlassen kann, daß der Markt alles regelt, aber auch der Staat nicht alles machen kann. Also muß, vermittelt über die Familie, eine gemeinschaftliche Basis geschaffen werden, die viele der Aufgaben der staatlichen Wohlfahrt übernimmt. Für Blair liegt es nicht in der Verantwortung des Staates, auf die Leute aufzupassen, vielmehr tragen die einzelnen selbst die Verantwortung, gegenseitig für sich zu sorgen. Das ist Thatcherismus mit menschlichem Antlitz.

Diese Vorstellung vom Volk unterscheidet sich aber auch von der autoritär-populistischen Thatchers. Eher so wie Diana the peoples princess war, gibt es auch die Idee von einer Partei des Volkes. Die Art, wie der Tod von Prinzessin Diana gehandhabt wurde, war ungeheuer populär und hat dazu beigetragen, das Ansehen der neuen Regierung zu festigen. Das ist nicht die traditionell konservative One-Nation, sondern eine neue Form von One-Nation im Zeitalter der postindustriellen Massenkultur, für Leute, die multikulturell, jung und cool sind. Das Großbritannien Blairs ist Cool Britannia. Blair versucht sich mit allem zu identifizieren, was cool ist. Er spielt Gitarre, er sagt, daß er Oasis mag, er lädt Pop- und Fußballstars zu sich ein.

Der Populismus von Blair ist somit auch nicht mehr traditionell sozialdemokratisch, nicht mehr gegen die Reichen und für die Arbeiterklasse. Blair gehört zur ersten Generation von politischen Führern in Großbritannien, die der Nachkriegsgeneration angehören. Für ihn ist es genauso in Ordnung, reich zu sein oder hart zu arbeiten und zur Mittelkasse zu gehören, wie es okay ist, arm zu sein.

Ist es auch okay, arbeitslos zu sein?

Nein, das nicht! Aber nicht weil man faul wäre, wie es Thatcher dem Arbeitslosen unterstellt hat, um sie zur Arbeit zwingen zu können. Für New Labour bedeutet arbeitslos zu sein, daß man keine ganze Person mehr ist, daß man sich nicht so entfalten kann, wie es möglich wäre. Deshalb ist Arbeit wichtig. Arbeit bereichert, Arbeit hebt das Selbstwertgefühl. Das ist eine ganz andere Auffassung als die von Thatcher. Arbeitslosigkeit ist bei Blair kein gesellschaftlicher Status. Wer arbeitslos ist, ist nicht arbeitslos. Nein, wer arbeitslos ist, ist jemand, der einen Job sucht, und dabei hilft ihm New Labour.

Wie kann man sich diese Hilfen vorstellen? Setzt Blair etwa auf staatliche Arbeitsbeschaffungs-programme?

Nein, das ist eher eine Form der persönlichen Beratung oder der Therapie, vergleichbar mit den Beschäftigungspro- grammen in Dänemark oder den USA, von deren Erfolgen andauernd geredet wird. Du hast es nicht mehr mit einem Bürokraten zu tun, der dich als gesichtslosen Arbeitslosen verwaltet, sondern bist konkrete Person, die einen individuell zugeschnittenen Maßnahmenkatalog erhält. Etwa, daß deine Haare ein bißchen lang sind oder daß du einen Anzug brauchst, wenn du einen Job willst. Vielleicht üben sie auch Bewerbungsgespräche mit dir oder zahlen dem Arbeitgeber einen Zuschuß, wenn er dich einstellt. Wenn das alles nicht klappt, verhelfen sie dir vielleicht auch zu etwas Arbeitserfahrung, wenn es angemessen erscheint. Das Ziel bleibt aber ein richtiger Job.

Ich spreche hier freilich nur über Strategien, die bisher formuliert wurden. Wie man weiß, kann das anders aussehen, wenn Bürokraten Strategien in die Praxis umsetzen. Zudem handelt es sich um unglaublich teure Programme, denn man braucht für jeden Arbeitslosen einen Betreuer. In den USA hat das nur in kleinen Experimenten funktioniert. Allen britischen Arbeitslosen diese Programme aufzuerlegen, wäre viel zu teuer, jedenfalls für die Finanzpolitik von New Labour. Daher glaube ich, daß sie letztendlich darauf vertraut, daß die Wirtschaft kontinuierlich wächst und dadurch das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst wird.

Eine Alternative zum Wirtschaftswachstum wäre das Konzept der Arbeitszeitverkürzung, also die gerechtere Verteilung der vorhandenen Lohnarbeit. In Frankreich und Italien ist die 35-Stunden-Woche beschlossene Sache. Finden innerhalb der Labour Party Diskussionen über solche Modelle statt?

Nicht bei New Labour, aber in ihrem Umfeld. Da gibt es Diskussionen über eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit, über Job-Sharing bzw. Job-Rotation. Daß dies nicht umgesetzt wird, liegt unter anderem

an den extrem niedrigen Löhnen in Großbritannien, besonders für un- und angelernte Arbeiter. Daher wird es schwierig sein, die Wochenarbeitszeit herabzusetzen, wenn dies in irgendeiner Weise mit einer Senkung der Löhne verbunden ist. Es sei denn, dies würde wie etwa in Frankreich staatlich subventioniert werden.

In Deutschland werden zur Zeit verschiedene Modelle von Bürgergeld, Grundeinkommen oder Existenzgeld diskutiert. Die Positionen klaffen dabei weit auseinander und reichen von einer reaktionären Vorstellung, daß nur denjenigen Einkommen gewährt werden soll, die soziale Dienste leisten, bis zu linken Positionen: Existenzgeld für alle, unabhängig von den erbrachten Tätigkeiten. Teile der Arbeitslosenbewegung fordern zum Beispiel Grundeinkommen und kritisieren den Ruf nach neuen Lohnarbeitsplätzen, mit denen die SPD droht. Gibt es in Großbritannien Forderungen nach Grundeinkommen, um dem Arbeitsethos von Blairs New Labour etwas entgegenzusetzen?

Über Grundeinkommen diskutiert hauptsächlich die Linke, denn ob man nun arbeitet oder nicht, es gibt ja genug Dinge, die man machen kann, ohne dafür bezahlt zu werden oder angestellt zu sein. Es gibt die unterschiedlichsten Entwürfe. In Großbritannien laufen sie derzeit mit einer Reform des Steuersystems zusammen, insbesondere mit der negativen Einkommensteuer, die in die Beschäftigungsverhältnisse eingreifen würde. Auf lange Sicht ist das ein Projekt von Blair.

Der Schatzkanzler der Labour Regierung, Gordon Brown, versprach in seiner ersten größeren Haushaltsrede dieses Jahr eine Art Existenzgeld für Familien mit Kindern, das deutlich höher als etwa die Arbeitslosenunterstützung ist, unabhängig von ihrem sonstigen Einkommen. Bislang konnte es so sein, daß man zum Teil schlechter gestellt war, wenn man einen mies bezahlten Job hatte, als wenn man zu 100% als bedürftig galt und dann auch die medizinische Versorgung kostenlos war, es Wohngeld oder kostenloses Schulessen für die Kinder gab. Mit dieser Reform sollen nun Anreize gegeben werden, Jobs anzunehmen, da zusätzlicher Verdienst nicht mehr wie früher eine Senkung der Sozialleistungen zur Folge hat. Es sollen also durchaus neue Jobs geschaffen werden, auch wenn sie schlecht bezahlt sind, denn dann stockt der Staat das Einkommen auf. Im Effekt ist das eine Art garantiertes Mindesteinkommen, egal wieviel man verdient, aber Lohnarbeit bleibt obligatorisch. Diese Variante von Grundeinkommen wird im britischen Kontext allerdings nur dann funktionieren, wenn Blairs Projekt welfare into work gelingt.

Wenn die Familie in den Mittelpunkt der Politik rückt und soziale Leistungen auf diese Weise reorganisiert werden, werden damit nicht gerade die geschlechtsspezifischen Spaltungen wieder verstärkt? Was für eine Vorstellung von Familie ist mit diesem Konzept verbunden?

Konservative Familienpolitik, Familienordnungspolitik, hat New Labour nicht im Sinn. Die gesetzliche Eheschließung, die Zeremonie vor dem Altar und das Versprechen der lebenslangen Treue, bis das der Tod euch scheidet, meint Blair nicht, wenn er von Familien spricht. Ob du alleinerziehend bist, verheiratet oder nicht, ob du lesbisch oder schwul bist oder aus welcher Beziehung deine Kinder stammen, ist irrelevant.

Familienpolitik heißt für New Labour, Leuten zu helfen, Kinder großzuziehen. Den Familien, also Leuten mit Kindern, soll es ermöglicht werden, am Arbeitsmarkt teilzunehmen und sich zugleich um ihre Kinder zu kümmern. Aber dies ist in der Regel unvereinbar. Alleinerziehende Mütter etwa verdienen selten genug Geld, wenn sie zugleich auf ihre Kinder aufpassen müssen. Die goldene Mitte heißt Kinderbetreuung. So bekommen etwa die Arbeitgeber Zuschüsse, wenn sie eigene Kindertagesstätten einrichten; Selbständige werden unterstützt, wenn sie Betreuungsdienste anbieten, und Arbeitslose werden in Kinderbetreuung ausgebildet. Ein großer Teil der Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist also zugleich Familienpolitik. Familien sollen glückliche Kinder haben, sich um ihre Kinder sorgen können und nicht mehr so gestreßt sein. Die sozialen Kosten, Kinder zu haben, sollen gesenkt werden. Hier fließt auch die Erkenntnis ein, daß die mangelnde Konkurrenzfähigkeit Großbritanniens unter anderem mit der schlechten Erziehungs- und Bildungssituation zusammenhängt.

Worin besteht angesichts der vielen Widersprüche zwischen Rhetorik und Politik die soziale Basis für das neue Regierungsprojekt? Wer gehört dazu und wer nicht? Und an welchen Stellen könnte oppositionelle Politik ansetzen?

Die soziale Basis von New Labour ist Middle England, davon wird die ganze Zeit geredet. Mit anderen Worten, es sind nicht die Arbeiter, sondern eher die Kleinbürger oder das big business.

Die soziale Basis ist jeder, der von Thatcher die Nase voll hat, und das ist die Mehrheit der Mittelklassen. Diese Mittelklassen verdienen relativ gut, besitzen ihr Häuschen, fahren Auto, haben eine soziale Ader, solange es nicht zu viel Geld kostet, und wollen einen Staat, der sich um die Armen kümmert, solange nicht die Steuern steigen. Es sind die, die rassistische Rhetorik oder Anti-Immigrationspolitik nicht mögen. Sie sind glücklich, eine zivilisiertere Regierung zu sehen, weil sie selber zivilisiert sind. Das ist Middle England.

Aber das bedeutet ebenso, daß man nicht zu radikal sein darf. Es dürfen etwa gegenüber der gay-Bewegung nicht zu viele Zugeständnisse gemacht werden. Thatcher war gegen Schwule und Lesben. Labour unterstützt sie, aber nur, solange sie sich ihrer minoritären Position in der Gesellschaft bewußt bleiben.

In Deutschland ist das wohl genau die Neue Mitte, die Schröder sucht. Nicht gerade rosige Aussichten. Sich vom Wechsel eine Abkehr von neoliberaler Politik oder die Beendigung des Sozialabbaus zu erhoffen, scheint also mehr als unangebracht zu sein...

Zum keynesianischen Wohlfahrts-Nationalstaat führt kein Weg mehr zurück. Aber man kann in der gegenwärtigen Entwicklung zum "schumpeterianisch-postnationalen-workfare-Regime" gewissermaßen eine humanere Variante gegen die neoliberale stark machen. Der "workfare-Streik" in Dänemark kann da als Vorbild dienen. Dort haben die Leute für mehr Freizeit gestreikt. Das war kein Streik von Arbeitsplatzbesitzern gegen Arbeitslose, sondern einer für mehr Arbeitsplätze und für mehr freie Zeit zugleich. Das ist nicht revolutionär, aber es ist ein Alternative.

Eine längere Fassung des Interviews erschien im August 1998 in der Frankfurter StudentInnen-Zeitschrift diskus.

19. The show will go on! Blair und New Labour vor dem Parteitag

Autor: ch. · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:33

Ende Juli hat die britische Regierung ihre erste Jahresbilanz präsentiert. Selbstverständlich hat sie nur Positves für Britannien auf den Weg gebracht. Angesichts einer sich abzeichnenden Rezession sinkt allerdings die Reputation Blairs bei seinen WählerInnen. Viele glauben, daß nun die Zeit der Reformen vorbei sei. Tony Blair, so wird schon gefrotzelt, könne wohl mit gleich zwei Rekorden in die Geschichte eingehen: Als der Regierungschef, der die größte Beliebtheit bei den WählerInnen hatte, und als jener, der diese Gunst am schnellsten wieder los wurde. Nun kommt auch aus der Partei und den Gewerkschaften Kritik an Blair. Im Moment rüsten sich die Fraktionen für den Parteitag, der traditionsgemäß Ende September in Blackpool stattfinden wird.

Zum erstenmal überhaupt stelle eine Regierung vor, was sie getan habe, warum sie dies getan habe und was sie als nächstes tun wolle. Mit diesen Worten begann die Rede des britischen Priemierministers Tony Blair, in der er den Jahresbericht von New Labour vorstellte. Gleich zu Beginn seiner Rede machte Blair deutlich, wie eng Politik und Wirtschaft unter New Labour zusammenhängen. "Der Wechsel einer Regierung", so führte er aus, "sei wie wenn man das ganze Management eines Unternehmens wegfegen würde." Gleichzeitig würdigte Blair die Tory-Regierung dafür, daß sie einen flexiblen Arbeitsmarkt geschaffen, die Subventionen an Unternehmen eingeschränkt und mit ihrer Wirtschaftspolitik ganz allgemein die Unternehmen gestärkt habe.

Zum Erbe der Tory-Regierung zähle aber auch die hohe Staatsverschuldung und ein Wohlfahrtsstaat, der stetig mehr koste und gleichzeitig immer weniger bewirke. Das Bildungssystem, so seine Dauerklage, sei eines der schlechtesten der Welt. Und dann gäbe es ja noch den Nordirlandkonflikt und die BSE-Krise. Entmutigend, so der Regierungschef, sei das Erbe der Tory-Regierung, als sei die Bilanz Mayors ein Staatsgeheimnis gewesen.

Captain Blair und seine Ziele

Zum Selbstbild von Blair und seiner Crew gehört es, daß erst durch sie die gröbsten Übel angepackt würden. Die Beseitigung der Bildungsmisere, so betont die Labour-Regierung immer wieder, habe dabei oberste Priorität. 19 Mrd. Pfund werde sie in den nächsten drei Jahren investieren, damit von der Krankenschwester bis zum Universitätsstudenten niemand mehr an bildungsmäßiger Unterversorgung zu leiden habe. Trotz der wachsenden Ausgaben im Bildungssektor werde es aber weder eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes noch der Lohnsteuer geben.

Sicher ist aber, daß der Eiserne Kanzler, wie Finanzminister Brown schon genannt wird, das Geld an anderen Stellen eintreiben wird - durch Streichungen. Offiziell setzt New Labour auf stetiges Wachstum bei niedriger Inflation.

Folgende Ziele will New Labour in den nächsten Jahren vorrangig verfolgen:

- 250.000 Jugendliche sollen aus der staatlichen Unterstützung in Arbeit gebracht werden.

- Das staatliche Gesundheitswesen (National Health Service) soll verbessert werden. Bevor allerdings das Problem der langen Wartelisten in den Krankenhäusern angegangen wird, wurde erst einmal der kostenlose Augentest für Rentner eingeführt.

- Ein neues Fundament für den Wohlfahrtsstaat soll mit rund 3,5 Mrd. Pfund (10 Mrd. DM) gegossen werden. Im Zentrum dieses New Deal steht die Absicht Labours, den Sozialstaat so umzubauen, daß nur noch jenen geholfen wird, die sich nicht selbst versorgen können, alle anderen aber arbeiten müssen, um ihre Existenz zu sichern.

- Die Bekämpfung der Kriminalität durch schärfere Gesetze ("law and order is a labour issue").

- Verbesserungen im Bereich der Umweltschutzpolitik.

- Eine weitere Dezentralisierung Großbritanniens. Nach Wales und Schottland, die größere Autonomie erhalten haben, wird nun auch der Greater London Council wieder eingeführt. Damit soll die politische Macht, wie Blair stolz erklärt, wieder näher an den Menschen heranrücken.

- Zu guter Letzt soll Britannien nach dem Willen New Labours auch noch die Führungsrolle in Europa übernehmen, das wohl ambitionierteste Unternehmen. Unter starken Protesten - Murdocks Kanonenblatt "Sun" steht seitdem mit New Labour auf Kriegsfuß - hat Blairs Partei beschlossen, jetzt doch an der europäischen Währungsunion teilzunehmen.

In vielen Bereichen stecken diese Vorhaben noch in den Anfängen. Daß die Ergebnisse der 18 jährigen Regierungszeit der Tories in 15 Monaten aufzuheben seien, damit hatte auch niemand gerechnet. Verärgert sind aber mittlerweile viele WählerInnen darüber, daß Blair immer mehr zum Plagiat seines Vorgängers Mayor mutiert. Die versprochenen Verbesserungen - gerade im sozialen Bereich - erwiesen sich oft als das genaue Gegenteil. Z.B. wurde der Arbeitszwang für alleinerziehende Mütter eingeführt und die staatliche Unterstützung für Behinderte gekürzt. So kann gespart werden, denn für New Labour gilt das Motto: Unterstützung für jene, die sie brauchen. Sind Menschen aber arbeitsfähig, dann müssen sie auch malochen.

Abflauen der Wirtschaft

Interessant ist, was sich Blair und seine Gefolgsleute einfallen lassen werden, wenn die seit Juni einsetzende Rezession den gefeierten New Deal ins Wanken bringen sollte. Sieht der New Deal doch vor, 250.000 Jugendlichen Arbeit zu verschaffen, den Arbeitszwang auch für Langzeitarbeitslose einzuführen und staatliche Transferleistungen abzubauen.

Im Juni stieg die Arbeitslosigkeit zum ersten Mal seit zwei Jahren. Zeitgleich kündigten die ersten Unternehmen, die für die Exportwirtschaft produzieren, den Abbau von Arbeitsplätzen an. So will z.B. British Steel 12.000 ArbeiterInnen entlassen. Experten befürchten nun, daß unter diesen Bedingungen die staatlichen Lohnzuschüsse für Arbeitslose von den Unternehmen zum Stellenumbau genutzt werden. Die reguläre Belegschaft wird abgebaut, dafür werden dann mit staatlicher Subventionierung Langzeitarbeitslose eingestellt. Immerhin gibt es für sechs Monate bis zu 60 Pfund (ca. 180,- DM) pro Woche an staatlichen Zuschüssen. Im Herbst allerdings läuft die Finanzierung für diese Maßnahme aus. Nur wenn die Unternehmen die Neueingestellten dann unter Marktbedingungen weiter beschäftigen würden, könnte von einem Erfolg dieser Maßnahme gesprochen werden. Doch selbst Professor Richard Layard, der Vordenker des New Deal, ist skeptisch, ob das Programm am Ende eines Konjunkturzyklus zu verwirklichen ist.

Daß es nicht gut um die Konjunktur bestellt ist, wies die liberale Wirtschaftszeitung The Economist mit dem sogenannten R-Word-Index nach. Mit ihm wird gemessen, wie oft das Wort Rezession in der Presse benutzt wird. Bei der letzten Flaute Anfang der 90er Jahre konnte so die Konjunkturlage ermittelt werden, bevor die genauen Zahlen vorgelegen hatten. Im zweiten Quartal 1998 tauchte das Wort Rezession 1.267 mal in der Presse auf. Für das dritten Quartal wird mit über 2.000 Nennungen gerechnet.

Hausgemachte Konflikte

Daß der Kurs innerhalb der Labour-Party nicht unumstritten ist, zeigen die in den letzten Monaten zwar noch leise, aber doch immer häufiger hörbaren Proteste der Gewerkschaften. Die "klassische Labour-Anhängerschaft" stellt langsam fest, daß ihr Einfluß auf New Labour immer weiter abnimmt.

Mit dem Versprechen, einen Mindestlohn einzuführen, konnte sich Blair ihre Gefolgschaft lange Zeit sichern. Die Einführung eines Mindestlohns ist nun für April 1999 vorgesehen. Er wird dann bei 3,95 Pfund (ca. DM 12,-) liegen. Jüngere ArbeiterInnen (von 18 bis 21 Jahren) müssen sich aber mit einem Stundenlohn von drei Pfund abfinden. Weiterhin ungeregelt bleibt der Mindestlohn für Auszubildende und jenen die jünger als 18 Jahre sind.

Zwar werden zumindest rund 1,4 Millionen Frauen, die zu absoluten Niedriglöhnen arbeiten, vom Mindestlohn profitieren, doch KritikerInnen der Vereinbarung warnen, daß Industrie und Handel die jetzt gesetzlich geschützten Löhne weiter senken könnten, bis sie das Niveau des Minimallohns erreicht haben. Bill Morris von der Transportarbeitergewerkschaft (Transport and General Workers's Union) warf der Regierung vor, mit ihrem Mindestlohn würde sie Armut am Arbeitsplatz billigen. Der gewerkschaftliche Dachverband TUC zeigte sich zwar enttäuscht, akzeptierte aber trotzdem den gesetzlichen Mindestlohn. Die Minimalisten von New Labour,

allen voran Tony Blair, feierten dagegen den Erfolg: "Welch eine andere Regierung hat je die Körperschaftssteuern gesenkt, um die Wirtschaft anzukurbeln, und führt dann den Mindestlohn ein, um den Ärmsten zu helfen?"

Viele GewerkschafterInnen hatten von New Labour die Aufhebung der von Thatcher erlassenen Beschränkungen gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb erhofft. Ist es z.B. in der BRD noch selbstverständlich, daß Gewerkschaften in den Betrieben die Interessen der ArbeiterInnen wahrnehmen dürfen, so ist dies in Britannien seit Anfang der 80er Jahre verboten. Ob Gewerkschaften in Betrieben zugelassen werden, darüber entscheiden innerbetriebliche Abstimmungen.

Die Aufhebung der restriktiven Gesetze wird es aber mit Blair nicht geben. Der hatte sich noch kurz vor der Wahl im letzten Jahr in der Times eindeutig geäußert. Die "wesentlichen Elemente der Gewerkschaftsgesetze der 80er Jahre bleiben bestehen", versprach er damals der konservativen Wählerschaft. Und weiter: "Die Veränderungen, die wir beabsichtigen, werden die britische Gesetzgebung weiterhin als restriktivste gegenüber Gewerkschaften in der westlichen Welt belassen."

Aber nicht nur als Bündnispartner verlieren die Gewerkschaften für New Labour an Bedeutung. Bei der Vorstellung des Geschäftsberichtes der Labour Party Ende August wurde deutlich, daß nur noch rund 30 Prozent der Beiträge über die Gewerkschaften kommen. Vor wenigen Jahren waren es noch 70 Prozent. Heute werden die Finanzen der Partei zunehmend durch Spenden aufgebracht. Zu den bekannten Finanziers gehören der Ex-Thatcherist Alan Sugar, Gründer der Computerfirma Amstrad, und David Sainsbury, Ex-Chef der gleichnamigen Handelskette und lange Zeit Finanzier der sozialdemokratischen SDP. Letzterer wurde nicht nur auf Vorschlag Blairs geadelt, er wurde auch auf den Posten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Handelsministerium gehievt.

Da der Einfluß der Gewerkschaften auf New Labour zunehmend abnimmt, hat die Gewerkschaft AEEU (Amalgamated Engineering and Electrical Union) Anfang September beschlossen, selbst dafür zu sorgen, daß der Anteil von ArbeiterInnen an den Parlamentsabgeordneten vergrößert wird. Zur Zeit haben nur 13 Prozent der Labour-Abgeordneten einen klassischen Gewerkschaftshintergrund. Die Gewerkschaft, immerhin die viertgrößte Angliederung an die Labour Party, will in den nächsten Jahren eine Million Pfund für die Ausbildung von eigenen KandidatInnen ausgeben. Dieser Schritt, so wurde betont, sei eine direkte Reaktion auf die zunehmende Bedeutung der sogenannten neuen Mittelklasse in der Partei.

Ken Jacksen, AEEU-Generalsekretär, befürchtet im Hinblick auf den im September stattfindenden Parteitag, "daß eine kleine Minderheit es schafft, die arbeitenden Menschen von der Repräsentation in der Partei auszuschließen". Der Parteitag in Blackpool soll genutzt werden, um das weitere Vordringen der Mittelklasse in der Partei zu verhindern. Der Vorsitzende der parlamentarischen Gewerkschaftsgruppe, Gerry Sutcliffe, unterstützt den Vorstoß der AEEU. Ansonsten spielt die Labour Party den Konflikt noch herunter. Immerhin sei die AEEU noch der Partei angegliedert, so ein Sprecher, außerdem sei die Förderung von KandidatInnen eine positive Sache.

Never change a winning team?

Angesichtes der zu erwartenden innerparteilichen Auseinandersetzungen versuchte Blair, mit einer Kabinettumbildung Ende Juli vorzusorgen. Sein Motto war einfach: "Blairisten" rein ins Kabinett, alle anderen raus. Prominentestes Opfer waren die Sozialministerin Harriet Harman und deren Staatsminister Frank Fields. Field war im Sozialministerium dafür zuständig, "das Undenkbare zu denken". Seine Vorstellungen - z.B. der Zwang zur privaten Rentenversicherung - kupferte er vor allem bei den Monetaristen ab. In der Ministerin hatte er eine standhafte Gegnerin. Durchsetzen konnte sich aber weder die Ministerin noch ihr Angestellter.

Eindeutiger Verlierer der Umbesetzungen ist Finanzminister Brown. Er zählt nicht zu den überzeugten "Blairisten". Viele sehen in ihm einen gewandelten Old Labour, der Überbleibsel sozialdemokratischen Gedankengutes in die Regierungspolitik tragen will. Im New Labour-Kabinett gilt er als Linker. Nicht einer seiner Gefolgsleute wurde bei der Umbildung des Kabinetts auf einen neuen Posten befördert - im Gegenteil . Mit Stephen Byers wurde ihm ein Blair-Anhänger als Staatssekretär ins Büro gesetzt. Und der in der Partei unbeliebte Peter Mandelson wurde zum Minister für Industrie und Handel ernannt. Mandelson war zuvor Minister ohne Geschäftsbereich und im Kabinett höchst umstritten, da er niemandem außer Blair rechenschaftspflichtig war. Ein ganz neuer Posten wurde für Jack Cunnigham geschaffen. Der gescheiterte

Landwirtschaftsminister soll jetzt als Minister ohne Ressort dafür sorgen, daß die Politik von New Labour und Blair durchgesetzt wird. Für ihn wurde das neue Amt des "enforcers" (to enforce: durchsetzen) geschaffen.

Mit der Kabinettumbildung wollte Blair aber nicht nur das Kabinett in seinem Sinne ausrichten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß er damit auch versucht, sich eine bessere Ausgangssituation für die Zeiten zu schaffen, in denen die Konflikte zwischen New und Old Labour stärker zu Tage treten. Dies könnte schon beim nächsten Parteitag der Fall sein. Die Linke in der Partei rüstet sich gerade, um mindestens vier der sechs Sitze im Vorstand der Partei zu bekommen. Würden sie dieses Ziel erreichen, so wäre dies eine Niederlage Blairs. Sein Image als Modernisierer mit Sinn für soziale Gerechtigkeit, an das viele BritInnen immer noch glauben, könnte so einen weiteren Kratzer bekommen.

ch.

20. Anfang vom Ende der Ära Jelzin. Die aktuelle russische Krise und ihre Vorgeschichte

Autor: AKE · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:18

Ob der Ruf, der Rußland vorauseilt, ein besonders mieses und abschreckendes Exemplar des real existierenden Kapitalismus zu sein, nun gerechtfertigt ist oder nicht: Selten wurde in der Geschichte des modernen Kapitalismus ein Land in so kurzer Zeit - ohne heißen Krieg - so schonungslos, so tiefgreifend und so nachhaltig zugrunde gerichtet. Im folgenden geht es nur um die wesentlichsten ökonomischen Grundzüge der "Schocktherapie in Permanenz", der Rußland seit sechs Jahren ausgesetzt ist und deren Resultat die aktuelle wirtschaftliche und politische Krise ist. Diejenigen, die Rußland die Schocktherapie verordneten, saßen in den höheren Etagen internationaler Unternehmensberatungen, des IWF, der Großbanken. Sie waren die Berater Jelzins und anderer gewendeter Angehöriger der sowjetischen Nomenklatur (Gaidar, Tschubais, Fjodorow etc.), die ein paar Versatzstücke Neoliberalismus aufgeschnappt hatten und die Ratschläge ihrer Berater in die Tat umsetzten. Die Resultate dieser Taten sind bis heute eindrucksvoll.

Die Verschuldung des russischen Staates belief sich Ende 1997 auf mehr als 230 Mrd. Dollar, wovon ca. 130 Mrd. Auslands- und 100 Mrd. Inlandsschulden waren. Zwischen 1992 und 1997 stiegen die Auslandsschulden nur um 20%, die Inlandsschulden aber um 500% an - die Hauptgläubiger sind also in Rußland selbst zu orten. Es sind einige wenige Großbanken, die über den Löwenanteil jener Staatspapiere verfügen, die der russische Zentralstaat jahrelang ausgegeben hat, um sich die liquiden Mittel für die Deckung des chronisch defizitären Haushalts zu beschaffen.

Die Sommerkrise 1998 kam wie ein Paukenschlag: Die Regierung Jelzin/Kirienko konnte die aufgelaufenen Inlands- und Auslandsschulden nicht mehr bedienen und verhängte einen vorläufigen Zahlungsstop. Der Schuldendienst (die Zinsen) konnte nur aus vier Quellen finanziert werden: nämlich den Erträgen aus Staatsbeteiligungen an Unternehmen, dem Verkauf von Staatsunternehmen, den Steuereinnahmen und weiteren Krediten des Auslands oder des IWF. Nennenswerte Erträge aus Staatsbeteiligungen und dem Verkauf von Staatsbetrieben kamen nur aus dem Energiesektor. Die Steuereinnahmen versiegten infolge des sinkenden Bruttoinlandproduktes und eines nur noch stotternden Steuerflusses aus den Regionen. Warum sollten diese auch Steuern zahlen?

Die Moskauer Zentrale selbst zahlt die erforderlichen Zuweisungen an die Budgets der Regionen, die Löhne, Gehälter der Staatsangestellten (darunter auch der Soldaten), die Renten, das Kindergeld, die zugesagten Subventionen für einzelne Wirtschaftsbereiche und die Rechnungen an zahllose Unternehmen für bereits geleistete Staatsaufträge nur zögernd oder gar nicht. Infolgedessen treten in regelmäßigen Abständen die betroffenen Berufsgruppen in den Streik. Zuletzt waren es die Bergleute.

Die neue Bourgeoisie

Die aktuelle Zahlungsunfähigkeit und das folgende Moratorium waren das Ergebnis mehrerer gleichzeitiger Ereignisse. Dazu gehören: der Verfall der Weltmarktpreise für Erdöl, weiter absinkende Steuereinnahmen und die Auflagen des IWF, der weitere Kredite nur bei einer Reform des Steuerwesens herausrücken wird. Da die Regierung Jelzin/Kirienko politisch zu dieser Reform nicht in der Lage war, beschränkte sie sich auf den polizeilichen Teil derselben: Ausbildung einer Prügeltruppe (genannt "Finanzpolizei"), die durch razzia-artige Überfälle auf säumige Steuerzahler viel Pressewirbel und wenig fiskalische Resultate verursachte, womit sich der IWF natürlich nicht zufrieden gab.

Die Abwärtsspirale der russischen Wirtschaft, die mit der Schocktherapie der Regierung Gaidar 1992 begann und bis heute anhält, hat die industrielle Produktion auf weniger als 50%, die landwirtschaftliche Produktion auf 70% des Niveaus von 1990 heruntergedreht und soziale Verelendung hinterlassen.

Aber diese Abwärtsspirale hat auch zur traumhaften Bereicherung einer dünnen Schicht von Krisengewinnern aus dem Banken-, dem Öl- und Gassektor und einigen anderen Bereichen der Rohstoffproduktion geführt. Diese Schicht, nennen wir sie vorläufig Finanzkapital und betrachten wir sie als Teil einer neuen Bourgeoisie, ist das Produkt einer Verfilzung von Bankkapital, exportfähigem Industriekapital, Staatsfunktionären und Mafia.

(1) Das Finanzkapital dominiert den Regierungsapparat, die meisten Staatsapparate und vor allem die Medien. Die Machtbasis des Finanzkapitals ist die neue Bourgeoisie aus den leitenden Staatsbediensteten, Militärs und noch akkumulationsfähigen Kapitalisten in profitablen Branchen von Produktion, Zirkulation und Dienstleistungen.

Das Finanzkapital konnte bis 1996 diese neue Bourgeoisie zu einem Machtblock vereinigen, sie vielleicht ein letztes Mal hinter sich zusammenschließen, als es um die gemeinsame Finanzierung von Jelzins Wahlkampf ging. Daß Jelzin nicht nur durch das Finanzkapital, sondern durch die Mehrheit der neuen Bourgeoisie gefördert wurde, hat gezeigt, daß er noch ihr Repräsentant und zugleich der Vermittler ihrer sehr widersprüchlichen Interessen war. Eine Rolle, die er seitdem verspielt hat. Der Machtblock zerfiel, weil seine Basis in den letzten zwei Jahren einer beschleunigten Erosion ausgesetzt war. Das Finanzkapital alimentierte durch den Kauf von Staatsanleihen den Zentralstaat und dieser durch astronomische Zinsen das Finanzkapital, während die Kredite für Unternehmen in den Regionen, für die Bezahlung der Regionalverwaltungen, für Regionalbudgets im Rest des Landes immer dürftiger flossen.

Regionalgouverneure, Republikpotentaten, Unternehmensdirektoren, Generäle und Verwaltungsstäbe wollten nicht nur selber konsumieren, sondern mußten sich auch legitimieren, indem sie wenigstens eine minimale Versorgung gewährleisteten und für die Instandhaltung eines Grundstocks der Infrastruktur sorgten. Sie forderten seit Jahren ihren rechtmäßigen Anteil am Zentralbudget, beklagten die Verrottung der wirtschaftlichen Basis in ihren Regionen und drohten damit, der Moskauer Zentralregierung die Unterstützung aufzukündigen. Und das ist in den letzten zwei Jahren auch geschehen. Die Sommerkrise 1998 dürfte der Anfang vom Ende der Ära Jelzin sein.

Dieses mit groben Strichen gezeichnete Bild der aktuellen Situation des "Staatsbankrotts" zeigt die vorerst letzte Station einer Abwärtsentwicklung, deren Ursachen im Zerfall der UdSSR und in der 1992 von der Regierung Jelzin/Gaidar vorangetriebenen "Schocktherapie" zu suchen sind. Die Initiatoren der Schocktherapie beabsichtigten, Rußland in kürzest möglicher Zeit in eine exportkräftige Nation mit international konkurrenzfähiger Industrie nach dem Modell der USA zu verwandeln. Heute, sechs Jahre danach, sind wesentliche Bestandteile der russischen Wirtschaftsmechanismen wieder weiter davon entfernt als zu den Spätzeiten der Perestroika. Zur Schocktherapie gehörte:

Die Schocktherapie

ist fehlgeschlagen

1. Die Freigabe der Preise, durch die quasi über Nacht das sowjetische System der zentral vorgegebenen Preise im Netz der Warenzirkulation bis hin zum Einzelhandel völlig aufgelöst wurde. Die Unternehmen reagierten auf diesen Schlag, der ohne Anpassungszeit erfolgte, mit massiven Preiserhöhungen, weil sie von Preiserhöhungen anderer überrascht wurden, die sie an ihre Kunden weiterzureichen versuchten. Den dadurch forcierten inflationären Druck versuchten die Schocktherapeuten mit einer Politik des knappen Geldes (des "harten Budgets") aufzufangen.

2. Die Politik des "harten Budgets" schränkte den Geldumlauf und damit automatisch auch den Kreditzugang für die Unternehmen ein. Diesen war also der Weg versperrt, um über Investitionen Produktivitätsfortschritte zu erzielen, die längerfristig durch Kostensenkung den inflationären Druck hätten mildern können. In dieser Zwickmühle antworteten die Unternehmen mit Produktionseinschränkungen, um weitere Verluste durch sinkende Binnennachfrage zu vermeiden. Was die Schocktherapeuten nur für einen vorübergehenden Mechanismus der Anpassung gehalten hatten, erwies sich als Erdrutsch. Ihre erste Annahme, daß durch freie Preise und eine harte Geldpolitik die Industrie-Unternehmen zu Rationalisierungen und sparsamem Ressourcenumgang gezwungen werden könnten, ging nicht auf - weil auch die zweite Annahme nicht zutraf, die Unternehmen besäßen genug stille Reserven, um Investitionen und Anpassungen auch ohne Rückgriff auf Kredite selbst tätigen zu können.

Statt dessen mündeten die Maßnahmen der Preisfreigabe und des harten Budgets in weiteren Produktionseinschränkungen, Unternehmenszusammenbrüchen und galoppierender Inflation, was noch durch eine vorübergehende vollständige Weltmarktöffnung beschleunigt wurde.

3. Durch die Weltmarktöffnung wurde der russische Binnenmarkt von internationalen Produkten überschwemmt, deren Konkurrenz das normale russische Unternehmen in zusätzliche Bedrängnis brachte. Zugleich konnten Unternehmen des Rohstoffsektors ihre Produkte devisenträchtig und zu Weltmarktpreisen auf dem Weltmarkt absetzen. So existierte zeitweilig ein außerordentlich prosperierender Rohstoffsektor inmitten einer schwindsüchtigen Wirtschaft.

Eine weitere Folge dieser Weltmarktöffnung war das schnelle Scheitern des Projektes, einen Binnenmarkt der GUS an die Stelle der UdSSR zu setzen. Die nichtrussischen Republiken, die mit wenigen Ausnahmen (Turkmenistan, Aserbaidschan) von Lieferungen des russischen Energiesektors abhingen, mußten plötzlich Weltmarktpreise für diese Lieferungen zahlen und wurden so in den Strudel der wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung hineingezogen; Hauptopfer war die Ukraine. Die zentralasiatischen Republiken verlangten daraufhin für ihre Lieferungen ebenfalls Weltmarktpreise, lockerten ihre Bindungen an Rußland und wandten sich regionalen asiatischen Märkten zu (China, Iran etc.). Die Zerstörung des ehemaligen Binnenmarktes war allerdings auch die erklärte Absicht der vom neoliberalen Geist erfüllten Reformer um Gaidar, Tschubais und Fjodorow. Denn sie wollten die sowjetische Umverteilung zerstören, die zu sowjetischen Zeiten über die Lieferpreise von den reichen (Rußland, Ukraine, Baltikum) zu den armen Republiken (Zentralasien) erfolgte. Aus ihrer Sicht konnte ein Abhängen der "Schmarotzer" nur Rußlands Wohlstand befördern. Daß Rußland damit auch Zuliefer- und Absatzkanäle sowie den Zugang zu Fertigprodukten und Rohstoffen (z.B. Baumwolle) unter den Weltmarktpreisen verlieren würde, nahmen sie im Glauben an einen baldigen Erfolg ihrer Schocktherapie in Kauf.

4. Die Privatisierung der Wirtschaft wurde mit der Absicht betrieben, die Unternehmen von staatlichen Zuwendungen abzukoppeln und den Boden für eine freie Konkurrenz vorzubereiten, aus deren Spiel sich ein neues System marktbezogener Preise herausbilden sollte. Aus diesem Prozeß könnte, so die Schocktherapeuten, eine Kapitalistenklasse entstehen, die nicht identisch wäre mit der sowjetischen Nomenklatur.

Genau das Gegenteil trat ein: Gerade jene Teile der Nomenklatur, die am schnellsten die neue postsowjetische Windrichtung begriffen und sich ihr angepaßt hatten, verfügten über ein weit verzweigtes System von Beziehungen, Zugang zu mafiosen oder sonstigen Geldquellen, Kenntnisse und Einflußmöglichkeiten, die es ihr erlaubten, sich die lukrativsten Brocken anzueignen. Die exportträchtigen Sektoren wurden die begehrte Beute des entstehenden Finanzkapitals oder internationaler Konzerne. Die daraus gezogenen Profite flossen allerdings niemals in nennenswertem Umfang auf einen Binnenkapitalmarkt zurück, auf dem sich russische Unternehmen mit Krediten zu Investitionszwecken hätten bedienen können. Die erzielten Profite flossen entweder auf den internationalen Kapitalmarkt oder über die Kanäle russischer Großbanken in Staatsanleihen, wo sie astronomische Zinsen erbrachten.

Allerdings ist aktuell auch eine Gefährdung des Energiesektors als Zugpferd der Exporte in Sicht, weil dieser selbst zum Opfer spekulativer statt investiver Kapitalverwendung geworden ist und mit völlig maroder, überalterter Ausrüstung arbeitet; Ersatz- oder gar Erweiterungsinvestitionen fanden zuletzt in sowjetischen Zeiten statt, die vernutzte Technik ist zum Sicherheits- und Produktivitätsrisiko geworden. Die neu entstandene Finanzbourgeoisie zieht höhere Profite aus der Spekulation und betrachtet die übrige Wirtschaft des Landes dabei als Schrottplatz zum Ausschlachten.

Regionalisierung

und "Resowjetisierung"

Diejenigen Regionen und industriellen Ballungszentren, die nur über wenige exportträchtige Industrien (2) verfügen, haben sich in den Jahren nach 1993/94 schrittweise aus dem geldvermittelten gesamtrussischen Binnenmarkt zurückgezogen. Unternehmen, die Teil einer Produktions- und Versorgungskette sind, haben ein komplexes Netz von Tauschbeziehungen mit Zulieferern und Kunden entwickelt, dessen Struktur nahtlos an Traditionen aus der UdSSR anknüpfen konnte (auch wenn diese Strukturen in den ersten Jahren der Schocktherapie vom Zerbrechen bedroht waren). Ohne dieses feingewebte Netz, das sich aus persönlichen Beziehungen der Betriebsleiter, z.T. jahrzehntelangen Geschäftsverbindungen auf der Basis von sowjetischen Vertragspreisen und informellen Transfers (dem außerplanmäßigen Beschaffungssystem bei Engpässen in der

Produktion) zusammensetzte, wären die Wirtschaft und insbesondere die Versorgung großer Teile der Bevölkerung infolge der Schocktherapie bereits vor Jahren völlig zusammengebrochen.

Dieses Netz lebt heute von dem Bewußtsein seiner Mitglieder, daß jeder auf jeden angewiesen ist und es außerhalb dieses Netzes nur ein politisch und wirtschaftlich unsicheres Umfeld gibt. Jedem Unternehmen, das aus Gründen des Augenblicksvorteils durch Veränderungen der Tauschrelationen oder durch Lieferverzögerungen das ungeschriebene Gesetz der Vertragstreue verletzt, drohen Sanktionen bis zum Liefer- und Absatzstop. Im Gegenzug kann dieses korporativistische Netz notfalls um Unterstützung angegangen werden. In dieses Netz haben sich in den vergangenen fünf Jahren so viele Unternehmen integriert, daß heute mehr als ein Drittel der industriellen Produktion und Zirkulation in diesen geldlosen Notstandssystemen stattfindet (3).

Für das beteiligte Unternehmen ist diese Integration das einzige Mittel, um dem drohenden Bankrott zu entgehen. Und ein Bankrott in Rußland bedeutet mehr als ein Bankrott in irgendeinem westlichen Land. Zu russischen Unternehmen gehört bis heute eine - aus UdSSR-Zeit stammende - Vielzahl von Einrichtungen, die vom Kindergarten über medizinische Einrichtungen, betrieblichen Einzelhandel bis hin zu Wohnungen reichen. Besonders in kleineren Städten sind diese Unternehmen aufgrund der Mittellosigkeit der Kommunalverwaltungen oft die einzigen Institutionen, die für die Instandhaltung der Infrastruktur (Wasserversorgung, Straßen, öffentliche Einrichtungen) sorgen.

Weder der Zentralstaat noch die Regionalverwaltungen sind in der Lage, eine soziale Versorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Die doppelte Einbindung der Unternehmen in das komplexe Tauschnetz und die kommunale/regionale Sozialstruktur hat negative Konsequenzen: Da finanzielle Ressourcen fehlen, hat, unabhängig von der Rentabilität, das Umsatzvolumen Priorität, um den Verpflichtungen von Zulieferern und Kunden zu genügen, von denen das Unternehmen völlig abhängig ist. Um dies zu gewährleisten und solange die Netze des Tausches in der gegenwärtigen Notstandswirtschaft bestehen, ist eine soziale Verpflichtung des Unternehmens gegenüber seiner Belegschaft genauso selbstverständlich wie gegenüber seinem übrigen sozialen Umfeld. Die relativ geringe Arbeitslosenquote, derzeit auf 8% geschätzt, ist in diesem System begründet.

Diese Tendenzen zeigen einen Schub in Richtung "Resowjetisierung" an, die von den Schocktherapeuten und ihren westlichen Beratern nicht gewollt, aber objektiv gefördert wurde. Es gibt in der heutigen Notstandswirtschaft einen unausgesprochenen Sozialpakt zwischen regionalpolitischer Macht (den Gouverneuren und Republikpräsidenten), Lohnarbeit und regionalen/lokalem Kapital, der sich zunehmend gegen die Politik des Moskauer Machtblocks richtet. Infolgedessen sind Streiks gegen Unternehmensdirektoren wegen Schließungen oder ausbleibenden Lohnzahlungen recht selten. Meist ist die Moskauer Regierung der Adressat.

Ein weiterer Schritt zur Abkoppelung von der Zentrale ist die Schaffung eigener Währungen in den Regionen, die innerhalb umgrenzter Gebiete zirkulieren, aber unabhängig von der Zentralbank, dem Finanzministerium und der Moskauer Währungspolitik. Sie haben auch die Funktion, das wenig elastische System der Tauschwirtschaft zu schmieren.

Was in der westlichen Presse als Widerstand des tradierten Systems oder der "sowjetischen Direktoren" beklagt wird, findet in diesen Zwängen seine Erklärung. Und die Wirkung dieser Zwänge verstärkt gleichzeitig die zentrifugalen Tendenzen ganzer Regionen gegenüber den politischen und ökonomischen Ansprüchen Moskaus. Unternehmen, deren Arbeitskräfte den ganzen oder einen Teil des Lohns in Naturalform erhalten, die Produktion und Investition über Tauschbeziehungen tätigen, zahlen keine Steuern. Sie werden von ihren eigenen Regionalgouverneuren auch nicht dazu angehalten, weil alle wissen, daß der fiskalische Transfer nach Moskau eine Sackgasse ist.

AKE

Anmerkungen:

1) Exponenten des Industriekapitals sind Leute wie Tschernomyrdin, Chodorowski und Kirienko, die alle aus dem Umfeld des Energiesektors kommen; Exponenten des Bankkapitals sind Smolenski (SBS-Agro), Beresowski (bis November 1997 Vorsitzender des Sicherheitsrates und Präsident der Unternehmensgruppe

Logowas) und W. Potanin (langjähriger Handelsminister und Hauptaktionär der Investmentbank MFU-Renaissance).

2) so Wolgagebiet, ferner Osten, Kalmükien, Udmurtien u.a.

3) Sapir, Jacques (1996): Le chaos russe, Paris. In Sapirs Arbeiten, darunter diesem Buch, wird u.a. die Rückkehr zu sowjetischen Korporativismusformen analysiert.

Literatur:

Die Ausgaben der Moskowskie novosti und Argumenty i fakty der letzten Wochen; Le monde diplomatique März 1998; Die Monatszeitschrift Osteuropa.

21. Feiern, regieren, opponieren. Die verschiedenen Gesichter des Parti communiste francais

Die verschiedenen Gesichter des Parti communiste français (PCF)

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:28

An ihren Füßen sollt ihr sie erkennen: Die Aktivisten des Parti communiste français (PCF) waren an diesem Wochenende in den öffentlichen Verkehrsmitteln leicht zu identifizieren - an dem Schlamm, der an ihren Schuhen und Hosen haftete. Denn bei strömendem Regen verwandelt sich der riesige Landschaftspark der Pariser Trabantenstadt La Courneuve, wo alljährlich das Pressefest der PCF-Tageszeitung L'Humanité stattfindet, in einen Sumpf. Es ist fast jedes Jahr dasselbe - Hunderttausende Besucher waten mehr als knöcheltief im Matsch, die Eingeweihten reisen daher gleich in Gummistiefeln an.

Wer vom Pariser Norden aus mit der Vorstadt-Straßenbahn nach La Courneuve hineinfährt, kommt kurz vor der Endstation durch die Hochhaussiedlung La Cité des Cosmonautes. Die Kosmonautensiedlung erhielt ihren Namen in den frühen 60er Jahren von der "roten" Rathausmehrheit; die sowjetischen Erfolge beim bemannten Weltraumflug waren für die pro-sowjetische KP ein Sinnbild des durch den "real existierenden Sozialismus" verkörperten Fortschritts der Menschheit. Die Zeiten haben sich geändert, auch die Pariser Trabantenstädte sind nicht mehr von den rauchenden Schloten geprägt, sondern - nach dem Niedergang der fordistischen Industrien - von anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Auch wenn die Hoffnungen auf eine lichte Arbeiterzukunft sich getrübt haben - noch immer regiert die französische KP fast unangefochten die Rathäuser dieser Vorstädte.

In den letzten Jahre ist allerdings eine gefährliche Alternative herangewachsen: Die zweiten Wahlgänge, die Stichwahlen zwischen den bestplazierten Kandidaten, finden hier fast ausnahmslos zwischen dem PCF und dem neofaschistischen Front National statt. Doch der braune Einbruch in das traditionelle Proletarierpublikum hat nichts daran geändert, daß die Parteikommunisten hier, im Département Seine-Saint-Denis, noch immer die erste politische Kraft darstellen. Hinter ihr sammeln sich in den Stichwahlen sämtliche anderen Kräfte (bis hin zu den Gaullisten) gegen die faschistische Gefahr.

La grande fète

Die Fète de l'Humanité ist für die KP-Aktivisten im ganzen Land das Ereignis des Jahres. Anfang der 90er Jahre, als der PCF wegen des plötzlichen Ausbleibens der sowjetischen Unterstützung in arger Geldnot steckte, wurde in der Parteispitze vorübergehend erwogen, das - häufig defizitäre - Fest einzustellen. Doch das Argument setzte sich durch, daß die Partei damit endgültig die Fähigkeit verlöre, ihre "Truppen" zu mobilisieren, gäbe es den Identifikationsfaktor Fète de l'Huma nicht mehr. Der PCF hat derzeit offiziell 270.000 Mitglieder, auf der Fète, von der eine eigene Faszination ausgeht, drängen sich alljährlich rund 500.000 Besucher in der grünen Parkoase inmitten der Plattenbauten und Hochhaussilos von La Courneuve. Dieses Jahr waren die Besucher etwas weniger zahlreich. Doch die Ursachen dafür sind wahrscheinlich keine politischen, sondern eher meteorologischer Natur.

Mit der Attraktivität der Zeitung hat der Besucherzulauf wenig zu tun. Das Blatt (früher "Zentralorgan des Parti communiste français", heute einfach "Zeitung des PCF") hat eine aktuelle Auflage von knapp 60.000 Exemplaren. Noch in den 80er Jahren waren die Verkaufszahlen deutlich höher, da die KP-Mitglieder (nach vermutlich stark übertriebenen Angaben 600.000) damals quasi gezwungen waren, das Partei-Organ zu abonnieren. Die wenigsten dieser offiziellen Abonnenten dürften L'Humanité damals auch wirklich gelesen und ernstgenommen haben, die Mehrzahl auch der Parteimitglieder zogen es vor, sich aus der bürgerlichen Presse zu informieren. Denn das offizielle Organ war kaum lesbar und bot schwer verdaulichen Propaganda- und Verlautbarungsstil, vor allem, als die Partei sich nach dem Scheitern ihrer Regierungsbeteiligung unter dem Sozialisten Mitterrand (1981-1984) einzuigeln und auf ihre moskau-orientierte "Identität" zurückzuziehen begann.

Heute fällt es L'Humanité schwer, Abstand von diesem Image zu gewinnen, auch wenn die Zeitung in den letzten ein, zwei Jahren tatsächlich relativ offen und interessant geworden ist. Regelmäßig werden Debatten initiiert und kontroverse Beiträge abgedruckt, während früher an allen gesellschaftlichen Ereignissen einzig

und allein der Standpunkt des PCF interessierte. Die frühere Wochenendbeilage L'Humanité Dimanche ist seit November 1997 von der Tageszeitung abgetrennt und zu einer eigenständigen Zeitschrift namens L'Humanité Hebdo ausgebaut worden, die nicht mehr unter Kontrolle der Partei steht, sondern von einem links-pluralistischen Trägerkreis herausgegeben wird.

Partei der Regierung

und der Zivilgesellschaft?

Die Wandlung von L'Humanité widerspiegelt die Veränderung der Partei. Seitdem diese sich 1994 offiziell von ihrem vormaligen realsozialistischen Gesellschaftsmodell verabschiedet und ihren jahrzehntelangen Generalsekretär Georges Marchais (er starb im vergangenen November) in Rente geschickt hatte, bemühte sie sich demonstrativ um eine Öffnung in die Gesellschaft hinein. Nachdem 1990/91 der Realsozialismus als politischer Bezugspunkt weggebrochen war, geriet der aufgeblähte Partei- und Gewerkschaftsapparat, in dem damals PCF und CGT eng ineinander verschlungen waren, ins Schlingern. 1992/93 brachte L'Humanité peinliche, absolut unkritische Reiseberichte aus einer fernöstlichen Marktdiktatur, in denen die brüderlichen Gespräche mit "unseren chinesischen Genossen" über deren Sozialismusrezepte wiedergegeben wurden.

Wenig später setzte ein Teil der Apparatschiks auf eine Annäherung an die extreme Rechte als einzig übriggebliebener "fundamentaloppositioneller" Kraft, nach dem Vorbild der damals gerade von den russischen Ex-Genossen eingegangenen "Patriotischen Front" mit den Ultranationalisten. Dieser "rot-braune Flirt", der um die Jahresmitte 1993 durch linke Intellektuelle publik gemacht wurde, verursachte einen enormen Skandal, in dessen Gefolge der abgehalfterte Apparat der französischen KP sich gezwungen sah, die Flucht nach vorne in die "Erneuerung" und Neudefinition als linke Reformpartei anzutreten. Diese Aufgabe fiel dem Anfang 1994 eingesetzten Parteisekretär Robert Hue zu, der das Unternehmen unter den Titel la mutation (die Verwandlung) stellte. Zwar hat sich der Apparat selbst seit damals kaum verändert. Von 150 Mitgliedern, die auf dem letzten PCF-Kongreß im Dezember 1996 in das "nationale Komitee" (das ehemalige Zentralkomitee) gewählt wurden, sind rund 140 Hauptamtliche des Apparats. Gegenüber dem bürokratischen Zentrum der Partei, über deren Kurs sie zu entscheiden haben, stehen sie somit in einem Loyalitätsverhältnis.

Doch die neue Führung hat die Partei demonstrativ in unterschiedliche, einander teilweise entgegengesetzte Richtungen "geöffnet". Einerseits hat sie eine Art Zivilgesellschafts-Diskurs angenommen, der es ihr erlaubt, auf alle möglichen gesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen zuzugehen, denen sie versichert, die Partei verstehe sich ausschließlich als Sprachrohr für die von ihnen und aus der Gesellschaft heraus formulierten Wünsche und Ideen, und nicht mehr als Machtinstrument oder Verfechterin eines fertig vorgedachten politischen "Modells"; der Impuls für eine Veränderung der Verhältnisse könne nurmehr aus der Gesellschaft selbst kommen. So waren auf der diesjährigen Fète de l'Huma beispielsweise auch die für ihr Bleiberecht in Frankreich kämpfenden Sans-papiers ("illegale" Immigranten) und ihre Unterstützer gut vertreten; ihnen gelang es, eine bedeutende Zahl von Unterschriften zu sammeln.

In den 80er Jahren noch wäre dies undenkbar gewesen, die französische KP sprach sich damals im Namen der "Interessen der französischen Arbeiterklasse", wie eine Staatspartei im Wartestand, für die Schließung der Grenzen aus. Die kommunale Regierungspraxis des PCF freilich ist davon mitunter auch heute noch deutlich geprägt. So ließ die PCF-Bürgermeisterin der Pariser Vorstadt Saint Ouen (einer Nachbarkommune von La Courneuve), Paulette Fest, im Juli dieses Jahres ein Dutzend Roma aus Rumänien, die alle als Asylsuchende nach Frankreich kamen und ohne Behausung verblieben, von der Polizei aus mehreren öffentlichen Gebäuden, darunter ein leerstehendes Eisenbahndepot, hinauswerfen.

Neben der Öffnung in die (fortschrittliche) "Zivilgesellschaft" hinein bedeutet "Öffnung" aber auch die Beteiligung des PCF an der - ihrerseits pluralen - Linkskoalition, die mit dem Sozialisten Lionel Jospin das Land regiert. Damit ist der PCF auch den Anpassungszwängen einer Regierungspartei - an die "ökonomischen Notwendigkeiten", an die internationalen "Partner" - unterworfen. Einen Widerspruch freilich will der offizielle PCF-Diskurs darin nicht erkennen: Die Partei sei dazu da, die Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen und in die Regierung hinein fortzusetzen.

Über die mehr oder minder deutlich von den "objektiven Zwängen" des neoliberalen Kapitalismus geprägte Politik der Jospins bemerkte ein KP-Spitzenpolitiker kürzlich süffisant, die Regierung habe nahezu das gesamte Privatisierungsprogramm der konservativen Regierung Balladur durchgeführt. Angesichts dieser

Entwicklung wiederholte die KP während der letzten Monate unablässig, es müsse "eine Beschleunigung der Reformen" geben, es müsse "schneller vorangehen". Was ja beinhaltet, daß die Richtung grundsätzlich die richtige ist. Jüngst machte man Robert Hue in der KP-Spitze vorsichtig darauf aufmerksam, daß dieser Slogan ja auch so ausgelegt werden könne, daß das Privatisierungsprogramm beschleunigt werden müsse. Aus diesem Grunde hat er seit Ende August begonnen, einen neuen Ton anzuschlagen, und - zuerst in einem Gespräch mit der Regenbogenzeitschrift Vendredi, Samedi, Dimanche - angekündigt, er "werde ab diesem Herbst radikaler" auftreten.

Robert Hue verschärft den Ton

Seitdem ist häufiger die Rede von "tiefgreifenden" oder "Strukturreformen", und in einem Interview mit der linksalternativen Wochenzeitung Charlie Hebdo übte Hue Mitte September offen Kritik: "Die anderen Komponenten der Linkskoalition haben unbestreitbar dem Druck der Finanzmärkte und der Unternehmer nachgegeben" - was auf die Weigerung der Regierungsmehrheit zielte, den Forderungen der KP nach Besteuerung von Großvermögen nachzukommen. Der PCF hatte vorgeschlagen, die Großvermögenssteuer ISF auszudehnen - eine Sondersteuer, die dem Staat derzeit nicht sehr viel einbringt, da sowohl die Produktionsmittel als auch Kunstgegenstände, als Teil des Privatvermögens, von der Sonderbesteuerung ausgenommen sind. Die Partei Robert Hues nun wollte die Berechnungsgrundlage der ISF auf die Produktionsmittel ausdehnen. Das wurde von der sozialistischen Regierungsmehrheit jedoch abgelehnt.

Vor einem Jahr war Hue in La Courneuve ausgebuht worden, als er versucht hatte, einen Teil der damals anlaufenden Privatisierungen zu rechtfertigen. Dieses Jahr hielt der Parteisekretär die Abschlußrede der Fète de l'Huma nicht selbst, sondern ließ sich von der Pariser KP-Senatorin Nicole Borvo vertreten, die den Schwerpunkt ihrer Rede auf das "schnellere Tempo der Reformen" legte. In den ersten Reihen vor der großen Bühne hatte sich eine Hundertschaft von Aktivisten der neostalinistischen innerparteilichen Oppositionsgruppe "Coordination Communiste" aufgebaut, in den Händen rote Fahnen mit dem traditionellen Hammer-und-Sichel-Emblem. Die Protestierer entrollten ein großes Transparent mit der Aufschrift "Für die nationale Souveränität und gegen Europa - Abschaffung des Maastricht-Vertrages!" und trugen in Sprechchören letztere Forderung sowie den Slogan "Nein zu den Privatisierungen" vor. Auch wenn die Protestierer in der Masse der Zuhörer untergehen, wirkt die Atmosphäre angespannt - daß interne Differenzen öffentlich ausgetragen werden, ist der PCF nicht gewohnt.

Am Vortag war der sozialliberale Wirtschaftsminister Dominique Strauss-Kahn ausgebuht worden, der an einem Informationsstand seines Ministeriums die Kommunisten "über den Euro informieren" wollte, auch das ein Novum in La Courneuve. Auch der private Telekommunikationsriese Bouygues Télécom ist mit einem kommerziellen Stand vertreten, während der PCF nach wie vor gegen die Telekom-Privatisierung eintritt.

Die anhaltende Krise des weltweiten Finanzkapitalismus und insbesondere die Erschütterungen in Rußland, wohin die Augen der Partei so lange Zeit gerichtet waren, hat unterdessen einem traditionell anmutenden Diskurs Raum geschaffen. So bemerkte Jean-Claude Gayssot, Transportminister des PCF in der Regierung Jospin, die russische Krise zeige anschaulich, daß "dem Kapitalismus nicht die Zukunft gehört". Um sofort hinzufügen: "Es braucht private Unternehmen, aber es braucht auch Möglichkeiten sozialer und demokratischer Regulierung." Womit er im Prinzip eine rein sozialdemokratische Politikdefinition wiedergegeben hat.

Auf der Fète de l'Huma trat Gayssot, der als einer der loyalsten Minister Jospins gilt und unter dessen Obhut die Teilprivatisierung von Air France abläuft, im blauen Arbeitsanzug auf die Bühne. Bei der französischen KP ist tatsächlich Vielfalt, Rollenvielfalt, angesagt.

Bernhard Schmid, La Courneuve

22. Gift des Rassismus. Südafrikas geheimes B- und C-Waffen-Programm

Südafrikas geheimes B- und C-Waffenprogramm

Autor: Kristian Zitzlaff · Rubrik: Atomrüstung (und Raketen); Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:01

Am 8. Juni 1998 begannen vor der Wahrheitskommission (TRC) in Kapstadt Anhörungen zu einem geheimen Programm der südafrikanischen Streitkräfte (SADF) zur biologischen und chemischen Kriegsführung. Die Erforschung und Entwicklung von Kampfstoffen zur Bekämpfung der schwarzen Bevölkerung und von Oppositionellen war das wohl menschenverachtendste Vorhaben des Apartheid-Regimes, auch wenn es zu keiner massenhaften Anwendung kam. Die Anhörungen, die am 8. Juli abgeschlossen wurden, lassen das Ausmaß der militärischen Forschungen und der Mitwisserschaft sowie Fragen über den Verbleib der Stoffe und des technischen know-how offen.

Das geheime "Chemical and Biological Warfare Programme" mit dem Codenamen "Project B" (1) soll 1983 vom damaligen Verteidigungsminister Magnus Malan unter Einbeziehung entsprechender Polizei-Abteilungen in Auftrag gegeben worden sein. (2) Die geheimen Forschungen standen unter der Kontrolle von Generalleutnant Dr. Niel Knobel, einst Chef der Sanitätseinheiten der Streitkräfte; Leiter des Programmes war Dr. Wouter Basson, Direktor des 7th Medical Battalion der SADF. Die Forschungsstätten nahe Pretoria waren dem Militär unterstellt und beschäftigten führende südafrikanische Chemiker, Mediziner, Biologen und Ingenieure. Das Programm wurde unter dem Deckmantel von Tarnfirmen der SADF, insbesondere der Roodeplaat Research Laboratories und Delta G Scientific durchgeführt. (3) Dem Programm standen über 100 Millionen DM zur Verfügung, von denen allerdings die überwiegende Summe zur Beschaffung von Grundsubstanzen, zur Bestechung von Zöllnern sowie für Annehmlichkeiten der Forscher verwendet wurde. (4)

Die Forschungen

Ein Schwerpunktbereich der Forschung war der Versuch, einen Impfstoff zu entwickeln, der Menschen mit dunkler Hautfarbe unfruchtbar machen sollte. Leiter dieses Projekts war Schalk van Rensburg, Professor für Organische Chemie. Gearbeitet wurde auch an Bakterien, die nur Schwarze töten sollten. Verantwortlich dafür war Daan Goosen, der vor der Wahrheitskommission aussagte, er sei immer noch davon überzeugt, daß dies wissenschaftlich möglich sei. In dem zentralen Labor nahe Pretoria wurden auch große Mengen von Cholera-Viren und Milzbrand-Erregern produziert, um sie gegebenenfalls gegen die schwarze Bevölkerung einzusetzen. (5) Ein weiteres Projekt war die Beschaffung und Herstellung von Drogen, um schwarze Jugendliche "ruhigzustellen". So war u.a. auch geplant, dem bei Demonstrationen oder Unruhen eingesetzten Tränengas die Drogen LSD oder Mandrax beizugeben. Viel Aufwand wurde bei der Ausarbeitung von ausgeklügelten Anschlagsmethoden gegen Regimegegner betrieben. Geforscht wurde unter anderem an Giften, die, nachdem sie den Opfern über Kleider, Bierdosen, Zigaretten usw. in kleinen Dosen verabreicht wurden, schleichend wirken und nicht nachweisbar sein sollten. Konstruiert wurden z.B. als Seifendose getarnte Bomben etc. (6)

Niel Knobel betonte vor der Kommission den ursprünglich "defensiven" Charakter der Forschungen; sie waren angeblich nicht für "offensive Zwecke", sondern zur Abwehr möglicher chemischer Angriffe vorgesehen. Das Programm wäre jedoch "mißbraucht" worden, wovon er erst nach Hinweisen aus den USA und Großbritannien erfahren habe. (7) Ähnliches äußerte auch Ex-Präsident Frederik de Klerk, der behauptet, erst im März 1994 von solchen Forschungen Kenntnis erlangt zu haben. (8) Daß es nicht allein bei Forschungen blieb, bestätigten die Aussagen der in das Programm involvierten Zeugen vor der Wahrheitskommission.

Einsatz gegen Apartheid-Gegner

Sie untermauerten damit Spekulationen, die schon länger von Anti-Apartheid-Aktivisten geäußert wurden. Tatsächlich wurden große Mengen von Drogen hergestellt und in Umlauf gebracht. (6) Dr. Philip Mijburg, Chef von Delta G Scientific, sagte aus, dem 7th Medical Battalion allein im Jahr 1992 eine Tonne Ecstasy geliefert

zu haben; ebenso habe seine Firma - zuständig für die Beschaffung bzw. Herstellung illegaler Drogen für die SADF - hunderttausende von Mandrax-Pillen produziert. (9)

Eingestanden wurden auch Planung bzw. Durchführung von Gift-Anschlägen gegen Oppositionelle wie z.B. gegen den damals noch inhaftierten Nelson Mandela, den heutigen Justizminister Dullar Omar oder den damaligen Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Frank Chikane, der nur knapp die Folgen der Vergiftung seiner Unterwäsche überlebte. Auch auf Versammlungen von Wehrpflichtgegnern wurden vergiftete T-Shirts verteilt. Auch im Fall von Steve Biko wird vermutet, daß er mit dem Schwermetall Thallium, das auch als Rattengift verwendet wird, vergiftet wurde. (10) In mindestens zwei weiteren Fällen scheint ein konkreter Zusammenhang des Todes von Apartheid-Gegnern mit "Project B" zu bestehen: an der angolanischen Front wurde ein Soldat, der angeblich mit der Opposition sympathisierte, vergiftet; in Lusaka (Sambia) wurde ein russischer Berater des ANC mit Milzbrand ermordet. (7)

Politik der Verheimlichung

Die achttägigen Anhörungen vor der Wahrheitskommission brachten nur die berühmte Spitze des Eisbergs zum Vorschein, darüber sind sich viele Beobachter einig. Zudem brachten die Aussagen wenig neue Erkenntnisse über "Project B" (11). Die Schlüsselfigur Basson sagte erst gar nicht vor der Kommission aus, weil gegen ihn im August ein Gerichtsverfahren eröffnet wird und er sich nicht selbst belasten will. (12) Daß die politisch Verantwortlichen in Südafrika das Ausmaß des B- und C-Waffenprogramms verheimlichen wollen, dafür sprechen eine Reihe von Indizien. Als Basson Ende Januar 1997 verhaftet wurde, schickten die Ermittler der Wahrheitskommission ihm am 1.2.97 eine Vorladung, mit der er zur Aussage aufgefordert wurde. Wenige Tage später jedoch wurde Basson vom südafrikanischen Geheimdienst (National Intelligence Agency, NIA) in Schutzhaft genommen. In der Folge versuchte die Regierung, die öffentlichen Anhörungen vor der Kommission zu verhindern, angeblich um keine Informationen in Umlauf zu bringen, die eine Verbreitung befördern könnten. (13)

Auch die Versuche des Parlaments, durch Einberufung zweier Sondersitzungen des Ständigen Ausschusses für Öffentliche Ausgaben im Mai und August 1996 Klarheit über das Projekt und insbesondere über die finanziellen Transaktionen der diversen Tarnfirmen zu bekommen, scheiterten. Der damalige Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Georg Meiring, verweigerte jegliche Auskunft mit Berufung auf die nationale Sicherheit. Die Ermittlungen des der Generalstaatsanwaltschaft unterstellten Office of Serious Economic Offences (OSEO) zu den internationalen Finanz-Verstrickungen des Projekts, die 1994 eingeleitet wurden und bis heute andauern, fallen ebenfalls auf wenig Interesse in Regierungskreisen. (14)

Unklar ist, wieviel die neue Regierung unter Präsident Nelson Mandela überhaupt von dem Projekt und den bestehenden Kapazitäten weiß. Es spricht einiges dafür, daß die in das Projekt eingeweihten Kreise im Verteidigungsministerium und Militär auch die ANC-Regierung nur mit den nötigsten Informationen versorgen. (15) Dennoch zeigt die Mandela-Regierung wenig Interesse, Licht ins Dunkel des B- und C-Waffenprogrammes zu bringen. Sie scheint die Befürchtung zu haben, sich Verletzungen der B- und C-Waffen-Konventionen schuldig gemacht zu haben. Diese würden vorliegen, wenn sich die Vermutungen bestätigen würden, daß das geheime Programm zu offensiven Zwecken betrieben wurde oder relevantes Wissen und Technologien anderen Staaten zur Verfügung gestellt wurden. (16)

Gefahr der Verbreitung

Mitte Juni 1998 erklärte die südafrikanische Regierung, das B- und C-Waffenprogramm beendet zu haben, und alle Stoffe, "welche für offensive Zwecke benutzt werden könnten", seien mit ausländischer Hilfe 1993 vernichtet worden; das Wissen zur Herstellung sei unter sicherem Verschluß. (17) Doch Zweifel sind angebracht, denn es stellen sich mehrere Fragen, zu denen die Mandela-Regierung bislang noch keine klare und widerspruchsfreie Auskunft gegeben hat.

Nach Aussagen eines Zeugen vor der Wahrheitskommission seien Anfang 1993 tatsächlich mehrere hundert Kilogramm chemischer Kampfstoffe 150 Seemeilen vor der Küste Südafrikas versenkt worden. (7) Doch wie groß war die Menge, über die Südafrika insgesamt verfügte? Und was passierte mit Stoffen, die zu "defensiven Zwecken" benutzt werden könnten? Offen ist auch, wann (und ob) das Programm eingestellt worden ist. Denn wieso reiste z.B. Basson noch im September 1993 im Auftrag der SADF nach Kroatien und im März 1994 in die Schweiz, um Substanzen zur Drogenherstellung zu kaufen, wenn das Programm bereits eingestellt

gewesen wäre und er pensioniert war? (18) Widersprüchlich ist auch, warum de Klerk erst kürzlich der Zeitung "Rapport" erklärte, erst im März 1994 von dem geheimen Programm erfahren zu haben, wenn er schon 1993 seine Einstellung befohlen haben soll? (19)

Besonders brisant ist die Gefahr einer möglichen Proliferation (Verbreitung) der B- bzw.-C-Waffen-Technologie. So hegen die USA und Großbritannien seit März 1995 den Verdacht, daß südafrikanische Wissenschaftler incl. Basson ihr know- how an Libyen verkauft haben könnten. (20) Nach Aussage eines Zeugen der Kommission könnten möglicherweise auch 1993 Informationen des Programmes an einen syrischen Waffenhändler weitergegeben worden sein. (7) Ein Problem besonderer Art stellt der Verbleib der produzierten Drogen dar, über den die vor der Kommission Aussagenden nicht viel berichten konnten. (21) Es wird jedoch allgemein vermutet, daß der Großteil im "Straßenverkauf" landete. (22) Dies würde nicht nur ein neues Licht auf die eklatante Drogenproblematik in Südafrika werfen, sondern Teile der "Sicherheitskräfte" als zu Drogen-Dealern mutierte Apartheid-Diener entlarven.

Klärungsbedarf

Im Sinne einer umfassenden Wahrheitsfindung, der sich die Regierung verpflichtet hat, sollte die düstere Vergangenheit vorbehaltlos aufgeklärt werden. Dazu gehört auch die Aufklärung der Ungereimtheiten regierungsoffizieller Verlautbarungen und ebenso weitergehende Untersuchungen zu folgenden Bereichen: a) Wer in der Regierung wußte damals von dem geheimen Programm? War es das Unternehmen eines konspirativen Netzwerkes innerhalb der Apartheid-Elite oder abgestimmte Regierungspolitik?; b) Welches Ausmaß hatte der Einsatz von bakteriologischen und chemischen Kampfstoffen? Noch heute liegen die Umstände und Hintergründe des Todes einer ganzen Reihe von Anti-Apartheid-Aktivisten, die in den 80er und frühen 90er Jahren ausgefeilten Mordanschlägen zum Opfer fielen, im dunkeln; einige der Opfer wurden vergiftet; c) Was ist dran an den Hinweisen auf den südafrikanischen Einsatz von C-Waffen im ehemaligen Rhodesien (Zimbabwe), in Angola und in Mosambik? (24); d) Welche Rolle spielten die USA und Großbritannien, die scheinbar schon länger vor dem Machtwechsel in Südafrika von dem geheimen B- und C-Waffenprogramm gewußt haben? (24)

Noch wichtiger als eine historische Aufarbeitung ist jedoch die Klärung, welche Gefahren heute von den Forschungen und ihren Ergebnissen ausgehen.

Kristian Zitzlaff

Anmerkungen:

1) Nach anderen Quellen hieß das Projekt auch "Operation Jota" oder "Operation Coast". Vgl.: South African Press Association (SAPA), 18.6.98

2) So war z.B. der damalige Chef der gerichtsmedizinischen Abteilung der South African Police (SAP), Generalleutnant Lothar Neethling, involviert. Vgl.: FAZ, 7.7.98; Neethling war auch verstrickt in die SAP-Todesschwadron C-1 in Vlakplaas. Er versorgte die Polizei-Killer für ihre Anschläge mit Gift.

3) SAPA, 12.6.98; bislang sind 102 sogenannte front companies (Tarnfirmen) des südafrikanischen Militärs bekannt, über die illegale Operationen liefen. Vgl.: SAPA, 7.7.98; Anfang der 90er Jahre wurden viele von ihnen privatisiert.

4) Allein 15 Mio. US-$ wurden von Basson unterschlagen bzw. zweckentfremdet. Vgl.: FAZ, 7.7.98; SAPA, 7.7.98

5) FR, 15.6.98

6) FAZ, 7.7.98

7) SAPA, 12.6.98

8) SAPA, 13.6.98; FR, 15.6.98

9) SAPA, 7.7.98

10) vgl.: FAZ, 7.7.98

11) Erste Hinweise auf ein geheimes B- und C-Waffenprogramm Südafrikas sickerten in Gefolge eines geheimen Berichts von General Pierre Steyn aus dem Jahre 1992 an die Öffentlichkeit. Steyn, der im Auftrag des damaligen Präsidenten Frederik W. de Klerk mögliche third force-Aktivitäten des Militärs untersuchte, nannte in diesem Zusammenhang u.a. Basson als Kopf des "Projekts B". Schon in den 80er Jahren soll der südafrikanische Geheimdienst NIA (National Intelligence Agency) auf das Projekt gestoßen sein. Vgl.: Erik Leklem; Laurie Boulden, Exorcising Project B: Pretoria probes its shady chemical past, in: Jane's Intelligence Review, August 1997, S.372

12) Basson wurde am 29.1.97 im Zusammenhang mit Drogenhandel verhaftet. Angeblich soll er 1.000 Ecstasy-Tabletten, die er über hohe Polizei-Offiziere erhalten hatte, verkauft haben. Vgl.: Leklem; Boulden, a.a.O., S.372; insgesamt wurden zehn Anklagen gegen ihn erhoben. Vgl.: SAPA, 12.6.98; 7.7.98

13) Während der Anhörungen vor der TRC war stets ein Repräsentant der Regierung anwesend. Vgl.: FR, 15.6.98; SAPA, 15.6.98

14) Leklem/Boulden, a.a.O., S.373/74

15) So ist u.a. unverständlich, warum das Verteidigungsministerium Basson im Oktober 1995 ohne Absprache mit der Regierung wieder in den medizinischen Dienst der SADF holte, nachdem dieser im März 1993 offiziell pensioniert wurde. Zur Begründung gab Vize-Verteidigungsminister Ronnie Kasrils an, daß man Basson so besser kontrollieren könne. Vgl.: Leklem; Boulden, a.a.O., S.373/74

16) Leklem; Boulden, a.a.O., S.375; Südafrika ratifizierte die B-Waffen-Konvention im März 1975, die C-Waffen-Konvention im September 1995

17) SAPA, 15.6.98; 26.6.98

18) Der Beschaffungsversuch in der Schweiz schlug fehl. Basson wurde verhaftet und wieder herausgekauft. Vgl.: SAPA, 18.6.98

19) SAPA, 13.6.98; Leklem; Boulden, a.a.O., S.372

20) Leklem; Boulden, a.a.O., S.373

21) Niel Knobel erklärte vor der TRC, daß 1994 eine größere Menge Mandrax, Ecstasy und Kokain im Meer versenkt worden sei. Vgl.: SAPA, 18.6.98

22) SAPA, 8.7.98

23) So gibt es Berichte über den südafrikanischen Einsatz von C-Waffen in Angola im Mai 1978 sowie in Mosambik Ende der 80er Jahre. Auch wurde behauptet, die südafrikanischen Streitkräfte hätten in Namibia am 4. Juli 1984 Herbizide eingesetzt. Vgl.: Leklem; Boulden, a.a.O., S.374; zudem behauptet die mosambikanische Regierung, daß die von Südafrika aufgebauten Rebellen der Renamo 1992 Giftgas eingesetzt hätten. Vgl.: FAZ, 7.7.98

24) 1994 drängten sie auf eine Vernichtung aller produzierten Stoffe und diesbezüglicher Daten vor der Regierungsübernahme durch den ANC, so daß der Eindruck entstehen könnte, solange die Entwicklung und Herstellung von Kampfstoffen durch Südafrika toleriert zu haben, wie das Land von Weißen regiert wurde. Vgl.: FR, 15.6.98

Die Truth and Reconciliation Commission (TRC) geht zurück auf ein Gesetz vom Juni 1995. Aufgabe der TRC ist es, Licht ins Dunkel der politischen Gewalt während der Apartheid zu bringen. Zu diesem Zweck sollen die schweren Menschenrechtsverletzungen, die zwischen dem 1. März 1960 und dem 10. Mai 1994 begangen worden sind, untersucht werden. Das Konzept der TRC beruht auf dem Grundprinzip "Versöhnung durch Wahrheit", wonach einem voll geständigen Täter Amnestie gewährt wird. Nicht geständige Täter können weiterhin strafrechtlich verfolgt werden. Die Kommissionsmitglieder wurden im November 1995 berufen. Im April 1996 kam es zu den ersten öffentlichen Anhörungen. Die biologische und chemische Kriegsführung der South African Defence Force (SADF) sind die letzten großen Komplexe, die von der Kommission beleuchtet wurden, bevor diese Ende Juli ihre Arbeit beendete.

23. Endlich frei! 60 libanesische Gefangene ausgetauscht

Autor: Brigitte Pagendamm · Rubrik: Israel / Palästina; Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:27

In einem von Frankreich vermittelten Austausch wurden am 25. und 26. Juni 1998 50 Gefangene aus dem Militärgefängnis in Khiam im besetzten Südlibanon sowie zehn Gefangene aus Gefängnissen in Israel entlassen.

Weiterhin wurden die Leichname von 40 libanesischen Widerstandskämpfern von Israel freigegeben und in den Libanon gebracht. Die seit neun Monaten andauernde Kontaktsperre in Khiam wurde aufgehoben. Im Gegenzug waren Körperteile eines israelischen Soldaten, der im September 1997 bei einem Kommandounternehmen südlich von Saida ums Leben gekommen war (1), nach Israel gebracht worden.

Die sterblichen Überreste der 40 Kämpfer, unter ihnen ein Sohn des Hisballah-Generalsekretärs Hassan Nasrallah, wurden im Gegensatz zu vergangenen Austauschaktionen von Ministerpräsident Hariri persönlich und mit militärischen Ehren am 25. Juni auf dem Beiruter Flughafen empfangen. Einen Tag darauf wurden die Gefangenen an dem Grenzübergang zum besetzten Streifen, Kfar Falous, südöstlich von Saida, von einer großen Menschenmenge aus Angehörigen, Freunden und Politikern begeistert begrüßt. Von dort ging es zum Anwesen des Ministerpräsidenten bei Majdalyoun, wo ein offizieller Empfang stattfand und ein Essen gegeben wurde. Dermaßen spektakulär war bisher noch kein Rückkehrer aus israelischer Haft willkommen geheißen worden.

Alle Gefangenen aus Khiam verbrachten mehr als fünf Jahre in Haft, sechzehn von ihnen mehr als zehn Jahre. Keiner der Gefangenen war jemals vor Gericht gestellt worden. Fast alle der langjährigen Gefangenen sind krank, so auch sechs der zehn Entlassenen aus Israel. Über 30 von ihnen rechnen sich Hisballah, dreizehn der Amal und sieben der Kommunistischen Partei Libanon (KPL) zugehörig. Fünf Entlassene gehörten palästinensischen Organisationen an. (2)

Am 3. September wurde dann KPL-Mitglied Soha Bshara entlassen, die 1988 nach dem Versuch, den Chef der Südlibanesischen Armee (SLA) zu erschießen, verhaftet worden war. Die SLA ist die von Israel ausgerüstete und finanzierte libanesische Miliz, mit deren Hilfe die israelische Armee den besetzten Südlibanon unter Kontrolle hält. Wie alle anderen Gefangenen in Khiam war Soha nie vor ein Gericht gestellt worden.

Soha Bshara ist frei

Über die Haftbedingungen der Frauen berichtet Kifah Afifi, eine ehemalige palästinensische Mitgefangene von Soha Bshara: "Nicht nur in der Verhörphase, sondern auch später noch wurde mir angedroht, hingerichtet zu werden. Ich wurde an Händen und Brust unter Strom gesetzt. Während meiner gesamten Haftzeit von sechs Jahren wurde ich geschlagen, nur während der letzten drei Monate nicht, und trotzdem war mein Gesicht geschwollen, als ich entlassen wurde. Mit den Frauen aus den Nebenzellen zu sprechen war verboten. Besuch bekamen wir nicht. 1993 waren wir zehn Frauen. Manchmal konnten wir uns sehen, wenn z.B. eine Zelle zum Trocknen geöffnet werden mußte und die Frauen darin zu uns geschlossen wurden. Hofgang hatte jede Zelle einzeln, 5-10 Minuten am Tag. Anfangs hatte ich Schwierigkeiten mit der religiösen Intoleranz. Ich war die einzige Palästinenserin dort und Sunnitin, Soha die einzige Christin, die anderen alle Schiitinnen. (3) Wenn ich in eine andere Zelle versetzt wurde, habe ich mich mit den anderen Gefangenen immer darauf geeinigt, nicht über Politik, aber auch nicht über Religion zu diskutieren. Wenn wir uns dann aneinander gewöhnt hatten, haben wir schließlich doch über Politik gesprochen. Unsere Informationen bekamen wir von den Frauen, die zuletzt verhaftet worden waren. Es gab weder Radio noch Zeitungen, selbst Stifte waren nicht erlaubt. Als ich 1994 entlassen wurde, wußte ich nichts über den Friedensprozeß und war geschockt." (4)

Erst ab 1995 konnten die Gefangenen maximal vier Besuche jährlich, Post und Bücher bekommen. In den vergangenen zwei Jahren war Soha Bshara zeitweilig die einzige weibliche Gefangene in Khiam. (5)

Waren die 60 männlichen Gefangenen schon ungewöhnlich hochkarätig begrüßt worden, wurde Soha Bshara nach ihrer Entlassung noch mehr Aufmerksamkeit zuteil. Staatspräsident Hrawi persönlich empfing sie. (6)

Da eine Hauptaufgabe der libanesischen Armee an der Grenze zum besetzten Streifen in den vergangenen zwanzig Jahren darin bestand, Guerillaaktivitäten zu unterbinden, und zumal die Gefangenen und ihre Familien jahrelang um Anerkennung und staatliche Unterstützung kämpfen mußten, ist das so auffällig gezeigte Interesse der politischen Oberhäupter an Personen des Widerstandes bemerkenswert.

Es spiegelt die nunmehr gewachsene Akzeptanz des Widerstandes gegen die Besatzung in der Öffentlichkeit, der in vergangenen Jahren von vielen LibanesInnen als eine rein schiitische Angelegenheit angesehen und eher als Hindernis im Friedensprozeß und dem damit als einhergehend erhofften wirtschaftlichen Aufschwung empfunden wurde.

Doch die mehrwöchigen massiven israelischen Aggressionen der Jahre 1993 und 1996, während derer auch gezielt Infrastrukturen angegriffen wurden, die ausländische Investoren abschreckten und u.a. zu Einbrüchen in der Touristik führten als auch die seit Jahren andauernden Behinderungen der libanesischen Fischer und der Handelsschiffahrt, ließen den Eindruck entstehen, Israel wolle nicht allein den Widerstand bekämpfen, sondern den Libanon mit seiner gesamten Bevölkerung als zukünftigen Konkurrenten im wirtschaftlichen Verteilungskampf treffen.

Dazu gesellte sich Verbitterung über das unterschiedliche Maß, das an Israel und an arabische Staaten wie den Irak angelegt wird, wenn es um die Durchsetzung von UN-Resolutionen geht. Zwanzig Jahre sind vergangen, ohne daß Israel zur Durchführung der UN-Resolution 425, zum Rückzug aus den besetzten libanesischen Gebieten, gezwungen worden wäre. Unterstützung dafür erhoffen sich die libanesischen PolitikerInnen aus Europa.

Frankreich, die ehemalige Mandatsmacht, spielt hierbei - und dies verstärkt seit dem Amtsantritt von Präsident Chirac, den persönliche Freundschaft mit dem libanesischen Ministerpräsidenten verbindet - die wichtigste Rolle. In Frankreich entstand auch die breiteste Unterstützungskampagne für Soha Bshara. Zahlreiche Prominente und Personen des öffentlichen Lebens hatten in einer Petition an die israelische Regierung ihre Freilassung verlangt. Nun soll die Kampagne weitergeführt werden, um die Freilassung aller anderen libanesischen Gefangenen zu erreichen, die im Sinne juristischer Standards unrechtmäßig unter israelischer Kontrolle festgehalten werden.

Zur Zeit sind dies 40 Gefangene in Israel und 104 in Khiam.

Brigitte Pagendamm

September 1998

Das Soha Bshara - Komitee in Paris (Postfach 57 75 965) leitet Briefe an die libanesischen Gefangenen weiter. Anfragen können schriftlich per Brief, Fax oder email auch an die ak-Redaktion gerichtet werden.

Anmerkungen:

1) Vgl., ak 415, 5.6.1998

2) As Safir, 27.6.1998 und Bericht des ehemaligen Gefangenen Mohamed Khreis vom 27.6.1998

3) Sunniten und Schiiten: Angehörige der beiden größten moslemischen Glaubensrichtung

4) Interview mit Kifah Afifi vom 12.3.1998

5) Zur Zeit sind dort wieder drei Frauen in Haft: Samira Sharaf ad-Din, Fatmeh Abd an-Nabi und Intisar al-Abdallah

6) Das besondere Interesse an Soha Bshara hängt auch mit ihrer Religionsangehörigkeit zusammen. Soha "beweist", daß ChristInnen am Kampf um Befreiung des Landes teilhaben, dieser also nicht eine rein islamische Angelegenheit ist.

24. Ist die "Real IRA" am Ende ?

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:36

Dietrich Schulze-Marmelings Artikel über die Bombe von Omagh (ak 417) erschien mit der Überschrift: "Der endgültige Bankrott der ‚Real IRA`". Zu verantworten hat sie der bearbeitende Redakteur. Die Frage, die ihm bereits geklärt schien, wird in dieser Ausgabe noch einmal gründlicher diskutiert.

Anfang September erklärte die "Real IRA", verantwortlich für den verheerenden Bombenanschlag von Omagh, bei dem 29 Menschen ums Leben kamen, einen "permanenten und totalen Waffenstillstand". Die einstweilige Einstellung ihrer Kampagne hatte die Organisation bereits drei Tage nach der Omagh-Bombe ausgerufen. Die IRA soll mit Exekutionen gedroht haben. So bemerkte ein IRA-Mann: "Wir haben ihnen ein Angebot gemacht, daß sie nicht ausschlagen konnten." Hinzu kamen die totale politische Isolation der "Real IRA" und die massiven Repressionsdrohungen seitens der Regierungen in London und Dublin. Die Entscheidung zum Waffenstillstand fiel nicht einmütig. Insbesondere Aktivisten aus dem Süden sollen eher eine Haltung des "Abwartens" favorisiert haben.

Entstanden war die "Real IRA" im Juli 1997, als die IRA ihren zweiten Waffenstillstand erklärt hatte. Seinerzeit gründete sich das 32-County Souvereignty Movement. In der grenznahen südirischen Grafschaft Louth kündigte eine Gruppe von Sinn-Féin-Funktionären und -Aktivisten ihrem Präsidenten Gerry Adams die Gefolgschaft auf. Nach außen repräsentiert wurde das Sammelbecken fundamentalistischer Republikaner durch Bernadette McKevitt-Sands, die Schwester des 1981 im Hungerstreik verstorbenen IRA-Mitglieds und Unterhausabgeordneten Bobby Sands, und durch Francie Mackey, den ehemaligen Sinn-Féin-Chef in Omagh. Seit seinem Ausschluß aus der Sinn-Féin-Fraktion gehört Mackey dem Gemeinderat von Omagh als "Unabhängiger" an. Aus den USA wurden die Abtrünnigen von Martin Galvin unterstützt, den die Belfaster Sinn-Féin-Führung bereits vor einiger Zeit als Boß der Hilfsorganisation NORAID kaltgestellt hatte. So organisierte Galvin für McKevitt-Sands und Mackey eine Werbetour durch die USA.

Die Hochburgen der "Real IRA"

Schon bald kursierten auch Gerüchte, denen zur Folge ein nicht unerheblicher Teil der IRA in South Armagh sich von der Führung losgesagt habe. South Armagh war (und ist) die wichtigste ländliche Hochburg der republikanischen Paramilitärs und wurde von britischen Medien und Politikern gern "Banditenland" genannt. Zur Zeit des militärischen Konflikts verwandelte die IRA die dünn besiedelte Region in eine "no go area" für Armee und Polizei. Die Bevölkerung verweigerte die Zusammenarbeit mit den "Sicherheitskräften", und da die IRA die Gegend vermint hatte, bewegten sich Armee und Polizei vorwiegend mit Hilfe von Helikoptern. Das 1.000-Seelen-Dorf Crossmaglen wurde auch als "heimliche Hauptstadt der IRA" bezeichnet.

Die in South Armagh vorherrschende Republikanismus-Variante ist sehr konservativ und traditionalistisch, der bewaffnete Kampf mehr als nur ein Mittel zum Zweck. Zum Zeitpunkt der Omagh-Bombe soll in South Armagh die "Real IRA" stärker als die IRA gewesen sein. In Belfast und Derry verwies die IRA Dissidenten rigoros in ihre Schranken, nicht jedoch in South Armagh. "Sicherheitsexperten" vermuteten, daß die "Real IRA" so stark sei, daß sich Adams und Co. gegen sie schützen müßten.

Neben South Armagh wurde auch die angrenzende südirische Grafschaft Louth mit der Grenzstadt Dundalk zur Basis der "Real IRA". Für die IRA war Dundalk stets von großer strategischer Bedeutung gewesen. Dorthin waren nach den Pogromen 1969 zahlreiche Belfaster Katholiken geflüchtet. In Dundalk fanden allerlei konspirative Treffen statt, so auch Tagungen des IRA-Armeerats. East Tyrone, wo ebenfalls Widerstand gegen den Friedensprozeß auszumachen war, blieb hingegen mehrheitlich auf Adams-Kurs. Nicht von ungefähr hatte Adams in diesem Jahr diese Region für seine Osteransprache ausgewählt. Auch die meisten anderen süd- und nordirischen Grenzregionen unterstützten mehrheitlich den Adams-Kurs, nicht zuletzt weil starke Sinn-Féin-Persönlichkeiten sich dafür aussprachen: in der Grafschaft Monaghan Caoimlighin O Caolain, Mitglied des südirischen Parlaments, und in der Grafschaft Donegal Pat Doherty, Vize-Präsident Sinn Féins.

Für die "Real IRA" war hilfreich, daß sie den Quartiermeister der IRA in ihren Reihen hatte. Außerdem schlossen sich ihr fast sämtliche IRA-Einheiten in der Republik an. Die Ausnahme bildete Kerry. Auch hier war mit dem ehemaligen Waffenschmuggler Martin Ferris eine starke republikanische Persönlichkeit für die Unterstützung des Friedensprozesses ausschlaggebend. Daß die IRA den Süden verlor, war insofern von

Bedeutung, als sich hier viele der IRA-Waffenlager befanden. Dies betraf insbesondere die Grafschaften Tipperary, Limerick und den Norden Corks. In den Wochen vor der Omagh-Bombe bemühte sich die IRA, so viele Waffen wie möglich in den Norden zu transportieren und so unter ihre Kontrolle zu bekommen. Es ist zumindest denkbar, daß die britische Regierung hiervon wußte und dies duldete. Schließlich wurde die "Real IRA" dadurch geschwächt. Außerdem bedeutete der Transport in den Norden und die Kontrolle durch die IRA, daß mehr republikanische Waffen für den Abrüstungsprozeß verfügbar gemacht wurden.

Bomben sollen Stärke vortäuschen

Ein interessantes Phänomen ist, daß diejenigen, die vom Konflikt im Alltag am meisten betroffen waren, in der Regel mit der Sinn-Féin- und IRA-Führung gingen. Dies betrifft vor allem die Republikaner in der "Kriegszone" Belfast, die sich nicht nur mit den "Sicherheitskräften" konfrontiert sahen, sondern auch mit dem sektiererischen Terror der loyalistischen Paramilitärs.

Dieses Bild wird durch ein weiteres Phänomen komplettiert: Zur "Real IRA" gingen vor allem Bombenspezialisten, nicht aber jener Teil der IRA, dessen Aufgabe die Plazierung von Bomben und die direkte Konfrontation mit den "Sicherheitskräften" war. Dies hatte natürlich auch mit der Konzentration der "Real IRA" auf South Armagh zu tun. Die "Real IRA" konnte zwar Bomben bauen, hatte aber Probleme, diese zu ihren Einsatzorten zu bringen. Diesbezüglich war sie auf die Unterstützung durch andere Gegner des Friedensprozesses, vornehmlich die Irish National Liberation Army (INLA), angewiesen. Bei der Beschaffung von für Bombenexpeditionen geeigneten Fahrzeugen soll es eine Zusammenarbeit mit der organisierten Kriminalität in der Republik gegeben haben.

Omagh war nicht die erste Bomben-Mission der "Real IRA". Vielmehr drohte ihre militärische Kampagne sich zu einer ernsthaften Herausforderung zu entwikkeln. Im Juni hatte sie mit einer Landmine einen riesigen Krater in die Straße von Newry nach Forkhill (South Armagh) gesprengt. Die Explosion zwang die "Sicherheitskräfte", erneut auf Helikopter umzusteigen. Zwei Tage später explodierte eine Autobombe in Newtownhamilton (ebenfalls South Armagh). Anfang Juli wurde in der Nähe von Newry die Bahnlinie nach Belfast gesprengt. Einen Monat später explodierte eine Bombe in Banbridge (Grafschaft Down), die über 30 Menschen verletzte und hohen Sachschaden verursachte. Auch in Portadown und Moira (North Armagh) gingen Bomben hoch.

Die "Real IRA" war offensichtlich darum bemüht, ihre Operationsbasis über South Armagh hinaus auszuweiten, um nicht den Eindruck zu erwecken, sie sei eine rein regionale Erscheinung. Dies war auch der Grund für die Omagh-Bombe, die in South Armagh gebaut und verladen wurde. Mit Hilfe der Bombe wollte sich die "Real IRA" in der Grafschaft Tyrone eine zweite Basis verschaffen. Die Bombe sollte die Autorität der IRA in dieser Region unterminieren und IRA-Volunteers, die im Friedensprozeß eher die Rolle von unschlüssigen Zuschauern einnahmen, auf die Seite der "Real IRA" ziehen.

Doch der Versuch, Stärke vorzutäuschen, endete in einem Desaster. Das Auto mit der Bombe wurde vor einem Geschäft abgestellt, das mit Roy Kells einem führenden Orangeman gehörte. Daß die Polizei bei den Warnungen der "Real IRA" den genauen Standort der Bombe nicht in Erfahrung bringen konnte, soll auch daran gelegen haben, daß der Anrufer Omaghs Geographie nicht genau genug kannte und in einem schwer verständlichen ländlichen Dialekt sprach.

Da die INLA bereits vor der "Real IRA" die Waffen niederlegte, bleibt jetzt nur noch die mit Republican Sinn Féin verbündete Continuity Army übrig, deren Anführer Michael Hegarty im Oktober 1996 verhaftet wurde.

Das Massaker von Omagh hat das Einlenken republikanischer Dissidenten zweifellos beschleunigt. Genauer ist es vermutlich, von einem Stillhalten zu sprechen, da bewaffneter Widerstand gegen das Belfaster Abkommen und seine Umsetzung momentan nicht opportun erscheint. Allerdings wurde in Nordirland noch keine paramilitärische Gruppe durch ihre eigenen Taten besiegt. Omagh war zwar das größte Massaker in der Geschichte Nordirlands, aber bei weitem nicht das einzige. Die IRA hat während des Krieges ähnliche Situationen immer wieder überstanden. Wenn Omagh tatsächlich das Ende aller militärischen Aktivitäten der Republikaner markieren sollte, dann nur deshalb, weil sich durch das Belfaster Abkommen von April dieses Jahres die Bedingungen erheblich gewandelt haben.

Dietrich Schulze-Marmeling

25. Drei Jahre nach Dayton: Nationalismus und Kalter Friede in Bosnien

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:41

Die Altstadt von Sarajevo war in der letzten Augustwoche Schauplatz zahlreicher Kulturereignisse. Hier eine Pantomime, dort eine Installation, und Filme gab es en masse. Das Filmfestival, daß in diesem Sommer zum vierten Mal stattfand, hat seine Wurzeln in den Kriegstagen, als KünstlerInnen aus ganz Europa nach Bosnien fuhren. Heute will die über die Soros-Stiftung finanzierte Kulturschickeria jedoch nicht mehr an den Krieg erinnert werden, wundern sich einige FilmkritikerInnen in den Feuilletons von Freitag, taz und Jungle World.

Kriegserlebnisse sind out - schrille Provokation ist in. In Sarajevos Altstadt wurden während des Kulturevents drei dem Eingang von Auschwitz nachempfundene Torbögen mit der Inschrift Kunst macht frei installiert. Nicht alle BewohnerInnen konnten darüber lachen. "Wir haben schon am ersten Tag empörte Anrufe von Überlebenden aus den Konzentrationslagern erhalten", sagt eine Mitarbeiterin von Benevolencija, der ältesten jüdischen Organisation Sarajevos. Während des Bürgerkrieges hat die Organisation über ein breites Netzwerk in zahlreichen europäischen Ländern Lebensmittel und Medikamente gesammelt und an bedürftige Menschen aller Nationalitäten verteilt. Die kleine jüdische Gemeinde lebt jetzt in Bosnien, ebenso wie in Jugoslawien, ohne Diskriminierung. Antisemitische Stimmungen könne sie nicht feststellen, meint die Frau. Antisemitische Töne in den Schriften des bosnischen Präsidenten Izetbegovic seien ihr auch nicht aufgefallen.

Super-Sound in Ruinen

Wenige hundert Meter vom Büro der Organisation ist die Erlebnisgeneration in Aktion. Viele Jugendliche treffen sich allabendlich zur Technodisko an einer der großen Brücken, die Sarajevos beide Stadthälften verbinden. Noch vor wenigen Jahren trauten sich die Menschen nicht aus ihren teilweise zerstörten Wohnungen. Jeder Aufenthalt im Freien barg wegen der Heckenschützen tödliche Gefahren. Gerade die heutige "Technobrücke" war eine solche Todesfalle. Darauf hat im letzten Jahr eine KünstlerInnengruppe mit Farbmarkierungen auf dem Boden aufmerksam machen wollen. Mittlerweile sind diese Spuren allerdings schon verblaßt.

Andere Kriegsspuren hingegen prägen unübersehbar das Stadtbild. Von vielen Hochhäusern an der Ausfallstraße ist nur eine ausgebrannte Fassade übriggeblieben. Am Stadtrand reiht sich Ruine an Ruine. Vereinzelt richten sich Familien in den zerstörten Häusern ihre Wohnungen wieder her. Im Stadtkern werden einige Ruinen für Technoparties genutzt. Der Sound sei wunderbar, schwärmt ein Besucher.

Sarajevo ist das Kernland des muslimischen Teils von Bosnien. Um religiöse Implikationen zu vermeiden, wird von bosniakischer Nationalität gesprochen. Das in den Medien vor Jahren so oft beschworene multinationale Sarajevo ist zumindest zur Zeit eine Schimäre. Von den serbischen BewohnerInnen hat der größte Teil die Stadt verlassen.

"Transit durch die Türkei"

Den Zustand des bosnischen Staates fast drei Jahre nach Dayton macht eine Busfahrt vom serbisch bewohnten Bergort Pale nach Sarajevo deutlich. Der Bus fährt durch einen Tunnel um Sarajevo herum und hält erst hinter der Stadtgrenze. Den Grund erklärt uns der Busfahrer: "Transit durch die Türkei", sagt er, auf Sarajevo zeigend. "Serbien", sagt er, während er zur Republik Srpska zeigt, die nach dem Abkommen von Dayton bosnisches Staatsgebiet ist.

Pale und Sarajevo sind nur wenige Kilometer voneinander entfernt und könnten doch unterschiedlicher nicht sein. Die drei wichtigsten Reformen des "Hohen Repräsentanten" der internationalen Gemeinschaft, Carlos Westendorp, konnten daran wenig ändern. Er verordnete Bosnien in diesem Sommer eine gemeinsame Währung, eine gemeinsame Fahne und ein einheitliches Autokennzeichen, um so Fundamente einer bosnischen Staatlichkeit zu legen.

Die neuen Autokennzeichen werden allgemein gelobt. Dadurch ist nicht mehr sofort zu sehen, aus welchem Teilstaat jemand kommt, und der Pendelverkehr zwischen den drei Teilen Bosniens hat zugenommen.

Bei der gemeinsamen Währung hapert es hingegen mit der Umsetzung. Bis zum Sommer war die DM (bosnische Bezeichnung: Deutschmark) das landesweite Zahlungsmittel. Sie wurde durch die neue bosnische Währung, die Konvertible Mark (KM) ersetzt, die sich mit einem Kurs von 1:1 ebenfalls an der DM orientiert. Allerdings ist im serbischen Teil weiterhin der Dinar und im kroatischen weiterhin der Kuna im Umlauf.

Auch die bosnische Flagge hat sich bisher außerhalb von Sarajevo nicht durchgesetzt. In Banja Luka, der Hauptstadt der Republica Srpska, weht die alte jugoslawische Flagge, die auch das Banner der Serbischen Republik ist. Der kroatische Teilstaat hat die Flagge aus Zagreb importiert.

In Mostar, das in eine kroatische und eine bosniakische Hälfte geteilt ist, hat sich der heiße Krieg durch die SFOR-Besatzung in einen kalten Frieden verwandelt, dem viele BewohnerInnen nicht trauen. Kaum ein Kroate geht in den bosniakischen Teil und umgekehrt. Für jeden der beiden Stadtteile braucht man eine eigene Telefonkarte. Die touristische Vermarktung der Kriegsruinen allerdings macht in ganz Mostar große Fortschritte, wenn auch in unterschiedlichen Währungen bezahlt werden muß.

Mit Spuckis für Karadzic

Das einst weltweit als Karadzic-Hochburg geschmähte Pale kann da nicht so recht mithalten. Von Zerstörungen blieb es verschont, und seit der serbische Nationalistenführer untergetaucht ist, hat sich auch die internationale Presse verzogen. Doch Sympathien in der Bevölkerung hat Karadzic noch. Zwar darf er nach dem Willen der internationalen Gemeinschaft nicht auf Wahlplakaten auftauchen. Dafür kleben Aufkleber mit seinem Konterfei und der Aufschrift "He ist Freedom" (Orthographie im Original) und "Don't touch him" auf Laternenpfählen. Auch Karadzics ehemaliger Militärchef Mladic ist fern von Pale auf serbischer Seite im Kosovo-Konflikt involviert.

Trotzdem hat es bei den Wahlen am 13. September an nationalistischen KandidatInnen auf allen drei Seiten nicht gemangelt. Die nationalistischen Hardliner sind als Sieger hervorgegangen. Das wird vor allem die internationalen Organisationen enttäuschen, die auf einen Sieg der nichtnationalistischen Opposition gesetzt haben. Gerade diese Parteien hatten sich die freie Marktwirtschaft und die Westanbindung auf ihre Fahnen geschrieben.

Im Lande selbst gibt es kaum Hoffnung auf positive Veränderungen. Vor allem die jüngeren Leute wollen so schnell wie möglich auswandern. Sie ziehen das Exil dem kalten Frieden vor.

Peter Nowak, Sarajevo

26. Das neoliberale Erbe Pinochets. Chile - 25 Jahre nach dem Militärputsch

Autor: Wigbert Flock und Olaf Kaltmeier · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:34

25 Jahre nach dem Militärputsch gegen die Unidad Popular lohnt sich der Blick auf die aktuelle Situation in Chile: Denn hier wurde die ideologische Basis für die heutige Hegemonie des Neoliberalismus gelegt. Heute gilt Chile meist unwidersprochen als moderner Entwicklungsstaat, dem von den internationalen Finanzorganisationen gar Modellcharakter für Lateinamerika und Osteuropa zugesprochen wird.

Das seit acht Jahren wieder zivil regierte Chile hat nur scheinbar die Militärdiktatur überwunden - nach wie vor regiert der autoritäre Geist Pinochets. Diese Kontinuität sichert die Fortführung des gewaltsam eingesetzten neoliberalen Modells. Doch in dieser Region des peripheren Kapitalismus wird internationale Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum nicht durch höhere Produktivität, sondern in erster Linie durch extensive Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen erreicht. Dabei sollte die chilenische Staatsadministration eingestehen, daß das sozialpolitische Versprechen, soziale Ungleichheiten durch sogenannte Trickle-down-Effekte des Wachstumsmodells abzubauen, nicht einzulösen ist.

Die große Transformation

Als im September 1973 die Unidad Popular ein blutiges Ende fand, ging es den Militärs nicht allein um die Ablösung einer Regierung und die Herstellung der alten Ordnung, sondern um die Zerschlagung der gesamten gesellschaftlichen Dynamik, die überhaupt erst den Sozialismus chilenischer Prägung unter dem Marxisten Salvador Allende möglich gemacht hatte. Dafür betrieben Pinochet und seine Schergen unter dem unverhohlenen Beifall der bürgerlichen Schichten und des kapitalistischen Auslands die physische Vernichtung der Gegner, die sie als kommunistisch gesteuerte Vaterlandsverräter beschimpften.

Allerdings gaben die Militärs die Macht nicht wieder an die bürgerlichen Eliten zurück, sondern richteten sich dauerhaft ein. Auf Anraten ihrer im Hintergrund operierenden ideologischen Helfer übertrugen die politisch unerfahrenen Militärs 1975 die wirtschaftspolitischen Kompetenzen an junge chilenische Technokraten, die bei dem US-amerikanischen Nobelpreisträger Milton Friedman in Chicago ausgebildet worden waren. Diese fanden in Chile eine optimal hergestellte Laborsituation für ihre neoliberalen Experimente vor: Demokratische Parteien, gewerkschaftliche Organisationen und Berufsverbände waren eliminiert worden oder standen wie Universitäten, Zeitungen, Radio- und Fernsehsender unter Kontrolle.

Unter diesen Bedingungen setzten die Chicago-Boys ihre Maßnahmen an: Deregulierung des Kapitalmarktes, Abbau von Schutzzöllen oder Streichung von Subventionen. Die Rolle des Staates in der Wirtschaft sollte auf ein Minimum beschränkt werden, und Chile sollte als Exporteur preiswerter Rohstoffe und Anbieter kostengünstiger menschlicher Arbeitskraft wieder seinen Platz in der kapitalistischen Weltwirtschaft einnehmen.

"Kapitalistische Revolution"

Diese Zäsur initiierte gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die im Kern eine "kapitalistische Revolution" darstellten und allein von den politisch "neutralen" Militärs durchgeführt werden konnten, denn auch die alte Rechte besaß keine Antwort auf die beschleunigte Globalisierungsdynamik des Kapitals und die Krise des auf Importsubstitution basierenden nationalen Entwicklungsmodells.

Hinsichtlich der dauerhaften Durchsetzungsfähigkeit des Neoliberalismus fallen insbesondere im ersten Jahrzehnt der Militärregierung die tiefgreifenden Veränderungen in den Klassenstrukturen auf. Zwar flossen infolge der außenwirtschaftlichen Liberalisierung binnen kurzer Zeit große Mengen ausländischer Direktinvestitionen nach Chile, doch war die einheimische Industrie aufgrund technologischer Rückschritte der Konkurrenz nicht gewachsen. Ganze Industriezweige brachen zusammen, so daß die Massenarbeitslosigkeit bis Anfang der 80er Jahre unter Einbeziehung der staatlichen Beschäftigungsprogramme auf über 30 Prozent anstieg. Bedingt durch diesen Deindustrialisierungsprozeß reduzierte sich der Anteil des Industrieproletariats von 27,1 Prozent (1971) auf 11,0 Prozent (1982), die Zahl der Beschäftigten im Agrarbereich ging bis 1980 um

die Hälfte zurück. Auch die lohnabhängig beschäftigten Mitglieder der Mittelschichten - insbesondere die Verwaltungsangestellten - sahen sich massiven Entlassungswellen ausgesetzt.

Der alle Sektoren umfassende Abbau abhängiger Beschäftigungen führte zur Reduzierung der öffentlichen Verwaltung und zur ungesteuerten Gründung einer Vielzahl von Klein- und Kleinstunternehmen. Insofern hat die "kapitalistische Revolution" im Ergebnis einen durchgängigen Bedeutungszuwachs der selbständigen Unternehmenstätigkeiten bzw. des Marktes einleiten können, zumal diese Tendenzen durch die Entwicklung in der Einkommensstruktur bestätigt wurden: In den 70er und zu Beginn der 80er Jahre/n wurden mit "selbständiger" Arbeit relativ höhere Einkünfte erzielt als durch abhängige Beschäftigungen.

Auf politischer Ebene unternahm die Pinochet-Diktatur gleichzeitig erfolgreiche Versuche ihrer Institutionalisierung. Nachdem die Diktatur in den ersten Jahren per Dekret bereits neue autoritäre Rahmenbedingungen setzte - beispielsweise im Bereich der Arbeitsbeziehungen oder des Versicherungs- und des Bildungswesens -, kündigte Pinochet Mitte 1977 eine neue Staatsverfassung an, die er schließlich 1980 durch ein manipuliertes Plebiszit bestätigen ließ. Es war diese Institutionalisierung der Diktatur, die die innere Struktur des heutigen Chile konstituierte.

Moderne Formen neoliberaler Herrschaft

Infolge der einschneidenden Wirtschaftskrise und anhaltender Menschenrechtsverletzungen fanden ab Mitte der 80er Jahre verschiedene Widerstandsformen aus den Armenvierteln, den Universitäten und den Betrieben zu einer breiten Protestbewegung zusammen. Diese brachte Pinochet an den Rand einer Niederlage, doch der Diktator fiel nicht. Zu schnell hatte sich der bürgerliche Teil der Opposition aus der Konfrontation mit der Diktatur zurückgezogen und war auf eine Strategie des verhandelten Übergangs zur Demokratie eingeschwenkt, womit die Verfahrensregelungen der Diktatur akzeptiert wurden.

Immerhin wurde die "demokratische Reife des chilenischen Volkes" (Originalton der politischen Klasse in Chile und der bundesdeutschen Außenpolitik) im Dezember 1989 tatsächlich mit Präsidentschafts- und Parlamentswahlen belohnt, aus denen die Concertación de Partidos por la Democracia, ein Bündnis aus ursprünglich 17 Parteien, als Siegerin hervorging. Die Pinochet-Diktatur wurde also nicht etwa aus dem Amt vertrieben, sondern konnte die Regierungsgeschäfte feierlich an die Concertación übergeben, in der Überzeugung, ihre Mission erfüllt und ein politisch stabilisiertes und wirtschaftlich modernisiertes Chile hinterlassen zu haben. Seither administriert die Concertación den Übergang zur Demokratie mit einem erstaunlichen Maß an effizienter politischer Technokratie.

Pinochet übergibt die Macht

Wie die erste Regierung unter dem Christdemokraten Patricio Aylwin Azócar verfolgt auch sein Parteifreund und Nachfolger im Amt, Eduardo Frei Ruiz-Tagle, heute einen Regierungsstil, der sich an das von der CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) Ende der 80er Jahre entwickelte Leitbild "Wachstum mit Gleichheit" anlehnt. Im Kern ist es nichts anderes als die um eine soziale Dimension angereicherte Fortsetzung des extensiven Wachstumsmodells der Militärs.

Innerhalb dieses Entwicklungskonzeptes ist in der Tat anzuerkennen, daß die chilenische Wirtschaft seit Jahren stabile Wachstumsraten von durchschnittlich 6-7 Prozent hervorbringt. Allerdings basieren die außenwirtschaftlichen Erfolge nach wie vor auf der extensiven Verwertung von Arbeitskräften und Primärgütern (Kupfer, Eisen, Mineralien, Holz), wobei die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in der Industrie während der letzten 15 Jahre durchschnittlich um gerade einmal 2,5 Prozent gestiegen ist.

Die Gewerkschaften wurden in das chilenische "Modell" stabilisierend einbezogen und so dauerhaft zur sozialen Disziplin verpflichtet. Dies erfolgte in Form mehrerer Rahmenabkommen zwischen Regierung, dem Gewerkschaftsdachverband CUT und der Dachorganisation der Unternehmer CPC. Die Flexibilisierungsbestrebungen der Unternehmen haben zur Folge, daß Kernbelegschaften durch Arbeitskräfte von Subunternehmen oder Saisonarbeiter ersetzt werden. So wird heute die Arbeitskraft in Chile nicht nur intensiver genutzt, sondern an die jeweiligen Bedarfslagen der Unternehmen angepaßt, was die Arbeiterschaft atomisiert und sie zwingt, sich individuell an die Bedingungen des Arbeitsmarktes anzupassen.

Prekäre Beschäftigung

Aber selbst die Integration in den Arbeitsmarkt sichert keine soziale Position oberhalb der Armutsgrenze. Der neue Charakter der Armut besteht darin, daß die Armen heute nicht mehr nur marginalisiert bzw. aus der Arbeitswelt ausgeschlossen sind, sondern sich als billige Arbeitskräfte sehr effizient in das Wachstumsmodell und besonders in dessen dynamischste Sektoren (z.B. die Frucht-, Fisch- oder Holzindustrie) integrieren.

Schätzungen gingen für 1992 davon aus, daß etwa ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung unter Armutsbedingungen lebte. Dabei waren nur 10 Prozent der Armen völlig erwerbslos. Rechnet man diejenigen hinzu, die in strukturschwachen Landesteilen völlig abgekoppelt von der Dynamik der prosperierenden Wirtschaftssektoren leben, dann ergibt sich ein Anteil von maximal 33 Prozent der "armen Bevölkerung", deren Situation sich explizit durch eine marginalisierte Lage erklärt. Anders ausgedrückt: Zwei Drittel aller Armen im erwerbsfähigen Alter gehen einer formalen Beschäftigung nach.

Widerstandspotentiale

Der bereits angesprochene Konsens innerhalb der politischen Klasse über die Fortführung der von der Diktatur gesetzten Strukturen steht in krassem Kontrast zu den Empfindungen, Ideen und Bedürfnissen eines Großteils der Bevölkerung. "Wenn Wahlen was verändern würden, wären sie längst verboten worden!" - dieses Motto haben sich bei den Parlamentswahlen im Dezember 1997 wohl viele chilenische WählerInnen auf die Fahnen geschrieben. Denn mehr als 40% der Wahlberechtigten verweigerten sich dem politischen System, indem sie trotz Wahlpflicht die Wahlzettel nicht ausfüllten, sie mit bissigen Kommentaren versahen oder ganz zu Hause blieben.

Während die linken Kräfte im parlamentarischen Kontext marginalisiert sind, so zeichnet sich im außerparlamentarischen Bereich wieder eine Stärkung ab. Zwar sind die chilenischen Linken weit entfernt davon, eine gesellschaftliche Mobilisierung wie in der Hochphase der Proteste gegen die Pinochet-Diktatur zu entfachen, doch, so der marxistische Historiker und Mitbegründer des MIR, Luis Vitale, "es wäre falsch zu behaupten, daß in Chile nichts passieren würde." Sämtliche großen Universitäten werden von linken ASten dominiert. Ende letzten Jahres gab es massive StudentInnenproteste, in deren Verlauf mehr als 50.000 Studierende gegen die weitere Privatisierung des Bildungssystems auf die Straße gingen. Auch fanden sich 1997 90.000 Menschen zusammen, um der Ermordung Che Guevaras vor 30 Jahren zu gedenken - die größte Che-Veranstaltung der Welt, Kuba einmal ausgenommen. Am 4. September fand im Nationalstadion eine von 70.000 Menschen besuchte Gedenkveranstaltung für Salvador Allende statt.

Besonders unter jugendlichen Linken ist eine Abneigung gegen überregionale, verfestigte und hierarchisierte Organisationsstrukturen auszumachen. Statt dessen sprießen aber partei- und organisationsunabhängige Basisgruppierungen aus dem Boden. Außerdem organisieren sich linke Gruppen zunehmend auch lokal. Protest formiert sich nicht mehr entlang ideologisch genau zu bestimmender Linien.

In den Stadtteilen beispielsweise wehren sich die BewohnerInnen gegen den Bau von Müllkippen oder ungefilterten Industrieanlagen. Daß es sich bei diesen Aktionen und Protesten keinesfalls um eine Marginalie handelt, zeigt der geschlossene und erfolgreiche Widerstand des Fischerdorfes Mehuín gegen den Bau der größten Zellulosefabrik Lateinamerikas.

Einen homogenen Widerstand gegen das neoliberale Modell Chiles gibt es also nicht. Es lassen sich aber eine Vielzahl von Widerstandsformen ausmachen, die sich zum Teil miteinander verflechten und den Staat vor arge Probleme stellen.

Wigbert Flock und Olaf Kaltmeier,

Mitarbeiter des Instituts für Theologie und Politik, Münster

27. Investitionsabkommen: EU und USA auf Kuschelkurs

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:12

Ende April knallten die Sektkorken der Gegner des geplanten Multilateralen Investitionsabkommens MAI. Der Ministerrat der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hatte die nächste Tagung der MAI-Verhandlungsgruppe auf Oktober diesen Jahres verschoben, obwohl die Unterzeichnung des Abkommens entgegen der ursprünglichen Planung ohnehin schon ein Jahr in Verzug war.

Bereits im Vorfeld finden jedoch sowohl auf bilateraler als auch auf OECD-Ebene Gespräche und Verhandlungen statt, die den Weg für ein Abkommen gegen die "Diskriminierung von Investoren" weiter ebnen sollen. Das MAI, das die Gleichbehandlung von inländischen und ausländischen Investoren gewährleisten soll, wird seit 1995 im Club der 29 reichsten Länder, der OECD, verhandelt. Als im Frühjahr vergangenen Jahres die ersten Informationen über das zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte Vertragswerk ans Tageslicht gelangten, entwickelte sich vor allem in Nordamerika, später auch in Frankreich, Großbritannien, sowie in mehreren afrikanischen und asiatischen Ländern eine breite Protestbewegung (Widerspruch gab es auch hierzulande, s. ak 414). Umweltschützer, Gewerkschafter und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bezeichnen das MAI als "Freibrief für transnationale Konzerne" und kritisieren die weitreichenden Auswirkungen auf die Sozial- und Umweltschutzstandards der zukünftigen Unterzeichnerländer. Das MAI sieht außerdem vor, daß ausländische Unternehmen bei Arbeitskämpfen und Bürgerkriegsunruhen ihre "Gastländer" wegen entstandenen Schäden verklagen können.

Nicken und Händeschütteln

Wie kürzlich die NGO "Public Citizen Global Trade Watch" aus Washington bekannt gab, trafen sich Anfang Juli Unterhändler der USA, Kanadas und der EU im kanadischen Ottawa. Gegenstand der Verhandlung waren die geplanten Ausnahmeregelungen im MAI. Vertreter der EU äußerten Bedenken gegenüber US-Ausnahmen für Subventionen und Beschaffungsprogrammen für einheimische Firmen. Die US-Vertreter Joe Papovich und Alan Larson kritisierten ihrerseits die "REIO"-Klausel, die eine regionale Vorzugsbehandlung der Unternehmen in EU-Mitgliedsstaaten vorsieht. Obwohl keine konkreten Ergebnisse bekannt wurden, bezeichneten die US-Unterhändler die Gespräche als "klärend" und betonten ihre Entschlossenheit, eine Lösung zu finden.

Bei einem weiteren Treffen im Juli, diesmal in London, zu dem mehrere der 29 OECD-Länder Vertreter schickten, ging es um die Beteiligung von Nicht-OECD-Ländern am Investitionsschutzabkommen. Die Vorstellungen der Beteiligten gingen in Leitlinien zur Erstellung einer OECD-Studie über die möglichen Auswirkungen des MAI auf Entwicklungsländer ein. Dabei sollen sowohl die Folgen für zukünftige Unterzeichnerländer als auch für die Länder, die das MAI ablehnen, untersucht werden. Das auf den 28. Juli datierte Grundlagenpapier schlägt außerdem vor, die möglichen länderspezifischen Ausnahmeregelungen für Entwicklungsländer mit ihren "legitimen Entwicklungsinteressen" abzugleichen.

In einer an die Öffentlichkeit gelangten Kopie des Grundlagenpapiers heißt es, daß "in den meisten Entwicklungsländern keine multinationalen Unternehmen ansässig sind, die von den Privilegien des MAI profitieren könnten". Und weiter: "Die Folge für diese Länder wäre bei einem Beitritt ein Marktzugang auf einseitiger Basis zugunsten potentieller Investoren aus anderen Unterzeichnerländern. Entwicklungsländer werden sich deshalb nur beteiligen, wenn sie den Vertrag als ihren Interessen entsprechend wahrnehmen".

Zuckerbrot und Peitsche

Es gibt bereits Vorschläge, wie unwilligen Entwicklungsländern der Beitritt versüßt werden könnte. Der britische "Fitzgerald Report über das MAI" erwägt einen erhöhten Schuldenerlaß, um so den Beitritt zum Investitionsschutzabkommen auch für diese Länder attraktiver zu machen.

Am 31. August tagte der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages in einer Sondersitzung zum Multilateralen Investitionsschutzabkommen MAI. Obwohl die Oppositionsparteien eine öffentliche Sitzung beantragt hatten, fand sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Dr. Heinrich Kolb, parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, sprach von einem verbindlichen Kernvertrag, der zunächst verabschiedet werden soll, berichteten "gut unterrichtete Kreise" gegenüber ak. Der Kernvertrag soll Streitschlichtung, Investitionsschutz und Nicht-Diskriminierung von Investoren umfassen. Wolfgang Schmitt, Vertreter der Bündnisgrünen, hätte grundsätzlich begrüßt, daß ein Investitionsschutzabkommen verhandelt wird. Er hätte sich gegen unberechtigte Eingriffe ins Privateigentum ausgesprochen. Allerdings sei er der Meinung gewesen, daß Umwelt- und Sozialklauseln im Vertragswerk verankert werden müßten, erklärte ein Teilnehmer. Dem erteilte jedoch die Bundesregierung eine klare Absage, die verbindliche Aufnahme dieser Standards sei "nicht erforderlich" - diese müßten vielmehr in speziellen Abkommen "durchgesetzt" werden, so eine Pressemitteilung des Bundestages. Dort wird außerdem behauptet, daß dies auch "ausdrücklicher Wunsch" der Entwicklungsländer sei. Außerdem hieß es, der stellvertretende entwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Werner Schuster, hätte kritisiert, daß das MAI sich gegen die Entwicklungsländer richte und ihre Interessen überhaupt nicht berücksichtige. Kolb hingegen hätte das Recht der OECD-Mitgliedsstaaten betont, die als hochentwickelte Länder die ersten Schritte zu einem multilateralen Investitionsschutzabkommen einleiten müßten. Allein in Deutschland würden dadurch fast 1,7 Millionen Arbeitsplätze gesichert.

Stolpersteine auf dem Weg zum Abschluß des MAI räumten am 18. Mai in einem Nebenabkommen auf dem EU-USA-Gipfel Kommissionpräsident Jacques Santer, der damalige Ratsvorsitzende Tony Blair und US-Präsident Bill Clinton aus dem Weg. Neben der Absichtserklärung, "illegale Maßnahmen" wie Enteignungen von ausländischem Privateigentum weltweit mit Sanktionen zu belegen, einigten sich die Verhandlungspartner in London außerdem auf einen Umgang mit den umstrittenen US-amerikanischen Helms-Burton und D'Amato-Gesetzen: Die EU akzeptiert die US-amerikanischen Sanktionsgesetze gegen ausländische Firmen, die mit den enteigneten Besitztümern von US-Bürgern Geschäfte machen. Die Europäer gestehen ein, daß die Enteignungen von US-Eigentum auf Cuba "dem internationalen Recht zu widersprechen scheinen".

Im Gegenzug ist in einer Ausnahmeregelung festgehalten, daß dies nicht für europäische Firmen gilt. Eine Ausnahmeregelung auf Widerruf: sie ist an das Wohlverhalten der EU-Regierungen gebunden und kann jeder Zeit rückgängig gemacht werden.

Gerhard Klas

28. "Terror der Paramilitärs mit staatlicher Unterstützung" (Interview mit Jürgen Jürgen Neitzert, Franziskaner)

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:39

Kolumbien:

"Terror der Paramilitärs mit staatlicher Unterstützung"

Im Folgenden drucken wir ein Interview mit Jürgen Neitzert, Franziskaner und Koordinator der Arbeitsgemeinschaft "Gerechtigkeit und Frieden" der mitteleuropäischen Franziskanerprovinzen. Das Interview führte Thomas W. Klein

Kontakt: Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden

Tel: 0611-910 23 50 Fax: 371838

Was war das Ziel der Reise nach Kolumbien, die vor wenigen Tagen endete?

Ich war drei Wochen in Kolumbien, um mich über die Situation der Vertriebenen zu informieren, insbesondere um den Hintergründen eines Massakers in Barrancabermeja, der Stadt der Erdölindustrie, nachzugehen. Die Arbeitsgemeinschaft "Gerechtigkeit und Frieden" der Franziskaner hat sich 1995 den Einsatz für Menschenrechte in Kolumbien zum Schwerpunkt ihres Engagements gemacht. Schließlich ist Kolumbien das Land mit den meisten Menschenrechtsverletzungen in der westlichen Welt. Täglich werden etwa zehn Menschen aus poltischen Gründen ermordet. Über eine Millionen Menschen, zumeist Bauern/Bäuerinnen und LandarbeiterInnen werden infolge des bewaffneten Konflikts zwischen Militär und Guerilla, hauptsächlich jedoch durch systematischen Terror von paramilitärischen Gruppen gewaltsam von ihrem Land vertrieben. Es gibt eine Straflosigkeit bei politischen Morden von nahezu 100%.

Zum Stichwort Paramilitärs: Es ist immer wieder davon die Rede, daß diese für viele Massaker verantwortlich sind. Eine Erkenntniss, die sich durch die Reise bestätigen läßt?

Ja. Die Paramilitärs sind verantwortlich für über 70% der Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien. Oft tun sie dies im Auftrag von Großgrundbesitzern, Industriellen, Drogenbaronen, aber auch multinationaler Konzerne. Sie operieren mit Unterstützung oder Tolerierung staatlicher Sicherheitskräfte. Fast jeden Tag wurde während meines Aufenthalts in den Nachrichten von durch Paramilitärs verübten Massakern berichtet.

Was ist in Barrancabermeja passiert?

Bisher wurde vor allem die Landbevölkerung Opfer des paramilitärischen Terrors. Nun wurde auch die Bevölkerung eines städtischen Armutsviertels von Paramilitärs angegriffen. Am 16. Mai griffen schwerbewaffnete Paramilitärs ein Viertel der Stadt Barrancabermeja an. Am Ende waren acht Menschen tot und 25 verschwunden. Der Angriff geschah in unmittelbarer Nähe von zwei Militärstützpunkten. Gleichzeitig führten Militär und Polizei Hausdurchsuchungen im betroffenen Stadtteil durch. Im Juni erklärten die Paramilitärs, daß sie die Verschwundenen - die von ihnen verschleppten Menschen - hingerichtet hätten. Das ist übrigens nicht der einzige Fall, in dem es klare Indizien für eine Unterstützung und Beteiligung von Mitgliedern der Streitkräfte an den von Paramilitärs verübten Massakern gibt.

Sind die kürzlich begonnen Friedensverhandlungen zwischen Regierung und Guerilla-Organisationen eine realistische Chance, einen politischen Dialog voranzubringen und eine nachhaltige Besserung der Situation zu erreichen? Was erwarten die Menschen in Kolumbien davon?

Zwar haben sich in Mainz unter Vermittlung der Kirche Vertreter der Guerillaorganisation Nationale Befreiungsarmee (ELN), einer der beiden großen Guerillagruppen, mit Vertretern der Zivilgesellschaft getroffen. Und außerdem hat sich der neugewählte Präsident Pastrana vor seinem Amtsantritt mit dem Führer der anderen großen Guerillagruppe FARC getroffen. Aber das waren noch keine direkten Verhandlungen zwischen Regierung und Guerilla. Immerhin waren diese Treffen ein erster Schritt hin zu derartigen Verhandlungen. Viele Menschen in Kolumbien knüpfen große Hoffnungen an dieses Ereignis. Doch wird ein

Frieden, der diesen Namen verdient, nur am Ende eines langen Prozesses stehen, da die Lösung der Hauptprobleme des Landes, die Armut und soziale Ungerechtigkeit, sowie die Vertreibung der Bauern von wirtschaftlich und strategisch interessanten Gebieten bisher am mangelnden politischen Willen der Reichen und Mächtigen scheiterte. Hauptopfer der Gewalt sind die sozialen Organisationen, die Gewerkschaften, Landarbeitervereinigungen, Menschenrechts- und kirchliche Basisorganisationen, politische Oppositionsgruppen. Nur wenn diese direkt am Friedensprozeß beteiligt sind, hat die Hoffnung auf ein Ende der Gewalt eine realistische Grundlage.

Über 40% der Bevölkerung gelten als absolut arm. Wie müssen wie uns die Lebensbedingungen der meisten KolumbianerInnen vorstellen?

Ich habe in mehreren Orten, u.a. in Cali und Medellin, die Armenviertel der Vertriebenen gesehen: primitive Holzhütten, mit Plastikplanen gegen Regen geschützt. Kein Wasser, unbefestigte Wege, keine Schulen in der Nähe, keine Arbeitsmöglichkeiten.

Die Bundesrepublik ist in der Vergangenheit auch mit Polizei- und Finanzhilfen und mit Waffenlieferungen an Kolumbien in Erscheinung getreten. Die Einhaltung der Menschenrechte spielte dabei offensichtlich keine Rolle. Wie könnte der Druck auf die Regierung erhöht werden?

Hauptwaffenlieferant ist zwar die USA, die auch 12 Militärstützpunkte in Kolumbien hat, aber richtig ist, daß auch die Bundesrepublik Waffen geliefert und Polizei- und Ausrüstungshilfen gewährt hat. Auch als Wirtschaftspartner ist Deutschland und sind die EU-Länder wichtig für Kolumbien. Es kommt darauf an, daß viele Menschen durch Briefe an die Regierung und Abgeordnete zeigen, daß es Interesse an der Situation der Menschen in Kolumbien gibt. Insgesamt muß der internationale Druck auf Kolumbien und auf alle Länder, die direkt oder indirekt die Menschenrechtsverletzungen unterstützen, erhöht werden.

29. Peruanische Wechselfälle. Der Präsident, die Korruption und die Dialektik der Botschaftsbesetzung

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:40

Was ist los in Peru, 18 Monate nach der Liquidierung des MRTA-Kommandos in der Residenz des japanischen Botschafters? Wie stark ist der MRTA gegenwärtig? Welche Absichten hat Fujimori? Wie ist es um "Sendero Luminoso" bestellt und welche Aussichten bestehen für das Wiedererstarken einer legalen Linksopposition?

In einem ist dem von den BRD-Behörden wiederholt unter Druck gesetzten Sprecher der "Revolutionären Bewegung Tupac Amaru" (MRTA) sicher zuzustimmen: Die viermonatige Botschaftsbesetzung war ein schwerer Schlag für das autoritäre Regime von Alberto Fujimori. Trotz des für den MRTA katastrophalen Ausgangs setzte die Kommando-Aktion Widersprüche zwischen den Säulen der Macht frei, die den bis dahin fest im Sattel sitzenden Präsidenten zu hektischen Manövern zwangen. Diese Manöver wiederum erzeugten weitere Reibungsflächen, was insgesamt im Wiederaufleben einer außerparlamentarischen politischen und sozialen Opposition mündete. Diese kämpft im wesentlichen um größere demokratische Spielräume und hat sich zum Ziel gesetzt, die erneute Wiederwahl Fujimoris im Jahr 2000 zu verhindern, die dieser mit allen Mitteln anstrebt.

Müde Sprechblasen

Die Funktion, die das MRTA-Kommando dabei erfüllte, könnte man als Katalysatorfunktion bezeichnen. Die Botschaftsbesetzung brachte den Stein ins Rollen, nicht mehr und nicht weniger. Den entstandenen Prozeß selbst kann der MRTA nicht einmal am Rande beeinflussen. Dazu ist er einfach zu schwach.

So war der MRTA entgegen anderslautenden Andeutungen seines Sprechers Isaac Velazco nicht in der Lage, nach der Auslöschung seines Besetzerkommandos relevante bewaffnete Aktionen zu lancieren. Außer vereinzelten Propaganda-Aktionen folgte der Niederlage nichts. Größere bewaffnete Attacken waren nach dem April 1997 ebensowenig zu verzeichnen wie in den Jahren zuvor. Die Organisation, die heute vermutlich nicht mehr als lediglich einige Dutzend Bewaffnete hat, die sich in unzugänglichen Urwaldzonen der Verfolgung durch das Militär zu entziehen versuchen, ist zur Offensive kaum in der Lage. Landesweit gesehen stellt sie derzeit keine praktisch bedeutsame Kraft dar.

Ihr Europa-Sprecher Velazco versucht, ein anderes Bild zu vermitteln. Das ist sein gutes Recht, hat aber mit den Tatsachen wenig zu tun. Daß die Exekutive der Bundesrepublik versucht, Velazcos Kritik am Autoritarismus Fujimoris zu unterbinden, belegt lediglich deren gute Zusammenarbeit mit den Repressionsorganen Perus. Die Tatsache, daß seine Ansichten unterdrückt werden sollen, macht jedoch die Einschätzungen des MRTA-Sprechers inhaltlich nicht zutreffender.

Schwaches Leuchten

Auch der "Leuchtende Pfad" (PC del P/SL) ist nach der Inhaftierung und dem Abschwören seines Führers Abimael Guzmán (alias Presidente Gonzalo) und nach einer Spaltung nur noch ein Schatten einstiger Stärke. Dennoch geht allein von den nicht kapitulationsbereiten Resten von "Sendero Luminoso", die von der ehemaligen Nummer 3, Oscar Ramírez Durand (Camarada Feliciano) geführt werden, eine militärische Bedrohung für den Staat aus. Dies gilt insbesondere seit 1997. Im Schatten der spektakulären Ereignisse in der japanischen Botschaft konnte sich der Durand-Flügel von Sendero Luminoso in einigen Regionen, vor allem in ehemaligen Hochburgen wie Ayacucho (Hochland) und im oberen Huallaga-Tal (Tiefland-Dschungel) wieder reorganisieren. Der militärisch aktive Sendero-Flügel hat heute mehrere hundert Leute unter Waffen und war 1997 für 84 der insgesamt 95 Toten verantwortlich, die Opfer von politisch motivierten Einzelangriffen wurden (MTRA: Null; Rest: Unbekannte). Im Jahr 1997 wurden in Folge politischer Konflikte 184 Personen getötet und weitere 69 verletzt. Es kamen 55 Angehörige der Streitkräfte, 51 Aufständische und 78 Zivilisten ums Leben. Zum Vergleich: In der Hochphase des Bürgerkriegs Anfang der neunziger Jahre starben in bewaffneten Konfrontationen jährlich bis zu 3500 Menschen - soweit die Statistik der unabhängigen peruanischen Menschenrechtsorganisationen.

Diese Zahlen bestätigen den Eindruck von landeskundigen Beobachtern, daß heute der bewaffnete Kampf in Peru nur noch eine Randerscheinung ist. Wenn überhaupt, spielt Sendero Luminoso eine Rolle. Abgesehen

vom fragwürdigen politischen Charakter des Leuchtenden Pfades, der nach wie vor kein emanzipatorisches Gesellschaftsprojekt erkennen läßt und in der lateinamerikanischen Linken weiterhin nahezu völlig isoliert ist, ist auch dessen Potential sehr begrenzt. Die angesprochene partielle Reorganisation eröffnet bis auf weiteres lediglich die Perspektive, sich als bewaffneter Faktor in einigen Regionen halten zu können. Es zeichnet sich nicht ab, daß Sendero Luminoso im ganzen Land von relevanten Bevölkerungsteilen Unterstützung erhalten könnte. Im übrigen sind die Gruppen, die sich auf den bewaffneten Kampf beziehen, gespalten. Der Durand-Flügel von Sendero Luminoso ist sowohl mit den Abschwörern und der zu Pro-Fujimori-Positionen übergelaufenen Mehrheit unter dem Ex-Sendero-Chef Abimael Gúzman als auch mit den noch existierenden MRTA-Gruppen verfeindet.

Kippeln auf dem Präsidentensessel

Trotz der im Gesamtüberblick zu konstatierenden Schwäche des MRTA kann seine Botschaftsbesetzung als Wendepunkt für die Herrschaft Fujimoris gewertet werden. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Zunächst ist festzuhalten, daß das Peru Fujimoris in der internationalen Öffentlichkeit erstmals als das erschien, was es ist: als autoritär-repressiver Staat, der von einer Koalition aus Militär, Geheimdiensten und vom demagogischen sowie gleichermaßen machtbewußten Autokraten Fujimori beherrscht wird. Und daß sich dieser Staat um die Einhaltung der Menschenrechte, darunter die Grundrechte von politischen Gefangenen, nicht schert. Zwar wurde Fujimoris blutige Erstürmung von den maßgeblichen internationalen Machtzentralen als gelungener Coup begrüßt. Dennoch rückten seine bis dahin sicheren Verbündeten ein gutes Stück von ihm ab. Dies drückte sich beispielsweise darin aus, daß die US-Regierung kritische Menschenrechtsgutachten veröffentlichen ließ oder daß die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung, die bis dahin vorwiegend Anerkennendes publizierte, in einem umfänglichen Bericht ihres Peru-Landesbeauftragten deutlich auf Distanz ging. Galt Fujimori bis zur Botschaftskrise als Musterknabe des Westens, so ist er seither eher ein Verbündeter, auf den man sich einläßt, weil es dazu keine bessere Alternative gibt.

Innenpolitisch schwächte die Besetzung die Position Fujimoris und lieferte ihn mehr denn je dem Gutdünken von Militär und dem Geheimdienst SIN aus. Dies ist insofern ein Problem, als Peru formal eine Demokratie mit Gewaltenteilung ist. Fujimori deckelt die Kritik, die es innerhalb des Staatsapparates an seiner Amtsführung gibt, mit der systematischen Aushöhlung und Gleichschaltung zentraler staatlicher Insitutionen. So löste er etwa den Verfassungsgerichtshof faktisch auf, indem er drei nicht genehme Richter einfach des Amtes enthob. Dem Medienunternehmer Baruch Ivcher wurde die peruanische Staatsangehörigkeit entzogen, weil dessen privater TV-Sender Folter- und Mordfälle des Geheimdienstes SIN aufgedeckt hatte. Nach Ivchers Flucht in die USA verschacherte Fujimori den lukrativen TV-Kanal an Freunde. Schließlich ließ er nicht genehme Oppositionelle und Journalisten abhören und verfolgen. Das flog ebenfalls auf.

Oppositionelle Wiederbelebung

Die juristisch unhaltbare Absetzung der Verfassungsrichter führte zum ersten Mal seit Anfang der neunziger Jahre wieder zu öffentlichen Straßenmobilisierungen in Lima sowie im Landesinnern. Ähnlich war es bei der Beschlagnahme des TV-Senders von Baruch Ivcher. In beiden Fällen formierte sich eine noch schwache demokratische Opposition auf der Straße gegen die diktatorischen Maßnahmen. Nach Jahren erzwungenen Schweigens gingen auch wieder Studenten auf die Straße. Die legale linke Opposition, die nur noch ein Restdasein in Gewerkschaften, Nachbarschaftskomitees und mit ein oder zwei Abgeordneten der "Vereinigten Linken" fristet, fand nach langer Zeit wieder günstigere Bedingungen vor. Ausgehend vom zunehmenden Unbehagen in der Bevölkerung formierte sie zusammen mit zentristischen und konservativen Fujimori-Gegnern ein Bündnis, das die erneute Wiederwahl Fujimoris im Jahr 2000 verhindern soll. Als Hebel dazu sollte ein Volksentscheid dienen. Im vergangenen Juli konnte dieses Bündnis mit 1,4 Millionen Unterschriften weit mehr als die für ein Referendum erforderliche Anzahl an Unterschriften übergeben.

Bei der Übergabe kam es erneut zu Demonstrationen im Landesinnern und in der Hauptstadt. Zum ersten Mal griff die Polizei nicht ein. Unterdessen wurde das Referendum durch ein Parlamentsgesetz untersagt. Auch wenn das Parlament für die Zulassung bzw. Ablehnung eines Referendums "eigentlich" gar nicht zuständig ist - das gehört in die Kompetenz der Gerichte -, so ist dennoch davon auszugehen, daß damit das Referendum gestorben ist.

Trotz dieser schweren Niederlage der legalen Opposition wird die Kontroverse um die Wiederwahl des Präsidenten die politische Entwicklung Perus in nächster Zeit weiter bestimmen. Nun muß sich zeigen, ob sich eine Kraft herausbildet, die Fujimoris erneute Kandidatur bzw. seinen Wahlsieg verhindern kann. Erst danach könnte die legale Linke wieder darangehen, weitergehende Perspektiven zu erarbeiten. Ob der MRTA in einer derartigen Anti-Fujimori-Bewegung eine aktive Rolle spielen kann und will, wird sich zeigen. Sollte die Gruppe die skizzierten Überlegungen als reformistischen Unsinn abtun, wie es etwa beim Europa-Sprecher Velazco anklingt, müßte sie geeignetere Strategien vorschlagen, um das autoritäre Regime loszuwerden. Verbalradikale Kommuniqués oder der eine oder andere Anschlag dürften dafür kaum reichen.

AI, Nürnberg

30. Kinderprostitution und Tourismus

Autor: Gisela Wuttke · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:29

"Ich war eine Frau, bevor ich ein Mädchen wurde."

(eine thailändische Kinderprostituierte)

Im August 1996 fand in Stockholm der Weltkongreß gegen die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern statt. Dieser Kongreß hatte auch bei uns ein enormes Echo, weil wir noch unter dem Schock eines Verbrechens standen, das in unserem Nachbarland geschehen war und uns vor Augen führte, wie leicht es ist, Menschen zu verschleppen, zu mißhandeln, zu ermorden, zu verscharren und verhungern zu lassen - wenn diese Menschen Kinder sind und die Täter Männer, Männer, die sich gegenseitig deckten und in Freiheit ließen. Daß der Kongreß in Stockholm stattfand und nicht in Den Haag, London, Zürich oder Frankfurt, ist eher vom Zufall bestimmt und auf die Einladung von Königin Silvia von Schweden zurückzuführen. Sie hatte die internationale "Kampagne gegen Kinderprostitution" im Sextourismus eingeladen, diesen für die Kinder in der Dritten Welt so bedeutsamen Kongreß auf europäischem Boden abzuhalten, dort, von wo die Flugzeuge abheben, in denen Männer sich als Prostitutionstouristen auf die Reise begeben.

Daß Männer in ferne Länder reisen, um "Sex" zu haben, nichts als Sex, das wissen wir seit Jahren. Thailand, die Philippinen, Sri Lanka, Kenia, Brasilien und die Dominikanische Republik, um nur einige der beliebtesten Zielorte deutscher Prostitutionstouristen zu nennen, leben von der sexuellen Ausbeutung ihrer Frauen und Kinder durch Touristen. Es sind die Frauen, die mit ihren Körpern die Devisen erwirtschaften, die das Land braucht, um in seine eigene Entwicklung zu investieren, wobei Entwicklung vielerorts nichts anderes meint als bloße Existenz.

Die sexuelle Ausbeutung von Frauen ist jedoch nur ein Bestandteil einer weit umfassenderen wirtschaftlichen Ausbeutung, die das Verhältnis zwischen dem reichen (weißen) Norden und dem armen (schwarzen) Süden bestimmt. Unter den Armen, das wissen wir, sind die Frauen die Allerärmsten. Es ist nicht die eigene Armut allein, die die Frauen in die Prostitution treibt: es ist die Armut ganzer Familien, oft ganzer Regionen. Prostitution gerät auf diese Weise zur häufig einzig noch verbleibenden Einkommensquelle: nicht nur für die betroffenen Frauen selbst, sondern gleichermaßen für ihre Familien, ihre Kinder.

So wie die Armut weitet sich auch der Prostitutionstourismus aus. Die Nachfrage nach "Sex" scheint an keiner Grenze Halt zu machen. Rußland, Polen, Ungarn und Tschechien, Israel, Marokko und Tunesien, Indien, Malaysia, Süd-Korea, Kambodscha und Vietnam, Costa Rica und Kuba, Westafrika und Mauritius - Prostitutionstourismus kümmert sich nicht um die Sprache, um die Kultur und Geschichte eines Landes, nicht um die Religion, nicht um die Hautfarbe und erst recht nicht um das Geschlecht. "Sex" ist das Ziel. Sex und hopp. Thailand liegt seit Jahren an der Spitze der Länder, in die die deutschen Prostitutionstouristen bevorzugt reisen. Schätzungen gehen davon aus, daß jährlich wenigstens 5.000 deutsche Männer allein deswegen verreisen, weil sie nach Frauen verlangen, die ihnen sexuell zu Diensten stehen.

Der Trend geht dahin, "immer jüngere Kinder in der Prostitution auszubeuten; Kinder, die noch nicht geschlechtsreif und zwischen sechs und vierzehn Jahre alt sind". (1) Die von der internationalen Kampagne gegen Kinderprostitution zutage geförderten Daten lassen das Ausmaß dieser Entwicklung erkennen: In Thailand wird die Zahl der Kinderprostituierten auf mindestens 200.000 bis 800.000 geschätzt. Auf den Philippinen sollen mindestens 20.000 bis 60.000 Kinder in der Prostitution arbeiten, in Sri Lanka 30.000, in Kenia 25.000, in Brasilien 500.000 und in Indien 400.000 - Kinder, von denen viele nicht einmal acht oder zehn Jahre alt sind.

Prostitution an Kindern

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten weltweit wenigstens eine Million Mädchen und Jungen in der Prostitution. Kinderhilfswerke gehen demgegenüber davon aus, daß tatsächlich bis zu zwei Millionen Kinder und Jugendliche in der Prostitution arbeiten bzw. durch Pornographen (Pornographen-Freier) sexuell mißhandelt werden.

Das Phänomen "Kinderprostitution" hat sich längst auch in den reichen Industrienationen ausgeweitet, in der Bundesrepublik ebenso wie in den Niederlanden, in Großbritannien und Frankreich ebenso wie in den USA. In Paris sollen sich wenigstens 8.000 Kinder und Jugendliche als Prostituierte verdingen, in New York 20.000. Wie viele Kinder und Jugendliche sich in Berlin, Hamburg oder Frankfurt mit Prostitution über Wasser halten, wissen wir nicht. Das Kinderhilfswerk terre des hommes geht davon aus, daß wenigstens fünf bis zehn Prozent der schätzungsweise 100-400.000 Prostituierten in der Bundesrepublik (1993) jünger als achtzehn Jahre alt sind. Dies würde bedeuten, daß sich wenigstens 5.000-40.000 Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik als Prostituierte verdingen.

Ich werde im folgenden immer dann von "Kinderprostitution" sprechen, wenn die Prostituierten nicht älter als 18 Jahre alt sind. Tatsächlich ist die Grenze zwischen Kind-Sein und Erwachsen-Sein international nicht einheitlich geregelt. Während sie z.B. in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes bei 18 Jahren liegt, unterscheidet die deutsche Gesetzgebung zwischen Kindern bis 14 Jahre, Jugendlichen bis 16 und Jugendlichen von 16-18 Jahren. Ich orientierte mich mit meinem Kindheitsbegriff also an der UN-Kinderrechtkonvention, die die Rechte von Kindern sehr weit faßt. Auch werde ich nicht von Mädchen und Jungen sprechen, sondern von weiblichen und männlichen Kindern - zum einen, weil auch erwachsene weibliche Prostituierte regelmäßig als "Mädchen" ("Thai-Mädchen") bezeichnet werden; zum anderen, weil eine präzise Bezeichnung des Verhältnisses - die Rede ist immerhin von Prostitution an Kindern - dem von den Prostitutionstouristen sorgsam gepflegten Anschein entgegenwirkt, als handele es sich dabei nicht um Ausbeutung, nicht um sexuelle Gewalt, nicht um ein Verbrechen, sondern bestenfalls um ein Urlaubsvergnügen mit Kinderbegleitung.

Aus dem gleichen Grund werde ich auch nicht von Sextourismus und Sextouristen sprechen, sondern von Prostitutionstourismus und Prostitutionstouristen. Es geht m.E. in den vorgezeichneten Fällen nicht um "Sex", sondern um eine touristisch verbrämte Demonstration sexueller Macht. Als Prostitutionstouristen bezeichne ich demzufolge alle Männer, die ihren Urlaub, ihre Geschäftsreise oder ihren Wochenendtrip mit der festen Absicht oder dem - möglicherweise uneingestandenen - Wunsch antreten, sexuelle Kontakte mit einheimischen Kindern oder Erwachsenen aufzunehmen, die aufgrund ihrer persönlichen und ökonomischen Lage nicht die Freiheit besitzen, die "gewünschten" sexuellen Dienstleistungen zu verweigern. Und wenn ich von Männern spreche, meine ich nicht jeden einzelnen Mann, sondern Männer als soziale Klasse. Über die einzelnen Männer zu sprechen, möchte ich diesen selbst überlassen.

Prostitution an Kindern findet in den unterschiedlichsten Formen statt. In Thailand z.B. werden weibliche Kinder vorzugsweise in Bordellen, Massagesalons und Coffeeshops angeboten. Darunter finden sich auch Kinder, die von ihren Eltern an Bordellbesitzer verkauft wurden, um auf diese Weise zum Überleben der Familie beizutragen. Tatsächlich ist die Armut in weiten Regionen Thailands so groß, daß es bereits als normal angesehen wird, wenn die Töchter "in den Süden", d.h. in die Prostitution gehen. So finden sich im Norden von Thailand bereits einige Dörfer und Landstriche, in denen keine weiblichen Kinder über 12 Jahre mehr leben. Darüber hinaus werden in den thailändischen Bordellen auch weibliche Kinder angeboten, die aus Laos, Kambodscha oder den südlichen Provinzen Chinas verschleppt wurden, um aus ihnen Prostituierte zu machen.

Es gibt jedoch auch weibliche Kinder, starke Persönlichkeiten, die sich ohne direkten Zwang auf den Weg "in den Süden" machen. Sie arbeiten zumeist auf dem Strich, weil sie sich dort "freier" fühlen und selbständiger agieren können. Auch auf den Philippinen ist der Drang in die Stadt, in die Touristenzentren, groß, die Prostitution der Weg aus dem Nichts. Er führt in die Bordelle, in die Bars, an die Strände, in die Vergnügungszentren. "Nach Beobachtungen von Tourismusfachleuten kommen aus Deutschland die meisten ‚Kunden` der philippinischen Kinderprostituierten." (2)

Die Philippinen gelten, neben Sri Lanka, als bevorzugte Ziele auch der pädosexuellen Prostitutionstouristen, die am Urlaubsort rücksichtslos ausleben können, was sie zu Hause sorgsam zu verbergen trachten. Nicht wenige unterhalten bereits seit Jahren regelmäßigen Kontakt zu einer einheimischen Familie, insbesondere, wenn diese eine gewisse Zahl männlicher Kinder aufweist, über die der Gast verfügen kann, wann immer es ihm beliebt. Hier wie dort sind es vor allem die männlichen Kinder im Alter von sechs bis fünfzehn Jahren, die von den Prostitutionstouristen begehrt werden. So wird die Zahl der männlichen Kinderprostituierten, die in den srilankanischen Touristenzentren Pagsanyan und Puerto Galera als "boys" arbeiten, auf wenigstens 30.000 geschätzt. Ein Dollar pro Tag - das ist der Satz, für den sich die männlichen Kinder zu prostituieren haben. Es

sind, wie zu Kolonialzeiten, die weißen Männer, die den Markt kontrollieren, die Preise bestimmen, die Bedingungen nennen.

In Brasilien wiederum sind die Kinderprostituierten - ebenso wie in Kenia - fast ausschließlich weiblich, die meisten zwischen acht und fünfzehn Jahre alt. Zu ihren Kunden zählen, neben den einheimischen Männern, vor allem deutsche Prostitutionstouristen. Die internationale "Kampagne gegen Kinderprostitution" stellte bei ihren Recherchen fest, daß diese neuerdings vermehrt nach Brasilien ausweichen. Auch Provinzstädte wie Natal profitieren von dem Boom. 20.000 Prostitutionstouristen zählt die Stadt allein in den heißen Sommermonaten, die deutschen vorneweg. Am schlimmsten verhält es sich jedoch nach wie vor in den Touristenzentren im Nordosten, dem Armenhaus Brasiliens. "In Recife bestreiten 44 Prozent der auf der Straße lebenden Mädchen ihren Lebensunterhalt mit Prostitution. Von diesen sind 16 Prozent unter elf Jahren. Die Lebenserwartung dieser Mädchen beträgt durchschnittlich 21 Jahre. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, daß die Prostitution in der Regel mit dem Konsum von Drogen verbunden ist. Die Mädchen schnüffeln Kleister oder spritzen sich billige Medikamente - meist Hustensaft - in die Venen..." (3) Das Schnüffeln von Klebstoffen ist unter den Kinderprostituierten weit verbreitet, nicht nur in Brasilien, auch in Thailand, auf den Philippinen und in Sri Lanka. Dabei ist das Schnüffeln bzw. der Konsum von Drogen nicht Ursache, sondern Folge der Prostitution.

Neben die sexuelle Ausbeutung der Kinder tritt immer stärker auch ihre pornographische Ausbeutung durch Prostitutionstouristen, die Fotos und Filme für das stille Kämmerlein daheim oder für den Verkauf anfertigen. Dabei steigt der Wert mit der Authentizität der Bilder - nicht Ästhetik ist gefragt, sondern Echtheit. Echt sind diese Bilder allemal, so echt wie die Kinder, deren Gesichter, Körper, Körperöffnungen und Bewegungen auf Zelluloid gebannt und damit allen Männern zugänglich gemacht werden. Ein profitables und nahezu risikoloses Geschäft für Pornographen, in Zeiten des Internet praktisch weltweit - und nahezu unkontrollierbar - auszudehnen. (4)

Dies alles zeigt, daß der Kinderprostitutionstourismus nicht als Nebenwiderspruch einer irgendwie fehlgeleiteten Entwicklung angesehen werden muß, sondern aus einer weit umfassenderen Realität resultiert - entsprungen der Armut, gefördert durch die Institution des Patriarchats, konsumiert von Männern, die es sich leisten können und es ganz offensichtlich auch genießen, Frauen und Kinder sexuell zu "verzehren", immer darauf bedacht, das Bedingungsgeflecht von ökonomischer Überlegenheit und persönlicher Abhängigkeit aufrechtzuerhalten, das dieser Art von Konsum zugrundeliegt.

Entstehungsbedingungen von "Kinderprostitution"

1. Die Erfahrung der Kolonisation. Mit Ausnahme Thailands, das von den kolonialen Eroberungszügen unberührt blieb, sind Wirtschaft und Politik in allen vom Prostitutionstourismus betroffenen Ländern auf fremde Interessen ausgerichtet. Daß eine Kumpanei zwischen den Herrenmenschen im Kolonialismus und den Prositutionstouristen unserer (Frei-)Zeit existiert, deutet sich in einem Zitat an, das Martha Mamozai den deutschen Kolonialisten in Afrika auf dem Leib schrieb: "Herr zu sein heißt: obenauf zu sein und auf Unterworfene herabzublicken; Herr zu sein heißt: Damen beschützen und Weiber gebrauchen; Herr zu sein heißt: dafür sorgen, daß der eigene Nutzen zum Gemeinwohl erklärt wird." (5)

2. Die Erfahrung von Armut. Unbestritten ist, daß Armut eine wesentliche Grundbedingung der Prostitution darstellt. Diese Armut ist weithin das Resultat einer Entwicklung, die der kolonialen bzw. imperialistischen Ausbeutung entspringt und sich global als "Weltmarkt" etablieren konnte. Da bezahlte Arbeit - soweit überhaupt vorhanden - weitgehend den Männern vorbehalten ist, bleibt den Mädchen und Frauen häufig gar keine andere Wahl. Die Armut nimmt den Mädchen alle Möglichkeiten, sich zu entwickeln. Strukturelle Armut und weibliche Armut stehen in einem symbiotischen Verhältnis zueinander. Prostitution ist der sichtbarste Ausdruck dafür, daß der weibliche Körper unter den Bedingungen des Weltmarktes wie eine ökonomische Ressource eingesetzt bzw. ausgebeutet wird, weil er allein das Einkommen und (Über-) Leben sichert. Allein in Thailand setzt die "Sex-Industrie" jährlich zwischen 22 und 27 Mrd. US-Dollar um. Davon, so die ILO, gehen jährlich rund 300 Mio. US-Dollar an die Familien der Mädchen. (Frankfurter Rundschau, 15.9.1998)

3. Das Patriarchat. Alle von Prostitutionstourismus betroffenen Länder weisen eine Kultur aus, die die Entwicklungschancen von Mädchen und Frauen nahezu ausschließlich auf das Wohl der Familie bzw. das Wohl des Ehemannes reduziert. Davon profitieren nicht zuletzt auch jene Männer, die sich dieser Mädchen

(Jungen) und Frauen als Prostituierte zu bedienen wissen. Das Patriarchat sorgt dafür, daß seine Dominanz gegenüber der fremden Kultur nicht mit der Dominanz von Männern gegenüber Frauen kollidiert. Dabei fällt auf, daß die kulturellen und religiösen Bedingungsfaktoren den ökonomischen deutlich unterlegen zu sein scheinen. Keine Religion schützt Kinder und Frauen vor sexueller Ausbeutung, keine Moral, kein Tabu. Das patriarchalische Geschlechterverhältnis ist also nicht das Resultat bloß biologischer, bloß kultureller oder bloß ökonomischer Faktoren, es beruht auf der Gewalt selbst: "Gewalt ist das letzte Geheimnis des Weißen Mannes, mit dem er sowohl die Natur als auch die Frauen als auch fremde Völker kolonisiert hat und mit der er seinen angeblichen friedlichen Weltmarkt aufrechterhält." (6)

4. Die Erfahrung des Krieges. Ganz offensichtlich besteht zwischen Krieg und Prostitutionstourismus eine enge Verbindung. Vietnam, Sri Lanka, Kambodscha, Somalia und nicht zuletzt auch der Krieg gegen den Irak haben in der ihnen spezifischen Nachfragestruktur ganz wesentlich dazu beigetragen, die Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen von Prostitution bzw. "Kinderprostitution" zu fördern und schließlich dauerhaft für alle Männer zugänglich zu machen. So stieg die Anzahl der Prostituierten in Phnom Pen - unter ihnen eine große Anzahl Kinder - infolge der Anwesenheit der UN-Soldaten in nur einem Jahr von 6.000 (1991) auf über 20.000 (1992). Die im Krieg entfesselte Aggression scheint sich nicht zuletzt in der gekauften bzw. erzwungenen Sexualität mit einheimischen bzw. "eroberten" Frauen und Kindern auszudrücken. Ist der Krieg aus, kommen die Touristen. Von Vietnam ist es nicht weit bis zu den heutigen Urlaubsparadiesen.

Profile von Prostitutionstouristen

Wer aber sind diese Männer, die um die halbe Welt reisen, um Kinder sexuell zu mißhandeln? Allem Anschein nach sind Kinderprostitutionstouristen ganz normale Männer. Das Klischee vom perversen Sonderling jedenfalls hat mit der Realität nichts zu tun. (7) Wie die Recherchen der "Kampagne gegen Kinderprostitution" ergaben, sind nur einige dieser Männer tatsächlich ausschließlich auf Kinder fixiert. Doch auch die übrigen scheinen den kindlichen Körper dem erwachsenen vorzuziehen. "Man kann beobachten", so Susanne Lipka in ihren Reflexionen über die Motive der Männer, "daß auch unter den erwachsenen Prostituierten diejenigen besonders erfolgreich sind, die sehr jung und kindlich wirken. Kindlich aussehende Frauen vermitteln den Männern das Gefühl von Macht und Stärke." (8)

Männer wollen Sieger sein. Prostitutionstouristen verschaffen sich Siege, indem sie in Länder reisen, in denen sie ihrem sexuellen Begehren billig und nahezu risikolos nachgehen können. Dabei kommen (geheime) Inzestwünsche ebenso zum Tragen wie die offenbar tief sitzenden Frustrationen über die europäischen Frauen, die immer alles hinterfragen müssen "und dann noch nicht einmal in der Lage sind, sich im Bett hinzugeben", wie ein Prostitutionstourist genervt zu Protokoll gab. (9) Männliche Versagensängste und Impotenz lassen sich im Kinderprostitutionstourismus leicht kaschieren. Daß Kinder (noch) nicht mit dem AIDS-Virus infiziert seien, ist ein beliebter Vorwand der Kinderprostitutionstouristen, um nicht über sich selbst bzw. ihre persönlichen Motive sprechen zu müssen.

"Im Urlaub glauben sie, fernab der sozialen Kontrolle stehe dem Ausleben ihrer sexuellen Phantasien und vor allem ihrer Machtgelüste nichts im Wege... Die Weigerung vieler Kunden, die Kinderprostituierten vor Schaden zu bewahren, deutet klar auf Machtmißbrauch hin." (10) Während jedoch die Pädosexuellen ihren Urlaub gezielt dazu benutzen, um sich die Körper von Kindern anzueignen, greifen die übrigen Prostitutionstouristen auf Kinder zurück, um sich an ihrer Frische und Jugendlichkeit zu laben. Mechthild Maurer weist darüber hinaus auch auf die im Kinderprostitutionstourismus zelebrierten Entjungferungswünsche hin. "Meist verweisen sie auf Mythen, die die Vorrangstellung der Männer bestärken. Im Grunde steckt ein starker Wunsch nach Besiegen, Macht und Bestimmen über einen anderen Menschen dahinter." (11)

Nicht zuletzt scheinen jedoch auch Motive eine Rolle zu spielen, die Mann zu Hause nicht realisieren kann oder will, weil sie verboten sind oder mit persönlichen Konflikten oder sozialen Stigmatisierungen verbunden sind bzw. verbunden sein könnten. Dazu zählen bestimmte - vor allem gefährliche - Sexualpraktiken ebenso wie eine heimlich gelebte Homosexualität, die am Urlaubsort plötzlich kein Problem mehr darstellt. "Bezeichnend ist auch, daß den Tätern weitgehend ein Schuldbewußtsein fehlt. Sie machen sich vor, daß die dort lebenden Frauen, Jugendlichen und Kinder es gerne so haben wollen, daß es ihren Gesellschaften und Traditionen entspricht, denn sie würden genauso von den einheimischen Männern behandelt." (12) Das ist

bequem, und das ist falsch. Und wenn es richtig wäre: Was änderte dies an der Tatsache, daß die sexuelle Mißhandlung eines Kindes ein Verbrechen ist?

Selbstbilder von Prostitutionstouristen

Eine im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums durchgeführte Befragung von 766 deutschen Prostitutionstouristen - also Touristen, die sich selbst als Prostitutionstouristen definierten - ergab, daß 11,3 Prozent dieser Männer mit Kindern bzw. minderjährigen Prostituierten "Kontakt" gehabt hatten. Über ihre Reisemotive gaben sie an:

- "weil ich hier Sex mit besonders jungen Frauen/Mädchen haben kann";

- "weil ich mich hier freier fühle im Ausleben meiner sexuellen Wünsche";

- "weil man hier alles bekommen kann, was man will." (13)

Darüber hinaus ergab die Befragung, daß Männer, die "mit jüngeren Frauen Sex hatten":

- mit mehr Frauen sexuelle Kontakte hatten;

- sich seltener in die Prostituierte "verliebten" und

- signifikant seltener ein Wiedersehen mit der minderjährigen Prostituierten planten. (14)

Dabei zeichneten sich die Männer, die "Kontakt" mit Kinderprostituierten unter 16 Jahren hatten, im wesentlichen dadurch aus, daß sie:

- vergleichsweiter älter waren;

- andere Sexualpraktiken präferierten und

- häufiger Analverkehr praktizierten als die Männer, die "Kontakte" mit 17-18jährigen Frauen hatten, welche diese sexuelle Präferenz wiederum erheblich häufiger angaben als jene, die mit weiblichen Prostituierten über 18 Jahren "Kontakt" hatten. (15)

Über die "durchaus markanten Unterschiede" heißt es in der Studie des Ministeriums weiter: "Die Suche nach einer Partnerschaft und emotionaler Nähe, die für eine beträchtliche Gruppe der Sextouristen handlungsleitend war, spielt für Männer, die Sex mit Minderjährigen und sehr jungen Frauen haben, nur eine sehr nachrangige Rolle. Bei ihnen stand das selbstbezogene Ausleben sexueller Wünsche im Vordergrund. Sie erkaufen sich im Urlaub auf Kosten der minderjährigen Mädchen die Befriedigung sexueller Vorlieben, die sie im eigenen Herkunftsland nicht oder nur sehr viel schwieriger ausleben könnten." (16)

Pädophilie ist sexuelle Gewalt

"Was ist eigentlich mit euren Männern los", wurden wir auf einer internationalen Tagung gegen Kinderprostitutionstourismus gefragt, "daß sie um die halbe Welt reisen, um unsere Kinder sexuell zu mißbrauchen?" (17) Ja, was nur? Unter diesen Männern - Männer, mit denen wir leben, mit denen wir arbeiten, die uns vorgesetzt sind und denen wir unsere Kinder anvertrauen - bilden die Pädosexuellen die wohl markanteste Täter-Gruppe. Pädophilie (griech.) bezeichnet eine spezifische Variante männlicher Sexualität, die sich als "Liebe zum Kind" (Pädophilie) bzw. als "Liebe zum Knaben" (Päderastie) definiert. Die meisten Pädosexuellen mißbrauchen lieber männliche als weibliche Kinder, weshalb angenommen wird, daß sie homoerotisch orientiert sind, ihre Sexualität aber unterdrücken bzw. auf männliche Kinder umleiten.

Pädophilie läßt sich als "sexuell getönte und in der Regel auch sexuell geprägte Beziehung" charakterisieren, bei der "das strukturell gegebene Macht- und Autoritätsgefälle zwischen Erwachsenen und Kindern einen konstitutiven Bestandteil dieser Beziehung darstellt." (18) Pädophilie manifestiert sich also als sexuelle Gewalt, weshalb es m.E. auch gerechtfertigt ist, in diesem Fall von "Tätern" und "Opfern" zu sprechen und nicht, wie es die Pädosexuellen so gerne tun, von "Liebe".

"Das Bild eines typischen Pädophilen", schreibt Ron O'Grady, der die Untersuchungsergebnisse der Kampagne "End Child Prostitution in Asian Tourism" (ECPAT) zusammenfaßt, "zeigt einen Akademiker oder freiberuflich arbeitenden Mann mittleren Alters. Möglicherweise ist er Arzt (häufig Kinderarzt), Lehrer, Sozialpädagoge oder Geistlicher. Meistens hat er beruflich mit Kindern zu tun oder ist in seiner Freizeit in der

Kinderarbeit engagiert, wie zum Beispiel bei den Pfadfindern, in einem Knabenchor, in kirchlichen Kindergruppen. Seine politischen und religiösen Ansichten sind traditionell rechts, und er ist möglicherweise Mitglied einer konservativen Kirche. Er ist wahrscheinlich verheiratet - oder war es - und hat Kinder, doch die Beziehung zu seiner Ehefrau ist kaum befriedigend und oft genug zerbricht die Ehe, entweder bereits vor oder nachdem seine pädophilen Neigungen aufgedeckt wurden. Es kommt selten vor, daß ein Pädophiler seine eigenen Kinder sexuell mißbraucht, doch sein Interesse an anderen Kindern ist ausgesprochen groß, und er kann Tage, Monate, sogar Jahre in dem besessenen Versuch zubringen, die Zurückhaltung eines bestimmten Kindes abzubauen..." (19)

Das von O'Grady gezeichnete Profil eines Pädophilen setzt sich aus Polizei- und Gerichtsakten über jene Männer zusammen, die in den südostasiatischen Ländern wegen "sexuellen Mißbrauchs" verhaftet bzw. des Landes verwiesen wurden. Diese Männer sind der Elite näher als dem "Mann auf der Straße". Pädosexuelle Männer sind demnach beruflich erfolgreich, einflußreich und argumentativ in der Verfassung, ihre sexuelle Orientierung so darzustellen, daß sie selbst als Opfer erscheinen, nicht die Kinder.

Die Verleugnung jeder Schuld bildet das Grundmuster jeder Form von sexueller Gewalt gegen Kinder. Verantwortlich sind nicht sie, die Täter, sondern die Verhältnisse bzw. die betroffenen Frauen und Kinder selbst. "Bitte, was wollen Sie", rechtfertigt ein Hotelmanager das in seinem Etablissement auffällige Treiben, "diese Jungen stellen sich uns zur Verfügung. Wir bitten sie nicht darum. Zumindest geben wir ihnen eine Kostprobe vom guten Leben." (20) Mit diesen Worten entlarvt sich der Kinderprostitutionstourismus schließlich als das, was er ist: als Ausbeutungsverhältnis, als Machtverhältnis, als Gewaltverhältnis.

Pädosexuelle Männer sind nicht gewaltätiger als andere Männer, doch birgt jede sexuelle Mißhandlung eines Kindes die Gefahr einer Verletzung, und zwar unabhängig davon, ob das Kind gezwungen werden mußte oder gefügig war. Bis heute blieb der Tod von Rosario Burgos Baluuyot unvergessen, einem 12jährigen philippinischen Mädchen, das infolge erlittener sexueller Folterungen mit einem Vibrator starb, der ihr von dem österreichischen Arzt (!) Heinrich Stefan Ritter in den Unterleib getrieben worden und dort zerbrochen war. Zermürbt von den Schmerzen, die ihr die im Leib verbliebene Spitze des Vibrators verursachte, starb Rosario am 19.5.1987, fünf Monate nach ihrer Vergewaltigung, in einem armseligen Krankenhaus am Stadtrand von Olangapo. Dr. Ritter, ihr Vergewaltiger, wurde verhaftet, kam aber bereits nach kurzer Zeit gegen eine geringe Kaution frei - so wie die meisten anderen Täter, die auf die Hilfe ihrer Gesinnungsfreunde, ihrer Familien und ihrer Botschaften rechnen können, sofern sie sich überhaupt wegen der von ihnen an Kindern begangenen Verbrechen zu verantworten haben.

Entsolidarisierung

von den Tätern!

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention) vom 5. Dezember 1989, dem die Bundesrepublik am 5. April 1992 beitrat, verpflichtet alle Vertragsstaaten, "das Kind vor allen Formen sexueller Ausbeutung und sexuellen Mißbrauchs zu schützen" (Art. 34) und Sorge dafür zu tragen, daß Kinder nicht länger zur Beteiligung an rechtswidrigen sexuellen Handlungen verleitet oder gezwungen oder für die Prostitution oder andere rechtswidrige Praktiken sowie Pornographie ausgebeutet werden. Den hierzulande politisch Verantwortlichen muß auch weiterhin vorgeworfen werden, das Wohl des Kindes zugunsten eines möglichst störungsfreien Verhältnisses zwischen dem Staat und seinen männlichen Bürgern hintangestellt und seine Beschädigung - wenn nicht billigend, so doch nachsehend - in Kauf zu nehmen. "Es ist schier unvorstellbar", so Alberto Godenzi in seinen Reflexionen über das gesellschaftliche Umfeld für sexuelle Gewalt gegen Kinder und Sextourismus, "daß ein solch epidemisches Verhalten toleriert würde, würde es den Interessen der Machthaber in Politik, Wirtschaft und Militär widersprechen." (21)

Einen Meilenstein glaubte die "Kampagne gegen Kinderprostitution" erreicht zu haben, als Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger sich infolge der anhaltenden Debatte über die Straflosigkeit der Täter schließlich veranlaßt sah, ein Gesetz herbeizuführen, das den sexuellen Mißbrauch ausländischer Kinder auch im Ausland unter Strafe stellt. Seit dem 1. September 1993 müssen sich nach § 176 StGB nunmehr auch jene deutschen Staatsbürger verantworten, die ihre Opfer im Ausland sexuell mißhandeln, und zwar unabhängig davon, welche Staatsangehörigkeit das Kind besitzt. Diese auch international viel beachtete Strafrechtsreform hat sich jedoch bislang in der Praxis als weitgehend wirkungslos

erwiesen, da eine effektive Strafverfolgung aufgrund einer langen Reihe verfahrensrechtlicher Probleme - allein für den Hin- und Rückweg eines Rechtshilfegesuchs müssen 18 Behörden aufgesucht werden - praktisch aussichtslos ist.

Was darum Not tut, ist, neben der Anwendung und Initiierung von Gesetzen, die die Rechte von Kindern schützen, eine Ent-Solidarisierung von den Tätern. Männer, die Kinder sexuell mißhandeln, dürfen nicht mehr mit unserer Solidarität rechnen, indem wir schweigen, Verständnis zeigen oder Desinteresse, indem wir ihnen glauben, wenn sie behaupten, es sei eigentlich gar nichts gewesen oder indem wir unsere Empörung nach innen lenken, gegen uns selbst statt gegen den Täter. Männer, die Kinder sexuell mißhandeln, sollen wissen, daß sie ein Verbrechen begehen, ein Verbrechen, für das sie selbst die Verantwortung zu übernehmen haben - persönlich, gesellschaftlich und nicht zuletzt den Kindern gegenüber. Der Kampf gegen die Kinderprostitution wird sich nämlich nicht zuletzt daran entscheiden, inwieweit sich die Frauen, die Gesellschaft, die Öffentlichkeit nicht mehr scheuen, für etwas, das sie zweifellos ablehnen, offen einzutreten.

Worum es geht: Systeme sozialer Kontrolle zu entwickeln, die es Männern nicht mehr erlauben, Frauen und Kinder sexuell zu mißhandeln und auszubeuten.

Gisela Wuttke

Anmerkungen:

1) Juliane von Krause: Kinderprostitution und Sextourismus in Ländern der "Dritten Welt", in: Kinderprostitution und Entwicklung, hrsg. von der Kampagne gegen Kinderprostitution im Sextourismus (1994), S. 15

2) zit. nach: epd Dritte Welt Information 1/91, S. 3

3) Dirk Hegmanns: Folgeerscheinungen des Sextourismus, in: Sextourismus und Dritte Welt, a.a.O., S. 43 f.

4) vgl. Detlef Drewes: Kinder im Datennetz. Pornographie und Prostitution in den neuen Medien, Frankfurt/Main 1995

5) . Martha Mamozai: Herrenmenschen, Reinbek b. Hamburg 1982, S. 29

6) vgl.: Maria Mies: Patriarchat und Kapital, Fulda 1989, vgl. insbesondere S. 185-223

7) vgl.: Susanne Lipka: Zu den Motiven der Täter und den gesellschaftlichen Ursachen, in: Kinderprostitution und Tourismus, a.a.O., S. 30

8) ebda.

9) vgl.: Rainer E. Wiedenmann: Zu einer Typologie deutscher Kunden, in: Umfeld und Ausmaß des Menschenhandels mit ausländischen Mädchen und Frauen. Schriftenreihe des Bundesministers für Frauen und Jugend, Stuttgart 1992, S. 87

10) Mechtild Maurer: Auf der Suche nach Jugendlichkeit, in: Gebunden in Schweigen, hrsg. von der Schweizer Kampagne gegen Kinderprostitution, Zürich 1993, S. 62

11) ebda.

12) ebda.

13) vgl.: AIDS, Sex und Tourismus. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Baden-Baden 1995, S. 287

14) ebda.

15) ebda. S. 288

16) ebda. (Hervorhebung i.O.)

17) Die Frage wurde seither vielfach zitiert, u.a. von Martin Stäbler: Die internaionale Kampagne, in: Kinderprostitution und Tourismus, a.a.O., S. 11

18) Reinhard Fatke: Pädophilie ist sexuelle Gewalt, in: Gebunden in Schweigen, a.a.O., S. 56

19) Ron O'Grady: Gebrochene Rosen. Kinderprostituion und Tourismus in Asien, Unkel/Bad Honnef 1992, S. 69 f.

20) zit. nach: ebda. S. 83

21) in: Der ganz normale Mann?, hrsg. vom Gustav-Stresemann-Institut, Bonn 1995, S. 15

31. Von der Grenzlinie zum Grenzregime. Neue Einsatzkonzepte des Bundesgrenzschutzes

Autor: FFM, Berlin · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:10

Der folgende Artikel ist ein Kapitel aus der Broschüre "Die Grenze - Flüchtlingsjagd im Schengenland". Geschrieben wurde der Text von der Berliner Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM), herausgebenen wurde die Broschüre vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat und Pro Asyl. Die Broschüre thematisiert nicht nur die Aufrüstung der bundesdeutschen Ostgrenze, sondern stellt auch die Auswirkungen der Schengen-Verträge am Beispiel Polens dar und weist auf die Situation von Flüchtlingen in Brandenburg hin.

Das hier nachgedruckte Kapitel zeichnet die veränderten Grenzsicherungsbemühungen der BRD nach. Der Text wurde leicht redaktionell überarbeitet, der umfangreiche Fußnotenapparat wurde stark gekürzt.

Der Bundesgrenzschutz (BGS), der bisher schwerpunktmäßig an der östlichen Grenze der alten BRD eingesetzt war, zog nach dem 3.10.1990 mit zahlreichen Einheiten in wenigen Monaten an die Oder-Neiße-Grenze um. Der noch vom Ministerium des Innern der ehemaligen DDR aufgestellte Grenzschutz wurde vom Bund übernommen, die Beschäftigten wurden Angehörige des BGS. Das Grenzschutzpräsidium Ost in Berlin übernahm die Leitung aller BGS-Einheiten, die längs der ostdeutschen Grenze in den neuen Bundesländern stationiert wurden, mit zunächst 2.300 Beamten. (1)

Die Bundesregierung erhöhte in wenigen Jahren den Haushalt des BGS - von 1,3 Mrd. Mark (1989) auf über 3 Mrd. Mark (1997) - und die Personalstärke des BGS. Verfügte er 1992 über 24.463 Polizeivollzugsbeamte, so sind es jetzt fast 30.000. "Das Hauptkontingent mit 5.800 Kräften des BGS und 4.200 Bediensteten anderer Behörden ist an der Grenze zu Polen und Tschechien entsprechend der besonderen Migrations- und Kriminalitätsbelastung dieses Abschnitts stationiert. Eine höhere Polizeidichte besteht an keiner anderen Grenze in Europa." (2) BGS-Planer berechneten die Patrouillendichte an der ostdeutschen Grenze für Mai 1996 auf "etwa 2,4 Kräfte pro Kilometer Grenzlänge Grüne Grenze" - an der südlichen US-Grenze zu Mexiko betrage dieser Faktor nur 0,18. (3) Und die Aufrüstung geht weiter. Künftig sind für das "Hauptkontingent" an der ostdeutschen Grenze 7.400 BGS-Bedienste vorgesehen.

1993 hat der BGS 1.218 "grenzpolizeiliche Unterstützungskräfte" (GUK) aus der lokalen Grenzbevölkerung rekrutiert und sie nach einem sechswöchigen Lehrgang und einer vierwöchigen praktischen Unterweisung zunächst befristet eingestellt. Derzeit werden sie in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen. Daß es bei dieser Hilfspolizei praktisch keine Fluktuation gibt, ist ein Hinweis darauf, daß der BGS einer der wichtigsten Arbeitgeber in den von Arbeitslosigkeit gezeichneten Grenzregionen ist. Die angestrebte lokale Verankerung des BGS läßt sich nicht nur an der Aufstellung der GU Kräfte, sondern an der generellen Rekrutierungspraxis verdeutlichen: 85 % der Beschäftigten des Frankfurter Amts, des größten an der deutsch-polnischen Grenze, sind ehemalige DDR-BürgerInnen.

Grundlegender Wandel

Die Aufgabe des BGS hat sich grundlegend gewandelt. Das alte Dogma, das sich gegen feindliche staatliche Strukturen richtete, hatte sich an der neuen Grenze ja buchstäblich aufgelöst. Die der Kontrolle ausweichenden GrenzgängerInnen, gegen die sich der Einsatz des BGS an Oder und Neiße hauptsächlich richtet, sind im politischen Sinn zumeist unorganisierte Männer, Frauen und Kinder. Sie nutzen kein militärisches Gerät, sondern nur ihren Körper und kleine Hilfsmittel, um schwimmend den Fluß zu durchqueren und zu Fuß bis zu den ersten erreichbaren öffentlichen Transportmitteln oder Privatautos durchzukommen. Sie versuchen, in der Natur oder der Gesellschaft unterzutauchen. Diesem neuen Feindbild entsprechend versuchte der BGS, seine Einsatzkonzepte zu ändern. Ein Teil des paramilitärischen Kasernenverbands ist in eine mobile Fahndungs- und Kontrollpolizei umgewandelt worden. Dieser Prozeß ist bis heute nicht abgeschlossen.

Inzwischen wurden die verschiedenen computergestützten Personenkontrollsysteme für die Abfrage in einem einzigen Grenzterminal-System (GTS 2) integriert, das 1996 mit 380 Arbeitsplatzcomputern und 306

Kontrollterminals u.a. an der ostdeutschen Grenze installiert wurde. Die Antwortzeit an den Computer-Grenzterminals beträgt unter zwei Sekunden. Über dieses Gerät ist die online-Verbindung zum Schengener Informationssystem (SIS) (4), zum INPOL-Datenfahndungssystem, zum Ausländerzentralregister (AZR) und zur Visadatei des AZR möglich. Durch die bereits erwähnte Einführung der Visumspflicht für die Einreise in die Länder der Schengener Vertragsstaaten ist ein gigantischer Datenerfassungsapparat entstanden. Visa für die Einreise in der BRD erhalten derzeit pro Jahr circa 2,5 Millionen Personen, deren Personenangaben auf der Grundlage der Visa-Antragstellungen zwei Jahre lang in der Visa-Datei des AZR gespeichert und an den Grenzkontrollposten wie übrigens auch im Landesinneren online abrufbar sind.(5) An der Grenze kann außerdem anhand der Abnahme von Fingerabdrücken überprüft werden, ob der oder die Einreisende früher einen Asylantrag in Deutschland gestellt hat. Die technische Grundlage bietet AFIS (6), das in Kürze von einem "Europäischen System zum Abgleich der Fingerabdrücke von Asylbewerbern" (EURODAC) ergänzt wird. (7) Ein Bildspeichersystem (EDISON) ist im Aufbau begriffen, das in internationaler Zusammenarbeit (8) Reise- und Aufenthaltsdokumente einschließlich ihrer Sicherheitsmerkmale speichert und abrufbar hält. Damit sollen ein Zentralsystem bei der Grenzschutzdirektion Koblenz und ein Recherchesystem für jede Grenzkontrollstelle entstehen.

Die Möglichkeiten der Abrufbarkeit von Daten, insbesondere von Personen, die im Zuge ihrer Abschiebung aus Deutschland oder nach einer Einreiseverweigerung auf einem deutschen Flughafen behördlich erfaßt wurden und nicht wieder einreisen dürfen, sind mit dem oben genannten Schengener Informationssystem (SIS) institutionalisiert worden. Der SIS-Datenverbund umfaßt z. Z. Benelux, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal und Spanien. Das BKA - die nationale SIS-Verbindungsstelle - hat die größte Anzahl von "Unerwünschten", denen an allen Außengrenzen bzw. auf den Botschaften und Konsulaten ein Einreisebegehren abzuschlagen sei, in dieses System eingespeist: 321.301 Personen (1996). Schengenweit umfaßte diese Datei 413.054 Personen. Trotz dieser gigantischen technischen Anlage erzielte der BGS von Januar bis August 1996 an der ostdeutschen Grenze (ohne Bayern) nur 102 "Treffer" (BGS-Jargon) in dieser Datei - eigentlich kein Wunder, da sich die visumslos Einreisenden nicht aufs Neue an den Grenzübergangsstellen registrieren lassen, sondern zur heimlichen Einreise gezwungen sind. Die Bedeutung dieses Datenapparats - mit 9.000 Terminals in Deutschland! - soll mit dieser Auswertung nicht verharmlost werden; vielmehr ist die Entwicklung im Unterschied zu den Heroldschen Polizeiszenarios einer verdateten Gesellschaft (9) als faktisches Mittel der Illegalisierung von Menschen zu betrachten. Die integrative Verdatung, die in den 70er Jahren begann, wird jetzt durch eine Kontrolltechnik ergänzt, die auf Zugangsverweigerungen und Ausschluß zielt.

Schwache Wirkung

Eine offensichtlich ähnlich schwache Wirkung millionenschwerer High-Tech ist bei dem Einsatz der Aufspürapparate zu beobachten, die sich der BGS zur größeren Beweglichkeit an der ostdeutschen Grenze und gewissermaßen zur Verlängerung der Sinnes-Wahrnehmung der PolizeibeamtInnen angeschafft hat. Nachtsicht- und Infrarotgeräte als geschärftes Auge, Seismografen als verbesserter Tastsinn, die Erderschütterungen durch Schritte registrieren können, und CO2-Geräte, die die "verbrauchte Luft" in abgeschlossenen Lasträumen "riechen" können. Mit dem Einsatz der Kohlendioxid-Detektorgeräte an stark frequentierten Grenzübergängen hat der BGS im ersten Halbjahr (vom 5.12.1996 bis zum 31.6.1997) 29 Personen "aufgespürt" (BGS-Jargon), im Bereich des Grenzschutzamtes Frankfurt (Oder) wurde noch keine Person mit Hilfe dieses Gerätes entdeckt. Vier Personen hat der BGS 1995/96 mit Hilfe des Einsatzes von vier bzw. fünf Booten auf der Oder auf ihre Identität hin überprüft, und 2.352 Personen durch den Einsatz von 101 Wärmebildgeräten (77 des BGS und 24 des Zolls) von Januar 1995 bis Juli 1996. Wieviele dieser nächtens Aufgespürten SpaziergängerInnen, Jäger usw. mit legalem Aufenthaltstitel waren, wurde nicht bekanntgegeben. Wieviele Personen durch Hubschrauber- und Hunde-Einsätze des BGS verfolgt und festgenommen wurden, ist nicht bekannt.

Analysiert man die Rhetorik des BGS zur Ostgrenze, so fällt auf, daß immer wieder eine "aus politischen Gründen" nicht realisierbare Option erwähnt wird: die der kompletten militärisch-polizeilichen Abriegelung der Ostgrenze, die nur mit einem verfassungsändernden "Donnerschlag" - so Manfred Kanther - zu erreichen wäre. Statt dessen müsse sich der Staat nach Auffassung des Bundesinnenministers realistischerweise auf eine "Sickerquote" einstellen. Vor Ort formuliert beispielsweise BGS-Polizeikommissar Tonn, beschäftigt beim Einsatzabschnitt Grüne Grenze des Grenzschutzamts Frankfurt (Oder), den Gedanken folgendermaßen:

"Dieser Überwachungsstandard [des Schengener Abkommens] wäre sicherlich auch mit materiellen Mitteln zu erreichen gewesen, ist aber aus den gemachten Erfahrungen der jüngsten Geschichte berechtigter Weise politisch und gesellschaftlich nicht mehr erwünscht." (10)

Möglicherweise aus der Tatsache, daß die absolute Abschottung aus technischen und politischen Gründen unmöglich ist, erklärt sich der Versuch des BGS, mehr und mehr das Hinterland der Grenze zu überwachen und die Praxis der Identitätskontrollen dorthin auszuweiten.

Neuorganisation

Doch zunächst zur Organisationsreform des BGS, die ganz im Zeichen der Abkehr von der "statischen Grenzüberwachung" steht. Seit dem 1.9.1995 setzt das Bonner Innenministerium eine Neuorganisation des BGS um, zunächst im Probelauf beim Grenzschutzamt Frankfurt (Oder). Bis zum Jahr 2000 soll dieser Prozeß abgeschlossen sein. In sogenannten Inspektionen wird die Grenzüberwachung, die grenzpolizeiliche Kontrolle der Luftsicherheit und der Bahnpolizei integrativ und regional gebündelt. Damit sollen die Routine-Einsätze der nach Kompetenzen unterteilten kasernierten Verbände durch "flexible und vernetzte Abwehrstrategien" kleinerer und zum Teil mobiler Einheiten abgelöst werden. Die Bereitschaftspolizei soll in Zukunft nicht mehr als 20% ausmachen. Das Innenministerium verabschiedet sich von alten Einsatzkonzepten, die auf "Seßhaftigkeit" und schlichter "Präsenz" beruhten. Statt dessen sollen unberechenbare Streifengänge, "Zugbegleitung" u.ä. durchgesetzt werden. Die immer wieder neuzusammengesetzten Einheiten werden nicht nur am Sitz der Inspektionen, sondern auch in Kasernen andernorts, in ehemaligen Ferienheimen und angemieteten größeren Wohnungen einquartiert. An der brandenburgischen Ostgrenze sind Inspektionen in folgenden Orten vorgesehen oder existieren bereits: in Oderberg, Seelow, Gartz, Frankfurt, Guben und Forst mit je 200 bis 500 BGS-Bediensteten.

Mehrere Inspektionen (GSI) unterstehen einem Grenzschutzamt (GSA), diese wiederum den Grenzschutzpräsidien (GSP). Die Grenzschutzdirektion Koblenz bildet die Zentrale dieser Behörde des Bonner Innenministeriums. Diese Ebenen bleiben in Zukunft bestehen, erhalten aber eine neue geografische Gliederung nach Bundesländern und Länderpolizeibezirken.

Dem GSP Ost in Berlin unterstand bisher die Überwachung der gesamten Ostgrenze in den neuen Bundesländern. Ab dem 1.1.1998 gehört

- das GSA Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) zum GSP Nord,

- die GSA's Frankfurt/Oder (Brandenburg), Pirna (Nordost-Sachsen) und Chemnitz (Südliches Sachsen) bleiben beim GSP Ost und

- das GSA Schwandorf (Bayern) beim GSP Süd.

Jedes GSA erhält "mobile Komponenten" mit rund 75 BGS-Beamten, die "jenseits des Routinedienstes" eingesetzt werden können, und eine Inspektion Verbrechensbekämpfung (Inspektion VB) mit 40 bis 80 BGS-Beamten. Damit gewinnen die Grenzschutzämter an Selbständigkeit: Nur die Teile des BGS-Fahndungsapparats, die sich allein auf die Bundesebene beziehen, bleiben bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der unerlaubten Einreise von Ausländern, die seit 1976 existiert und bei der Grenzschutzdirektion Koblenz angesiedelt ist.

In dem neuen Organisationskonzept lösen schnelles, informelles Handeln vor Ort und basisorientierte Entscheidungsprozesse alte Hierarchien und Dienstwege ab. Eine besondere Rolle spielt die Motivation und der ad-hoc-Einsatz relativ selbständiger Einheiten. Der höhere Grad an Informalität, mit dem diese Einheiten agieren können, befördert den BGS an der Ostgrenze systematisch in ein unkontrolliertes Graufeld. Die Grausamkeit, die Festnahmen, Verhöre und Abschiebungen oftmals darstellen, die Beschlagnahme von Geld und Besitz von Flüchtlingen, die Abschreckungspraktiken und Mißhandlungen, von denen Abgeschobene berichten, verändern durch die Reform der "Motivation" der BeamtInnen tendenziell ihre Bedeutung für die BGS-Bediensteten: aus Routinehandlungen werden bewußte Abwehrstrategien engagierter Grenzwächter. Das Überzeugtsein von der Richtigkeit des eigenen Handelns macht aus dem Akt der Entrechtung von Flüchtlingen, aus Menschenrechtsverletzungen an der Grenze scheinbar eine Schutzhandlung zugunsten der "Inneren Sicherheit".

Besondere Befugnisse erhielt der BGS durch das BGS-Gesetz von 1994. Das Hinterland des Grenzverlaufs wurde als 30-Kilometer-Zone zu einem "gefährdeten Ort" (11) erklärt, an dem der BGS berechtigt ist, Identitätskontrollen ohne Anlaß oder konkrete Verdachtsmomente vorzunehmen, Häuser und Wohnungen ohne richterliche Genehmigung zu betreten, "die erfahrungsgemäß als Treffpunkt von Schleusern oder Personen ohne Aufenthaltserlaubnis genutzt werden" (12), verdeckte Foto- und Videoüberwachung zur präventiven Überwachung sowie nachrichtendienstliche Mittel und V-Leute einzusetzen. Landesweit ist dem BGS seitdem erlaubt, Telefone zu überwachen, verdeckt Daten zu erheben und Grenzfahndungsdateien anzulegen, die nur den Grenzschutzbehörden zugänglich sein sollen. (13)

Das Ausmaß der Identitätskontrollen, die der BGS wegen des Verdachts von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten an der deutschen Ostgrenze und im 30-Kilometer-Hinterland vornimmt, ist im Vergleich zu den obengenannten Zahlen der technikgestützten Fahndung enorm: 1996 waren es an der deutschen Ostgrenze und in der Grenzregion (ohne Bayern) über 164.077 sogenannte Aufgriffe. (14) Rechnet man die Zurückweisungen, Fahrzeugstillegungen und diejenigen Strafanzeigen bzw. Ordnungswidrigkeiten ab, die wohl nichts mit heimlicher Grenzüberschreitung zu tun haben (15), bleiben immer noch ca. 80.000 "Aufgriffe" an der deutsch-polnischen Grenze bzw. im Hinterland, die in unserem Zusammenhang erklärungsbedürftig bleiben.

Wegen "illegaler Einreise" wurden 1996 an der deutschen Grenze zu Polen 11.171 Personen festgenommen, 10.805 Personen an der deutschen Grenze zur Tschechischen Republik, zusammen also 21.976 Personen (16), die - von wenigen Ausnahmen abgesehen - sofort in die Nachbarländer bzw. nach Rumänien oder Bulgarien abgeschoben wurden. Darunter befanden sich auch Flüchtlinge, die nach Brandenburg umverteilt worden waren und sich in der grenznahen Zentralen Aufnahmestelle des Landes Brandenburg, in der ZABH Eisenhüttenstadt, melden mußten, aber auf dem Weg dorthin vom BGS verhaftet wurden. Die Gesamtzahl der aus Deutschland Abgeschobenen betrug im selben Jahr 59.010 Personen. Aus den verfügbaren Daten geht hervor, daß an den Grenzen der Bundesrepublik - und das heißt fast ausschließlich an den Schengener Außengrenzen zu Polen und der Tschechischen Republik - in dem Zeitraum 1992-96 ca. 680.000 Personen die legale Einreise nicht gestattet wurde. (17) Im Zeitraum 1992-96 wurden 368.759 Personen aus der BRD abgeschoben. (18)

Die wegen heimlicher Einreise Verhafteten fährt der BGS in Arrestzellen der BGS-Inspektionen. Dort müssen sie eine "erkennungsdienstliche (ED-) Behandlung" über sich ergehen lassen. Personenangaben bzw. Fingerabdrücke gibt der BGS in das beschriebene Grenzterminalsystem (GTS 2) und in das AFIS ein.

Während der BGS RumänInnen und BulgarInnen in der Regel innerhalb von 48 Stunden über den Berliner Flughafen Schönefeld nach Bukarest und Sofia abschiebt, werden ArmenierInnen, MoldawierInnen und andere in derselben Frist über acht Grenzübergänge nach Polen und in die Tschechische Republik abgeschoben. Die jeweiligen internationalen Kontakte zur Vorbereitung der Abschiebungen stellt die Koblenzer Grenzschutzdirektion her.

Es fällt auf, daß sich in den letzten Jahrzehnten die internationalen Grundlagen für Abschiebungen in die jeweiligen Nachbarländer geändert haben. Wurden bis in die 50er Jahre unerwünschte Flüchtlinge zur Verschiebemasse degradiert, mit denen Staaten politischen Druck auf ihre Nachbarstaaten ausübten, funktioniert die heutige Abschiebemaschinerie weitgehend reibungslos mittels der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit. Modell für die ostdeutschen, grenzüberschreitenden Kontakte nach 1989 hatte der Informationsaustausch zwischen der Bayerischen Grenzpolizei und der CSSR: Bereits am 1.6.1970 hatten sich die bayerische und tschechoslowakische Regierung für die Einrichtung eines kurzen Dienstwegs zwischen den Dienststellen der Grenzpolizei in Furth i. Wald und Pilsen bzw. Domazlice entschieden (19), eine informelle Kooperation, wie sie damals zwischen dem BGS und den Behörden der DDR undenkbar gewesen wäre.

Forschungsgesellschaft

Flucht und Migration, Berlin

Bestellungen an:

Niedersächsischer Flüchtlingsrat, Lessingstr. 1, 31135 Hildesheim, Tel: 05121-15605, Fax: 05121-31609. Die Broschüre hat 216 Seiten und kostet DM 8,- plus DM 1,50 Porto

Anmerkungen

1) Winter, Martin: Kleine Geschichte des Bundesgrenzschutzes, in: CILIP, Bürgerrechte & Polizei, Nr. 47, H. 1, 1994

2) Kanther, Manfred: Erklärung am 26.3.1997 zum 2. Jahrestag der Inkraftsetzung des Schengener Durchführungsübereinkommens

3) Hellenthal, Markus: Eine neue Strategie: Das Grenzüberschreitende Sicherheitskooperationssystem, in: Europa der durchlässigen Grenzen. Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie 1/97, S.48 f.

4) Das SIS wurde mit dem Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ) in Betrieb genommen und dient zur offenen wie verdeckten Registrierung von Personen und Sachen, die die Polizeiapparate grenzüberschreitend-international verfolgen wollen. Es gilt darüberhinaus als eines der wichtigsten elektronischen Instrumente der Abschiebung.

5) Die Visadatei beim AZR wurde 1994 eingeführt und macht bereits jetzt neben dem allgemeinen Datenbestand den zweitgrößten Datenbestand des AZR aus. Eine Novellierung des AZRG ist derzeit in Planung, nach der auch alle Entscheidungen über Visaanträge gespeichert werden sollen. (FAZ 3.12.1997)

6) Automatisches Fingerabdruck-Identifizierungssystem (AFIS) für Asylbewerber beim Bundeskriminalamt

7) Die Rechtsgrundlage für das EURODAC ist Art. K.3 Abs. 2 Buchst. c) des Vertrages über die Gründung der Europäischen Union vom 7.2.1992. Vorgesehen ist, daß ein EU-Mitgliedsstaat im Auftrag aller Mitgliedsstaaten für die zentrale Speicherung der Daten zuständig sein soll. Innenminister M. Kanther fordert bereits, daß die Fingerabdrücke aller wegen heimlicher Einreise Festgenommenen in EURODAC gespeichert werden sollen. (FR, 31.1.98)

8) Dieses Programm wurde von der niederländischen Polizei mit Unterstützung aus Australien, der Bundesrepublik Deutschland, Groß Britannien, den Niederlanden, Kanada und den USA erarbeitet.

9) Horst Herold wurde 1971 Präsident des Bundeskriminalamts (BKA). Er baute das BKA in wenigen Jahren zu einer hochtechnisierten Bundespolizei aus.

10) Schreiben vom 20.4.1997 an den Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Brandenburg

11) Aufgabe des BGS ist nach dem BGSG vom 19.10.1994, §2, "im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von dreißig Kilometern die Abwehr von Gefahren, die die Sicherheit der Grenzen beeinträchtigen." Juristisch stützt sich diese notstandsähnliche Ermächtigung auf die Konstruktion gefährlicher Orte

12) §45 BGSG

13) GAN Grenzaktennachweis, FDS Falldatei Schleuser, FINAS Fahrzeugidentifizierungs- und Auswertesystem u.a.

14) In diesen Statistiken sind auch die Identitätsüberprüfungen von Deutschen mitgezählt, die der BGS aufgrund angezeigter Kriminalität etc. vornimmt.

15) Ca. 27.000 Straftaten, die mit heimlicher Grenzüberschreitung nichts zu tun haben, ca. 20.000 Zurückweisungen und untersagte Weiterfahrten, ca. 11.000 Ordnungswidrigkeiten, ca. 22.000 beanstandete Verkehrsmittel

16) An allen Grenzen der Bundesrepublik wurden 1996 27.024 heimlich Eingereiste festgenommen

17) 552.212 Zurückgewiesene im Zeitraum 1992-95

18) 309.749 Rückgeführte im Zeitraum 1992-95 Unter dem Terminus "Rückführung" werden Abschiebungen, Rückschiebungen und erzwungene Rückflüge nach verweigerter Einreise auf deutschen Flughäfen zusammengefaßt.

19) Former, Franz: Regionale Zusammenarbeit zwischen der Tschechischen Republik und dem Freistaat Bayern, in: Polizei-Führungsakademie Münster: Schlußbericht über das Internationale Seminar. Die Zusammenarbeit mit Ost- und Mitteleuropa in der Kriminalitätskontrolle. 4.-6.7.1994, S. 201-238

Bestellungen an:

Niedersächsischer Flüchtlingsrat, Lessingstr. 1, 31135 Hildesheim, Tel: 05121-15605, Fax: 05121-31609. Die Broschüre hat 216 Seiten und kostet DM 8,- plus DM 1,50 Porto

32. "Täglich eine Demo." Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen beendet

Autor: ch. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:47

Am 14. August war sie in Bremen losgezogen - die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen. Eine Kerngruppe von ungefähr vierzig AktivistInnen bereiste bis zum 19. September über vierzig Orte und Städte in der BRD. Unter dem Motto "Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme!" wurden dort Aktionen und Veranstaltungen von Flüchtlings- und MigrantInneninitiativen und deren UnterstützerInnengruppen durchgeführt. Zur Abschlußdemonstration kamen über 2.000 AktivistInnen.

Die Karawane sollte in der Wahlkampfzeit gegen die rassistische Politik demonstrieren und zur bundesweiten Vernetzung von Flüchtlings- und MigrantInnengruppen beitragen. Die Idee war, daß MigrantInnen und Flüchtlinge - soweit sie rechtlich dazu in der Lage waren - die Vorbereitung und Durchführung der Karawane selbst in die Hand nehmen sollten. Daß bei einem relativ schnell aus dem Boden gestampften Projekt (die Vorlaufzeit war ein dreiviertel Jahr) eine fünfwöchige "Karawane" entstand - damit hatte kaum jemand gerechnet. Noch wenige Wochen bevor die Karawane loszog, waren entscheidende Fragen offen - die genaue Strecke, der Transport und die Finanzierung. Daß die Karawane dann in dieser Form doch zustande kam, zeigt das starke Bedürfnis von Flüchtlingen, MigrantInnen und deren UnterstützerInnen, auf die Folgen der rassistischen Politik aufmerksam zu machen.

Die Karawane unterwegs

Doch die Erfahrungen mit "der Karawane" waren sehr unterschiedlich. Kamen zum Start in Bremen noch über 1.000 Menschen, so waren es zwei Tage später in Hamburg nur rund 300, die sich an den Aktionen beteiligten. Bis auf ganz wenige Aktive war es ein Treffen der antirassistischen Szene. Selbst bei der Pressekonferenz am nächsten Tag waren nur die "üblichen" VertreterInnen anwesend. Im Hamburger Lokalteil der taz gab es auch einen kleinen Artikel zum Ereignis - aber die großen Zeitungen schwiegen. Auch in Berlin lag die Resonanz weit unter den Erwartungen der OrganisatorInnen.

In kleineren Städten und Orten stieß die Karawane auf mehr Aufmerksamkeit. Die Absicht, daß sich auch regionale Gruppen miteinander vernetzen, wurde hier schon eher umgesetzt. Es kam auch zu eher kuriosen Ereignissen, z.B. in Forst, einem kleinen Ort an der ostdeutschen Grenze in Brandenburg. Bekannt geworden war der Ort durch eine Zusammenarbeit des BGS mit Bürgerwehren zur Abwehr von heimlichen GrenzgängerInnen. Hier wurde die Karawane sogar vom Bürgermeister - er ist CDU-Mitglied - empfangen. Er hielt eine kurze Begrüßungsrede und stellte die Gemeinderäume für die Karawane zur Verfügung.

Das Schicksal von Flüchtlingen liegt aber nicht nur in den Händen von LokalpolitikerInnen, wie das Beispiel Tambach in Thüringen zeigt. Das Lager liegt im Wald, es ist mit einem Stacheldrahtzaun umgeben. So will der thüringische Innenminister Asylsuchende vor der Bevölkerung verstecken - zu ihrem eigenen Schutz, wie er versicherte. Wollen die Flüchtlinge in den nächsten Ort, sind sie auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Die Fahrt in die nächstgrößere Stadt kostet 15 DM; das monatlich ausgezahlte Taschengeld beträgt 80 DM. Die Verhältnisse in diesem Lager werden vom thüringischen Flüchtlingsrat schon lange beklagt. Die Verpflegung für Flüchtlinge hat eine miserable Qualität, und seit der letzten Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist die medizinische Versorgung auf unterstem Niveau. Der thüringische Flüchtlingsrat und die UnterstützerInnengruppe "The Voice" fordern seit langem die Schließung des Lagers.

In einigen Städten und Orten fand die Karawane Anknüpfungspunkte an soziale Bewegungen. In Tübingen gab es zeitgleich zur Karawane einen "Marsch nach Stuttgart", der von Initiativen Wohnungsloser organisiert wurde. Dort wurden gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt. Gegen Ausgrenzungspolitik wurde von der Karawane auch in anderen Städten - z.B. Berlin und Göttingen - demonstriert. Daß diese Bündnisse nicht nur einen flüchtigen Charakter haben sollen, war Thema der Rede eines der Initiatoren bei der Abschlußveranstaltung in Köln. Er betonte den gemeinsamen Kampf von Flüchtlingen, MigrantInnen und Wohnungslosen gegen Ausgrenzung.

In den Grenzregionen zur Schweiz und Frankreich wurden gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen mit Gruppen und Initiativen aus der Schweiz (Asylkoordination) und Frankreich (sans papiers) gemacht. Am Grenzübergang nach Frankreich, der Europa-Brücke bei Kehl, kam es zur Begegnung der Karawane mit den sans papiers - der Grenzverkehr wurde eine Weile blockiert. Dies war eine der wenigen öffentlichkeitswirksamen Aktionen, sie brachte zumindest kleine Meldungen in der überregionalen Presse.

Landung auf der Domplatte

Den Abschluß der Karawane bildeten eine Demonstration durch die Kölner Innenstadt und ein Kulturfest auf der Domplatte. Auf der Kundgebung sprachen neben den OrganisatorInnen der Karawane auch eine Vertreterin eines niederländischen Bündnisses, das in den nächsten Wochen eine Karawane durch sieben Städte der Niederlande veranstaltet. Ein Vertreter der britischen National Anti-Deportation Campaign berichtete von der Flüchtlingspolitik der New Labour Regierung. Die Bilanz: Seit letztem Jahr ist die Zahl der Abschiebungen aus Großbritannien gestiegen.

Daß die Veranstaltung durch einen starken Platzregen weitgehend aufgelöst wurde, ist symbolisch für die Karawane. Nur eine kleine Gruppe blieb bis zum Schluß der Abschlußkundgebung. In dieser Gruppe war die Stimmung durch nichts zu trüben.

Der Erfolg der Karawane wurde insgesamt sehr unterschiedlich bewertet. Es gab nur eine Gemeinsamkeit - die Enttäuschung über die geringe Resonanz in den Medien. Ansonsten scheint für diejenigen, die in der sogenannten Kerngruppe unterwegs waren, die Karawane ein Erfolg gewesen zu sein. Alle betonten die gute Stimmung und bewerteten die Zusammenarbeit in der Gruppe und das neue Bündnis, das daraus hervorgegangen sei, positiv. Schließlich sei die Karawane das Projekt mehrerer MigrantInnen-/Flüchtlingsgruppen gewesen, die sich erst durch die Karawane näher gekommen seien. Diese Konstellation soll Vorbildcharakter haben.

In der antirassistischen Zeitung Morgengrauen, die ihre neueste Ausgabe der Karawane widmete, wurde gar von der "aufregenden Geburt einer neuen Bewegung" gesprochen. Wenn die Karawane etwas bewirkt hat, dann ist es die Vernetzung der antirassistischen Szene - von Bewegung zu sprechen, ist schon alleine aufgrund der TeilnehmerInnenzahlen übertrieben. Ob dazu allerdings eine kräfteraubende und ressourcenverbrauchende Karawane notwendig war, diese Frage war in Köln häufiger zu hören. Bestimmt spielt hier die Doppelbelastung der Kölner UnterstützerInnen - Karawane und Kirchenasyl - eine Rolle. Andererseits, und diese Erfahrung wurde auch in anderen Städten gemacht, steht der Aufwand für die Aktion in keinem Verhältnis zur Resonanz.

Zwar wurde die Karawane von einem breiten Bündnis bis hin zu gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen unterstützt. Diese Unterstützung aber war oft nur formeller Art. War die Vorlaufzeit für die Karawane doch zu kurz, um die entsprechenden BündnispartnerInnen auf die Straße zu bringen? Oder geht das Interesse auch in der Linken an antirassistischer Politik zurück? Dies wird in den nächsten Wochen zu diskutieren sein, wenn es auch darum geht, den "antirassistischen Sommer" der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" auszuwerten und zu beraten, was die nächsten Schritte sein werden.

ch.

Kontakt und Informationen

zur Karawane:

Internationaler Menschenrechtsverein Bremen, Kornstraße 51, 28201 Bremen

Tel.: 0421 / 5577093, Fax: 5577094

E-Mail: mail@humanrights.de

Homepage: www.humanrights.de

Spenden: Konto: 10 73 92 82,

Sparkasse in Bremen BLZ 290 501 01

33. Italien läßt afrikanischen Flüchtlingen kaum eine Chance

Autor: Js. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:14

Ministerpräsident Romano Prodi hat Wort gehalten. Italien sei "sich der Verantwortung bewußt, die ihm aus der Tatsache erwächst, daß seine Grenzen heute auch die Grenzen ganz Europas sind", hatte er im November letzten Jahres erklärt. Vorausgegangen waren damals wiederholte Ermahnungen aus dem Hause Kanther, Italien müsse sich "mehr anstrengen, um seine Grenzen abzusichern." Italien hat sich angestrengt und mit Albanien, Marokko und Tunesien Abkommen zur "Flüchtlingsabwehr" geschlossen. Flüchtlinge aus Albanien schaffen es immer seltener, die nur 75 km breite Adria zu überqueren; im Juli und August wurde auch der Fluchtweg von Tunesien über das Mittelmeer weitgehend abgeschnitten. Hunderte unerwünschter Zuwanderer wurden nach Nordafrika zurück geschafft.

Mare nostrum - "unser Meer" nannten die alten Römer das Mittelmeer. Seit 1949 "gehört" es der NATO, deren Südfront - neben der zwischen Gibraltar und Port Said kreuzenden US-Flotte - Italien zu bewachen hatte. Um das "Vordringen des Kommunismus" zu verhindern, mußten alle, die sich möglicherweise mit der Sowjetunion hätten verbünden können, unter Kontrolle gehalten werden. Auch nach der Selbstauflösung des realsozialistischen Lagers spielt Italien eine für den Westen strategische Rolle. Nicht feindliche Agenten und die ihnen folgende Rote Flotte gilt es von Europas Südküste fernzuhalten - der Feind von heute ist unbewaffnet, meist bettelarm und muß sich, um überhaupt das Mittelmeer zu überqueren, in Lebensgefahr begeben.

Wie viele Menschen allein in diesem Jahr bei dem Versuch umgekommen sind, Italien auf dem Seewege zu erreichen, läßt sich nicht ermitteln. Zu denen, die ihren Tod zumindest billigend in Kauf nehmen, gehören Fluchthelfer, die gegen viel Geld untaugliche Schiffe zur Verfügung stellen; Besatzungen, die blinde Passagiere über Bord werfen; die Kapitäne der italienischen Patrouillenboote (Kriegsmarine, Carabinieri und Zoll), die Flüchtlingsschiffe abdrängen, bevor sie das rettende Ufer erreichen können. (Bei einem solchen Manöver ertranken im März 1997 mehr als 80 albanische Flüchtlinge in der Adria; vgl. ak 401).

Trotzdem versuchen immer wieder Menschen, u.a. aus Kurdistan, Albanien und Nordafrika, mit Schlauchbooten, auf Fischkuttern und Handelsschiffen nach Italien zu gelangen. Im Juli und August waren es erstens - das behaupten zumindest Presse und Politiker - besonders viele, die vor allem von Tunesien aus kamen; zweitens, und das ist unbestreitbar, kam es zu Revolten in den Sammellagern, in die "illegale" Einwanderer (in Italien clandestini genannt: Leute, die sich verstecken) gesteckt werden. Das Medienthema der politischen Sommerpause (von Ende Juli bis Mitte August) hieß emergenza clandestini - der Ernstfall (emergenza) war eingetreten.

Hilfe, die

Invasoren kommen!

Auch die regierungsnahe, häufig als "linksliberal" bezeichnete Tageszeitung La Repubblica, deren Berichterstattung im folgenden vor allem untersucht wird, schürte die Angst. "Die Invasion geht weiter" hieß es tagelang, oder es war vom "Angriff auf die Küsten" die Rede; die Landung von 60 Nordafrikanern wurde zu einer "neuen Invasion" - wir kennen diese Brand-Sätze, die zu wirklichen Brandsätzen führen können, aus der deutschen Presse. Wirklich unerträglich waren die Zustände in den Lagern, insbesondere auf der nur 20 Quadratkilometer großen Insel Lampedusa, die geographisch zu Afrika gehört (sie ist nur 113 Kilometer von der tunesischen, aber 205 Kilometer von der sizilianischen Küste entfernt).

Es ist schwer einzuschätzen, ob Versäumnisse bei der Ausstattung der Lager oder bewußtes politisches Kalkül maßgeblich dazu beitrugen, daß das Faß überlief. Was sicher nicht beabsichtigt war: Für kurze Zeit wurden die Flüchtlinge zu politischen Akteuren. In den Lagern von Lampedusa, Agrigento und Siracusa organisierten sie Revolten. 90 Flüchtlingen gelang der Ausbruch aus dem Lager Caltanissetta, obwohl die italienische Polizei überall massiv zuschlug. "Der Knüppel sitzt locker", schrieb La Repubblica nach Auswertung eines privat aufgenommenen Videos über die Revolte von Lampedusa. Hier waren 40 von insgesamt 147 Lagerinsassen

und zehn Polizisten verletzt worden. Regierungschef Prodis Ankündigung von Ende Juli, man werde gegen Flüchtlinge nunmehr die "harte Linie" fahren, wurde offensichtlich als Aufforderung zum Hinlangen verstanden.

Die Heftigkeit der Revolten veranlaßte die Medien sogleich zu Mutmaßungen über "islamistische Drahtzieher" und über angeblich streng hierarchische Strukturen unter den Lagerinsassen. Nur für kurze Zeit schlug die Presse auch nachdenkliche Töne an. Im Hafen von Genua hatten acht Flüchtlinge in ihren Schiffskabinen Feuer gemacht, um ihre Abschiebung nach Tunesien zu verhindern. Fünf von ihnen starben, weil die Wächter die Schlüssel nicht auftreiben konnten oder wollten. Auch nach dem Tod eines 24jährigen Nordafrikaners wurde das Vorgehen der Staatsgewalt zumindest kritisch kommentiert: Saber Adeleleh, der an der Revolte von Lampedusa beteiligt gewesen war, starb in Polizeigewahrsam. Ein Arzt berichtete später, Saber sei in Handschellen abtransportiert worden, obwohl er im Koma lag.

Italien als Opfer

finsterer Mächte

Als Hauptschuldige an den Zuständen in den italienischen Sammellagern hatte Außenminister Lamberto Dini frühzeitig die tunesische Regierung ausgemacht, die jegliche Kooperation verweigere. Ähnlich äußerte sich auch Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro, der sich vor allem um den Schutz der süditalienischen Bevölkerung sorgte. Romano Prodi und Innenminister Giorgio Napolitano (PDS) versuchten es mit Appellen an potentielle Zuwanderer: Habe Italien bisher als Land gegolten, in das man leicht einwandern und wo man leicht bleiben könne, dann werde sich das jetzt ändern. Nach den "Tragödien" von Genua und Lampedusa, so Napolitano wörtlich, werde Italien "um so mehr diejenigen entmutigen, die eine Reise ohne Hoffnung" unternehmen wollten. Entscheidend aber seien Abmachungen mit Tunesien, das potentielle Auswanderer schon an seinen Küsten zurückhalten müsse.

Die Verhandlungen begannen mit diplomatischen Verstimmungen. Die tunesische Regierung wies Dinis Vorhaltungen über mangelnde Kooperationsbereitschaft zurück und warf den italienischen Behörden Menschenrechtsverletzungen vor. Erst nach vier Tagen war man sich einig: Tunesien erhält umgerechnet 150 Mio. DM Investitionshilfe (von der nur 20% zurückgezahlt werden müssen) in drei Jahren und eventuell weitere 100 Mio. DM, zusätzlich Schiffe und Radaranlagen zur Überwachung der Küste. Es verpflichtet sich im Gegenzug, Bootsflüchtlinge zurückzuhalten, und arbeitet mit bei der Identifizierung von Flüchtlingen, die trotzdem nach Italien gelangt sind. Bei Abschiebungen aus Italien nimmt Tunesien alle zurück, die aus Tunesien gekommen sind, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit; ausgenommen sind Angehörige der anderen Maghreb-Staaten.

Der zähe Verlauf der Verhandlungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr Ergebnis von vornherein feststand. Italien steht an der Spitze aller in Tunesien investierenden Länder; auf diese Investitionen ist das nordafrikanische Land dringend angewiesen. Die zeitweilige Weigerung der tunesischen Regierung, aus Italien abgeschobene Tunesier wieder einreisen zu lassen, die Forderung von Aufklärungsflugzeugen, die starken Worte gegen Menschenrechtsverletzungen sollten letztlich nur den Preis hochtreiben.

Obwohl Tunesiens Staatspräsident Ben Ali frühzeitig erklärte, eine Einigung sei dringend geboten, sahen nicht nur Politiker der italienischen Rechten das große Italien von einem politischen Zwerg erpreßt. In einem vertraulichen Papier aus Napolitanos Innenministeriums wurde über die Verstrickung weiterer finsterer Mächte spekuliert, denen es um die Schädigung des italienischen Ansehens zu tun sein könnte: "Weiterhin nimmt die Zahl derer zu, die von ihren Regierungen ermutigt werden, nicht nur in die EU einzuwandern, sondern dort auch Unruhe zu stiften. (...) Neben dem Druck auf unsere Regierung, den Ländern größere Geldsummen zukommen zu lassen, scheint nicht ausgeschlossen, daß einige Staaten sich ein weniger stabiles Europa wünschen. (...) Leider nimmt offenbar auch die Zahl von Infiltrationen anderer Geheimdienste zu, mitunter in der Absicht einer Diskreditierung Italiens gegenüber anderen Staaten der EU oder anderer Anrainerstaaten des Mittelmeeres. Unter diesen Geheimdiensten befinden sich auch solche, die offiziell freundschaftliche Beziehungen mit Italien pflegen."

Dieses Papier wurde in Auszügen erstmals am 5. August in der taz dokumentiert und gelangte auf diesem Umweg auch in die italienischen Medien. Der Hinweis auf eventuelle anti-italienische Machenschaften verbündeter Staaten wurde dort allerdings nicht allzu ernst genommen.

Offiziell ist die Bundesregierung mit dem italienisch-tunesischen Abkommen zufrieden. Statt der früher üblichen Ermahnungen gab es Lob für die italienische Abschottungspolitik - leider zu Recht. Nachdem Dini sich mit Marokko schon im Juli über Abschiebungen geeinigt hatte, ist nun ein weiteres Durchgangsland für Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa geschlossen worden. Natürlich nicht vollständig. Einzelnen wird es weiterhin gelingen, sich über das Meer nach Italien durchzuschlagen, dort zu bleiben oder in andere europäische Länder weiter zu reisen. Selbst Kanther weiß, daß 7.000 Kilometer Küste nicht lückenlos zu überwachen sind und daß die Zahl der auf diesem Wege nach Deutschland gelangenden Flüchtlinge verschwindend gering sein wird. Für hysterische Debatten über "Flüchtlingsströme" geben die boat-people aus dem Süden zu wenig her.

Kanther lobt, Bossi tobt

Die oppositionelle italienische Rechte dagegen malt Italiens Untergang an die Wand. Denn es dürfen nach der gültigen Gesetzeslage nur "illegale" Einwanderer abgeschoben werden, die identifiziert werden konnten. Die anderen werden nach maximal 30 Tagen aus den Sammellagern entlassen und müssen Italien innerhalb von 15 Tagen verlassen. In den meisten Fällen werden sie wohl versuchen, in Italien unterzutauchen und sich mit Gelegenheitsarbeiten durchzuschlagen. Eine nachträgliche Legalisierung wie noch im März, als das neue Ausländergesetz in Kraft trat, wird es nicht geben, versicherte Livia Turco (PDS), die Ministerin für "soziale Solidarität".

Die Rassisten von der Lega Nord und die Neofaschisten von Alleanza Nazionale (AN) glauben dieser Zusicherung nicht. Maurizio Gasparri (Mitglied der nationalen Leitung von AN) verstieg sich gar zu dem Vorwurf, die Regierung Prodi wolle massenhaft Immigranten einbürgern, um ihre bröckelnde Mehrheit zu sichern. Gleichzeitig kündigte er den Untergang eben dieser Regierung an: Wenn sie auf dem eingeschlagenen Weg weitermache, sei der Sieg der Rechten gewiß.

Das ist nicht so sicher. Der Führer des Rechtsblocks, Silvio Berlusconi, hielt sich in der Auseinandersetzung auffallend zurück. Weil er schmutzige Geschäfte mit der Regierung betreibe, giftete die Lega, tatsächlich wohl auch aus besserer Einsicht. Schon melden sich Unternehmer, denen die Abschottungspolitik zu weit geht - sie sind auf billige und willige Arbeitskräfte angewiesen. La Repubblica zitierte einen Appell von Unternehmern aus dem reichen Norden und kommentierte: "Ohne die Afrikaner und Slawen, die Filipinos und Albaner, die Arbeiten machen, welche die Italiener nicht mehr machen wollen, und niedrige Löhne und baufällige Behausungen akzeptieren, müßten viele Unternehmen Venetiens und des Friaul schließen, im Trentino wäre die Apfelernte nicht zu bewältigen." Auch im Süden des Landes sind Afrikaner und Osteuropäer als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft und der Fischerei nicht zu ersetzen.

Darüber gibt es im Prinzip keine Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien. Auch die Neofaschisten fordern eine "sehr offene und sehr flexible Politik in Sachen Saisonarbeit". Mit "ausgewählten Ländern" solle Italien hierüber Abkommen schließen, die sich an dem jährlich genau festgelegten "quantitativen und qualitativen" Bedarf auszurichten hätten. Tunesien hat nach dem Vertragsabschluß beste Chancen, zu diesen "ausgewählten Ländern" zu gehören. Seine Beamten leisten bei der Identifizierung unerwünschter Zuwanderer wertvolle Hilfe und ermöglichen so deren Abschiebung in die Maghreb-Staaten. Schon Mitte August war die Mehrzahl der in den sizilianischen Sammellagern Inhaftierten zwangsweise zurück nach Afrika geschafft worden.

Die übrigen, die die Lager verlassen durften, müssen auf Schritt und Tritt mit ihrer erneuten Festnahme rechnen. Zusätzlich zu den dauernd auf Sizilien stationierten Einheiten der Polizei, der Carabinieri und der Zollbehörde (Guardia di finanza) wurde eine 3.500 Mann starke Task Force nach Sizilien verlegt, deren Aufgabe die Überwachung der "Illegalen" ist. Haben diese nicht innerhalb von 15 Tagen das Land verlassen, wandern sie erneut in die Lager, für deren Ausbau weitere Mittel bereit gestellt wurden.

Für die parlamentarische Linke ist die Behandlung der Immigranten kein vorrangiges Thema. Rifondazione Comunista kündigt der von ihr tolerierten Regierung zwar harte Verhandlungen um das nächste Haushaltsgesetz an. Auch ist hier und da von einem "heißen Herbst" die Rede - gemeint sind Aktionen gegen Sparpolitik und Massenerwerbslosigkeit. Opposition gegen die Ausländerpolitik der Regierung Prodi gehört nicht zum Programm. Immerhin forderte kürzlich eine Delegation des Gewerkschaftsbundes CGIL die Schließung der Auffanglager, nachdem sie sich vor Ort ein Bild von der "Knastatmosphäre" gemacht hatte.

Einmal mehr war es die unorthodoxe Altkommunistin Rossana Rossanda, die ein "unpopuläres" Thema von links her auf die Tagesordnung setzte. In einem Offenen Brief an Romano Prodi (il Manifesto vom 29.7, deutsch in Freitag vom 14.8.1998) kritisierte sie die repressive Politik der Regierung nicht nur gegen protestierende Arbeitslose, sondern auch gegen Immigranten. Gleichzeitig rückte sie, entgegen der Medienhysterie, die Dimensionen der Zuwanderung zurecht: "Wir werden nicht von Millionen und auch nicht von Hunderttausenden Immigranten belagert. Auf unserem Staatsgebiet lebt davon nicht einmal eine Million gegenüber 56 Millionen Einwohnern, von denen zwei Drittel eines der höchsten Einkommen der Welt genießen. Jetzt versuchen bei uns einige hundert Personen zu landen, wir definieren sie scheinheilig als ‚Verzweifelte`, stecken sie aber in Aufnahmezentren, die zwischen Container und Knast angesiedelt sind." Auf Rossandas Frage "Warum ist unser Territorium von Stacheldraht umgegeben? Warum und für wen?" wird Prodi allenfalls eine zynische Antwort geben können.

Die italienischen Medien haben sich, kaum begannen die zwischen Tunesien und Italien vereinbarten Maßnahmen zu wirken, auf ein neues Thema gestürzt: die Prostitution auf den Straßen. Auch hier komme das Unheil aus dem Ausland - angeblich stammen 48% der Prostituierten aus Osteuropa, 22% aus Afrika und nur 16% aus Italien. Und nicht nur das: Während die ausländischen Huren auf den Straßen zum "öffentlichen Ärgernis" werden, gehen die einheimischen von jeher in geschlossenen Gebäuden ihren Geschäften nach - wie es sich gehört und abendländischer Tradition entspricht. Glaubt man dem Magazin L'Espresso (27.8.), dann sind es vor allem die der Linken angehörenden Bürgermeister, die den Kampf um das kulturelle Erbe führen - mit hohen Geldstrafen gegen die billigen Konkurrentinnen vom Straßenstrich versuchen sie, einheimische Arbeitsplätze zu schützen.

Js.

34. Vorschläge der EU zum Asylrecht

Vorschläge der EU zur Demontage des Asylrechts in Europa

Autor: Mark Holzberger, Petra Hanf · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:31

Der Spiegel war wieder einmal vor allen anderen am Ziel. In seiner Serie "Projekt Deutschland 2000" servierte er dem Grundrecht auf Asyl ein Begräbnis dritter Klasse (36/98). Am alltäglichen Rassismus und fremdenfeindlichem Terror (in dem Artikel heißt es verschämt: "daß sich Inländer und Ausländer fremder geworden statt nähergekommen sind") sei allein "das Asylrecht schuld". Die Asylgarantie der Verfassung sei "weltweiter Ausdruck deutscher Großmäuligkeit", habe "nichts als Unfrieden gestiftet" und sei "eine nicht mehr zu rechtfertigende Belastung". Damit es unter den Deutschen nicht zu "einer Explosion" käme, sei eine Abkehr vom "historischen Irrtum" notwendig, die Asylgewährung als ein vor Gerichten einklagbares Individualrecht auszugestalten. Besser wäre es, dies auf eine "generöse, aber diskrete humanitäre Hilfe" der jeweiligen Regierung zurückzuschneiden.

Werden die Vorschläge nun von der EU umgesetzt?

Anfang September wurde bekannt, daß Österreich am ersten Tag seiner EU-Präsidentschaft (also am 1. Juli 1998) ein 42-seitiges "Strategiepapier zur Migrations- und Asylpolitik" der Europäischen Union vorgelegt hatte. Wie so oft in der geheimniskrämerischen Innen- und Justizpolitik der EU wurde dieses Dokument nur durch Indiskretion bekannt. In seltener Offenheit wird darin eine kritische Bestandsaufnahme der bisherigen Asyl- und Einwanderungspolitik der EU versucht (selbstverständlich ohne die Festung Europa in Frage zu stellen). Vor allem will der Wiener Vorschlag aber - in Anlehnung an das Vorgehen bei der Bekämpfung der "Organisierten Kriminalität" - einen "konsistenten strategischen Ansatz für die Migrations- und Asylpolitik der EU" entwerfen.

Dem Papier zufolge sieht sich Westeuropa einer Zuwanderung in "nicht dagewesener quantitativer Dimension" ausgesetzt, da die armen Teile der Welt immer dramatischer in Armut versinken würden. Das Gesamtvolumen der Migration in Richtung Westeuropas betrage jährlich 1,5 Mio. Menschen. Jede zweite MigrantIn sei inzwischen illegal in die EU gelangt. Aber auch qualitativ - also von den Ursachen her betrachtet - hätten sich Flucht- und Migrationsbewegungen in den letzten Jahrzehnten verändert: "Während in früheren Zeiten die Unterdrückung durch autoritäre Regimes (der kommunistischen Welt oder der unterentwickelten Staaten) Hauptfluchtursache für die in Westeuropa ankommenden Asylbewerber war, ist nunmehr der größte einzelne Faktor, der solche Migrationsbewegungen hervorruft, die interethnische Verfolgung und Vertreibung durch nichtstaatliche Gewaltapparate. Entsprechend diesen Entwicklungen hat die Genfer Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951 teilweise ihre Anwendbarkeit verloren."

Die bisherigen Aktivitäten der EU auf diesem Gebiet hätten sich - aus österreichischer Sicht - zu sehr auf den Asylbereich beschränkt. Die "Realität der Migration" konnte aber durch noch so scharfe Kontrollen an den Schengener Außengrenzen allein "nicht in empirisch feststellbarer Weise beeinflußt werden".

Viele, viele bunte Kreise

Um dies zu beheben, sollen auf der EU-Ebene zunächst die allzu verzweigten Arbeitsstrukturen gestrafft werden. Zudem solle künftig nur noch ein EU-Kommissar für einwanderungspolitische Sachverhalte zuständig sein. Auf die konsequente Kopplung von Flüchtlings- und Migrationspolitik mit der EU-Außenpolitik wird in dem Wiener Strategiepapier großen Wert gelegt: So seien nämlich die EU (ebenso wie USA und Japan) nur "in sehr begrenzten Maße" in der Lage, "die ökonomischen Ursachen der Migration aus der Dritten Welt zu beseitigen", "demografische oder Umweltfaktoren zu beeinflussen" oder dort für eine "nachhaltige Änderung der Menschenrechtssitution" zu sorgen - entweder eine Bankrotterklärung bisheriger Vorgehens oder ein Freibrief für die ungezügelte Fortführung neoliberaler Politik der EU gegenüber den unterentwickelten Ländern.

Die EU müsse sich daher mit Hilfe von vier konzentrischen Kreisen gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen einmauern. Der innerste Kreis besteht demnach aus den Staaten der EU, umringt von angeblich sicheren Drittstaaten, wohin theoretisch alle auf dem Landweg eingereisten Flüchtlinge und MigrantInnen abgeschoben werden können. Die Staaten dieses zweiten Kreises wollten entweder der EU beitreten oder seien im Rahmen

des sog. "Mittelmeer-Dialogs" bereits in die Abschottungsbemühungen der EU eingebunden. Die GUS-Staaten, die Türkei und die nordafrikanischen Länder hätten als dritter Kreis die Aufgabe den Transit von Flüchtlingen und MigrantInnen durch ihr Territorium in Richtung Westeuropas zu verhindern sowie die Tätigkeit von Fluchthelfer-Organisationen zu unterbinden. Der äußerste vierte Kreis reicht aus Sicht der EU-Geostrategen über den Mittleren Osten bis nach China und Schwarzafrika. Diese Länder sollten sich primär um die Beseitigung wirtschaftlicher oder menschenrechtlicher "Push-Faktoren" kümmern, welche die Menschen aus diesen Ländern treiben würden (die aber von der EU selber als kaum beinflußbar angesehen werden).

Flüchtlings- und Migrationspolitik wird mit diesem Strategiepapier zu einer Querschnittsaufgabe der EU aufgewertet. Sämtliche Vereinbarungen der EU mit Drittstaaten müßten konsequent auch den Migrationsaspekt einbeziehen: Wirtschaftshilfe solle z. B. verstärkt mit Visafragen, Grenzerleichterungen mit Rücknahmegarantien und Flugverbindungen mit Grenzkontrollstandards "junktimiert" werden.

Sollten alle Stricke reißen, so erklärt sich die EU schließlich dazu legitimiert, "zur aktiven Absicherung der Rückkehrmöglichkeiten notfalls mit denselben Machtmitteln (zu intervenieren) die von der Staatengemeinschaft auch zur Friedenssicherung und Konfliktbeendigung eingesetzt werden."

Demontage des Flüchtlingsschutzes

Größten Wirbel hat die Absicht des Strategiepapiers ausgelöst, im Rahmen der Neukonstruktion der westeuropäischen Asyl- und Migrationspolitik die nunmehr 47jährige Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) "auf der Basis einer Konvention zu ergänzen, ändern oder abzulösen". Wie erwähnt meint die EU-Präsidentschaft, daß sich das Ausmaß von Flucht und Migration nicht nur zahlenmäßig verändert habe. Vielmehr hätten sich die Fluchtursachen gewandelt: Interethnische Konflikte, nichtstaatliche Verfolgung und massenhafte allgemeine Existenzbedrohungen seien weit wichtiger geworden, als beim Inkrafttreten der GFK. Diese Fluchtgründe würden aber von der GFK nicht mitumfaßt. Insofern entstünde für diese Menschen eine Schutzlücke. Für sie plant die EU nunmehr ein Aufnahmesystem, das in drei entscheidenden Bereichen eine massive rechtliche Schlechterstellung zur Folge haben würde: sowohl hinsichtlich ihres rechtlichen Status, als auch ihr Aufnahmeverfahren und ihre Abschiebemöglichkeiten betreffend. Das Wiener Strategiepapier sieht nämlich vor, den Flüchtlingsschutz "nicht mehr als subjektives Individualrecht, sondern als politisches Angebot des Aufnahmelandes" zu begreifen und auszugestalten. Wien stellt sich die Deformation des Asylrechts als "Übergang" von einem "weniger rechtsstaatsorientierten" zu einem "politisch orientierten Schutzkonzept" vor. Die EU-Strategen versprechen sich hiervon nicht nur eine politische Steuerung hinsichtlich der zahlenmäßig kontingentieren Aufnahme dieser Flüchtlingsgruppen und deren Verteilung auf die einzelnen EU-Staaten. Als "wesentlichen Fortschritt" sehen sie ebenso die dann allein von der Politik zu treffende Entscheidung über die Beendigung des Schutzstatus bzw. über der Abschiebung dieser Flüchtlinge an.

Asyl nur noch als Gnadenbrot?

Das UNHCR (UN-Flüchtlingskommissariat) sowie diverse Menschenrechts- und Flüchtlingsgruppen waren sich in ihrer Kritik des Wiener Vorschlags einig, in dem es um die Abschaffung oder Beibehaltung des rechtsstaatlichen Schutzes von Flüchtlingen als innerstaatlichen Ausdruck des humanitären Völkerrechts geht. Das Brüsseler Büro des UNHCR war besorgt, daß der Schutzgehalt des Asylrechts politischen, sozio-ökonomischen oder sicherheitspolitischen Erwägungen untergeordnet werden könnte. "Wenn Rechtssicherheit durch politisches Ermessen ersetzt wird, dann ist dies das Ende des Asyls als Menschenrecht", so das Urteil des Europäischen Flüchtlingsrates (ECRE). Amnesty International warnt davor, daß Flüchtlinge nach den Plänen der EU kein Recht auf Durchführung eines Asylverfahrens mehr hätten. Der Schutz von Flüchtlingen würde auf ein "Gnadenakt" reduziert und zu einem "Spielball der Politik gemacht".

In Art. 1 A heißt es, daß allen, die "aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugungen" ihr Land verlassen mußten, von den Unterzeichnerstaaten der GFK als Flüchtlinge anerkannt werden sollten. Daß die im Wiener Vorschlag besonders hervorgehobene Gruppe derjenigen, die aufgrund ethnischer bzw. nicht-staatlicher Verfolgung flüchten, in der EU nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, hat aber nichts mit der angeblich veralteten GFK zu tun. vielmehr war es insbesondere die BRD, die im November 1995 einen gemeinsamen Standpunkt innerhalb der EU zur Reduzierung des Flüchtlingsbegriffes auf staatliche Verfolgung

durchsetzte. Es sei "paradox", so ECRE, wenn nun ausgerechnet diejenigen Länder, wie die Bundesrepublik oder Österreich auf eine Schutzlücke bei nicht-staatlicher Verfolgung hinweisen, die sie selber geschaffen haben. Hier würden hausgemachte Fehler bei der Umsetzung mit dem Versagen der GFK verwechselt.

Mark Holzberger

Petra Hanf

35. Raus aus der Schmollecke? taz gegen "Denkverbote" in der Flüchtlingspolitik

Autor: Mark Holzberger, Petra Hanf · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:32

Vera Gaserow, langjährige flüchtlings- und migrationspolitische Redakteurin der taz, griff nun am 5. September die Kritik des Wiener Vorschlags an der GFK auf. Die Flüchtlingskonvention sei "weder ein Instrumentarium für die neuen Flüchtlingszenarien, noch weist sie einen Ausweg, wenn verzweifelte Menschen aus dem Kosovo vor der Küste Italiens treiben. Die GFK kann keine europäische Flüchtlingspolitik ersetzen". Diejenigen, die an dem Wiener Vorschlag herumnörgelten, hätten "keine Konzepte" und würden "alte, hohle Bastionen" verteidigen. Aber: "Migrationspolitik braucht neue Ideen und praktikable Vorschläge. Denkverbote", so Vera Gaserow, "helfen niemandem weiter." Gutgläubigkeit aber auch nicht.

Vera Gaserow und das Wiener Strategiepapier haben an einer Stelle recht: Tatsächlich schaffen es in einer zusammengerückten Welt Flüchtlinge und MigrantInnen heute sehr viel häufiger, z.B. nach Westeuropa zu kommen, als zu dem Zeitpunkt als die GFK unterzeichnet wurde. Falsch ist aber so zu tun, als gäbe es heute in ähnlichem Ausmaß auch andere Fluchtursachen. Bürgerkriege, ethnische Konflikte und nicht-staatliche Verfolgung gab es auch schon vor 50 Jahren. Aber wenn sich die Fluchtgründe nicht verändert haben, was dann?

Die gesamte Debatte steht und fällt mit der Definition des Flüchtlingsbegriffes. Während UNHCR - wie oben gezeigt - darauf dringt, Opfer ethnischer und auch nicht-staatlicher Verfolgung als Flüchtlinge im Sinne der GFK anzuerkennen, setzen die EU-Staaten alles daran, die Flüchtlingsdefinition faktisch auf den der deutschen Rechtsprechung einzuschränken.

Die GFK ist zwar eine heilige Kuh - aber sie ist nicht allumfassend. Ausgehend von der UNHCR-Auslegung des Flüchtlingsbegriffes der GFK wird heute noch die ganz überwiegende Mehrzahl der Flüchtlinge, die versuchen nach Westeuropa zu gelangen, von der GFK erfaßt werden - natürlich auch die von Vera Gaserow "vor der Küste Italiens" gesichteten Kosovo-Albaner, die ja (ebenso wie die bosnischen Flüchtlinge) nicht "nur" vor einem Bürgerkrieg, sondern auch aufgrund ethnischer Verflogung ihr Land verlassen mußten.

Die EU-Kommission versucht nun seit dem Bosnienkrieg, das an den damaligen Bürgerkriegsflüchtlingen entworfene Modell eines vorübergehenden Schutzstatus (Temporary Protection Status - TPS) zu einem regulären Schutzinstrument neben der GFK weiterzuentwickeln. Das Problem dabei: Hier werden Flüchtlinge - wie die vor ethnischer Säuberungen fliehenden bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge -, die an sich unter die GFK fallen, als Personen definiert, die zwar vorübergehenden Schutz erhalten, aber innerhalb dessen ihren subjektiven, gerichtlich überprüfbaren Flüchtlingsstatus verlieren. Sie können aufgenommen werden - oder aber auch nicht, abhängig vom Goodwill des jeweiligen Aufnahmelandes. Auch der Wiener Vorschlag möchte gerne den TPS-Gedanken als zusätzliches Schutzmechanismus für all diejenigen verkaufen, die von der EU zuvor aus dem Schutzbereich der GFK herausgeschmissen worden sind (insbesondere die Opfer ethnischer und nicht-staatlicher Verfolgung).

Angesichts dessen, daß die EU seit über zehn Jahren nichts unversucht gelassen hat, sich vor Flüchtlingen zu schützen, anstatt ihnen Schutz zu ermöglichen, erscheint es schlichtweg naiv davon auszugehen, es wäre den Wiener Autoren tatsächlich darum gegangen, die vermeintliche Schwäche der GFK im Interesse der Flüchtlinge zu lösen. Aufrufe - wie der von Vera Gaserow - verkennen, daß die EU die von Wien beklagte Schutzlücke selber geschaffen hat und daß das an sich überlegenswerte Modell eines die GFK erweiternden Schutzmechanismus' lediglich als Müllkippe für die aus der GFK hinausdefinierten Flüchtlingsgruppen konzipiert wird.

Nur wenn auch Opfer ethnischer bzw. nicht-staatlicher Verfolgung als GFK-Flüchtlinge anerkannt werden, können sich UNHCR, aber auch ECRE und amnesty eine "rechtliche Ergänzung der GFK" für diejenigen Flüchtlinge vorstellen, die z.B. aus einem Bürgerkrieg ohne ethnische Verfolgung fliehen. Unerläßlich hierfür ist es aber, daß für diesen Flüchtlingsgruppen ein rechtsförmiges An- und Aberkennungsverfahren garantiert wird. Hierüber dürfen letztlich nur die Gerichte und nicht die Exekutive entscheiden. Zudem müssen vorübergehend

Geschützte jederzeit einen Asylantrag stellen können. Und schließlich müssen sie z.B. hinsichtlich der Freizügigkeit und der Arbeitsaufnahme mit Asylberechtigten gleichgestellt werden.

36. "Man hat einfach zu wenig Zeit." Arbeit in Zeiten der Pflegeversicherung. Ein Interview

Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:04

Das nachfolgende Gespräch führte ak im Mai diesen Jahres mit einer examinierten Altenpflegerin aus einer ambulanten Pflegeeinrichtung in Hamburg. Uns interessierten in erster Linie die veränderten Arbeitsbedingungen für die KollegInnen, die unter den Bedingungen der Pflegeversicherung in den Einrichtungen arbeiten.

Frage: Wie sieht eigentlich ein ganz normaler Arbeitstag bei Dir aus?

Antwort: Ich arbeite bei einer Diakoniestation. Insgesamt, also mit den Zivildienstleistenden, arbeiten dort ca. 140 Beschäftigte. Davon sind 11 examinierte Pflegekräfte und 2 examinierte Honorarkräfte. Die Zeit von 7-22 Uhr müssen wir abdecken. Es gibt eine Frühschicht, die arbeitet von 7-14 Uhr, 14 Uhr 30, und dann fängt der Spätdienst an. Der arbeitet so bis 22 Uhr, 22.30, manchmal auch bis 23.30. Pflicht ist bis 22 Uhr. Laut BAT haben wir eine 5-Tage-Woche, aber wir müssen alle 7 Tage abdecken. Für die Wochenenden gibt's zwar Ersatztage, aber ein freier Tag zwischendurch kann kein regelmäßiges freies Wochenende ersetzen.

Gibt's auch Nachtschichten?

Nein, wir haben keinen 24-Stunden- Dienst. Wir tun's dann, wenn wir Patienten haben, die irgendwann in die Endpflege kommen und die wir schon lange kennen, dann decken wir das auch irgendwie ab. Aber wir nehmen keine Patienten auf, die 24-Stunden-Pflege brauchen.

Wie sehen denn Eure Arbeitsverträge aus?

Wir werden nach BAT bezahlt. Bei anderen Einrichtungen gibt's häufig nicht diese guten Tarifverträge, wo du Feiertage extra bezahlt kriegst oder dein doppeltes Gehalt bekommst zu Weihnachten; also schon BAT, aber ohne außertarifliche Leistungen. Es gibt aber auch welche, die zahlen nach Gutdünken. Und sehr viele versuchen, den Laden über 620-Mark-Kräfte zu betreiben, so daß sie möglichst wenig Festkräfte haben.

Arbeiten die meisten KollegInnen bei Euch auf Vollzeitbasis, also ganz "normal"?

Nee. Nur ganz wenige. Das ist bedingt dadurch, daß die intensivste Arbeitszeit eigentlich zwischen 7 und 13 Uhr ist. Und damit hast du dann sechs Stunden. Danach ist dann eher so Hauspflege angesagt, wo keine eigentlichen pflegerischen Tätigkeiten mehr notwendig sind. Vollzeitkräfte könnten da gar nicht richtig eingesetzt werden. Wir haben also nur zwei 40-Stunden-Kräfte in der Krankenpflege. Der Rest hat 30 Stunden, und eine oder zwei haben 20 Stunden.

Wie sieht das bei Euch mit der Fluktuation aus?

Wir sind eigentlich ziemlich stabil, aber bei anderen ist die Fluktuation sehr hoch, gerade auch bei den 620-Mark-Kräften, die dann noch einen Nebenjob haben.

Würdest du sagen, daß Ihr ein relativ normaler Betrieb seid oder eher ein privilegierter Betrieb?

Wir sind noch sehr privilegiert.

Also die meisten anderen arbeiten schon zu schlechteren Bedingungen?

Ja, weil die eben die Kirche als Hintergrund nicht haben. Wir können ja z.B. Patienten aufnehmen, bei denen die Kostenregelung überhaupt nicht geklärt ist, die man ja eigentlich laut Krankenkasse gar nicht annehmen darf. Da muß man ja eigentlich vier Wochen warten, bis alles bewilligt ist, und inzwischen sind die tot. Da können wir z.B. noch einspringen, weil die Kirche wegen Kirchensteuer und und und noch ein bißchen Geld in petto hat, was die freien Träger häufig gar nicht haben.

Mehr Streß, weniger Geld

Was hat sich in Eurem Arbeitsalltag seit Einführung der Pflegeversicherung am meisten verändert?

Früher haben wir so um 8 Uhr angefangen. Jetzt müssen wir um 7 Uhr anfangen. Ich habe in der offenen Altenpflege 1989 angefangen. Da hatten wir zwischen den Patienten eine Viertelstunde Wegezeit (die Zeit von einem Patienten zum andern, ak) bezahlt bekommen. 1993 dann nur noch zehn Minuten, und als ich jetzt 1997 wieder anfing, waren es nur noch fünf Minuten. Damals war es auch so, daß das Gebiet, das wir abgedeckt bzw. versorgt haben, relativ eng begrenzt war. Jetzt ist das durch den Konkurrenzdruck ausgeweitet worden. Die tatsächlichen Wegezeiten sind also länger geworden, die fünf Minuten schaffen wir nur ganz selten mal. Also alles, was wir in den fünf Minuten nicht schaffen, geht von der Zeit für die Patienten ab.

Oder wäre von Eurer Seite unbezahlte Mehrarbeit?

Oder das. Oder die Station muß zuzahlen. Dann ist es so, daß wir für die Patienten früher mindestens eine Viertelsunde hatten, jetzt sind es zehn Minuten. Das heißt, wenn du 10 Minuten zu irgendjemandem fährst, um eine Insulinspritze zu geben, sagst du guten Tag, ziehst die Jacke aus, gibst die Spritze und mußt dann den Papierkram machen. Und der ist im Prinzip auch noch mehr geworden ist. Da hast du manchmal das Gefühl, du kümmerst dich mehr um den Papierkram, als daß du Zeit für den Patienten hast. Wenn ich z.B. einen Verband anlegen muß, kann ich mit dem Patienten reden, aber wenn ich den Papierkram mache, kann ich das nicht.

Du hast vorhin den Konkurrenzkampf angesprochen. Worüber wird der vor allem ausgefochten?

Also ganz stark über Ärzte. Wenn wir Patienten über das Krankenhaus bekommen oder privat, von den Patienten oder den Verwandten ausgesucht, und wir eben nicht der Pflegedienst sind, den die Ärzte gerne hätten, dann werden wir ganz stark kontrolliert. Wo deren eigener Pflegedienst viel Mist bauen kann, dürfen wir uns nicht den geringsten Fehler leisten. Da müssen wir höllisch aufpassen, damit sie die Patienten nicht abwerben.

Die Ärzte haben ihren eigenen Pflegedienst?

Nicht direkt, aber die sind mit welchen verbunden, sie haben einen Deal geschlossen oder irgendwas, genau weiß ich das nicht. Und wenn wir das eben nicht getan haben, dann achten sie sehr genau auf uns.

Ein Punkt, das hört man immer wieder, ist der Kostendruck ...

... der ist überall. Wenn ich irgendwo hinkomme, wo nur Hauspflege zu leisten ist, dann bin ich (als examinierte Krankenpflegerin) ja teurer als wenn eine Hauspflegerin da hingeht. Da ist die Stunde billiger. Noch billiger sind Zivis, die kosten 2 Mark die Stunde. Und viele Pflegedienste schicken eben zu richtig pflegerischen Tätigkeiten nur Hauspflegerinnen oder angelernte Kräfte. Die Leute arbeiten billiger, der Träger kann zu geringeren Kosten anbieten, und die Patienten werden ja dann auch weniger zahlen müssen.

Wenn Ihr in Urlaub geht oder auf einmal mehrere von den Examinierten krank werden, fällt das alles als Mehrarbeit bei den Übriggebliebenen an, oder werden Springer eingestellt?

Nee, es gibt ja kaum Springer.

Weil es kein Geld dafür gibt?

Ja. Wir haben halt die Wochenendkräfte, da kann man mal fragen, ob sie einspringen, aber meistens müssen wir ran.

Das ist dann wahrscheinlich eine totale Arbeitsbelastung in der Zeit.

Das auf jeden Fall. Aber im sozialen Bereich ist es ja so bei den meisten Kräften, bis die mal krank machen, das dauert. Weil man ja auch weiß, wenn man mal krank macht, daß das auf den Kollegen lastet. Das ist ja anders, als wenn man mit Gegenständen arbeitet, da bleiben die halt mal zwei Tage liegen. Nur, wenn ich krank bin, dann müssen die Leute behandelt werden, wie sie sonst auch behandelt werden. Unsere Einsatzleitung hat mal ausgerechnet, daß bei uns die Hauspflegekräfte im Schnitt 10-12 Tage krank sind, und die FachpflegerInnen nur 5-6 Tage im Jahr. Das ist ziemlich wenig.

Viele stellen sich diese Arbeit als psychisch sehr anstrengend vor. Ist sie eigentlich auch körperlich anstrengend?

Und wie. Sie ist knüppelhart, vor allem durch das viele Heben. Mein Rücken ist jetzt schon total kaputt. Der ist bei allen von uns hin. All die schönen Hebemethoden, die es so gibt, kann man anwenden, wenn es die richtigen Bedingungen gibt. Im Krankenhaus, wo Hilfsmittel da sind, kannst du's machen, aber nicht im häuslichen Bereich. Aber selbst im Krankenhaus machen sich die Krankenschwestern den Rücken kaputt. Und in der häuslichen Pflege arbeitest du ja auch noch allein. Selbst die schwersten Patienten mußt du alleine hinkriegen.

Wieviel verdienst Du eigentlich?

Ich verdiene jetzt relativ gut, weil ich in Steuerklasse 2 bin und wegen der Kinder. Ich krieg 1.700-1.800 netto bei 30 Stunden. Dazu kommen Ortszuschlag, Feiertags- und Wochenendzuschläge. Die KollegInnen, die nicht nach BAT bezahlt werden, kriegen weniger. Die kriegen alles inklusive nur 1.700 DM.

1.700 DM bei 30 Stunden, das kommt mir aber unterbezahlt vor, oder?

Also, als ich angefangen habe, war der soziale Bereich wirklich unterbezahlt; aber jetzt wird's ja auch in der freien Wirtschaft immer mieser. Wir sind gleich geblieben, aber die anderen sind runtergegangen. Früher waren wir völlig mies bezahlt für die ganze Arbeit. Und wir haben halt keine festen freien Tage, das ist immer noch unser Nachteil.

Unbezahlte Mehrarbeit

Wie hat sich eigentlich die Qualität Eurer Arbeit, also die Qualität der Pflege, verändert?

Wenn man die Pflege so leisten will, wie sich die Kassen das vorstellen, muß man über seinen Schatten springen. Damit überhaupt gezahlt wird, muß erst der schlimmste Zustand eingetreten sein. Es wird nichts mehr bezahlt, was der Vorbeugung gilt. So ist z.B. früher Blutdruckmessen von der Kasse bezahlt worden, jetzt nicht mehr. Heute müssen die Leute erstmal einen Schlaganfall kriegen oder einen Herzinfarkt, damit mehr bezahlt wird. Wenn Leute an hohem Blutdruck leiden, wird das Messen nicht bezahlt, das können wir dann in Eigenverantwortung machen. Das ist dann aber im Prinzip unsere Zeit, die wir abknapsen müssen.

Also entweder die Patienten bleiben unterversorgt, oder Ihr versorgt sie; aber dann auf Eure Kosten, also ohne daß Ihr es bezahlt bekommt?

Genau.

Und bei den tatsächlichen Pflegefällen, also Stufe 1 usw., hat sich da auch was verschlechtert?

Man hat viel weniger Zeit für die Patienten als vorher. Eben weil soviel gekürzt worden ist. Bei den Zeiten, die bezahlt werden z.B. in der Pflegestufe 2, kann man mal gerade die Grundpflege machen, eventuell noch Frühstück und dann war's das.

Dumpinglöhne?

Wieviel von Deiner Arbeitszeit machst Du eigentlich unbezahlt? Hast Du das mal überlegt?

Fast die Hälfte von den Sachen, die ich mache, wird nicht bezahlt; die kann ich nicht abrechnen. Also du gehst zu jemandem in Pflegestufe 1 hin, den du nicht kennst, wo du nicht weißt, was der braucht. Du gehst ganz unwissend hin, bleibst eine Stunde da, dann hast du schon eine halbe Stunde zu lange gearbeitet. Das heißt, am Ende fällt das auf uns zurück, und die Sozialstation muß meinen Einsatz zahlen. Also mein Arbeitgeber ist noch so kulant, wenn's mal länger dauert oder für Notfälle, das kann ich auf meinem Abrechnungsbogen als "Organisationszeit" eintragen. Andere Einrichtungen und freie Träger haben da oft keine Kohle für. Die ziehen das Geld ja nur aus den Patienten, die sie haben. Da geht dann das Gemauschel los. Da schicken Träger nicht-examinierte und damit billigere Kräfte, aber rechnen das als examinierte Kräfte ab. Und bei den ambulanten Pflegediensten, die korrekt arbeiten, da ist die Kacke langsam am dampfen. Da werden auch immer mehr pleite gehen.

Hast Du einen Überblick, was in der Szene diskutiert wird, wie man die Kosten senkt? Ich habe z.B. gehört, daß Einrichtungen überlegen, aus den Tarifen rauszugehen und einfach die Löhne zu senken.

Das wird auch versucht, aber das wird nicht klappen.

Woher nimmst Du den Optimismus?

Es werden immer mehr Pflegekräfte gebraucht. Ich gucke einmal ins Hamburger Abendblatt und könnte mir 20 Stellen suchen. Das heißt, daß die ambulanten Pflegedienste große Schwierigkeiten haben, jemanden neues zu finden, wenn jemand kündigt.

Es gibt im Pflegebereich einen Fachkräftemangel?

Ja. Bei uns kündigen jetzt zwei, und es hat sich noch keiner beworben.

Gibt es bei Euch trotz drohender Arbeitslosigkeit noch Kolleginnen und Kollegen, die sagen, ich kündige, ich halt das nicht mehr aus und hau ab?

Ja, das habe ich grade erst erlebt. Die eine ist gegangen, weil sie keinen Bock hatte, jedes zweite Wochenende zu arbeiten. Die hat jetzt einen Job mit geregeltem Dienst. Die andere ist aus privaten Gründen gegangen, hat aber auch gesagt, sie muß sich jetzt mal verändern. Also ich denke, im Krankenhaus ist es schwierig, einen neuen Job zu finden, aber bei den ambulanten Pflegediensten ist es kein Problem. Die suchen immer.

37. Ein Jahrhundertwerk floppt. Erfahrungen mit der Pflegeversicherung

Autor: Angelika Topp · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:03

Die Pflegeversicherung, von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm bescheiden als Jahrhundertwerk deklariert, droht angesichts bisheriger Erfahrungen eher zum Jahrhundertflop zu werden. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zeigt dennoch ungebremste Begeisterung: "Durch die Pflegeversicherung wurden die Bedürftigen vom Rand in die Mitte der sozialstaatlichen Sorge geholt." Dies sei ein "bedeutender humanitärer Innovationssprung." Im Gegensatz dazu haben Betroffene, Einrichtungen und Verbände schon seit Einführung der Pflegeversicherung im April 1995 immer wieder darauf hinwiesen, daß das Pflegeversicherungsgesetz an den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen vorbeigeht, für die Einrichtungen schlichtweg ruinöse Regelungen enthält und neue soziale Ungerechtigkeiten schafft beziehungsweise alte zementiert.

Die Idee einer Versicherung für den Pflegefall ist nicht neu. Mit dem Pflegeversicherungsgesetz sollte das Sozialversicherungssystem den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angepaßt werden. Hintergrund ist die steigende Lebenserwartung, das damit verbundene erhöhte Risiko von Pflegebedürftigkeit sowie die Auflösung traditioneller Familienstrukturen. Eine "neue Kultur des Helfens und der mitmenschlichen Zuwendung" (§ 8 Abs. 2, Sozialgesetzbuch Elftes Buch, im folgenden SGB XI) wurde vollmundig angekündigt. Vor allem alten Menschen sollte die Pflegeversicherung zugute kommen. Nach einem langen arbeitsamen Leben sollten sie nicht mehr zu Almosenempfängern der Sozialämter degradiert werden. Das Pflegeversicherungsgesetz ist mit dem hohen Anspruch angetreten, als "neue fünfte Säule der Sozialversicherung" die Versicherten für den Pflegefall abzusichern, die Solidarität unter der Bevölkerung zu stärken und ihre Hilfsbereitschaft zu belohnen. Gleichzeitig wurde auch eine bundeseinheitliche Neuordnung des regional zersplitterten Pflegesektors angestrebt. Der Gesetzgeber erhoffte sich sowohl eine bessere Versorgungsstruktur, als auch eine verstärkte Marktbeteiligung privater und freigemeinnütziger Dienste. Diesen ist beim Abschluß von sogenannten Versorgungsverträgen mit den Krankenkassen auch explizit ein Vorrang gegenüber öffentlichen Trägern eingeräumt worden (§ 11 Abs. 2 SGB XI). Ungeachtet dieser hehren Ziele ging es jedoch im wesentlichen darum, die Sozialhilfekassen und damit die Kommunen weitgehend zu entlasten. Das bisherige ausschließlich steuerfinanzierte Sozialhilfesystem sollte möglichst zügig in ein überwiegend beitragsfinanziertes Sozialversicherungssystem transformiert werden.

Willkür bei den Pflegestufen

In der Umsetzung aber erweist sich das, was auf dem Papier noch passabel klingt, schlichtweg als katastrophal. Wesentliche Probleme entstehen schon mit der Begutachtungspraxis des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK). Die Begutachtung - ein für den Laien höchst kompliziertes und wenig transparentes Verfahren - stellt ein zentrales Steuerungsinstrument dar, von der die Eingruppierung in eine Pflegestufe abhängt. Der Hilfebedarf wird lediglich durch ein Gespräch mit einem Gutachter des Medizinischen Dienstes errechnet. Zwar besteht die Möglichkeit ein Widerspruchsverfahren einzuleiten, die Erfolgschancen sind jedoch vergleichsweise niedrig. Braucht der Versicherte Hilfe bei der Ernährung, Körperpflege oder beim Aufstehen oder Zubettgehen, werden Pflegeminuten für jede Hilfeleistung vergeben. Sind 90 Minuten pro Tag erreicht, ist die Pflegestufe I geschafft. Fünf Stunden täglich erfordert hingegen die Pflegestufe III. Die Leistungen wie z.B. Hilfe bei der Nahrungsaufnahme können dann aus einem komplizierten Modulsystem gewählt werden, in dem jeder Handgriff in Minuteneinheiten definiert ist. So darf die tägliche Ganzkörperwäsche beispielsweise 15 Minuten dauern. Die Kassen hätten die "Hilfemodule" gern großzügiger gestaltet, aber das hätte höhere Beiträge erfordert, die gegen den Arbeitsminister nicht durchsetzbar waren. Die Umsetzungsprobleme in der Praxis rühren jedoch nicht nur vom knapp kalkulierten Finanzbudget her. Viel wichtiger ist es, daß der Schwerkranke und seine Bedürfnisse sich nicht in ein starres Schema von "Hilfemodulen" pressen lassen.

Der begutachtende Medizinische Dienst ist bei der Kasse angesiedelt und damit keineswegs neutral. Als Agent des Kostenträgers geht er mit der Begutachtung und Einstufung eher zurückhaltend um. Viele, die bereits bisher pflegebedürftig waren, wurden mit Einführung der Pflegeversicherung zunächst sogar heruntergestuft. Für sie ist Blüms großes Reformwerk keine Verbesserung, sondern eine bittere Enttäuschung. Nach den

bisherigen Erfahrungen geht die Begutachtungspraxis zwischen den einzelnen Bundesländern und oft selbst zwischen einzelnen Medizinischen Diensten zudem weit auseinander. So sind im Rheinland 100% mehr alte Menschen in Pflegestufe III eingruppiert als in Westfalen.

Als besonders problematisch erweist sich die Eingruppierungspraxis bei der immer größer werdenden Gruppe demenzkranker (verwirrter) alter Menschen, die mittlerweile über 40 Prozent der Pflegebedürftigen ausmachen. Da sich die Begutachtungsrichtlinien im wesentlichen auf körperliche Fähigkeiten konzentrieren, wird z.B. die Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftigkeit), die dem Pflegeaufwand bei Demenzerkrankungen wenigstens annähernd Rechnung tragen würde, fast nur in Verbindung mit dem Faktor Bettlägerigkeit vergeben. Die Folge ist, daß viele alte Menschen mit einer solchen psychiatrischen Alterserkrankung unterversorgt bleiben oder die Versorgung sich auf ihre rein körperlichen Gebrechen beschränkt. Von einer ganzheitlichen Pflege unter Wahrung eines möglichst selbständigen und selbstbestimmten Lebens (§ 2 Abs. 1 SGB XI) kann keine Rede mehr sein. Ein zusätzliches Problem entsteht bei der Betreuung Behinderter. Hier streiten sich die Sozialbürokratien, ob es sich um Pflegefälle im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes handelt oder ob nicht doch der Sozialhilfeträger mit Leistungen der Eingliederungshilfe zuständig sei. Folge: Die Akten wandern von einem Tisch zum nächsten.

Zumindest mehr Geld hat die Pflegeversicherung für diejenigen gebracht, die ihre Angehörigen zu Hause selbst versorgen. So kann die junge Frau, die ihren schwerstpflegebedürftigen Vater in der häuslichen Umgebung pflegt und nicht mehr als 30 Stunden erwerbstätig ist, mit Leistungen aus der Pflegeversicherung in Höhe von 1300,- DM pro Monat rechnen (statt bislang 400,- DM von der Krankenkasse). Sie erwirbt darüber hinaus noch einen Rentenanspruch. Eigentlicher Gewinner der Pflegeversicherung ist aber der junge Mittelständler, der für den Heimaufenthalt der Mutter nun weniger berappen muß. In Fachkreisen macht das zynische Schlagwort von der "Erbenentlastungsversicherung" Runde.

Gnadenlose Konkurrenz auf dem Pflegemarkt

Erhalten Pflegebedürftige Leistungen aus der Pflegeversicherung, können sie diese in Form einer Sachleistung (Betreuung durch Pflegeprofis) oder Geldleistung (Auszahlung von Pflegegeld an die Versicherten) in Anspruch nehmen. Wird die Geldleistung gewählt, müssen sich die Betroffenen je nach Pflegestufe viertel- oder halbjährlich einer Kontrolle durch einen Pflegedienst unterziehen. Dies soll sicherstellen, daß die Pflege durch Angehörige oder Freunde auch ordnungsgemäß durchgeführt wird (§ 37 Abs. 3 SGB XI). Gut vier fünftel der Versicherten entschieden sich für die Geldleistung.

Das gesamte Instrumentarium des Pflegeversicherungs- gesetzes ist jedoch auf die Erbringung von Sachleistungen ausgerichtet, die zwingend qualifiziertes und somit teures Pflegepersonal voraussetzen. Der Anteil der angefragten professionellen Dienstleistungen blieb aber weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Dies stellte insbesondere die ambulanten Pflegedienste sowie die wenigen vorgehaltenen teilstationären Angebote wie Tages- und Kurzzeitpflege vor erhebliche Existenzprobleme. Zusammen mit der restriktiven Begutachtungspraxis der Medizinischen Dienste hat so die Konkurrenz unter den Pflegeeinrichtungen nie gekannte Ausmaße erreicht; der Aufruf des Gesetzgebers zu einer verbesserten Kooperation der Dienste klingt da eher zynisch. Da die Pflegeversicherung lediglich eine Grundversorgung darstellt und die Einrichtungen auch nur diese Grundversorgung refinanziert bekommen, stehen viele, insbesondere kleinere Träger, mit dem Rücken zur Wand. Leisten die Einrichtungen unter diesen Bedingungen statt der berüchtigten "Satt-und-Sauber-Pflege" (Bedürfnisse, die die Wünsche eines Kleinkindes überschreiten, werden nicht berücksichtigt) dennoch eine menschenwürdige Pflege, so geschieht dies entweder zu Lasten der MitarbeiterInnen oder auf Kosten der Wirtschaftlichkeit der Institution.

Demzufolge wird überall über Sparmaßnahmen nachgedacht. Da in der Altenpflege mehr als 70% der Kosten auf Personal entfallen, ist die Versuchung groß, durch Stellenabbau oder vermehrten Einsatz von Hilfspersonal zu sparen. Personalabbau in einem derart personalintensiven Berufsfeld wie der Pflege bedeutet jedoch automatisch eine Minderung der vom Gesetzgeber so hoch gehaltenen Pflegequalität mit allen Konsequenzen für die Betroffenen. In Anbetracht des bei den Pflegekassen lagernden Finanzpolsters von 4,5 Milliarden Mark Beitragsüberschüssen ist diese Entwicklung skandalös. Die Anhäufung dieser Überschüsse unterminiert die Leitprinzipien der Sozialversicherung und ist ein Betrug an den Versicherten. Gleichzeitig wecken die Milliarden seltsame Begehrlichkeiten. So wollen die Arbeitgeber Geld zurück, obwohl der Arbeitgeberanteil an der Pflegeversicherung bereits durch die Streichung des Buß- und Bettages kompensiert wurde. Und der

Bundeswirtschaftsminister hat laut darüber nachgedacht, die Gelder für seinen maroden Haushalt zu verwenden.

Auch die vom Gesetzgeber gewollte Verbesserung der Pflegeinfrastruktur ist mehr als zögerlich in Bewegung gekommen. Neben der häuslichen (ambulanten) Versorgung und dem Pflegeheim sollten verschiedene teilstationäre Angebote wie Tages-, Nacht-, oder Kurzzeitpflege vorgehalten werden. Diese teilstationären Angebote sind vor allem für diejenigen gedacht, die allein mit der häuslichen Betreuung unterversorgt und mit der stationären Betreuung überversorgt wären. Darüberhinaus sollten längere stationäre Aufenthalte - nicht nur aus rein humanitären, sondern vor allem aus ökonomischen Gründen - vermeidbar werden. Doch die gewünschte Angebotsvielfalt blieb aus. Denn die teilstationären Leistungen ließen sich weder in ausreichendem Umfang aus der Pflegeversicherung refinanzieren noch zeigten sich die Länder bei der Investitionsförderung besonders kooperativ. Im Gegenteil: Bei der angekündigten Investitionsförderung sowie Zulassung neuer Einrichtungen hielten sich Länder und Kassen eher vornehm zurück. Die durch die Pflegeversicherung eingesparten Sozialhilfemittel werden nicht im Pflegebereich reinvestiert.

Für die Betroffenen ist diese Entwicklung eine Katastrophe. Viele von ihnen hatten die Hoffnung, mit Unterstützung durch ambulante und teilstationäre Einrichtungen möglichst lange in der gewohnten häuslichen Umgebung bleiben zu können. Da viele Träger aufgrund der unklaren Finanzierbarkeit vor der Bereitstellung entsprechender Angebote zurückschrecken oder gar bestehende Einrichtungen wieder schließen, bleibt vielen Pflegebedürftigen nur der Umzug ins Heim.

Eine Sozialversicherung der besonderen Art

In ihren Grundzügen paßt die Pflegeversicherung in keine der ordnungspolitischen Traditionen sozialstaatlicher Prägung. Sie ist als Teil des beitragsfinanzierten Sozialversicherungssystems konzipiert. Gleichzeitig bricht sie aber mit dessen Leitprinzip, nämlich der finanziellen Abdeckung aller Risiken und Kosten aus der Solidarkasse. Anders als im Falle einer Erkrankung, bei der die Kosten für Diagnostik, Therapie und Betreuung aus der gesetzlichen Krankenversicherung in vollem Umfange abgedeckt werden, sind mit der Pflegeversicherung die gesamten Risiken und Kosten im Falle von Pflegebedürftigkeit nicht refinanzierbar. Dies räumt der Gesetzgeber auch offen ein: Bei der Pflegeversicherung handelt es sich lediglich um ergänzende Leistungen zur familiären oder ehrenamtlichen Pflege (§ 4 Abs. 2 SGB XI).

Die wirkliche Abdeckung von Risiken hätte bedeutet, den Betroffenen alle Hilfen zu refinanzieren und nicht eine Einteilung in beliebig gewählte Stufen von Pflegebedürftigkeit vorzunehmen und die Betroffenen dann nach dem "Good-will-Prinzip" einzustufen. Daß pflegebedingte Aufwendungen nur mit einer Grundsicherung abgefunden werden und lediglich gesundheitliche Großrisiken abgedeckt werden, bleibt legitimationsbedürftig. Aber genau damit hat das Pflegeversicherungsgesetz Signalwirkung. In Zukunft werden den Versicherten vielleicht auch in anderen Sozialversicherungsbereichen überdimensionierte Selbstbeteiligungen im Risikofall abverlangt.

Das Pflegeversicherungsgesetz hält an einem öffentlichen Planungs- und Versorgungsauftrag fest, der jedoch nicht weiter spezifiziert ist. Aufgrund von Auslassungen und fehlenden Bestimmungen über die Planungsmöglichkeiten von Ländern und Kommunen ist eine Erosion politischer Verantwortung betrieben worden. Die Aufgaben der Länder sind auf die Rolle des Geldgebers beim Aufbau von neuen Einrichtungen reduziert; gestaltende Entscheidungen werden allein auf der Ebene von Betroffenen, Pflegeprofis und Pflegekassen getroffen. Den Kassen fällt dabei deutlich mehr Verantwortung zu, als sie wahrnehmen können und sollten. Sie haben für die Sicherstellung der Pflege zu sorgen, sind verantwortlich für die Begutachtung von Pflegebedürftigkeit und darüber hinaus noch für Qualitätssicherung und -kontrolle der Dienste, mit denen sie Versorgungsaufträge abgeschlossen haben.

Die Gestaltung auf der Ebene der Dienste wurde dagegen ganz den Prinzipien des Marktes überlassen. Die Folge ist langfristig eine Monopolisierung unter den Pflegeanbietern. Das Prinzip des freien Marktes - vom Gesetzgeber vor allem aus ökonomischen Gründen erwünscht - legt nämlich nahe, daß nur größere freigemeinnützige Träger, die kostengünstiger arbeiten können (z.B. mit Zivildienstleistenden) oder privatgewerbliche Einrichtungen, die sich seit Einführung des Gesetzes explosionsartig vermehrten, Marktanteile halten können. Dies widerspricht zwar der gewünschten Vielfalt des Marktes, entlastet aber deutlich die öffentliche Hand. Die Betroffenen selbst spielen dabei kaum mehr eine Rolle. Der "freie Markt der

Anbieter" wird weder die Qualität der Versorgung verbessern, noch Bedarfsgerechtigkeit fördern. Wer das Gesundheitswesen und speziell die pflegerische Versorgung der Bevölkerung dem Wettbewerb überläßt, ist somit verantwortlich für eine steigende Unterversorgung.

Rückgriff auf Frau und Familie

Das Pflegeversicherungsgesetz enthält aber auch innovative Elemente, wie z.B. die soziale Sicherung ehrenamtlicher Pflegepersonen und die Möglichkeit, Geldleistungen als Alternative zu Sachleistungen zu wählen. Im Kontext mit dem Rentenreformgesetz von 1992 sollte vor allem dem "ehrenamtlichen" Engagement von Frauen, die neben Erwerbs- und Reproduktionsarbeit häufig auch noch die Pflege ihrer Angehörigen übernehmen, Rechnung getragen werden. Ebenso wie Kindererziehungszeiten werden jetzt Pflegezeiten auf die gesetzliche Rente angerechnet.

Die Möglichkeit, Geld- statt Sachleistungen zu wählen, geht von einem selbstbewußten Konsumenten an Stelle eines abhängigen Klienten aus. Diese Vorstellung verfehlt allerdings die Realität vieler alter pflegebedürftiger Menschen und wird dem Charakter der Dienstleistung Pflege nicht gerecht. Dazu kommt, daß die Zahlungen vergleichsweise gering ausfallen: Bei der Geldleistung erhält die antragstellende Person nicht einmal 50% der Zahlungen, die ein Pflegedienst erhalten würde.

Ähnlich gering fallen die gepriesenen Rentenanwartschaftszeiten für "ehrenamtliche" Pflegepersonen aus. Die rentenrechtliche Höchstwerte liegen beispielsweise bei Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftigkeit) gerade mal bei 75% des Durchschnittsverdienstes eines Erwerbstätigen. Dabei wird völlig außer acht gelassen, daß die Pflege von Angehörigen schon rein zeitlich mehr als ein Full-time-Job ist, physische und psychische Belastungen nicht mit eingerechnet. Die "ehrenamtlichen" Pflegepersonen, meist Frauen, sehen sich daher auch häufig mit einer Doppel- oder gar Dreifachbelastung konfrontiert. Zusätzlich zur Pflege leisten sie in der Regel auch noch Familienarbeit und gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Folgen einer solchen Belastungssituation sind nicht selten die soziale Isolation der betroffenen Pflegepersonen. Auch physische oder psychische Mißhandlungen der zu pflegenden Angehörigen gehören zu den Folgen dieser Überlastung. Die rentenrechtliche Anerkennung der Pflegezeiten sowie die taschengeldähnliche Honorierung des Engagements der Pflegepersonen stellen somit nicht mehr als einen Befriedungsversuch dar, der die Rückgabe der sozialpolitischen Verantwortung in Familienstrukturen zu legitimieren sucht.

Der Anspruch, dem steigenden Risiko von Pflegebedürftigkeit und den sich auflösenden Familienstrukturen, die dies früher abgesichert haben, zu begegnen, ist nicht eingelöst worden. Die Pflegeversicherung kompensiert weder die Belastungen der pflegenden Angehörigen, noch kann sie eine professionelle Versorgung der Pflegebedürftigen finanzieren. Bei den Pflegeanbietern ist von der anfänglichen Euphorie nichts mehr zu spüren, bei vielen trat nackte Existenzangst an ihre Stelle. Von einem "bedeutenden humanitären Innovationssprung" kann daher kaum die Rede sein. Blüms Jahrhundertwerk ordnet sich zwanglos in den Sparkurs der Kohl-Ära ein.

Angelika Topp

38. Die Revolution ist großartig! Edition Nautilus dokumentiert 1968

Edition Nautilus dokumentiert "1968" - gegen die Alterskrankheit der Restlinken

Autor: Dk · Rubrik: Geschichte 1968; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:02

Es fällt mir schwer, ein Buch über "1968" nur aus der kühlen und nüchternen Distanz der politischen Analyse und Nachbetrachtung heraus zu rezensieren. Zu sehr ist diese Jahreszahl mit meiner individuellen politischen und sozialen Geschichte verbunden, als daß ich von dem Echo dieser Zeit nicht immer wieder im wahrsten Sinne des Wortes "betroffen" wäre. Obwohl - oder gerade weil - ich in den 60er Jahren eigentlich noch in den Windeln gelegen habe, war 1968 für mich lange Zeit (und ist es manchmal immer noch) ein magisches Datum.

Aufgewachsen in der ostfriesischen Provinz und politisiert in den 70er Jahren, mit dem grundlegenden und permanenten Gefühl, eigentlich zehn Jahre zu spät gekommen zu sein, ist diese Jahreszahl für mich immer Chiffre für zwei gleich starke unerfüllte Sehnsüchte gewesen: Angesichts der als öd und lähmend empfundenen Realität in der Provinz, vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Roll-Backs der Regierungen Schmidt-Genscher und einer Linken, die uns nur die gleichermaßen schrecklichen Alternativen von Jusos, K-Gruppen und DKP zu bieten hatte, erschienen die 60er Jahre als der Inbegriff revolutionärer Lebendigkeit. Warum durften wir nicht mehr dabei sein bei den fiebrigen Tag-und-Nacht-Sitzungen mit Dutschke, Krahl, Cohn-Bendit (ja, den fanden wir damals klasse), wo über Marcuse, Marx und Fanon diskutiert wurde oder die nächsten Flugis und Demos geplant wurden?! Warum mußten die Schah-Demo 1967, die Schlacht am Tegeler Weg oder die Redaktionssitzungen von 883 ohne uns stattfinden?! Und dann hätte man vielleicht schon ein Auto gehabt und hätte nach Paris fahren können, im Mai 1968!

Aber 1968 war für uns auch "Rock-Power", die kulturelle Revolte gegen Pißpott-Schnitt, deutschen Schlager und familiäre Spießigkeit und unsere Zuflucht vor Glamour- und Kraut-Rock, Deep Purple und Gary Glitter. Jimi Hendrix oder die Grateful Dead waren für uns genauso Revolutionäre wie Che Guevara oder die Black Panther. Doch auch hier eine Revolte, die wir verpaßt hatten und von der wir nur noch träumen konnten: die Festivals von Monterey und Woodstock, die psychedelische Hippie-Szene von San Francisco - Vergangenheit; The Cream, Jefferson Airplane - aufgelöst; Hendrix, Morrison, Joplin - tot; Gruppen und Helden, die wir nie live würden sehen können.

Rebellion ist gerechtfertigt

Daß diese Magie von 1968 nicht nur ein Mythos sondern auch historische Realität gewesen ist, wird in dem von Lutz Schulenburg in der Edition Nautilus herausgegebenen Buch "Das Leben ändern, die Welt verändern" eindrücklich präsentiert. In einem großen Panorama werden hier die politische wie auch die sozial- und kulturrevolutionäre Ebene der antiautoritären Revolte der 60er Jahre dokumentiert. Flugblätter, Redemanuskripte und andere Dokumente - teilweise kaum noch allgemein zugänglich - aus den Jahren 1967 bis 1969 sind zusammenmontiert worden mit subjektiven Reflexionen mehrerer AutorInnen. So entstand eine Collage von einem internationalen Aufbruch, der alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens erfaßte und bereit war, keinen Stein der bestehenden Verhältnisse auf dem anderen zu lassen.

Vor allem entsteht damit ein Bild, das jede Reduzierung der verschiedenen Revolten auf eine "Studentenbewegung" ad absurdum führt. Zumindest was die Spannbreite der Themen und der Bewegung(en) dieser Zeit betrifft, sind nahezu alle wichtigen Aspekte erfaßt. Texte zur Kritik der herrschenden Wissenschaft und des Universitätsbetriebes werden genauso berücksichtigt wie Dokumente der revoltierenden SchülerInnen, Lehrlinge oder Heimzöglinge; das Wiederaufflackern militanter ArbeiterInnenkämpfe genauso wie die ersten Texte der (neuen) Frauenbewegung. Der Krieg in Vietnam, der Putsch in Griechenland und der Widerstand gegen NATO und US-Imperialismus sind ebenso Themen wie der "Prager Frühling", Bürokratismus und (Neo-)Stalinismus oder der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung und gegen Springer. Dokumente aus Frankfurt oder Berlin stehen neben Beschreibungen aus der Provinz. Die Kinderladenbewegung, subkulturelle Strömungen von den ersten Kommunen, den "Gammlern" bis zu den "umherschweifenden Haschrebellen" werden ebenso dokumentiert wie die kollektiven Versuche, Sprache, Kunst, Sexualität und andere Kommunikationsformen als politische Kampffelder zu begreifen.

Ein besonderes Verdienst des Buches ist es, daß der antiautoritäre Aufbruch von vornherein in einen internationalen Zusammenhang gestellt wird. Er erfaßt die österreichische und schweizerische Provinz genauso wie die ArbeiterInnen in Turin oder Barcelona und die Jugendlichen in Mailand, Zürich, Chicago oder San Francisco. Er wird spürbar in den Dokumenten der revolutionären lateinamerikanischen StudentInnen wie auch den Programmen der Black Panther Party. Es wird deutlich, wie sich unterschiedliche Bewegungen international aufeinander beziehen. Noch erstaunlicher ist jedoch die Parallelität der artikulierten Bedürfnisse, der Aktionsformen und teilweise auch der Sprache, als habe ein unsichtbares System kommunizierender Röhren existiert.

Paris 1968: Die Phantasie ergreift die Macht

Einen Schwerpunkt des Buches bildet der Mai 1968 in Frankreich. In den zwei Monaten Mai und Juni des Jahres 1968 wird hier der gesamte Inhalt des globalen Aufstands auf den Begriff gebracht. Wie in einem Brennglas scheinen in den Flugblättern der "wütenden" StudentInnen von Nanterre und Paris, in den Berichten der streikenden ArbeiterInnen von Renault und Sud-Aviation und in den Dokumenten aus allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen (selbst die Armee und den Profi-Fußball hat der Virus der Rebellion erfaßt) die zentralen Themen der Zeit gebündelt: Zerstörung aller Formen von Macht und Autoritarismus, Revolution statt reformistische Integration, Selbstorganisation gegen die Kanalisierung der Bedürfnisse durch die Apparate von Gewerkschaften und Kommunistischer Partei. Der "Pariser Mai" wird dabei als umfassender Versuch beschrieben, die politische, soziale und kulturelle Machtfrage zu stellen und die radikale gesellschaftliche Befreiung mit einer ebenso radikalen Befreiung der Subjekte zu verbinden. Von der ersten Erklärung des "Öffentlichen Wohlfahrtsausschusses der Vandalisten von Bourdeaux" bis zum zeitgenössischen Resümee der Fabrikräte durch J. Pesquet sind diese knapp 80 Seiten (von 471) als komprimierte Zusammenfassung des gesamten Buches zu lesen.

Die Dokumente zum "Pariser Mai" thematisieren auch am deutlichsten die Dialektik von Spontaneität und Organisation in den sozialen Bewegungen. Im Vorwort bezeichnet Schulenburg dies als die wesentliche "Lehre von 1968", wobei er dieses Verhältnis allerdings einseitig und emphatisch in Richtung der Massenspontaneität auflöst: "Die Avantgarde marschiert am Schluß, die Spontaneität garantiert die Wucht und die Breite der Bewegung ...; die Organisation ist dem Fortschritt der Gesamtbewegung nachgeordnet." (S. 9) Aus einem - zugegebenermaßen schwierigen - dialektischen Verhältnis wird so ein schematischer Gegensatz konstruiert. Aber auch die spontansten Massenbewegungen haben niemals ohne organisatorische Kerne und Kader existiert, die reine Massenspontaneität ist ein Mythos. Dies gilt auch für die antiautoritären Bewegungen der 60er Jahre, wie die Dokumente in diesem Buch durchaus belegen. Die Texte zu Frankreich zeigen zwar die Gegnerschaft der antiautoritären Massenrevolte zu sozialdemokratischen und leninistischen Organisationsprinzipien. Aber gleichzeitig wird deutlich, daß die neuen basisdemokratischen Organe der Komitees und Räte in hohem Maße auf dem Wirken organisierter Gruppen beruhten. Das gilt sowohl für die Rolle anarchistischer und anderer linksradikaler StudentInnengruppen bei den Besetzungen und der Selbstorganisation der Universitäten wie auch für die Arbeiter- und Fabrikräte: "Ansätze zu rätedemokratischen Strukturen konnten nur dort entstehen, wo ein bereits organisierter Kern von revolutionären Arbeitern dies durchsetzte." (S. 259). Daß es im übrigen (informelle) Hierarchien und Machtstrukturen auch in den Vollversammlungen und antiautoritären Organisationsformen gab, zeigen u.a. die Dokumente der (neuen) Frauenbewegung in diesem Buch.

"Wir wollen alles!"

"Rebellion ist berechtigt!" Dies ist die einzige Botschaft, die das Buch erklärtermaßen vermitteln soll. Aber natürlich geht die Botschaft des Buches über diese Parole hinaus. Der Herausgeber selbst ordnet sich der libertär-situationistischen Strömung der Linken zu. Und entsprechend fällt auch die Interpretation des revolutionären Aufbruchs der 60er Jahre aus. Das, was den Kern der Bewegungen bis 1969 ausgemacht hat und was u.a. mit diesem Buch bewahrt wird, ist ein Begriff von Befreiung, für den die Beseitigung aller Formen von Knecht- und Herrschaft gleichbedeutend ist mit einer umfassenden Entfaltung von individuellen und kollektiven Bedürfnissen, Ausdrucks- und Kommunikationsformen. "Das Leben ändern, die Welt verändern" erinnert eindringlich an einen weltweiten revolutionären Aufbruch, in dem antikapitalistischer Kampf zusammenfiel mit der praktischen Suche nach einer herrschaftsfreien, nicht entfremdeten Kollektivität.

Kommunismus als "freie Assoziation freier Menschen" ging weit über die Eroberung der politischen Macht oder die Umwälzung der Eigentums- und Verteilungsverhältnisse hinaus. Jede gesellschaftliche Institution, die Sprache, Kultur, Familie, jede Form des menschlichen Zusammenlebens sollte revolutioniert und neu erfunden werden.

Die Revolte richtete sich damit nicht nur gegen die kapitalistische Ordnung der Welt. Ihr Begriff von Befreiung und Kommunismus kollidierte auch heftig mit der Ideologie und den Organen der bisherigen Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Linksparteien. Das betraf die internationale Sozialdemokratie genauso wie die KPen. Als theoretische Bezugspunkte wurden die HäretikerInnen des Marxismus wie etwa Karl Korsch oder Ernst Bloch, die Kritische Theorie und der Anarchismus wiederentdeckt (so z.B. in Rudi Dutschkes berühmter kommentierter Literaturliste, die 1966 als Sondernummer der SDS-Korrespondenz veröffentlicht wurde). Und selbst Lenin, Trotzki oder Mao wurden in erster Linie über ihre eher herrschaftskritischen und "rebellischen" Texte rezipiert. Die Bezugnahme auf die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen des Trikont führte die Revolte zu Che Guevara, Fidel Castro und Mao Zedong. Die klare Parteinahme für den Guerillakrieg war gleichzeitig eine eindeutige Kritik an der Sowjetunion und ihrer Politik der "friedlichen Koexistenz".

Lateinamerikanischen StudentInnen kritisieren heftig den Legalismus und die Bündnispolitik der nationalen KPen, die auf den sozialrevolutionären Guerillakrieg und die sozialistische Revolution verzichteten und sich lediglich zum Handlanger des nationalen Kleinbürgertums machten. In Frankreich und Italien stellte eine "neue" ArbeiterInnenklasse das Vertretungsmonopol von Gewerkschaften und KP in Frage. Ihr "Wir wollen Alles" sprengte den institutionalisierten Klassenkompromiß und führte Gewerkschaften und Arbeiterparteien in offene Gegnerschaft zu der neuen, autonomen Klassenbewegung. Die präsentierten Texte machen sehr schön deutlich, wie selbst in der KP organisierte ArbeiterInnen, "ihre" Partei und "ihre" Gewerkschaft als Integration- und Kontrollmacht gegen die radikalen Klassenbedürfnisse wahrnahmen. Wie in Frankreich wurden auch in Deutschland die rebellierenden StudentInnen, SchülerInnen und Jugendliche von DGB und SPD denunziert. Gemeinsame Aktionen von ArbeiterInnen und StudentInnen, etwa im Rahmen der Kampagne gegen die Notstandsgesetze, wurden sabotiert. Und in den auch hierzulande stattfindenden ArbeiterInnenkämpfen sorgten sich die Gewerkschaften eher um den Betriebsfrieden als um die kämpferische Wahrnehmung der ArbeiterInneninteressen.

Kommunismus jetzt!

Was das Buch ebenfalls weitergibt und vehement verteidigt, ist der Subjektivismus und Voluntarismus der antiautoritären Revolte. Dies ist um so bemerkenswerter, weil ein solcher Subjektivismus heute merkwürdig anachronistisch anmutet. Die angeblich unentrinnbaren Sachzwänge der Globalisierung gaukeln einen "Terror der Ökonomie" vor, der bis tief in die Köpfe auch der Linken vorgedrungen ist. Die ungeheuer vielfältigen Befreiungsbedürfnisse, die damals artikuliert wurden, sollten unmittelbar befriedigt werden. Kommunismus war machbar und zwar sofort. Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Ökonomismus und dem schematischen Geschichtsverständnis der Marx-Orthodoxie und der traditionellen Linksparteien beharrten die Bewegungen auf der revolutionären Unmittelbarkeit einer Propaganda der Tat. Die menschliche Emanzipation war nicht das Ergebnis eines "quasi naturwüchsigen" objektivistischen Geschichtsdeterminismus. Sie konnte nur das Resultat praktischen Handelns sein. Und offensichtlich waren die RevolutionärInnen überzeugt, daß ihr Wille Berge versetzen konnte. Das "uneingeschränkte Vertrauen auf die Dynamik des revoltierendes Geistes", wie es die Surrealisten 1968 in Prag formulierten, war die Triebfeder aller Bewegungen: Die Pflicht des Revolutionär war es, die Revolution zu machen.

Natürlich läuft ein solcher Subjektivismus Gefahr, in der Selbstisolation zu landen und damit seine Sprengkraft zu verlieren. Und es mag auch sein, daß er das Vehikel für unterschiedliche Allmachtsphantasien gewesen ist. Dennoch fehlt die revolutionäre Ungeduld, die damals vielleicht im Übermaß vorhanden war, heute an allen Ecken und Enden. Wer spricht heute noch - und womöglich zu anderen - von Kommunismus und Revolution, wer richtet seine politischen und organisatorischen, theoretischen und praktischen Anstrengungen eigentlich noch an diesen umfassenden Emanzipationszielen aus. Anläßlich der 25-Jahr-Feier des/der ak hat Karl Heinz Roth die Krise der Linken auch in einer solchen "Krise der Subjektivität" verortet. Die Erinnerung an "1968" und das Lob des Voluntarismus wirkten da wie eine erfrischende Gewaltkur gegen die Alterskrankheit der Restlinken.

1968 - 1998 - 1968

Während die Erinnerung an den antiautoritären Aufbruch Ende der 70er Jahre noch rasende Gefühlsstürme ausgelöst hat (etwa anläßlich Peter Moslers ähnlich konzipierter Zusammenstellung "Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte - zehn Jahre danach", Reinbek 1977), bleibt nach dieser Lektüre eher melancholische Wehmut. Die weltweiten Kampfzyklen, die ihre Wurzeln im großen Aufbruch der 60er Jahre gehabt haben, sind mit dem Ende der 80er Jahre beendet, die damalige Revolte ist mittlerweile endgültig abgeschlossene Geschichte.

"Das Leben ändern. Die Welt verändern" ist eine breit angelegte Textsammlung. Das Buch liefert keine bewertende Nachbetrachtung und keine Analyse. Es beantwortet daher auch keine Fragen nach dem woher, warum, wie weiter. Wo andere, etwa Wolfgang Kraushaar ("1968. Das Jahr, das alles verändert hat", München 1998), auf dem Scheitern des Großen Aufbruchs beharren und darin gar den Ausgangspunkt jeder Reflexion sehen, erinnert Lutz Schulenburg an eine Zeit, in der Menschen so radikal wie kaum jemals zuvor und danach Befreiungsbedürfnisse artikulierten. Diese Erinnerung ist der wesentliche Inhalt des "Werkzeugkastens", den das Buch darstellt. Die Kampf- und Organisationsformen, Strategien und Taktiken zukünftiger revolutionärer Bewegungen werden andere sein. Aber hinter den Maßstab, der in den 60er Jahren für Befreiung, Emanzipation und Kommunismus entwickelt wurde, darf keine Bewegung zurückfallen.

Dk

Lutz Schulenburg (Hg.): "Das Leben ändern, die Welt verändern!", Edition Nautilus, Hamburg 1998, 471 Seiten, 39,80 DM

39. Weder jammern noch picheln! Für ein linkes Reformprojekt nach der Bundestagswahl

Autor: Gruppe ZAS · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:09

"ZAS - Zwischen allen Stühlen" ist der Name einer Gruppe von Linken bei den Hamburger Grünen. In dem folgenden - leicht gekürzten - Diskussionspapier lotet die ZAS die Möglichkeiten für ein linkes Reformprojekt unter einer und gegen eine mögliche rot-grüne Bundesregierung aus. Sie stößt damit eine Strategiedebatte an, die nicht nur unter linken Grünen überfällig ist.

Nach Lage der Dinge werden CDU/CSU und FDP nach der Bundestagswahl ihre Mehrheit im Bundestag wohl verlieren. So leidenschaftslos, wie dieser Satz trotz fast 16 Jahren Kohl-Regierung formuliert ist, entspricht er unserer Verfassung. Warum? Wie kommt es, daß die sogenannte "geistig-moralische Wende" seit Beginn der 80er Jahre scheinbar so erfolgreich war, daß dissidente und gesellschaftskritische Stimmen so eigentümlich leidenschaftslos und schwach erscheinen?

Dabei ist die politische Bilanz der Ära Kohl erschreckend. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat die Vier-Millionen-Marke überschritten; die fortgeschrittene Verarmung und Verelendung vieler Menschen ist öffentlich sichtbar; soziale Sicherung wird als Standortnachteil attackiert; die liberalen und demokratischen Elemente der Bundesrepublik werden zerstört und der Raubbau an der Natur fortgesetzt. Wie kommt es, daß uns dann die Möglichkeit eines Regierungswechsels nur ein recht müdes Schulterzucken entlockt? Vordergründig mag man diese Frage schnell beantworten: Das neoliberale Projekt der Konservativen, begleitet durch eine immer rigorosere Ordnungspolitik, ist mehrheitsfähig geworden, es hat sich wie Mehltau über die Köpfe gelegt.

Wenig Hoffnung auf rot-grün

Im wirtschafts- und innenpolitischen Übernahmeszenario der SPD ist bis auf vereinzelte Zugeständnisse an die Gewerkschaften (z. B. volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes) die Fortsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der konservativen Vorgängerregierung geplant. So sieht die Sozialdemokratie ihre Perspektive nicht einmal in einer modernen keynesianischen Wirtschaftspolitik oder in der Erneuerung des sozialstaatlichen Kompromisses. Sie konzentriert ihre Sozialpolitik vielmehr auf eine rigorose Arbeitsethik. Die Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme, die die SPD vorgelegt hat, sind in Programm und Gestus repressiv. Die bundesdeutsche Variante des "workfare" will den Zusammenhang zwischen staatlicher Arbeitsmarktpolitik und zumutbaren, existenzsichernden und sinnstiftenden Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen nicht wiederherstellen. Die Stabilisierung der Sozialeinkommen, die Einschränkung der sozial destruktiven "Kräfte des Marktes" steht nicht auf der Tagesordnung der "neuen Mitte".

Die Grünen vertreten zur Zeit noch liberale und rechtsstaatliche Positionen in der Innen- und Ausländerpolitik. Wie ihr Anpassungskurs in der Außen- und Militärpolitik aber zeigt, ist es nicht sicher, ob sie letztlich eine deutliche Korrektur der Rechtsentwicklung durchsetzen werden. Auch die Grünen stärken mit ihren Vorstellungen vom Politikwechsel nicht die linkskeynesianischen Ansätze eines zugegebenermaßen sehr still gewordenen reformistischen Gewerkschaftsflügels. Im Gegenteil: Das unsägliche Gerede von der Verringerung der Staatsquote "aus Rücksichtnahme auf kommende Generationen" und von der "Verschlankung des Sozialstaats" greift bei ihnen immer mehr um sich.

Dagegen müßte ein "Politikwechsel" an die normative Erwartung, daß soziale Ungleichheit nicht naturgegeben ist, anknüpfen und Momente gesellschaftlicher Solidarität rekonstruieren. Er müßte nachvollziehbar demokratische und soziale Standards wiederherstellen. Schließlich wurde in den letzten zwanzig Jahren nur zu oft das, was zuvor noch als (Existenz-) Minimum galt, unterschritten. Doch kollektive Arbeitszeitverkürzung oder eine Demokratisierung der Betriebs- und Unternehmensverfassung spielen derzeit keine wichtige Rolle.

So sind Zweifel angebracht, ob selbst im Rahmen einer rot-grünen Regierung neben der grundsätzlichen Fortschreibung der neoliberalen Wirtschaftspolitik tatsächlich und materiell mehr "sozialer Ausgleich" und "soziale Absicherung" durchgesetzt werden.

Neue Unübersichtlichkeit

Nun hilft es wenig, die unerfreuliche Entwicklung der SPD (oder der Grünen) fatalistisch zu kommentieren. Der politische Prozeß ist widersprüchlich: Einerseits verlieren neoliberale Parteien und Regierungen in einigen europäischen Ländern Zustimmung und WählerInnen. Andererseits wird ihr Konzept der sozialen und ökonomischen Deregulierung in seinem Kern auch von den sozialdemokratischen Parteien fortgeschrieben. In diesem widersprüchlichen Prozeß liegen sowohl positive Anknüpfungspunkte als auch die größten politischen und kulturellen Hindernisse für ein neues reformistisches Projekt:

In Frankreich und Italien, in der Bundesrepubik und in England weniger, haben eine Reihe von sozialen und gewerkschaftlichen Massenkämpfen die Hegemonie des Neoliberalismus mangels politischer Fokussierung und begrenzter Mobilisierungsfähigkeit zwar nicht brechen können; sie haben aber sozialreformerischen und radikaldemokratischen Strömungen zu einem größeren Selbstbewußtsein und zu einigen punktuellen realpolitischen Erfolgen in der Arbeitszeit- und Sozialpolitik verholfen. In Frankreich war damit auch die Wahl einer Koalitionsregierung der Linken verbunden.

Armut und "Armut im Reichtum" wird in den letzten Jahren stärker von etablierten Institutionen wie Kirchen und Wohlfahrtsverbänden kritisiert. Die offensichtlichen Mißerfolge neoliberaler Wirtschaftspolitik und der hohe Grad an gesellschaftlicher Desintegration haben zu einem verbreiteten "Unbehagen" in der Gesellschaft über die Auswirkungen der Deregulierungspolitik geführt. Ein Unbehagen, das sich auch in der Debatte über "die Globalisierung" widerspiegelt. Dieses Unbehagen stärkt aber auch den Einfluß (bereits vorhandener) chauvinistischer, nationalistischer und rassistischer Strömungen in Parteien und Gesellschaft.

Auch bei den Grünen wird "Globalisierung" schnell mit dem Ende der traditionellen Politik, dem Ende des Sozialstaats oder dem Ende ökologischer Regulierung und Intervention gleichgesetzt. Diese Betrachtungsweise blendet aus, daß die von der herrschenden Politik gewollte und durchgesetzte Deregulierung und Privatisierung letztlich als "Globalisierung" erscheint. Globalisierung ist demnach kein Naturgesetz und nicht von einer fremden, nicht beeinflußbaren Macht ("dem Weltmarkt") produziert. Sie ist Ergebnis der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorgaben auf der Ebene des Nationalstaats. Die politisch gewollte Deregulierung kehrt als das "objektive" Phänomen der sogenannten Globalisierung zurück, das der Politik die Gestaltungsspielräume streitig macht und sie in die nächste Runde von Sozialabbau, Kostensenkung und Umverteilung drängt.

Deregulierung und Privatisierung heißt aber nicht, daß die Steuerung ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse grundsätzlich auf dem Rückzug ist. Die Koordination wird lediglich nichtstaatlichen Institutionen, wie Konzernzentralen, überlassen. Ohne einer protektionistischen Politik das Wort zu reden: In diesem Zusammenhang muß es um die Zurückgewinnung von Gestaltungskompetenz gehen, die auch und gerade beim Nationalstaat und seinen Gebietskörperschaften (Kommunen und Ländern) ansetzt. Der Sozialstaat ist immer noch Kampf- und Schauplatz konkurrierender Kräfte, die sich aus dem komplexen und widersprüchlichen Globalisierungsprozeß ergeben.

Neoliberale Demontage des Sozialstaats

Als politisches Projekt zielte der Neoliberalismus darauf, eine sozial rücksichtslose Praxis durchzusetzen und die entsprechende Mentalität und das entsprechende Wertesystem gesellschaftlich zu verankern. Die kollektiven Instanzen, die die kapitalistische Dynamik regulieren und moderieren, waren das Hauptangriffsziel der Neoliberalen. Sie wurden nachhaltig beschädigt oder gar zerstört. Dieser Prozeß verlief in England, Frankreich, Italien und Deutschland sehr unterschiedlich. Die Liquidation des Sozialstaates und seiner sozialökonomischen Basis ist in England am weitesten fortgeschritten. Sichtbar wird das am Auftreten von "New Labour". Erklärtermaßen soll der Wohlfahrtsstaat nicht rekonstruiert werden. Die Erbschaft des Thatcherismus wird bewußt angetreten, verbunden mit einigen Korrekturen für mehr "Chancengleichheit" aller Marktsubjekte.

Die deutschen Christdemokraten waren strategisch nicht auf ein radikales Abbruchunternehmen nach englischem Vorbild ausgerichtet. Hauptinstitutionen des sozialstaatlichen Kompromisses, wie die Sozialversicherungen, wurden formal nicht angetastet. Statt dessen wurde die soziale Infrastruktur - vor allem im Bereich der Arbeitsmarktpolitik - repressiv ausgerichtet. Die bürgerrechtliche Gewährleistungsfunktion des Sozialstaates und sozialstaatliche Garantien jenseits rein ökonomischer Kosten-Nutzen-Kalkulation wurde

aufgegeben. An deren Stelle trat eine staatliche Sozialpolitik, die immer stärker auf soziale Kontrolle und auf Kommerzialisierung (z. B. im Gesundheitswesen) setzt. Dies ist teilweise gegen den Widerstand, teilweise aber auch im Konsens mit der Sozialdemokratie in Ländern und Kommunen geschehen. Dabei muß daran erinnert werden, daß in Teilen schon die Schmidt/Genscher-Regierung diesen Weg eingeschlagen hatte.

In funktionalem und zeitlichem Zusammenhang mit dieser Verschlankung und Verhärtung des Sozialstaates wurde das bundesdeutsche Tarif- und Arbeitsrechtssystem schwer angeschlagen. Die Fähigkeit der Gewerkschaften zur kollektiven Aushandlung und Durchsetzung stabiler und existenzsichernder Arbeitsverhältnisse wurde nachhaltig geschwächt. Dies konnte nicht zuletzt wegen der steigenden Massenarbeitslosigkeit geschehen.

Aber nicht nur Armut und Erwerbslosigkeit prägen das Leben von immer mehr Menschen. Der Alltag vieler lohnabhängig Beschäftigter ist von Unsicherheit, größerer Anspannung und Unterordnung unter immer rigidere Produktivitäts(an)forderungen bestimmt. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen bisher unbekannte Ausmaße an. Die Gewerkschaften haben noch keine wirksame Interessenvertretung für diese Beschäftigten gefunden, ihre Politik orientiert sich in wichtigen Bereichen immer noch an den Interessen der immer kleiner werdenden Stammbelegschaften.

Schröders "New Labour"

Bei aller notwendigen grundlegenden Kapitalismuskritik ist es dennoch berechtigt, den europäischen Sozialstaat, wie er sich nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt hatte, auch als zivilisatorischen Fortschritt zu begreifen. In Gestalt von sozialstaatlichen Garantien, kollektivvertraglich geregelten Arbeitsbedingungen, der Ausweitung von Bildung und öffentlichen Einrichtungen hat er auch für viele Menschen aus der Arbeiter- und Lohnabhängigen Mittelklasse gesellschaftliche Teilhabe, individuelle Lebensgestaltung und Mobilität ermöglicht. Insofern ist Pierre Bourdieu zuzustimmen, wenn er angesichts des Neoliberalismus (etwas pathetisch) von der "Zerstörung einer Zivilisation" spricht.

Das soziale Fundament dieser "Zivilisation" ist in der BRD noch erkennbar und im Alltagsbewußtsein präsent. Es ist dennoch schwer erschüttert. Die Erosion der politischen Zustimmung zur Kohl-Regierung und der zugleich wachsende Einfluß der Schröder-SPD sind Ausdruck dieser widersprüchlichen Situation. Neoliberales Denken und eine entsprechende Mentalität haben auch Linke und Gewerkschaften stark beeinflußt. Andererseits ist die konservativ-liberale Regierung auch deshalb angeschlagen, weil sie nicht in der Lage zu sein scheint, den gesellschaftlichen Erwartungen an ein bestimmtes Maß an sozialer Integration gerecht zu werden. Zur öffentlichen Wahrnehmung dieses Umstandes haben sicherlich auch die (punktuellen) sozialen Proteste beigetragen.

Die sozialdemokratische Strategie, politisch an den Wirtschaftsliberalismus anzuknüpfen, aber zugleich den Eindruck zu erwecken, daß die SPD den Kapitalismus weniger mitleidlos, mit mehr sozialem Fingerspitzengefühl, moderieren will, ist der historische Stand des Kräfteverhältnisses. Gleichzeitig ist das SPD-Konzept von Neoliberalismus mit mehr sozialer Nestwärme und Billigjobs für Arbeitslose nicht zufällig mit rechtspopulistischen und ausgrenzenden Modellen sozialer Ordnung verwoben, die in Teilen der Arbeiterbewegung und der SPD immer schon vorhanden waren. Eine Sozialdemokratie, die wirtschafts- und sozialpolitisch auf die kapitalistische Modernisierung setzt und sich dem neoliberalen Diskurs unterordnet, stärkt zwangsläufig den vorhandenen rechten Populismus nicht nur im bürgerlichen Lager, sondern auch im eigenen Milieu. Was die "Modernisierung" an Opfern und Ängsten erzeugt, greift dieser Populismus mit autoritären und patriarchalen Modellen als Thema auf.

Law and order is a labour issue

Die auch im materiellen Sinne freiheitsverbürgende Seite des (Sozial-)Staates wird von den Neoliberalen angegriffen. Die historisch relativ jungen sozialen Aufgaben des bürgerlichen Staates, nicht zuletzt von Gewerkschaften und der politischen Linken erkämpft, werden wieder zurückgedrängt und in Teilen ganz aufgegeben. Das meint aber keineswegs die Rückkehr zu bloß autoritären Regimes oder zum Modell des Nachtwächterstaates. Ein Teil der sozialen Staatsfunktionen bleibt erhalten, allerdings mit überwachenden und strafenden Elementen verknüpft.

Der Ausbau staatlicher und institutioneller Gewalt ist nicht nur ein Reflex des Bürgertums auf die Verwerfungen, die eine zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft produziert. Die Privatisierung von Lebensrisiken, die gesteigerte Konkurrenz der Individuen untereinander fördern Ängste und Aggressionen. Aggressionen werden auf Schwächere, Fremde und Randständige gerichtet, sie sollen die Knute des Staates spüren. Die "polizeiliche Integration" wird der "sozialen Integration" vorgezogen. Diese Einstellung wird auch vom Massenbewußtsein akzeptiert.

Das Schüren von Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung und die einfachen Antworten darauf (härtere Strafen, mehr Polizei) ist nicht nur die populistische Beschaffung von (Ersatz-) Legitimation, nachdem der Legitimation durch den Sozialstaat die Substanz geraubt wurde. Der Ausbau des Repressions- und Kontrollapparates entwickelt einen Strafstaat, der weit in den Bereich des Sozialen hineingreift und präventiv mittels Repression und Kontrolle seine Normen durchsetzt. Die Demontage der Verfassung, die Zerstörung rechtsstaatlicher Prinzipien, der faktische Abbau der Grundrechte und des sozialen Rechtsstaates und die Ausweitung polizeistaatlichen Denkens greifen ineinander. Der erreichte Stand kommunaler Selbstverwaltung, der BürgerInnenbeteiligung, der Sicherung der Grundrechte und des allgemeinem Rechtsschutzes gegen staatliches Handeln sowie private Investitionsentscheidungen wird in diesem Zusammenhang als Investitionshindernis wegdereguliert.

Neue Regierung - neue Bewegung?

Spätestens am 15. Juni 1996, mit dem Protest von mehr als 350.000 Menschen gegen das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung, hatte der Wahlkampf begonnen. An der gekürzten Lohnfortzahlung entzündeten sich Proteste, die von den oppositionellen Eliten auf die Formel "Kohl muß weg" gebracht worden sind. Das meinen mittlerweile auch viele Anhänger der Union. Viel mehr aber scheint sich daraus nicht ergeben zu haben.

Der in den letzten Monaten immer seltener beschworene "Politikwechsel" scheint eine Leerformel zu bleiben. Der Grund ist sicherlich nicht nur in der immer noch möglichen großen Koalition zu suchen. Auch im Falle einer rot-grünen Regierung, die strategisch auf "die Mitte" setzt, kann das Kräfteverhältnis und das politische Klima weiter nach rechts verschoben werden.

Das Feld der (parlamentarischen) Opposition bliebe der CDU/CSU, schlimmstenfalls noch ergänzt durch faschistische Parteien, zur Mobilisierung für reaktionäre Konzepte überlassen. Vor dem Hintergrund, daß eine rot-grüne Regierung im Kern die Politik der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung fortsetzt, würde das "regulierende" Element gesellschaftlicher und parlamentarischer Opposition mehr von rechts als von links stattfinden. Damit wäre eine weitere Rechts-Verschiebung des politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses eingeleitet. Dies geschähe dann trotz bzw. wegen rot-grün.

Angesichts der wenig erbaulichen Aussichten mit einer sozialdemokratisch-grünen oder gar sozialdemokratisch-konservativen Bundesregierung nach dem 27. September gibt es innerhalb der Reste der radikalen linken Opposition wenig Bereitschaft, auf eine neue Regierung zu setzen. Ein Teil der reformistischen Linken und der Gewerkschaften ist entweder zweckoptimistisch oder blauäugig, überzeugt, daß aus dem Regierungswechsel doch noch ein solider "Politikwechsel" wird, wenn man sich nur gehörig ins Zeug legt.

Daß Teile der Gewerkschaften und andere politische Kräfte Hoffnungen mit dem Regierungswechsel verbinden, sollte jedoch nicht als haltlose Illusion diffamiert werden. Diese Hoffnungen transportieren auch Ansprüche, den gesellschaftlichen Prozeß der Restauration umzukehren. Diese Ansprüche gilt es zu stärken und dieses Lager als Bündnispartner auch für menschen- und bürgerrechtliche Ziele zu gewinnen.

Eine rot-grüne Bundesregierung muß von links mit Forderungen konfrontiert werden. Im Einzeln geht es darum, sozial- und rechtsstaatliche Garantien wiederherzustellen, den ökonomischen Prozeß bewußt mit sozialem und ökologischem Anspruch zu moderieren, sowie rechtlicher und tatsächlicher Diskriminierung von Einwanderern und Flüchtlingen entgegenzutreten. In der Frage der Ökologie ist wohl weniger die Steuerreform der entscheidende Punkt der Auseinandersetzung, als vielmehr der zügige Ausstieg aus der Atomenergie. Die rot-grüne Bundesregierung wäre mit sehr konkreten - keinesfalls symbolischen - Forderungen zu konfrontieren. Hier geht es vor allem darum, die Abwärtsspirale von Verarmung und Entdemokratisierung aufzuhalten.

Es handelt sich bei diesen Forderungen nicht um ein geschlossenes und abschließendes Konzept für eine "soziale und ökologische Republik", sondern um Schritte, die den politischen Prozeß wieder für linke Politik öffnen sollen. Die nachfolgenden Beispiele sollen den Charakter dieser konkreten Auseinandersetzungspunkte verdeutlichen:

- Stärkere Besteuerung der wohlhabenden Haushalte und des Unternehmenssektors, ohne sich dem Dogma der "Aufkommensneutralität" zu unterwerfen;

- Arbeitszeitrecht mit verbesserten Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung; Absicherung der ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse; Kündigungsschutz für alle Beschäftigte in Kleinbetrieben, Demokratisierung der Betriebsverfassung; Anpassung des Arbeits- und Sozialrechts an die weiblichen Erwerbsbiographien;

- Im Sozialhilferecht: Erhöhung des Sozialhilfeniveaus gemäß den Vorschlägen der Armutsberichterstattung; Einschränkung der bedingungslosen Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt;

- Gleichberechtigter Zugang für alle Menschen in das Bildungswesen; Berufsbildungsabgabe (Umlagefinanzierung)

- Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes; bundesgesetzliche Rekonstruktion der Rechte von Flüchtlingen als Vorgriff auf die Wiederherstellung des Asylrechts;

- Gesetzliche Abwehr rassistischer Diskriminierung;

- Ökologie und Verkehrspolitik: Forcierung regenerativer Energien und zügiges Ausstiegsszenario aus der Atomenergie; stärkerer öffentlicher Einfluß von Bund, Ländern und Kommunen auf die Deutsche Bahn; Stärkung des Schienenverkehrs und Stop des Autobahnbauprogramms;

- Militär- und Außenpolitik: Einstellung aller Aufrüstungsprogramme der Bundeswehr;

- Initiative für eine gemeinsame europäische Sozialpolitik auf hohem Niveau in Abstimmung mit der französischen "Linksregierung".

Eine wirksame Erneuerung des sozialstaatlichen Kompromisses kann auf nationalstaatlicher Ebene ansetzen, muß aber nach Lage der Dinge auf europäischer Ebene abgesichert werden. Es ist nicht nötig, eine einheitliche Einschätzung über Gerhard Schröder, die Grünen oder gar die Erfolgsaussichten eines neuen Reformismus zu haben. In dem Prozeß selber werden sich die sozialen Akteure neu gruppieren, neue Forderungen entwickeln, Einschätzungen zurechtrücken, Blicke schärfen und - warum nicht - auch neues Selbstbewußtsein entwickeln. Allerdings gibt es zwei wichtige Voraussetzungen:

1. Die neue Regierung darf nicht als das natürliche Vollzugsorgan linker Wünsche mißverstanden werden. Entscheidend ist die Selbsttätigkeit der sozialen und politischen Kräfte, die auf den "Politikwechsel" setzen.

2. Es kommt auch darauf an, neoliberales Denken in den eigenen Reihen zurückzudrängen und ein neues Selbstbewußtsein darüber zu gewinnen, daß die bewußte demokratische Regulierung wirtschaftlicher Macht und Prozesse weder reaktionär noch archaisch ist.

Zur Zeit stehen wir vor dem Dilemma, daß das neue reformistische Projekt der Erneuerung, der Solidarität und der demokratischen Regulierung der wirtschaftlichen Macht kein handlungsfähiges reformistisches Subjekt hat. Die Sozialdemokratie ist, wie Teile der Gewerkschaften, mehrheitlich im Neoliberalismus verstrickt. Die Grünen befinden sich in einem Wandlungsprozeß, bei dem ihre radikalreformerischen, dissidenten und aufklärerischen Tendenzen in der Anpassung an den neoliberalen common sense und in der Vorbereitung auf die Beteiligung an der Bundesregierung geschliffen werden.

Wir können nicht vorhersagen, ob und wie schnell die Linke aus diesem teilweise selbstverschuldeten Formtief herauskommt. Ein Beitrag zur Überwindung der Krise ist es, rot-grün auf Bundesebene selbstbewußt und unbescheiden mit eigenen Reformvorstellungen zu konfrontieren und sozialen Kämpfen um die Verteidigung und Erneuerung des Sozialstaats oder um kollektive Arbeitszeitverkürzung nicht aus dem Weg zu gehen. Die französischen Erfahrungen geben einen Eindruck davon, daß die sozialpolitische Mobilisierung unter den Rahmenbedingungen einer (druckempfindlichen) sozialdemokratischen Regierung auch gewisse Erfolge

haben kann. Allerdings zeigt sich in Frankreich auch, daß die Mobilisierung im Bereich der Demokratie- und Flüchtlingspolitik ungleich mühsamer ist. Daher muß linke Politik über partikulare "konsequente Interessenvertretung" hinausgehen und ihr Auftreten stärker an menschenrechtlichen Anliegen ausrichten. Überlegt werden muß auch, wie die Lust an dissidentem und aufklärerischem Denken in der Gesellschaft und über die Gesellschaft wiederbelebt werden kann.

Gruppe ZAS

Die Gruppe ZAS ist zu erreichen über: ZAS, c/o GAL-Eimsbüttel, Stellinger Weg 4, 20255 Hamburg

40. Esoterik und die Linke

Autor: Maria Wölflingseder · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:07

Seit Mitte der 80er Jahre haben sich - aus den USA kommend - esoterische, das heißt vor allem spirituelle und biologistische Strömungen im deutschsprachigen Raum stark ausgebreitet; seit den 90er Jahren nehmen sie auch im ehemaligen Ostblock stark zu. Wurde esoterisches Gedankengut anfangs von einzelnen Gruppierungen getragen, drang es nach und nach in alle gesellschaftlichen Bereiche ein: in Politik und Wissenschaft, in die Ökologiebewegung, ins Management, in die Großkirchen, ins Alltagsdenken und auch in linke Wissenschaft. Zu den Esoterik-Hauptinhalten gehören: Religion/Glaube/Spiritualität - also der Bezug auf eine höhere kosmische Ordnung, die die sogenannte "Ganzheitlichkeit" oder "Einheit" darstellt. Diese soll in der Gesellschaft verwirklicht werden. Biologistisches Denken - das sich berufen auf die "Autorität der Natur", um daraus Regeln und Ordnungen gesellschaftlicher Kommunikation herzustellen. Das heißt, biologistisches Denken, genauso wie Glauben und Spiritualität werden oftmals als Wissenschaft ausgeben. Das Verkünden eines neuen Zeitalters, das einerseits durch eine neue kosmische Konstellation, andererseits durch einen Bewußtseinswandel der Menschen anbrechen wird. Frauen bzw. das weibliche Prinzip werden zum welt- und menschheitsrettenden Prinzip erhoben. Die jahrhundertelange Unterdrückung der Frauen wird in ihr Gegenteil gekehrt - jedoch mehr auf der ideologischen Ebene denn auf der real-materiellen.

Die Esoterik-Bewegung stellt ein Massenphänomen dar, das in seiner gesellschaftlichen Bedeutung durchaus mit der 68er-Bewegung zu vergleichen ist. Was jedoch erstaunt, ist, daß die Linke, insbesondere linke kritische Wissenschaft, dieses Phänomen in ihren Analysen weitgehend ausgespart hat. Große Teile der Linken sind spätestens nach den gesellschaftlichen Umwälzungen von 1989 nahtlos zur Esoterik übergewechselt, und der Großteil der Restlinken hat sie rechts liegen gelassen. Der Blick bürgerlicher und linker Esoterik-KritikerInnen konzentriert sich - in dualistischem Gut-Böse-Denken - auf die Rechtslastigkeit der Esoterik (zum Beispiel im Artikel "Rechter Wahn - Braune Esoterik auf dem Vormarsch" in der ZEIT vom 28.5.1998). Inwieweit Esoterik-Ideologie in Teilen der Linken verbreitet ist, inwieweit und warum Esoterik im Denken eines Großteils "ehrenwerter" - keineswegs rechtsextrem eingestellter - Menschen verhaftet ist, wird kaum analysiert.

Die wenigen kritischen Arbeiten, die es zur Esoterik gibt, rekrutieren sich meist aus folgenden:

- Solchen, die die "falsche" Esoterik oder den rechten Rand der Esoterik kritisieren, um der "richtigen, der guten" zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu gehören sowohl bürgerliche als auch linke bzw. ehemals linke WissenschaftlerInnen, und allen voran die kirchlichen Esoterik-KritikerInnen. Letztere waren in den 80er Jahren die ersten, die über die Esoterik-Bewegung publizierten. Die Kritik der offiziellen Kirchen ergibt sich logisch aus ihrem Konkurrenzverhältnis zur Esoterik-Bewegung.

- Solchen Arbeiten, die sich auf das Aufspüren von personellen und organisatorischen Verquickungen zwischen Esoterik und Rechtsextremismus beschränken. Denunziation steht hier meist im Vordergrund. Oftmals wird auch der Faschismusvorwurf erhoben. Der Faschismusvorwurf an die Esoterik ist jedoch das Resultat eines vereinfachenden Denkens: Da sich Geschichte nicht wiederholt, kann sich auch "der Faschismus" nicht wiederholen. Egal, ob Jörg Haider oder die Esoterik: das Gefährliche ist weniger das faschistische an ihnen, sondern vor allem das mit dem historischen Faschismus Unvergleichbare - was aber keineswegs ihre Problematik mindert.

- Oder Arbeiten, in denen - auch von Linken - Esoterik in erster Linie zum Gegenstand moralischer Abqualifikation gemacht wird. Sie stellen der "bösen" Esoterik die "gute" Demokratie gegenüber. Sie stimmen ein in das allgemeine Klagen über Politikverdrossenheit und gesellschaftliche Regression.

Eingehende Analyse der esoterischen Inhalte, der gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge interessiert wenig.

Esoterik ist

rationale Irrationalität ...

... in Zeiten irrationaler Rationalität und neben Populismus, Nationalismus und Fundmentalismus eine Folge der krisenhaften Verfaßtheit unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, das heißt Folge unserer

marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Demokratie, und nicht - wie von Linken meist postuliert - ihr "böses" Gegenteil. Esoterik ist vielmehr die Auswirkung der Verhältnisse, in denen wir leben. Nicht Irrationalismus, rechtes Gedankengut oder der rechte Rand brechen in die gesellschaftliche Mitte ein, sie sind auch nicht Angriffe auf Vernunft, Freiheit und Aufklärung - wie oft bedauert wird -, sondern vielmehr eine Folge der Verhältnisse in eben dieser gesellschaftlichen Mitte. Diese Verhältnisse sind wiederum das Resultat der Aufklärung. (1)

In gewisser Hinsicht ist Esoterik die bloße Fortsetzung der Verhältnisse im Kapitalismus: Am deutlichsten ist das an zwei Merkmalen erkennbar: erstens am esoterischen Paradigma "Jede und jeder sei für all ihr Glück und sein Leid selbst verantwortlich; ja, alles, was dir geschieht, du alleine bist deines Glückes oder Unglückes Schmied." Dieses Paradigma wird auch oft mit jemandes Karma begründet. Hier wird ganz einfach die allgemeine Individualisierungstendenz in unserer Gesellschaft auf die Spitze getrieben.

Ein zweiter Punkt, der das Verhaftet-sein in den gegebenen Verhältnissen aufzeigt, ist der Konsum- bzw. Geschäftsaspekt der Esoterik. Esoterik ist neben einer bestimmten Weltanschauung vor allem ein Konsumartikel: Der Markt an Büchern, Zeitschriften, Seminaren, Therapien und Reisen boomt nach wie vor. Für viele ist Esoterik in erster Linie eine Einkommensquelle.

Wenn ich also konstatiere, Esoterik sei eine Auswirkung der kapitalistischen Verhältnisse, heißt das aber nicht nur, daß sie eine Fortsetzung dieser Verhältnisse ist, sondern sie ist auch insofern eine Auswirkung, indem sie durchaus auch eine Form der Gesellschaftskritik darstellt. Die vielbejammerte Politikverdrossenheit kann auch emanzipatorischen Gehalt haben. Eine der Ursachen für die Esoterik-Bewegung ist der Versuch, aus den menschenzerstörenden Zwängen auszubrechen. Dieser Versuch ist jedoch zum Scheitern verurteilt, weil er in eine bzw. in zwei falsche Richtungen läuft: Einerseits zurück in voraufklärerische Zeiten, in denen laut Esoterik die Welt noch in Ordnung, nämlich in göttlicher Ordnung war. Anderseits gibt es auch Tendenzen in der Esoterik, die einfach die kapitalistische Entwicklung fortschreiben und verstärken. Etwa indem behauptet wird, eine atomare Zerstörung der Erde diene der schnelleren Verwirklichung des Neuen Zeitalters, oder die Gentechnik diene der Schaffung des Neuen Menschen, oder die erhöhte Strahlung aufgrund des Ozonlochs diene des besseren geistigen Austauschs mit anderen Zivilisationen. Die aktuelle Interpretation von Cyborgs als neues revolutionäres Subjekt durch Linke ist letzterer Tendenz nicht unähnlich.

Zusammengefaßt: Esoterische Ideologien sind rationale Irrationalität, also eine Reaktion auf die irrationale Rationalität unserer Verhältnisse. (2) Auslösendes Moment mögen durchaus kapitalismuskritische Gefühle sein, jedoch gibt es in der Esoterik keinerlei fundierte Kapitalismusanalyse, und die Kritik, die vorhanden ist, wird sogleich zu einem Zurück vor die Aufklärung. Letztlich geht es um eine einzige große Sinn- und Trostveranstaltung, die aus einfachen Welterklärungsmustern und Rechtfertigungen von Unmenschlichkeit und Leid besteht. Das Aushalten von Widersprüchen, sowie offensive Gesellschaftskritik, die die kapitalistische Systemüberwindung zum Ziel hat, ist nicht Gegenstand der Esoterik. Ganz im Gegenteil: es handelt sich um hilflose kurzschlüssige Überreaktionen angesichts der großen Unsicherheiten und Verunsicherungen, denen jedes Individuum heute ausgesetzt ist.

Esoterische Inhalte

in linker Wissenschaft

Die große Sinnkrise, die die Entstehung der Esoterik-Bewegung bedingt, hat auch vor Linken nicht halt gemacht. Unter dem "kritischen Potential" - also unter Linken, Grünen, SozialdemokratInnen, Alternativen, linken WissenschaftlerInnen etc. - haben sich esoterische Inhalte genauso etabliert - bzw. Inhalte, die durch die Esoterik-Bewegung (wieder) en vogue wurden - wie in allen anderen Gesellschaftsbereichen auch.

Auf den spirituellen Ökofeminismus, der ein umfassendes Ideologem darstellt, das bis weit in die linke Frauenbewegung hineinreicht bzw. zu dem viele linke Frauen übergewechselt sind, sei an dieser Stelle nicht eingegangen. (Vgl. dazu meinen Buchbeitrag "Fetisch Weiblichkeit. Über die diffizilen Zusammenhänge zwischen spirituellem Ökofeminismus und rechter Ideologie" (3)).

Um nur ein besonders anschauliches unter zahlreichen Beispielen zu nennen, das die im Folgenden beschriebenen esoterischen Inhalte in linker Wissenschaft verdeutlicht, sei auf das "Natursymposium" der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (14.-15.11.1997 in Wien) hingewiesen. Ein Arbeitskreis

war ausschließlich esoterischen Inhalten gewidmet, in anderen waren sie ebenfalls stark vertreten. Renommierte PolitologInnen, die sich durchaus als links, kritisch und emanzipatorisch verstehen, huldigen der Esoterik in den höchsten Tönen. (4)

Spiritualität/Religion

Neuerdings verteidigen viele Linke Religion vehement, oder sie entdecken Spiritualität als (ihren) neuen Lebenssinn. Spiritualität ist in den letzten Jahren zu einem weitverbreiteten Allheilmittel avanciert. Sie fehlt in keinem Bereich - sei es bezüglich des Geschlechterverhältnisses und der Sexualität, sei es bezüglich Ökologie, sei es im Management, oder sei es in der Wissenschaft generell.

Religion und Spiritualität wird von vielen Linken ontologisch betrachtet, das heißt als etwas, das es immer geben wird. Anstatt das Bedürfnis nach Religion und Spiritualität zu analysieren, setzen sie ihre Notwendigkeit voraus. Analyse des neuen religiösen und spirituellen Booms ist in ihren Augen eine generelles Warnen vor Religion. Das heißt, sie fühlen die Religion in ihrer Daseinsberechtigung bedroht.

Religion und Spiritualität sind jedoch in unserer Welt, in der die ökonomischen "verschleierten und verkehrten Verhältnisse" (Marx) auch vor dem Bewußtsein nicht halt machen, genauso ein notwendiges Mittel zur Alltagsbewältigung wie der von Marx sogenannte "Gesunde Menschenverstand" oder das "Alltagsbewußtsein". Religion und Spiritualität sind kein angeborenes Bedürfnis, wie immer mehr Linke behaupten.

Religion und Spiritualität gehören genauso wie auch Politik und Recht zu den fetischisierten Kommunikationsformen, weil direktes Miteinander-in-Beziehung-treten - ohne Angst, ohne Konkurrenz, ohne Charaktermasken - noch nicht möglich ist. (5)

Subjektcharakter

der Natur

Viele linke WissenschaftlerInnen vertreten nunmehr die einst typische These der Esoterik, die Erde sei ein lebendiges Wesen. Man stützt sich auf die Gaia-Hypothese von James Lovelock, auf die autopoietischen Ansätze von Maturana und Varela oder auf die Theorie von den morphogenetischen Feldern von Rupert Shaldrake.

Der Natur wird Subjektcharakter zugeschrieben. Wozu dient eine "Verlebendigung" der Erde? Aus den einschlägigen Arbeiten geht unumwunden hervor, daß die These von der lebendigen Natur - sei sie nun eine Tatsache oder nur eine Annahme oder eine Metapher - dazu diene, um die bedrohte Natur als schützenswert zu erachten. So verwundert es auch nicht, wenn der Erde oftmals menschliche Züge - also die Fähigkeit des Denkens und des Leidens - zugeschrieben werden. Um drohende ökologische Katastrophen zu vermeiden, müsse die sogenannte "natürliche Ordnung" befolgt werden.

Mit der These vom Subjektcharakter der Natur begibt man sich auf gefährliches Glatteis. Sie birgt alle Gefahren des Biologismus. Wenn die Natur oder der Kosmos vermeintliche Handlungsanleitungen liefern, kann in diese - vom Menschen klarerweise - alles und jedes hineininterpretiert werden. Natur ist jedoch frei von Denken. Sie ist das, "was aus sich entsteht und in sich vergeht." "Sie bleibt bei sich. Sie hat kein Ziel, das nicht auch Anfang ist." Der Mensch ist über die Natur hinausgegegangen. Er ist "Teil und Gegenteil der Natur". (6)

Es gibt keinen Grund, die prinzipielle Unterscheidung zwischen Natur, Pflanzen und Tieren einerseits und dem Menschen und der Gesellschaft andererseits aufzugeben. Dasselbe gilt auch für Maschinen: Cyborgs, Tieren und Pflanzen die gleichen Rechte und dieselbe Subjekthaftigkeit wie dem Menschen zuzuschreiben, halte ich schlicht für Humbug. Noch größerer Humbug ist jedoch, zu glauben, damit menschenwürdige, herrschaftsfreie, egalitäre Verhältnisse schaffen zu können.

Die Überwindung des Kapitalismus mit all seinen mensch- und naturausbeutenden und -zerstörerischen Auswirkungen ist und bleibt eine Frage der Produktionsverhältnisse, eine Frage des Wertverhältnisses, eine Frage des Fetischismus der Warenform.

Die fehlende Liebe

Eine ganz neue Entwicklung ist das Benennen "der fehlenden Liebe" als Hauptursache für unmenschliche Verhältnisse. Hierbei werden Folgen mit Ursachen verwechselt. Etwas, das nur in menschgerechten

Verhältnissen gedeihen kann - etwa Liebe -, wird als Hoffnung, besser gesagt, als Zaubermittel gegen alles Böse in der Welt gehandelt - ähnlich wie auch Spiritualität oder das weibliche Prinzip. Zitate wie folgende zeugen schlicht von magischem Denken und von der Art und Weise, wie gesellschaftliche Veränderungsstrategien gedacht werden: Mittels Liebe werden "Ziele wie Macht, Reichtum, Konsum oder Ablenkung an Bedeutung verlieren". Mittels Liebe und dem Sich-Verbundenfühlen mit der Natur werden "die Kategorien und die Welt des Herrschaftsdenkens verlassen werden." Der Papst könnte es nicht besser formulieren.

Ganzheitlichkeit

Eine der weitverbreitetsten Esoterik-Ideologien - auch in linker Wissenschaft - ist die der Ganzheitlichkeit. Die Widersprüche, dem das moderne Individuum ausgesetzt ist (7), sollen "ganzheitlich" geheilt werden. Der "Fragmentierung" des modernen Individuums, der Spezialisierung in der Wissenschaft, den symptom-zentrierten Methoden in der Medizin soll "Ganzheitlichkeit" entgegen gesetzt werden. Ganzheitlichkeit wird als noch umfassenderes Allheilmittel/Zaubermittel gehandelt als Spiritualität oder Weiblichkeit. Ein neues ganzheitliches Weltbild soll das alte mechanistische-rationale, das die Ursache alles Bösen in der Welt darstellt, ablösen und so Sinn und Heil stiften.

Nach philosophischen und historischen Hintergründen fragt niemand. Das würde die gesuchte Harmonie stören. Mit eisener Konsequenz wird auf jegliches Definieren, Herleiten oder Hinterfragen dieses Begriffs verzichtet. Er wird auch von Linken weitgehend in stiller Übereinstimmung mit der Verwendung in der Esoterik gebraucht. Diese stellt einen eindeutigen Rekurs auf lebensphilosophische Denkmuster und konservative Kultur- und Zivilisationskritik dar. Ausgangspunkt ganzheitlicher Ansätze ist "eine rational unerklärbare schlechthin ‚daseiende` Ganzheit, deren ‚Urgründe` wissenschaftlich nicht zu erhellen, sondern nur durch das Leben selber zu erfahren seien." (8) Von Intuition ist in diesem Zusammenhang oft die Rede, als eine "selbstverständliche Kategorie menschlicher Wahrnehmung", der nicht nur im Gefühlsbereich zu folgen sei, sondern auch in der Wissenschaft. Vor allem auch "die Liebe", "das Weibliche" oder die Spiritualität sollen nunmehr zu wissenschaftlichen Kategorien, bzw. in die Wissenschaft integriert werden. Wie im Biologismus versucht wird, das Ideologische wissenschaftlich zu stylen, so wird auch versucht, den Begriff "Ganzheitlichkeit" zu verwissenschaftlichen. Wie kein anderer hat C. G. Jung mit seiner Archetypenlehre, in der der Seelenkern "die Sphäre der Ganzheit, des unverdorbenen Sinns" darstellt, dazu beigetragen, "Seelenanalyse und Weltanschauung zu vereinen", und den "Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und den Durst nach Sinn gleichermaßen zu befriedigen" (9). Linke machen sich nicht einmal die Mühe, auf den Totalitätsbegriff von Lukács einzugehen. Es fehlt jegliche Begriffsanalyse.

Christoph Türcke ist der einzig mir bekannte, der eine (wert-)kritische Analyse des Ganzheitsbegriffs im Sinne Jungs bzw. der Esoterik, der auch von vielen Linken übernommen wurde, erarbeitet hat. "Jungs Lehre krankt an der Zivilisation, deren Dekadenz sie heilen will. Und sie leidet nicht an ihrer Krankheit. Sie richtet sich gemütlich ein in der Welt, aus der sie hinauszuführen meint. Ihr Programm der Ganzheitlichkeit, das den Menschen zu seinem Ursprung zurückbringen soll, steht an der Spitze des Fortschritts: in tiefem Einklang mit der totalitären Tendenz der warenproduzierenden Gesellschaft, Dinge und Menschen als Objekte von Kauf und Verkauf bis zur Indifferenz einander anzugleichen und zur ‚irrationalen Vereinigung der Gegensätze` (Jung) zu zwingen. Die Archetypen sind denn auch keine archaischen Urbilder, sondern moderne Wunschbilder. Sie versprechen sichere Seelenführung, wenn man sie nur gewähren läßt, geben religiösen Sinn, ohne auf eine bestimmte Religion zu verpflichten, bieten eine in sich gerundete Weltanschauung, ohne sich metaphysisch festzulegen." (10) Ganzheitlichkeit ist genauso wie Spiritualität oder biologistisches Denken mit jedem beliebigen Inhalt füllbar. Das Ziel ist, "einen Sinn überhaupt - welchen Inhalts auch immer" zu stiften, den "der moderne Mensch braucht, um es in der pluralistischen, auf keinen vernünftigen Endzweck ausgerichteten Gesellschaft auszuhalten". (11) "Ein solches Überhaupt leistet, was keine starre Konfession vermag: Es erhält ebenso stabil wie flexibel, ebenso selbständig wie autoritär fixierbar." (12)

Ganzheitlichkeit ist wie die Warenform selbst ein abstraktes Prinzip. Während ersteres jedoch ein Wunschbild ist, ist letzteres bittere Realität. "Dies Bedürfnis zur religiösen Urgegebenheit verklären und sich zum Instrument seiner Befriedigung machen, statt an ihm das halbherzige Unbehagen in der Kultur zu studieren, das sich schon mit Placebos beruhigen läßt und des geistvollen Opiums großer Theologie gar nicht mehr bedarf, jene lauwarme Erlösungssehnsucht, die eine andere Welt als die, über die sie klagt, gar nicht mehr ernstlich will - das heißt der Psychoanalyse (und der Gesellschaftskritik, M.W.) die Möglichkeit abschneiden,

die seelische Verfassung der Gegenwart als Resultat der warenproduzierenden Gesellschaft zu begreifen, die der Ware Arbeitskraft nicht nur den Sinn ihres Daseins vorenthält, sondern auch den Wunsch nach einem Zustand, wo es anders wäre, verblassen läßt." (13)

Gründe für das Massenphänomen Esoterik

Ein wesentlicher Grund für das Massenphänomen Esoterik liegt auch in der Tatsache begründet, daß die Linke heute wenig gesellschaftliche Relevanz hat. Und ein wesentlicher Grund für die geringe gesellschaftliche Relevanz der Linken ist, daß sie keine emanzipatorischen Perspektiven aufzeigt, sondern in historisch Überfälligem verhaftet ist. Es greift viel zu kurz, Kapitalismus als Klassen- und Interessensgegensatz anstatt als fetischisierte gesellschaftliche Totalität zu verstehen, in der die sozialen Beziehungen der Menschen nur verdinglichte sein können. Anstatt der defensiven Haltung der Linken sind radikale Analyse, offensive Kritik und systemüberwindende Perspektiven vonnöten. Der kapitalistische Nerv muß getroffen werden - also Wert, Ware, Geld, Lohnarbeit, Staat, Recht, Politik, Nation und Demokratie. Aufklärung und Demokratie sind keineswegs das Ende emanzipatorischer Entwicklung, sondern historische Gegebenheiten, über die hinausgedacht werden muß. Sie können aus historischen Gründen nicht mehr einer Emanzipation dienen. An deutlichsten wird dies wohl am Beispiel der Lohnarbeit sichtbar.

Die meisten Linken - auch solche, die überhaupt nichts mit Esoterik am Hut haben - sind weitgehend genauso dem Glauben verhaftet wie EsoterikerInnen und Spirituelle. Sie glauben an die Möglichkeit von menschenwürdigem Leben innerhalb des Kapitalismus, wenn - wie sie betonen - "alle nur wollen täten". Oder sie glauben an die Durchsetzbarkeit von "Gerechtigkeit" per Gesetz. Sie glauben, menschenwürdige Verhältnisse wären eine Frage des subjektiven Wollens, eine Frage des Bewußtseins der Menschen. Sie erkennen nicht, daß diesem subjektiven Wollen die objektiven ökonomischen Verhältnisse entgegenstehen. Sie erkennen nicht, daß Ausbeutung von Mensch und Natur dem Kapitalismus immanent ist und immer immanent sein wird. Dagegen hilft auch keine neue Welt-Ethik, keine Liebe und auch keine Cyborgs.

Da Glaubensinhalte leicht gewechselt werden können, braucht es nicht zu verwundern, wenn ehemalige Linke heute der Marktwirtschaft huldigen, oder wenn viele ehemalige dogmatische Linke nunmehr zur Esoterik "konvertiert" sind. Ein Glaubensinhalt wurde einfach durch einen anderen ersetzt.

Maria Wölflingseder

Maria Wölflingseder, Dr. phil., hat Pädagogik und Psychologie studiert, Forschungsschwerpunkt: Esoterik- und Biologismus-Kritik, weiterhin: koordinierende Redakteurin der Zeitschrift "Weg und Ziel". Sie lebt in Wien.

Anmerkungen:

1) Vgl. Maria Wölflingseder: Die Spirituellen, die aus der Kälte kamen, in: El Awadalla: Heimliches Wissen - unheimliche Macht, Wien/Bozen 1997.

2) Vgl. Volkmar Sigusch: Vom Trieb und von der Liebe, Frankfurt 1984, S. 158.

3) Maria Wölflingseder: Fetisch Weiblichkeit. Über die diffizilen Zusammenhänge zwischen spirituellem Ökofeminismus und rechter Ideologie, in: Renate Bitzan (Hg.): Rechte Frauen, Berlin 1997.

4) Vgl. Volkmar Lauber: Beherrschung oder Achtung: Grundhaltungen zur äußeren und inneren Natur; Margarete Maurer: Zum Politischen im Naturbezug der naturwissenschaftlichen Laborpraxis. Für eine Politik der Koproduktivität und des Dialogs; beide Beiträge in: "Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft" 2/1996 (Wien).

Weiterhin: Die Referatsmanuskripte des Natursymposiums (14. und 15.11.1997 in Wien) insbesonders von Elisabeth List (Natur ist, was uns Leben läßt), Kathleen Höll (Das Organismus/Umwelt-Feld-Konzept in der Gestalttherapie), Eckhard Kanzow (Eine Aufforderung zum Tanz. Nachhaltigkeit - matrizentrische Werte - Natur - Leben), Elena Franzini (Die Natur als Lehrerin. Die innerer Natur des Menschen in Analogie zur Natur der Außenwelt).

5) Vgl. Franz Schandl: Fetisch Religion. Zur fundamentalen Kritik des scheinbar Unüberwindbaren, in: "Weg und Ziel" 5/1996 (Wien).

6) Franz Schandl: Stichwort "Natur", in: Siegfried Grubitzsch, Klaus Weber (Hg.): Psychologische Grundbegriffe, Reinbek bei Hamburg, 1998, S. 365.

7) Vgl. Maria Wölflingseder: Die Spirituellen, die aus der Kälte kamen, a.a.O., S. 187ff.

8) Monika Leske: Philosophen im Dritten Reich, Berlin 1990, S. 135.

9) Christoph Türcke: Denker der Zukunft. C. G. Jungs Archetypenlehre, in: Christoph Türcke: Gewalt und Tabu, Lüneburg 1992, S. 91.

10) Ebd., S. 106

11) Ebd., S. 107

12) Ebd., S. 107

13) Ebd., S. 107f.

Ergänzende Literatur:

Gero Fischer/Maria Wölflingseder (Hg.): Biologismus - Rassismus - Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch, Wien 1995, darin der Beitrag von Maria Wölflingseder: Biologismus - "Natur als Politik". New Age und Neue Rechte als Vorreiter einer (wieder) etablierten Ideologie.

Maria Wölflingseder: Fetisch Weiblichkeit. Über die diffizilen Zusammenhänge zwischen spirituellem Ökofeminismus und rechter Ideologie. In: Renate Bitzan (Hg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997.

Maria Wölflingseder: Die Spirituellen, die aus der Kälte kamen. In: El Awadalla: Heimliches Wissen - unheimliche Macht. Sekten, Kulte, Esoterik und der rechte Rand, Wien/Bozen 1997.

Maria Wölflingseder: Stichwort "Esoterik" im Handbuch Psychologische Grundbegriffe, hg. von Siegfried Grubitzsch und Klaus Weber, Reinbek bei Hamburg 1998.

Maria Wölflingseder: Liebe und Sex in Zeiten ohne Sinn und Sinnlichkeit. Über die Verdinglichung des Bewußtseins und die Mystifikation des Sexuellen an Hand von Marx` Warenanalyse und Werttheorie. In: "Weg und Ziel" 2/1996 (Wien).

41. Alternativen zum Warten auf "blühende Landschaften". Möglichkeiten und Grenzen alternativen Wirtschaftens

Ein Buch über Möglichkeiten und Grenzen alternativen Wirtschaftens

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Wirtschaft, Rationalisierung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:42

Bürgerkriege und Massensterben bestimmen weite Teile dieser Welt. Selbst in den (noch) stabilen Wirtschaftsregionen Westeuropas und Nordamerikas sind Massenarbeitslosigkeit und Demontage des Sozialstaates längst zu Dauerphänomenen geworden. Die "blühenden Landschaften", die man nach dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch Osteuropas der dort ansässigen Bevölkerung vollmundig versprochen hat, haben sich schnell als trostlose Kahlschläge entpuppt. Auf der Konferenz "Wirtschaft von unten", zu der die "Bürgerinitiative für Sozialismus" und das "Europäische Bürgerforum" im Februar 1997 in Potsdam eingeladen haben, stieß daher die Idee von "Selbsthilfe und Kooperation" in linken und alternativen Zusammenhängen auf fruchtbaren Boden. Schließlich scheint dies eine Alternative zum Warten auf einen immer wieder versprochenen, doch nie eintreffenden "wirtschaftlichen Aufschwung" zu sein.

Jetzt hat der Distel-Verlag die wichtigsten Beiträge dieser Konferenz herausgegeben. Sie lassen sich in zwei Gruppen unterteilen: 1.) theoretische Abhandlungen über die Möglichkeiten und Grenzen von alternativen Wirtschaftsprojekten und 2.) Vorträge von Mitarbeitern gescheiterter und noch existierender Projekte alternativen Wirtschaftens.

Die Krise und der "Dritte Sektor"

Zu den eher theoretischen Beiträgen gehört der Vortrag von Michael Buckmiller über "Perspektive sozialer Utopien". Im Gegensatz zum herrschenden Zeitgeist fordert Buckmiller "Mut zur Utopie" - bei seiner historischen Analyse sozialer Utopien jedoch bleibt er unerklärlicherweise in den siebziger Jahren unseres Jahrhunderts stehen.

Einen gänzlich anderen Ansatz vertritt Robert Kurz von der Nürnberger "Krisis"-Gruppe. Für ihn besteht die Funktion alternativer Wirtschaftsprojekte darin, dem Kapitalismus Ressourcen zu entreißen und unter Selbstverwaltung zu nehmen. Die zunehmenden gesamtgesellschaftlichen Krisenerscheinungen würden dazu führen, so Kurz, daß mangels Rentabilität immer mehr Grund und Boden, Gebäude, Produktions- und Kommunikationsmittel brachlägen, die sich der selbstverwaltete "Dritte Sektor" autonom aneignen könne. So sei es möglich, kooperative Produktions- und Dienstleistungszusammenhänge zu bilden und dadurch eine Entkoppelung sowohl von den Ware-Geld-Beziehungen als auch von allen Formen staatlicher Regulierung voranzutreiben.

Mit seiner Vision von der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln durch massenhafte Aneignung "warenwirtschaftlich unrentabler" Ressourcen durch selbstverwaltete Kooperativen hat Kurz als einziger Konferenzteilnehmer sowohl eine politische Strategie als auch eine radikale Systemkritik formuliert. Ob die "massenhafte Aneignung von Ressourcen" tatsächlich stattfinden und sich gegen den Widerstand sowohl des staatlichen Überbaus als auch der Besitzer eben jener Ressourcen durchsetzen kann, ist allerdings fraglich.

Andere Referenten der Konferenz zeigten weniger Sinn für gesamtgesellschaftliche Entwicklungsperspektiven. Michael Brumlik beispielsweise schlägt vor, per Gesetzgebung die Lebensarbeitszeit auf 25 Jahre zu begrenzen und sieht darin einen "Weg ins Paradies". In einer Zeit neoliberaler Großoffensiven ist dies freilich sehr naiv: Ganz ohne entsprechende Gesetzgebung haben viele Großunternehmen die Lebensarbeitszeit längst verkürzt. Gut ausgebildete und erfahrene Arbeitskräfte werden mit Anfang 30 eingestellt und 20 Jahre später - total ausgelutscht - wieder fallengelassen.

Selbstverwaltung in der Marktwirtschaft

Was "alternatives Wirtschaften" ist, ist auf der Konferenz nicht klar definiert worden. Das ist vermutlich einer der Gründe dafür, daß die Qualität der Buchbeiträge sehr unterschiedlich ist. Wie alternatives Wirtschaften nicht funktioniert, kann man in dem Vortrag von Hans See über die Übernahme der Glashütte Süßmuth durch ihre Belegschaft im Jahre 1969 nachlesen. Um die infolge gravierender Managementfehler drohender Schließung ihres Betriebes zu verhindern, führten die ArbeiterInnen und Angestellten ihn als Genossenschaft weiter. Die Genossenschaft existierte zehn Jahre. Weitere 16 Jahre konnte die Firma unter anderen Rechtsformen überleben, dann mußte sie 1996 endgültig schließen. Das war weniger einem "Klassenkampf von oben" geschuldet als gesamtgesellschaftlichem Anpassungsdruck: Das System kapitalistischer Warenproduktion duldet auf Dauer keine Verstöße gegen seine Gesetzmäßigkeiten.

Auch andere Konferenzbeiträge zeigen, daß sich selbstverwaltete Betriebe im Geflecht der kapitalistischen Wirtschaft in der Regel im Zustand einer permanenten Überlebenskrise befinden. Haben sie diese überwunden - was selten genug vorkommt -, so sind es keine selbstverwalteten Betriebe mehr.

Einen unfreiwilligen Beweis dafür liefert der Beitrag von Jost W. Kramer. Kramer ist der Meinung, daß sich Produktivgenossenschaften unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Wettbewerb beweisen müssen. Für ihn ist also die auf innerbetrieblicher Demokratie beruhende Selbstverwaltung der Genossenschaften den Zwängen marktwirtschaftlicher Logik untergeordnet. Worin sich Genossenschaften dann noch von "normalen" kapitalistischen Betrieben unterscheiden, bleibt Kramers Geheimnis.

VertreterInnen von Genossenschaften und Selbsthilfeprojekten waren auf der Konferenz zahlreich vertreten, trotzdem sind ihre Beiträge in dem Protokollband deutlich unterrepräsentiert. Ärgerlich ist es auch, daß selbstverwaltete Medienprojekte wie freie Radios, Zeitungen u.a. im Buch überhaupt nicht erscheinen, obwohl etliche an der Konferenz teilgenommen haben.

Die "Potsdamer Erklärung" der Konferenzteilnehmer - sie bildet den Schluß des Bandes - vermag zwar nicht, die unterschiedlichen Vorstellungen von Selbsthilfe unter einen Hut zu bringen. Einig war man sich aber, daß wirtschaftliche Selbsthilfe für immer größere Teile der Bevölkerung zu Überlebensfrage wird.

Gerd Bedszent

Friedrich Heckmann /

Eckart Spoo:

"Wirtschaft von unten -

Selbsthilfe und Kooperation",

Distel Verlag, 1997,

221 Seiten, 19,80 DM

42. Gegen die Hierarchisierung des Elends (I). Prekarisierung

Autor: Gruppe Blauer Montag · Rubrik: Sozialbewegung; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:08

Prekarisierung - Überlegungen zu einer prekären Debatte

Mit den Beiträgen von Karl Heinz Roth zu den "neuen Arbeitsverhältnissen" (ak 413) und der AG Neue Heimat im Bündnis Kritischer GewerkschafterInnen zum "Ende der normalen Arbeit" (ak 417) haben wir in dieser Zeitung die Diskussion um prekäre Arbeit eröffnet. Mit dem folgenden Text der Gruppe Blauer Montag wird diese Debatte fortgesetzt. Aus Platzgründen veröffentlichen wir das Papier in zwei Teilen. Teil 2, in dem die Verbindung zur Diskussion um Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung hergestellt wird, erscheint in ak 419.

Der Hintergrund für das folgende Papier sind zwei unterschiedliche Diskussionsstränge in ebenfalls jeweils unterschiedlichen Zusammenhängen. Zum einen wird die Prekarisierungsdiskussion aufgegriffen, wie sie in Teilen der Betriebs- und Gewerkschaftslinken geführt wird. So haben wir uns etwa seit dem Frühjahr diesen Jahres an entsprechenden Debatten im Rahmen der TIE/express-Treffen beteiligt. Schwerpunkt dieser Diskussion ist das Verhältnis der "atypischen" oder prekären Formen von Arbeit und Existenzsicherung zum sog. "Normalarbeitsverhältnis". Bei der damit verbundenen Debatte um Kampfmöglichkeiten und Kampforientierungen muß sich diese Diskussion mit linkssozialdemokratischen Vorschlägen aus Gewerkschaften und Parteien auseinandersetzen, die angesichts zunehmender und unübersehbarer Lücken tariflicher und betrieblicher Regulierungsmöglichkeiten auf eine neue, staatlich organisierte Regulierung von Arbeitsbedingungen und Existenzsicherung setzen. Der zweite Diskussionsstrang, der in dieses Papier eingegangen ist, bezieht sich auf unsere Auseinandersetzung mit den Forderungen nach Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung. Hier war der unmittelbare Anlaß ein Debattenvorschlag der Gruppe F.e.l.S aus Berlin, die damit alte Diskussionen der gewerkschaftsunabhängigen Erwerbslosenbewegung aufgegriffen hat und mit dieser Orientierung für einen größeren internationalen Kongreß zur Krise der Arbeitsgesellschaft in Berlin mobilisiert.

Wir haben lange überlegt, ob wir zwei getrennte Papiere veröffentlichen sollten, die sich dann deutlich auf die jeweiligen Diskussionszusammenhänge bezogen hätten. Letztlich haben wir uns aber doch zu dem Versuch entschlossen, beide Diskussionen, die in unseren Augen zusammengehören, auch direkt aufeinander zu beziehen; daher ein zusammenhängender Text. Gleichzeitig haben wir uns von den unmittelbaren "Vorlagen" entfernt und legen hiermit einen allgemeineren Beitrag vor, mit dem wir in diese laufenden Auseinandersetzungen eingreifen wollen. Im ersten Teil gehen wir auf die Debatte um prekäre Beschäftigungsverhältnisse ein. Unsere These ist dabei die, daß es bei der Prekarisierung letztlich um eine allgemeine Neudefinition dessen geht, was heute "normale" Arbeit ist. Im zweiten Teil stellen wir die Verbindung zu der Debatte um Existenzgeld und Arbeitszeitverkürzung her. Beide Forderungen werden solange nicht zu einer wirklich gemeinsamen Klammer der Kämpfe von (prekär) Beschäftigten und Erwerbslosen führen, wie sie als bloße Forderungen nach gesetzlichen Maßnahmen verstanden werden. Das ändert sich dann, wenn sie in jeweils unterschiedlicher Form die Weigerung transportieren, das eigene Leben bedingungslos den Anforderungen "der Arbeit" zu unterwerfen.

Kampf um das "Normalarbeitsverhältnis"

Die Prekarisierungsdiskussion krankt an der Unschärfe des Begriffs, und die Unklarheiten nehmen noch zu, weil Sinn und Zweck der Debatte nicht deutlich werden. Ganz zu schweigen von den politischen Schlußfolgerungen, den Handlungsorientierungen. Um es gleich vorweg zu sagen: Es macht keinen Sinn, Prekarisierung oder Prekarität als Begriff anzuwenden, um eine bestimmte Gruppe, Schicht oder gar Fraktion der Lohnabhängigen definieren zu können. Es gibt keinen "positiven" Begriff von Prekarisierung, er macht nur Sinn im Verhältnis zum sogenannten Normalarbeitsverhältnis. Deshalb bevorzugen ja auch andere wie etwa Karl Heinz Roth den Begriff der "atypischen" Beschäftigungsverhältnisse. Was aber ist nun "Norm" bzw. "typisch"?

Auch auf die Gefahr hin, dogmatisch-abstrakt zu erscheinen, wollen wir zunächst etwas Grundsätzliches hervorheben: Es gibt im Kapitalismus prinzipiell keine garantierten Beschäftigungsverhältnisse. Das einzige,

was wirklich garantiert bleibt, solange das Kapital durch Klassenherrschaft existiert, ist die Lohnabhängigkeit (nicht bloß von Einzelpersonen, sondern von privaten Haushalten). Und die Grundform dieser Lohnabhängigkeit ist prekär. Im älteren Wortschatz hieß dies einmal: "Proletarität", die garantierte Unsicherheit der Lebensbedingungen. Was wir Normalarbeitsverhältnis nennen, ist keine Norm kapitalistischer Reproduktion im allgemeinen Sinne auch historisch galt diese Norm weltweit ja nie, sondern ein historisches Verhältnis, geronnen in dem, was neuerdings "fordistischer Klassenkompromiß" genannt wird. Dieser Klassenkompromiß war kein Handel zwischen Gleichen, er ging vielmehr aus Klassenkämpfen hervor und beruhte, wenn auch vermittelt in vielen Formen von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, auf einem permanenten Klassenkonflikt. Im Kern enthielt dieser Kompromiß einen Deal mit wechselseitigen "Garantien". Dieser Deal beinhaltete einerseits einen störungsfreien Ablauf der Produktion, was ein erhebliches Ausmaß an Regulierung und Kontrolle der Arbeitskraft nach sich zog. Dafür war insbesondere die institutionelle Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, Betriebsräte, Linksparteien) mit zuständig. Andererseits handelte sich diese Arbeiterbewegung dafür einen relativen Massenwohlstand, auch als Massenwohlfahrt in Sozialstaatssystemen, ein.

Dieser Klassenkompromiß, und damit auch das historische Normalarbeitsverhältnis, ist nicht nur von oben aufgekündigt worden. Spätestens Ende der 60er Jahre zeigten sich Blockaden, Störungen im Produktionsprozeß teils durch offene Revolten in den Fabriken, teils durch stille Renitenz; jedenfalls ein deutliches Bewußtsein von der eigenen Macht in der Produktion und ein starkes Bedürfnis, gegen den Arbeitsdruck und die Arbeitsbedingungen vorzugehen. Die Widerständigkeiten gegen die Bedingungen der Produktion bedeuteten natürlich nicht, daß Ansprüche auf staatliche Transferleistungen aufgegeben worden wären. Sie bedeuteten auch keine bewußte Ablehnung des gesamten fordistischen Modells. Dennoch kollidierte die Ablehnung der spezifischen Produktionsform sofort mit diesem Modell kapitalistischer Vergesellschaftung, seine Grenzen waren damit gesetzt. Daraufhin begannen in den 70ern die Angriffe der herrschenden Klassen, mit denen ein neues Ausbeutungsmodell mit höheren Ausbeutungsraten durchgesetzt werden sollte. Diese Angriffe wurden in den 80ern wesentlich intensiviert und von den konservativen Regierungen weitergeführt. In Ländern mit einer stark entwickelten Arbeiterbewegung und entsprechenden Machtpositionen in Betrieb und Gesellschaft ging das nur in heftigen Brüchen, schweren Kämpfen vor sich, extrem etwa in Großbritannien. In der BRD vollzog sich dieser Prozeß eher schritt- und scheibchenweise, bis etwa Anfang der 90er Jahre. Prekarisierung, wie sie schon damals diskutiert wurde, bedeutet: Mit Hilfe von Deregulierung der Arbeitsmärkte und Entrechtung der Lohnabhängigen einerseits und einem erheblichen Druck auf die Sozialleistungen andererseits wird der Zwang zur Arbeit verschärft durchgesetzt.

Schon seit Anfang der 80er Jahre gibt es eine Debatte über Prekarisierung. Nur hat sie erst in den vergangenen Jahren an Breite gewonnen. Das beruht offensichtlich auf der beschleunigten Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Aber wenn diese ins Verhältnis zum Normalarbeitsverhältnis gesetzt werden, dann fällt schnell auf, daß die Prekarisierungsdebatte in demselben Maße zunimmt, wie der Begriff Prekarisierung an Trennschärfe verliert. Die Trennschärfe schien Anfang der 80er Jahre noch gegeben, als sich recht deutlich voneinander unterscheidbare Gruppen ausmachen ließen, damals insbesondere durch die Unterscheidung zwischen Rand- und Stammbelegschaften. Fast alle Statistiken von prekären Beschäftigungsverhältnissen orientieren sich an dieser Unterscheidung. Wie wenig Trennschärfe jedoch heute noch gegeben ist, sieht man an der Einordnung von Teilzeitkräften als prekäre Verhältnisse in einigen Statistiken und ihrer Auslassung in anderen. Gleiches gilt für die Erfassung von tarifierten Bereichen. Kann jemand genau erfassen, wieweit sich Tarifpraxis und Tariflosigkeit in vielen Einzelfällen noch voneinander unterscheiden?

Die Schwierigkeit, den Prekarisierungsbegriff zur Analyse von unterscheidbaren sozialen Gruppen anzuwenden, deutet auf das Ausmaß hin, mit dem Prekarisierung als Tendenz schon fortgeschritten ist. In dem Zusammenhang, wie hier Prekarisierung im Verhältnis zum historischen Normalarbeitsverhältnis bestimmt wurde, ergibt sich daraus eine erste, grundsätzliche Schlußfolgerung: Prekarisierung ist nicht (nur) die Schaffung von Sonderverhältnissen neben einem unberührten Normalarbeitsverhältnis, sondern gehört zu jenen Prozessen, die zusammengenommen historisch neu definieren, was als Norm für Arbeitsverhältnisse zu gelten hat. In jedem Fall handelt es sich also um ein Kampfverhältnis, etwas, das weder statisch in Tabellen einzufrieren noch als schematisches Szenario in die Zukunft hinein zu verlängern ist. Und es handelt sich um ein Kampfverhältnis, das in jedem Fall den gesamten Zusammenhang der lohnabhängigen Klasse, das gesamte Klassenverhältnis betrifft. Wohlgemerkt, das gilt für die historische Analyse; es ist aber schon ein

Hinweis darauf, daß der Schlüssel für den Kampf gegen die Prekarisierung weder allein in dem einen noch in dem anderen Sektor der Klasse zu finden ist.

Re-Regulierung

oder De-Regulierung?

Natürlich bleibt die Ungleichheit zwischen den Lebensbedingungen, vor allem aber zwischen den Kampfbedingungen der verschiedenen Sektoren der Klasse enorm. Nur ist dies kein Beleg dafür, daß zwischen Prekarisierung und Normalarbeitsverhältnis klar zu trennen wäre. Die Ungleichheit ist nämlich Voraussetzung dafür, daß sich die sogenannten typischen Arbeitsverhältnisse den atypischen angleichen, die prekären Arbeitsverhältnisse also zur Norm werden. Dies wiederum ist Bedingung dafür, daß Menschen in noch miesere Arbeitsbedingungen getrieben werden. Wie weit diese Schraube bereits angezogen worden ist, kann an der Erosion der kollektivvertraglichen Regulierung, der Tarifpolitik und der kaum noch zu erkundenden Grauzone von Tarifpraxis abgelesen werden.

Nun bietet diese Entwicklung zwar allerhand Stoff für dunkle Szenarien, aber es ist auch Vorsicht angesagt, was derartige Horrorprognosen betrifft. Abgesehen davon, daß die Auflösung des bisherigen Normalarbeitsverhältnisses noch keineswegs vollständig vollzogen ist, bleibt es auch fraglich, ob eine totale Deregulierung wirklich im Interesse der herrschenden Klasse liegt. Eine völlige Tabula rasa in der Tarifpolitik und den arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen bedeutet ja zugleich einen erheblichen Kontrollverlust über die Arbeitskraft. Regulierung oder Re-Regulierung heißt daher immer auch Kontrollgewinn über die Arbeitskraft, Rückkehr zum organisierten Pakt für eine störungsfreie Produktion. Es gibt schon heute einige Erfahrungen damit, daß bereits erste Anzeichen eines ernsthaften Widerstandes zu schnellen Regulierungsangeboten seitens der Unternehmer führen können.

Auf der anderen Seite hat sich auch die Sichtweise seitens der Gewerkschaften ein wenig verändert. Deren Politik konnte man bis vor einigen Jahren und heute noch überwiegend so charakterisieren: der Prekarisierung widerstehen, um die Kontrollmöglichkeiten im Betrieb zu behalten. Was aber nicht hieß, Prekarisierte in Richtung auf kollektive Kämpfe zu organisieren, sondern sich in den Betrieben gegen die Bedrohung von außen zu verbarrikadieren. Die Wirklichkeit hat diesen hartnäckigen Widerstand zur Bestandssicherung der Stammbelegschaften mehr und mehr ins Leere gehen lassen. Sicher dominiert diese Haltung noch innerhalb der Gewerkschaften, aber die plötzliche Bereitschaft zur Debatte über Prekarisierung ist letztlich der Erfahrung zu verdanken, daß die Staumauern zwischen Rand- und Stammbelegschaften zwar noch nicht eingebrochen, aber bereits kräftig unterspült worden sind.

In den Gewerkschaften wird sehr wohl gesehen, daß der Bereich, der tarifpolitisch nicht abgedeckt wird, immer größer wird. Auch der Druck auf die Sozialleistungen kann im tarifierten Bereich kaum noch aufgefangen und durch Tarifvereinbarungen ausgeglichen werden. Diese Lücke kann nach der Logik gewerkschaftlicher Politik und auch nach der Logik etwa maßgeblicher PDS-PolitikerInnen nur durch eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Gesetzgebung gefüllt werden. Grundsicherung, gesetzliche Arbeitszeitregelungen, Mindestlohn usw. dies alles sind Stichworte für eine Re-Regulierungspolitik. Nun wird niemand etwas gegen eine Verbesserung der gesetzlichen Regelungen haben. Es ist ja nicht alles reformistisches Teufelswerk, was das Leben besser macht. Aber hier drücken sich Gewerkschaften und linke Sozialpolitiker gleichermaßen um das Problem: Denn was können die parlamentarischen Sozialpolitiker schon im Gesetzeswerk bewegen, wenn es keine außerparlamentarische soziale Mobilisierung, also Kämpfe gibt?

Wenn es stimmt, daß Prekarisierung der Angriff auf und der Kampf um die Norm der Arbeitsverhältnisse ist, dann läßt sich jetzt schon sagen, daß eine Re-Regulierung von staatswegen nur auf dem Niveau stattfinden wird, das entweder kämpfend oder eben kampflos erreicht wurde. Würde sich die herrschende Klasse auf dem heutigen Stand auf eine Neuregulierung einlassen, käme exakt das dabei heraus, was zum Beispiel in Großbritannien unter New Labour geschieht und möglicherweise in der BRD unter Schröders Rot-Kohl auch ansteht: Einfrieren des Status quo und damit Festschreibung aller bisherigen Angriffe des Kapitals und Niederlagen des marginal gebliebenen sozialen Widerstandes.

Arbeit, Einkommen und die Hierarchie des Elends

Alles deutet darauf hin, daß die absolute Arbeitszeit ausgeweitet wird, daß die Menschen immer mehr Zeit mit (Lohn-) Arbeit verbringen. Nicht nur der Blick auf das "amerikanische Jobwunder" zeigt, daß die Forderung nach "Vollbeschäftigung" z.Z. auf unheimliche Weise erfüllt wird. Auf ähnlich unheimliche Art und Weise verwirklicht sich damit auch die alte radikale Forderung nach einer Entkoppelung von Arbeit/Produktivität und Einkommen: Früher hieß es "Mehr Lohn, weniger Arbeit". Existenzsichernde und menschenwürdige Einkommen sollten unabhängig von der Arbeitsleistung sein. Heute hingegen werden für immer niedrigere Löhne immer längere Arbeitszeiten und immer schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptiert.Hier hat nicht nur die Erwerbslosigkeit an sich, sondern insbesondere die Durchsetzung prekärer Beschäftigungsverhältnisse mit den darin typischen hohen Ausbeutungsraten schon Maßstäbe gesetzt. Wenn heute ArbeiterInnen einer Arbeitszeitverlängerung zustimmen, weil sie so ihr Einkommen in der gewohnten Höhe behalten, dann kommt das einem totalen Zusammenbruch an gewerkschaftlichem Bewußtsein gleich - wohlgemerkt, ein ganz normales Lohnabhängigenbewußtsein im Kapitalismus! Sich im Widerstand gegen Prekarisierung des Normalarbeitsverhältnisses auf das soziale Masseneinkommen zu reduzieren, ohne zugleich die Arbeitsbedingungen - Arbeitszeit und Intensität der Arbeit - zu thematisieren, ist fahrlässig; und zwar deshalb, weil dann nur noch der Schein von sozialer Gerechtigkeit aufrecht erhalten wird, während der wirkliche Erfolg der neoliberalen Politik unangetastet bleibt: daß Arbeit immer billiger wird.

Wer kämpft mit wem und gegen wen? Es gibt eine fatale Schere im Massenbewußtsein: auf der einen Seite die Tendenz zur entwürdigenden Haltung "Nehme jede Arbeit an"; auf der anderen Seite das Bewußtsein einer konservativen Besitzstandswahrung bei Beschäftigten, die das Recht auf kollektivvertraglichen Schutz zum Privileg umwandeln. Ein Recht kann zum Privileg verwandelt werden, wenn seine Allgemeingültigkeit in Frage gestellt wird (Wir erinnern hier nur an die heftigen Widerstände gegen Illegale statt gegen Illegalisierung). Verstärkt werden diese Fronten im Massenbewußtsein durch eine Hierarchisierung des Elends, worin leider Linke die größten Meister sind. Argumentationsmuster wie "Euch geht's ja noch gut, ihr profitiert vom Elend der Armen und Entrechteten" reproduzieren bei den fest Beschäftigten nur das Bewußtsein vom Glück und Privileg: "Warum soll ich noch kämpfen, wenn es anderen doch noch viel schlechter geht?"

Es gibt aber auch die Möglichkeit der Umkehrung: vom Privileg zum Recht. Das bedeutet, den Kampf für sich zugleich für alle zu führen. Und wenn es etwas gibt, das die vielzitierten und häufig mystifizierten Erfahrungen in Frankreich zu Lehren für uns werden läßt, dann ist es diese Öffnung. Es gäbe kaum eine derartig wirksame Bewegung von Prekären und Erwerbslosen in Frankreich, wenn nicht zuvor eine allgemeine soziale Bewegung aus dem Kampf eines durchaus "privilegierten" Sektors des traditionellen Kerns der Lohnabhängigen hervorgegangen wäre. Am Anfang stand die Orientierung: "Was wir für uns tun, tun wir für alle!" Mittlerweile heißt es schon häufiger: "Nichts für uns, alles für alle!"

Solidarität und Ausgrenzung bestimmen sich nicht danach, wer wo in der Hierarchie des Elends steht, sondern danach, ob und wofür gekämpft wird. Ein Kampf gegen illegale Beschäftigungsverhältnisse der von "Legalen" für und mit "Illegalen" geführt wird, ist richtig und notwendig. Umgekehrt kann ein Kampf für allgemeine, kollektivvertragliche Rechte nicht deshalb aufhören, weil prekär Beschäftigte zum Beispiel während eines Streiks ihrer Arbeitsmöglichkeiten beraubt werden; als Streikbrecher wären sie "Schmutzkonkurrenz". Wenn aber Festbeschäftigte sich um ihren Betriebsrat und die Gewerkschaft scharen, um sich die Prekären mit Hilfe der institutionellen Politik ausgrenzend vom Hals zu halten, sind diese Festbeschäftigten selbst die Schmutzkonkurrenz.

Bewegung nur

auf dem Papier?

Alle für sich und niemand für alle, so sieht es im Moment aus. Selbst wenn wir jetzt, noch immer stark vermittelt über die institutionelle Gewerkschaftspolitik, Erfahrungen mit Erwerbslosenaktionen gewonnen haben, hat sich an der Selbstbezogenheit von Teilbereichsinitiativen sehr wenig geändert. Natürlich ist es eine neue und positive Erfahrung, wenn Erwerbslose selbstbewußt für sich eine politische Öffentlichkeit herstellen. Das kann Rückwirkungen haben bei den Beschäftigten, aber wer nimmt diese Rückwirkungen auf, und wie? Zwischen den Aktiven in den Betrieben, auch den Betriebslinken, und den sozialen Initiativen liegen Welten.

Aus dem bislang Gesagten geht wenigstens eines hervor: Es macht keinen Sinn, wenn die brüchigen oder gerade erst entwickelten Organisations- und Kommunikationsstrukturen in dem einen Bereich zugunsten eines

anderen aufgegeben oder aufgelöst würden. Der entscheidende Fortschritt tritt auf beiden Seiten erst ein, wenn Debatten und Organisierungsversuche aufeinander bezogen werden. Hier ist ja immer von der "Klasse" die Rede, ihren inneren Brüchen, aber auch von der Notwendigkeit, das gesamte Klassenverhältnis im Blick zu behalten. Die Wortwahl, "Klasse", ist noch ganz Ausdruck der jetzigen Misere, daß wir uns nämlich in den großen Bezügen auf die Klassenverhältnisse und mögliche Bewegungen immer noch in der Phase des Trockenschwimmens befinden. Wenn Initiativen und Bewegungen einmal tatsächlich fusionieren, also so etwas wie eine Soziale Bewegung existiert, die in der Praxis sehr wohl weiterhin aus Teilbereichsaktivitäten bestehen wird (es sei denn, sie nähme den schrecklichen Weg, ihr Schicksal einer Partei zu überantworten), dann wird statt des kargen Worts "Klasse" eben nur noch von dieser Sozialen Bewegung die Rede sein.

Das kann in der heutigen Praxis gewiß nicht künstlich herbeigeführt, allenfalls in Debatten vorweggenommen werden. Was heute schon praktisch möglich ist, ist freilich die Verweigerung von Identitäten, die nur die Hierarchie des Elends reproduzieren. Als entscheidenden Fortschritt in den französischen Bewegungen haben Aktivisten von AC! die Überwindung der Erwerbslosen-Identität genannt: Sie seien vom Ausgangspunkt her nicht Erwerbslose oder Beschäftigte gewesen, sondern hätten zum Grundsatz gemacht, daß jeder Erwerbslose ein potentieller Erwerbstätiger und jeder Erwerbstätige ein potentieller Erwerbsloser sei. Das zusammen ergibt die Prekarität. Ein qualitativer Sprung wäre erreicht, wenn in den Aktivitäten von Betriebslinken und Menschen aus den sozialen Initiativen ein ähnlicher Bezug aufeinander hergestellt werden könnte. Auch wenn Welten zwischen den Bereichen liegen und die Kampfformen und -bedingungen sehr verschieden sind, die Inhalte einer radikalen Orientierung z.B. von Grundsicherung und Arbeitszeitverkürzung als gemeinsame Bezugspunkte sind keineswegs so weit voneinander entfernt.

In der jetzigen Situation ist deshalb diese inhaltliche Debatte selbst eines der wichtigsten Momente der Organisierung. Sie ist real die "Vernetzung", von der andauernd die Rede ist und deren Einforderung ein Übermaß an Verbindungen herstellt, Verbindungen, in denen viel geschieht, jedoch auch nur wenig kommuniziert wird. Sich zu organisieren heißt nicht, den Ort der eigenen Praxis zu verlassen, sondern sich in der Debatte jedem Modell eines privilegierten Ortes - etwa der Zentralität des Großbetriebes und der Fabrik oder der rein lokalen Organisierung in Sozialläden und Sozialzentren - zu verweigern.

Gruppe Blauer Montag

Das vollständige Papier kann bezogen werden über: Gruppe Blauer Montag, c/o GWA St. Pauli-Süd, Hamburger Hochstr. 2, 20359 Hamburg

43. Allumfassendes Schulterklopfen. "Postfordistische Guerilla" - eine Rezension

Autor: efa · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak418/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:11

Die Hamburger gruppe demontage hat ein unbescheidenes Anliegen: Sie will in ihrem fast dreihundert Seiten dicken Buch klären, "ob, wie und wo sich in nationalen Befreiungsbewegungen soziale Emanzipation jenseits von Staat und Nation entfalten kann". Die These der AutorInnen ist, daß sich unter den veränderten Rahmenbedingungen des Postfordismus die politischen Spielräume für nationale Befreiungsbewegungen verändert haben und daß man deshalb - und weil es sowieso falsch ist, auf nationale Befreiung zu setzen - neue Konzepte entwickeln muß.

Da der Begriff Postfordismus eine zentrale Rolle in dieser Argumentation einnimmt und zugleich im Titel auftaucht, wäre es interessant gewesen zu erfahren, warum denn nun ausgerechnet diese Kategorie die Gesamtheit aller gegenwärtigen ökonomischen, politischen und sozialen Realitäten ausreichend beschreiben soll. Insbesondere weil die AutorInnen nicht müde werden zu betonen, daß sie die Aufteilung in Haupt- und Nebenwidersprüche für falsch halten, hätte diese absolutierende Verwendung eines ökonomistischen Begriffs begründet werden müssen.

Aber eben das sucht man in diesem Buch durchgängig vergebens: Daß die VerfasserInnen die von ihnen vorgebrachten Thesen zueinander in Beziehung setzen. Da wird zwar wieder und wieder erwähnt, daß es keine soziale Befreiung ohne die Befreiung der Frau geben könne. Aber die eigentliche Patriarchatskritik wirkt merkwürdig angeklatscht und verkürzt. Das Buch tritt mit dem Anspruch an, eine Analyse der gegenwärtigen politischen Verhältnisse mit aktuellen politischen Analysekategorien durchzuführen. Deswegen müssen in Bezug auf die Patriarchatskritik dann auch diskurstheoretische und dekonstruktivistische Ansätze erwähnt sein. Das bedeutet aber weder, daß man sie verstanden hat (Diskurs ist eben nicht gleich Ideologie), und schon gar nicht, daß man sie in die Analyse einbezieht. Nein, da bezieht man sich dann lieber auf "den marxistischen Flügel der feministischen Theorie, wie sie in den späten 60er und 70er Jahren entwickelt wurde". Weils halt besser paßt.

Diese methodische Willkür zieht sich leider durch das gesamte Werk. Da will man zwar einerseits ganz radikal und ganz grundsätzlich Befreiungsbewegungen weltweit und die deutsche Solibewegung kritisieren. Da taucht in den - durchaus interessanten - Länderbeispielen (Algerien, Korsika, Chiapas, Nordirland, Baskenland, Kurdistan) dann aber weder Nicaragua noch El Salvador oder Kuba auf, was ja irgendwie auch nahe gelegen hätte. Aber das wird mit einem Handstreich im Vorwort weggewischt - die Zeit hat halt nicht gereicht. Wieso die Zeit aber dann reichte, sich mit der im Verhältnis zur deutschen Solibewegung doch relativ abseitigen korsischen Befreiungsbewegung so ausführlich zu beschäftigen, bleibt unklar. Übrigens taucht Nicaragua dann später im Band unvermittelt doch noch auf: In dem Teil, wo der deutschen Solidaritätsbewegung mal so richtig die Leviten gelesen werden, geht es unter dem Punkt "Institutionalisierung" dann plötzlich um Nicaragua. Der erstaunten Leserin bleibt nur der Schluß, daß es für eine Bausch-und-Bogen-Kritik offenbar weder Hintergrundinformationen noch eine fundierte Analyse braucht, sondern assoziatives Gedankenspiel ausreicht.

Insgesamt vermitteln die AutorInnen den Eindruck, als würden sie unter dem massiven Druck stehen, nichts unerwähnt lassen zu dürfen. So muß auch die "rassifizierte Lohnarbeit" (schauder) eingebracht werden, eine wirkliche Diskussion der Frage, was die Rassismusanalysen für auf Befreiung angelegte politische Strategien bedeuten, sucht man vergebens.

Aktuelle Befreiungsbewegungen kommen nicht gut weg vorm unbarmherzigen Auge der gruppe demontage. Sowieso gibt es bloß zwei Alternativen für Befreiungsbewegungen - eine gute, eine schlechte: nämlich, sich wie die FLNC in Korsika für das Mitkonkurrieren im reorganisierten kapitalistischen Weltmarkt zu entscheiden oder - und da taucht sie wieder auf, die wahre, einzig richtige und wahrhaftige revolutionäre Motivation - die "Selbstorganisation der Ausgebeuteten" voranzubringen wie die EZLN in Mexiko. Natürlich ist auch die EZLN im Sinne der AutorInnen nicht perfekt, finden sich doch auch in ihren Ansätzen völkische Spurenelemente. Dafür ist sie unglaublich antipatriarchal, denn schließlich würden die Frauen im Kampf der EZLN den Umgang mit Waffen und den Umgang mit Verhütungsmitteln lernen ... wunderbar.

Insgesamt wartet man nach soviel prinzipieller, groß angelegter Kritik und schulmeisterlichen Ratschlägen - "bewaffnet kämpfende Befreiungsbewegungen sollten ihre militärischen Strukturen folglich den politischen unterordnen" - gegen Ende des Buches gespannt auf die Schlußfolgerung der AutorInnen. Hier erhofft man sich Aufklärung darüber, wie das, was praktisch alle Befreiungsbewegungen und die deutsche Solibewegung so grundfalsch machen, richtig gemacht werden kann. Was die Inhalte und vor allem der Zusammenhang von so wenig greifbaren Schlagwörtern wie Sozialismus und Emanzipation in Verbindung mit Antinationalismus und Postfordismus denn nun sind. Und da kommt - nichts. Doch: der "kommunistische Kosmopolitismus, der gegen das Dogma des Selbstbestimmungsrechtes der Völker einen grenzüberschreitenden Kommunismus fordert". Einige Seiten vorher hatten wir in einer Art psychoanalytischem Exkurs gelernt, daß die deutsche Linke wegen des nicht verarbeiteten NS-Traumas ihre völkischen Bedürfnisse auf die Befreiungsbewegungen projiziert. Welchen Allmachtsphantasien dieser universale Kosmopolitismus entspringt, wird nicht analysiert. Und welche Strategien konkret diesen antinationalen Internationalismus politische Realität werden lassen sollen, erfahren wir auch nicht. Dafür aber, und das ist ja vielleicht auch wichtiger, wird uns im letzten Satz des Buches noch einmal klargemacht, daß es darum geht, ein "wahrer" Antinationaler zu sein und die "falschen" Antinationalen zu entlarven.

Es ist der gruppe demontage positiv anzurechnen, daß sie sich überhaupt noch einmal an das unpopulär gewordene Thema Nationale Befreiung gemacht hat. Trotzdem wäre weniger mehr gewesen. Weniger Anspruch und mehr Sachlichkeit, weniger Schulmeisterei und mehr theoretische Fundierung. So hält sich während der Lektüre von vorne bis hinten der Eindruck, daß sich da welche beim Schreiben permanent selber auf die Schultern klopfen.

efa

gruppe demontage: Postfordistische Guerilla. Vom Mythos nationaler Befreiung. Unrast-Verlag, 280 S., 29,80 DM

44. Quelldatei 26.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak418/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:26

Leserbrief

Betr.: ak-Abo

Mehr Konkretes

[...] Ich habe grundsätzlich kaum inhaltliche Kritik an den Artikeln Ihrer Zeitung. Allerdings würde ich im Zusammenhang mit den Arbeitslosigkeitskorrespondenzen konkrete Forderungen stellen (z.B. die Forderung nach höheren Löhnen - der Zusammenhang ergibt sich aus Karl Marx' ökonomischer Analyse in der Krisentheorie). Dies sei auch zur Schulung empfohlen. Aber wir brauchen natürlich, um die Forderungen durchzusetzen, auch ein anderes politisches System.

Mit besten Grüßen,

Andreas Wilhelm S.

45. Quelldatei 30.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak418/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:30

Dreißig Jahre iz3w

Herzlichen Glückwunsch nachträglich: Mit der Augustausgabe feiern die blätter des informationszentrums 3. welt ihr 30jähriges Bestehen. Insgesamt fünf Artikel reflektieren von innen oder außen den Werdegang des Blattes, so daß sich auch die jüngere Generation über die wechselvolle Geschichte dieser Zeitschrift in Kenntnis setzen kann. War in den 70er und 80er Jahren in Übereinstimmung mit der Internationalismus-Bewegung das Ziel der blätter, "neue Kreise zu erreichen", wie es im Editorial heißt, sieht es heute so aus, als seien diese Kreise geschlossen: weniger Aktionsgruppen, weniger Länder-Soli-Gruppen - und in der Konsequenz auch weniger AbonnentInnen. Dieses Verlassen geschlossener Kreise hatte und hat aber auch sein Positives: Die Erweiterung der Themen etwa um Musik, Sport, Biopolitik, cultural studies etc., die gleichwohl immer einen "Südbezug" enthalten, trägt wesentlich zum hohen Informationsgehalt der blätter bei. Daß dabei die Diskussion um Beliebigkeit auf der einen oder ideologische Beengtheit auf der anderen Seite nicht ausbleiben kann, ist logisch. In eben diese Debatte geben die Geburtstagsbeiträge einen guten Einblick. Eine Bilanz der von der Aktion Dritte Welt - der Verein zur Zeitschrift - angestoßenen ideologiekritischen Auseinandersetzung um "Entwicklungshilfe" zieht Christian Stock. Auf einer imaginären Festveranstaltung kommen - via Vermittlung von Stephan Günther - LeserInnen und RedakteurInnen zu Wort und diskutieren über das besondere Geheimnis der Zeitschrift - "wieso es sie nach 30 Jahren immer noch gibt, ohne daß eine nennenswerte Solidaritätsbewegung existiert". Jörg Später erinnert an den Skandal um den wohl bekanntesten iz3w-Titel "Holocaust an den Palästinensern" und analysiert den Umgang der blätter mit dem Israel-Palästina-Konflikt im Rückblick. Und schließlich erzählt Silke Bellanger die "Bildergeschichte der blätter" und berichtet von der Schwierigkeit, im Layout und in der Bilderauswahl nicht immer wieder die "Festschreibung des Anderen fortzuführen".

blätter des iz3W, Ausgabe 231, August 1998. iz3w, Postfach 5328, D-79020 Freiburg, 52 Seiten, 8 DM

Osteuropäische Literatur

Literatur aus den Ländern der Arme-Leute-Donau, aus den Schluchten des Balkan, aus Transsylvanien - das ist das Thema der neuen Nummer von laufschrift. Magazin für Literatur und Kunst. Ein ungemein spannendes Thema, denn mit der Wende von 1989 sind in den Ländern des untergegangenen Ostblocks alle Dämme gefallen, mit denen sie bis dahin vom Westen abgeschottet waren. Jetzt werden massenhaft westliche Einflüsse wie etwa der nouveau roman oder der Existenzialismus, konkrete Poesie und absurdes Theater, Beatnik-Literatur und Strukturalismus rezipiert, die zuvor nur parteigefiltert oder illegal in kleinen Häppchen zu haben waren. Die Postmoderne hat Osteuropa erobert. In Tschechien allerdings arbeitet sie sich immer wieder auch an der Vergangenheit ab, wie Balduin Winter in einem Essay zeigt. Um Bruch und Kontinuität geht es in allen Beiträgen des Heftes. Gibt es eine rumäniendeutsche Literatur nach 1990? fragt Axel Barner in einem literaturhistorischen Beitrag, und Balduin Winter erinnert in einer politisch-poetischen Notiz vom fast vergessenen Kosovo an die verschlungenen Wege der albanischen Literatur. Wie in den eher theoretischen Beiträgen sind auch in den Gedichten und Kurzgeschichten Politik und Krieg stark präsent. David Albahari z.B. thematisiert in der Erzählung Erdnuß, Eichhörnchen, Hut die Schwierigkeiten des Vaters, über seine Erfahrungen in einem deutschen Lager zu sprechen. Rezensionen und eine kleine Bibliographie osteuropäischer Literatur schließen das Heft ab, das den geneigten LeserInnen hiermit ans Herz gelegt sei.

laufschrift. Magazin für Literatur und Kunst, Heft 6 (1/98), 7,- DM, zu beziehen über den Buchhandel (ISSN 0949-1392) oder direkt beim Verlag Martin Bernhard, Königstr. 82, D-90762 Fürth

Jean Améry

"Ich gehe als Jude durch die Welt gleich einem Kranken mit einem jener Leiden, die keine großen Beschwerden verursachen, aber mit Sicherheit letal ausgehen." Mit diesem Zitat aus dem Werk Jean Amérys endet Harry Rosinas "subjektiv-biographische Erzählung" über den österreichischen Schriftsteller, der im Oktober 1978 in Salzburg Suizid beging. Améry hat die Konzentrationslager Breendonk, Auschwitz, Buchenwald und Bergen-Belsen überlebt und war vor allem in Breendonk bestialischen Folterungen ausgesetzt. Rosina betont, wie wichtig für das Verständnis von Amérys Werk das sogenannte "Tortur-Kapitel"

ist, das Améry 1966 in seinem Buch "Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten" veröffentlicht hat. Darin beschreibt Améry das unvorstellbare Martyrium, das ihm der für seine extreme Grausamkeit berüchtigte SS-Mann Artur Prauss (Améry nennt ihn Praust) im KZ Breendonk zugefügt hat. In Form einer "gefühlsbetonten Annäherung an die Situationen eines jüdischen Schicksals" versucht Rosina, das Leben von Jean Améry (eigentlich Hans Mayer) nachzuzeichnen. Der emotionale Zugang führt zu einem mitunter übermäßigen Gebrauch wertender Adjektive, so daß sich der Leser teilweise bevormundet fühlen dürfte. Trotzdem sei das kleine Heft vor allen jenen empfohlen, die Améry bisher noch nicht kennen und allenfalls einmal von seinem Buch "Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod" gehört haben.

Harry Rosina: Jean Améry - P-R-A-U-S-T oder: Der Letalfaktor, 60 Seiten, Edition Anares Bern, Rathausgasse 28, CH 3000 Bern

Aus Kirche und Gemeinde

Die Materialien und Informationen zur Zeit, ein "politisches Magazin für Konfessionslose und AtheistInnen" untertitelte Magazin, ist nicht nur für den bezeichneten LeserInnenkreis interessant. Auch engagierte linke ChristInnen können von den MIZ-Ausgaben profitieren, die seit nunmehr 27 Jahren wichtige Anmerkungen zu den Umtrieben der Amtskirche enthalten. In Zeiten schwindenden Einflusses der Großkirchen und rückläufiger Gläubigenzahlen stellen die MIZ ihre Existenzberechtigung auch dadurch sicher, daß sie sich vermehrt den religiösen und esoterischen Kleinkulten, Albernheiten und Gefährlichkeiten widmen. Und die nehmen zu! Leider scheinen sich im MIZ-Umfeld auch einige BioethikerInnen mit ihren Singerschen Euthanasie-Thesen zu bewegen, was sich z. 8. in Nr. 1198 auf der Leserbriefseite niederschlägt. Weniger schön, was sich da unter dem Deckmantel des konfessionslosen und materialistischen Denkens tummelt. Insgesamt reden die MIZ-MacherInnen erfreulich wenig von Gott und dafür lieber über die Kirche und (pseudo-)religiöse Kulte. Damit umgehen sie nicht nur frühere atheistische Peinlichkeiten; sie schaffen es dadurch sogar, eine interessante Zeitschrift produzieren.

MIZ - Materialien und Informationen zur Zeit, 76 Seiten, 7 DM, vierteljährlich, MIZ-Redaktion, Postfach 167, 63703 Aschaffenburg

Anti-Antifaschismus

auf Wiener Art

Die Einschüchterung linker JournalistInnen ist längst keine Spezialität diktatorisch regierter Länder mehr; auch im gemütlichen Österreich werden mißliebige JournalitInnen terrorisiert, wie Wolfgang Purtscheller in seinem neuesten Buch faktenreich darlegt. Purtscheller war in Österreichs Medienlandschaft ein gefragter Mann, wenn es um das Thema Rechtsradikalismus ging - bis Mitte der 90er Jahre. Zwischen Dezember 1993 und 1996 erschütterten fünf Briefbombenserien die Alpenrepublik. Die AdressatInnen des Terrors, für den eine "Bajuwarische Befreiungsarmee" (BBA) verantwortlich zeichnete, waren Roma, MigrantInnen und bekannte AntirassistInnen. Putscheller reagierte nicht mit rituellen Betroffenheitsbekundungen, sondern zog Verbindungen von dem völkischen Theoriegebräu der BBA zu Medien der salonfähigen Rechten, z.B. zur Aula, dem Organ der freiheitlichen AkademikerInnen. Dadurch geriet er ins Visier von Haiders rechtspopulistischer Freiheitlicher Volkspartei (FPÖ) und deren Medien, die eine Verleumdungskampagne gegen ihn starteten. Schnell wurde Purtscheller zur persona non grata. Selbst von linksliberalen KollegInnen bekam er nur noch Absagen: "Dein Thema ist interessant, doch wir können uns eine Pressekampagne der FPÖ nicht leisten", hieß es bedauernd. Die Rechten haben ihr Ziel erreicht: Purtscheller hat Österreich verlassen, weil er dort um sein Leben fürchtet. Und FPÖ-Gastbeiträge sind heute selbst in liberalen Medien gefragt, während antifaschistische Positionen völlig isoliert sind. Auch linke JournalistInnen lassen die Finger von diesem heißen Eisen. "Ich will nicht, daß es mir so geht wie dem Purtscheller", so der Standardspruch.

Wolfgang Purtscheller, Delikt: Antifaschismus. Briefbombenterror in Österreich und Kriminalisierungskampagnen von Rechts. Mit Gastbeiträgen von Elfriede Jelinek, Wolfgang Gombocz und Doron Rabinovic, Berlin (Elefantenpress) 1998, 191 Seiten, 29,90 DM

46. Quelldatei 43.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak418/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:43

Kalender

Gewerkschaften und EU

Das "Forum Sozial", eine Plattform zur Diskussion der europäischen Gewerkschaftspolitik, hat Horst Schmitthenner (IGM), Gian Paolo Patta (CGIL) Jean Pierre Page (CGT) und Angel Crespo (CC.OO.) eingeladen, um über ökonomische und politische Auswirkungen des Euro, europäische Sozial- und Beschäftigungspolitik und Arbeitszeitpolitik zu diskutieren. Infos und Anmeldungen: Redaktion der Zeitschrift Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Tel.: 040-28050566, Fax: 28050568.

Frankfurt/M, 3.10., 10.30-15.00h, DGB-Haus, Gr. Saal, Wilhelm-Leuschner-Str.60-77

Umkämpfte Räume

Die Ausstellung Baustop-randstadt thematisiert Konflikte um die Ausrichtung der Berliner City auf gehobenen Konsum und das spekulative Privatisieren von öffentlichem Raum, die Unterdrückung von Frauen, Geschichtsverdrängung und verschärfte Sicherheitspolitik. In diesem Zusammenhang gibt es in Berlin eine Veranstaltungsreihe, auf der u.a. ak-Autor Dirk Hauer sprechen wird.

Berlin, bis 11.10., tägl. 12.00-18.30h, NGBK, Oranienstr. 25: Baustop-randstadt,

Berlin, 30.9. bis 9.10., Markthalle Berlin-Carré, Alexanderplatz:

30.9., 21.00h, Cool Berlin? Kulturbetrieb im nationalen Wettbewerb. Mit Sabeth Buchmann, Helmut Draxler, Simon Ford, Harald Fricke; 5.10., 20.00h: Gesellschaftsumbau - Stadtumbau - Ostabwicklung. Gespräch zu Alexanderplatz und Planwerk Innenstadt mit Simone Hain, Dirk Kaden, Wolfgang Kil; 9.10., 20.00h: Umkämpfte Räume. Mit Britta Grell, Dirk Hauer, Pia Peddinghaus.

Servus CDU, grüß Dich SPD!

Thomas Ebermann (Autor), Isabelle Graw (Texte zur Kunst), Petra Sitte (PDS, angefragt) und Christoph Gurk (Spex) kommentieren die Bundestagswahl und debattieren über (außer)parlamentarische Politik. Eine Veranstaltung der Zeitschrift Die Beute. Anschließend gibt's Musike.

Frankfurt/M., 8.10., 20.00 Kunstraum, Junghofstr, 16.

Putsch in Chile

Maria Rojas, Leiterin des Casa Memorial Salvador Allende, spricht über 25 Jahre Putsch in Chile - 25 Jahre Neoliberalismus.

Dortmund, 5.10., 19.30h Literaturkaffeehaus Taranta Babu, Humboldtstr. 44.

Nächstes Jahr in Köln I

Unter dem Motte "Widerstand statt Nachbessern" steht die Veranstaltung des Arbeitskreises International der IG Medien Dortmund gegen den EU-Gipfel und den G8-Gipfel.

Dortmund, 6.10., 19.30h Literaturkaffeehaus Taranta Babu, Humboldtstr. 44.

Faraj Sarkuhi

Faraj Sarkuhi, ein politischer Gefangener unter dem Schah- und dem Khomeini-Regime, berichtet über die Lage der Intellektuellen im Iran.

11.10., 18.00h, Essen, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100.

Lehren für die Antifa

Die Berliner Historiker Kurt Pätzold und Manfred Weissbecker referieren zum Thema "Die Frühgeschichte der NSDAP als Erfahrung für die Gegenwart":

Berlin, 13.10., 15.00h, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstr. 13-14.

Frauenbewegung und Friedensprozeß in Nordirland

Das ist das Thema eines Vortrags von Annie Campbell (Women's Coalition) aus Nordirland, die von der Irland-Gruppe im Infoladen Omega, Berlin, eingeladen worden ist.

Berlin, 16.10., 19.30h, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40-41.

Neoliberalismus global

Das Multilaterale Abkommen über Investitionen (M.A.I.) soll mit einem weltweit verbindlichen Regelwerk die letzten Hindernisse für freien Kapitalfluß beseitigen. Peter Wahl (WEED) informiert über die wichtigsten Inhalte des M.A.I. und den Stand der OECD-Verhand-

lungen, Hans-Werner Schuster (ÖTV; Komitee gegen das M.A.I.) schildert mögliche Konsequenzen im arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Bereich.

20.10., 20.00h, Essen, Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100.

IG Farben

Zum ersten weltweiten Treffen ehemaliger Häftlinge des Lagers Auschwitz-Monowitz, die die Zwangsarbeit für die IG Farben im Buna-Werk überlebt haben, lädt das Fritz-Bauer-Institut ein, das außerdem im Casino des IG-Farben-Hauses eine Ausstellung zu dem Thema zeigt. Infos und Anmeldungen: Organisationsbüro, Tel.: 069-975811-40 Fax: -90.

20.-22.10., Frankfurt/M., IG-Farben-Hochhaus

Nächstes Jahr in Köln II

Im kommenden Juni finden in Köln der EU-Gipfel und der Weltwirtschaftsgipfel statt. Zu einer Vorbereitungskonferenz für Maßnahmen gegen den EU-Gipfel lädt die EU-AG alle Gruppen ein, die Proteste v.a. gegen ungeschützte Arbeit, Umweltzerstörung, Rassismus und Chauvinismus äußern wollen, die durch die EU gefördert werden. Anmeldung bis zum 20.10., Übernachtungsmöglichkeiten in Turnhalle oder JH. Kontakt: Angela Klein, Bundesbüro Euromarsch c/o ALV, Rosenthaler Str. 13, 10119 Berlin, Tel./Fax: 030-4946276, email: 101337.2067@compuserve.com.

30.10.-1.11., Köln, Ort noch nicht festgelegt.

47. Kanthers Europa

CD-Datei: daten/aksuche/ak418/antira.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:antira

"Europa schottet sich ab" - die aus der linken Presse nur allzu bekannte Headline ist gegenwärtig auch in bürgerlichen Blättern zu finden. Der "Aktionsplan", den die Innenminister der Schengen-Staaten Mitte September beschlossen haben, läßt keine Zweifel mehr - Flüchtlinge sollen erst gar nicht nach Europa kommen. Bundesinnenminister Kanther verspricht eine "lückenlose Überwachung der Land- und See-Außengrenzen." Häfen werden gegen Zugang gesichert, die technische Überwachung der Grenzen wird perfektioniert. Auch die europäische Südgrenze, das Mittelmeer, ist kaum noch zu überwinden. Dafür sorgen die Regierungen Italiens und Tunesiens, die ein Abkommen zur "Rückführung" nordafrikanischer Flüchtlinge unterzeichnet haben. Überall bekommen die Grenzpolizeien größere Handlungsbefugnisse.

Wer trotzdem einen Weg in die Festung Europa findet, den wollen die Regierenden schneller los werden. Erwogen wird eine Änderung der Genfer Flüchtlingskonvention. Flüchtlinge aus dem Kosovo oder Kurdistan wären dann illegale EinwanderInnen und hätten keine Chance auf einen legalen Aufenthalt .

Gegen diese Vorschläge regt sich nur wenig Protest. Am 19. September demonstrierten in Köln Flüchtlinge, MigrantInnen und deren UnterstützerInnen gegen die rassistische Politik. Seite 23-26

48. Prostitution an Kindern

CD-Datei: daten/aksuche/ak418/kinder.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:kinder

Prostitutionstourismus ist eine Wachstumsbranche. Nach einer Untersuchung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) setzt die "Sex-Industrie" allein in Thailand alljährlich zwischen 22 und 27 Mrd. US-Dollar um. Die Prostituierten und ihre Familien erhalten davon nur einen verschwindend geringen Anteil: 300 Mio. Dollar.

Immer mehr weiße Männer reisen in ferne Länder, um dort Sex mit Kindern und Jugendlichen zu haben. In Thailand wird die Zahl der Kinderprostituierten auf 200.00 bis 800.000 geschätzt. Aber auch in Europa hat sich die "Kinderprostitu-tion" ausgeweitet. In der Bundesrepublik wird die Zahl der Prostituierten unter 18 auf 5.000 bis 40.000 geschätzt.

Die Männer, die Kinder sexuell mißhandeln, sind ganz normale Männer. Wie die internationale "Kampagne gegen Kinderprostitution" herausfand, sind die wenigsten von ihnen ausschließlich auf Kinder fixiert. Daß sie Kinder oder kindlich aussehende Erwachsene vorziehen, erklärt sich auch aus dem offensichtlichen Machtgefälle solcher Beziehungen.

Während Pädosexuelle sich gern selbst als Opfer darstellen, sind sie in Wahrheit Täter. Jede sexuelle Mißhandlung ist eine gewalttätige körperliche und seelische Grenzüberschreitung - unabhängig davon, ob das Kind gezwungen werden mußte oder gefügig war.

In ihrem Artikel über "Kinderprostitution" und Tourismus plädiert Gisela Wuttke dafür, den Tätern jede Solidarität zu verweigern und ihr Tun auch nicht durch Verständnis oder Desinteresse zu tolerieren: "Männer, die Kinder sexuell mißhandeln, sollen wissen, daß sie ein Verbrechen begehen." Notwendig seien Systeme sozialer Kontrolle, die es Männern nicht mehr erlauben, Frauen und Kinder sexuell zu mißhandeln und auszubeuten.

Seite 21

49. Jelzin vor dem Aus

CD-Datei: daten/aksuche/ak418/rus.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:418:rus

Die Sommerkrise in Rußland markierte den Anfang vom Ende der Ära Jelzin. Die gegenwärtige Situation des "Staatsbank- rotts" ist die vorerst letzte Station einer Abwärtsent- wicklung der russischen Wirtschaft, die mit dem Zerfall der UdSSR und der Schocktherapie der Regierung Jelzin/Gaidar 1992 begonnen hat.

Dieser Niedergang hat einer dünnen Schicht von Krisen-gewinnlern unermeßlichen Reichtum beschert. Das Kartell aus Vertretern des Bank- und des exportfähigen Industriekapitals, des Staatsapparats und der Mafia bildet den Kern einer neuen Bourgeoisie, die in Jelzin ihren Repräsentanten und den Vermittler ihrer widersprüch- lichen Interessen hatte. Der sich um das Finanzkapital zentrierende Machtblock mit der Galionsfigur Jelzin ist zerfallen. Herausgefordert wird das Jelzin'sche Moskauer Hauptquartier von ökonomisch-politischen Allianzen aus den Regionen.

Wir analysieren die "Schocktherapie in Permanenz", die zur gegenwärtigen Krise geführt hat.

Seite 13